Montag, 18. März 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 65 - 12.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Blitzaktion: Nur wenige Stunden nach der Entscheidung der Brüsseler Regierung, die Stationierung von US-Marschflugkörpern in Belgien zuzulassen, sind die ersten 16 Cruise Missiles auf dem Stützpunkt Florennes eingetroffen. (S. 5)

Neue Sowjetrakete: Die USA verfügen über Hinweise, daß die Sowjetunion mit der Aufstellung neuer mobiler Interkontinental-Raketen vom Typ SS-25 begonnen hat, meldet die „Washington Post". Nach amerikanischer Darstellung werden damit SALT-II-Vereinbarungen verletzt.

„Lutherschwank": Nach den unerwartet milden Urteilen der Amtszuchtkammer der Nordelbischen Kirche gegen fünf Pastoren wird die Kirchenleitung wahrscheinlich Berufung beim Senat für Amtszucht der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands einlegen. (S. 7)

Abschied: Der gescheiterte SPD-Spitzenkandidat bei den Berliner Wahlen, Apel, hat im SPD-Bezirk Wedding Abschied von der Basis genommen – „fröhlich nach außen, betroffen nach innen". (S. 3)

Syrien droht: Als Reaktion auf den Konflikt zwischen dem libanesischen Präsidenten Gemayel und der Christen-Miliz will Syrien Truppen und Panzer nach Beirut schicken. In den christlichen Vierteln der Hauptstadt wird eine Beschießung durch die Syrer wie 1978 befürchtet. (S. 5)

Ziel verfehlt: Das griechische Parlament konnte sich im ersten Wahlgang nicht auf einen Nachfolger für Präsident Karamanlis einigen. Für den ohne Gegenkandidaten angetretenen Kandidaten der Linken, Sartsetakis, stimmten nur 178 Abgeordnete – 22 weniger als erforderlich. (S. 8)

Rücktritt: Die „Affäre Donovan" ist für die Reagan-Administration beendet. Nur 15 Minuten, nachdem ein New Yorker Gericht beschlossen hatte, die Anklage gegen den Arbeitsminister wegen Betrugs aufrechtzuerhalten, trat Donovan zurück. (S. 5)

Rüstungs-Kooperation: Die gemeinsame Entwicklung eines Militär-Hubschraubers haben Italien, Frankreich, die Bundesrepublik, Großbritannien und die Niederlande beschlossen.

Porträt Romanow

Grigori Wassiljewitsch Romanow, 62, wurde im Westen neben dem acht Jahre jüngeren Michail Gorbatschow als Prätendent auf den Posten des Generalsekretärs der KPdSU gehandelt. Wenn Gorbatschow nun auch an der Spitze steht, bleibt Romanow dennoch weiterhin ein einflußreicher Konkurrent. Carl Gustaf Ströhm zeichnet ein Porträt Seite 7

WIRTSCHAFT

US-Konjunktur: Die hohen amerikanischen Einfuhren bremsen die Industrieproduktion des Landes offenbar stärker als erwartet. Im Februar lag die industrielle Erzeugung um 0,5 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. (S. 9)

Peugeot: Der französische Autohersteller wird ab 1990 den Pkw-Typ 504 in der Kombi- und Kleinlastwagenversion in China produzieren. Vereinbart wurde die Herstellung von jährlich 15 000 Einheiten. (S. 10)

Dementi: Die Kölner Ford-Werke haben Berichte über angebliche Pläne, die Produktion in Deutschland einzuschränken und 16 000 Arbeitsplätze aufzulösen, klar dementiert. (S. 9)

Automarkt: Der Export von Pkw nach Italien ist so gut wie zum Erliegen gekommen. Der Grund: Italien verlangt neuerdings zusätzlich zu den Fahrzeugdokumenten ein besonderes, vom Fahrzeughersteller auszustellendes Ursprungszeugnis. (S. 11)

KULTUR

Tonhalle-Orchester: Neuer Chefdirigent des Zürcher Orchesters und damit Nachfolger Christoph Eschenbachs wird zu Beginn der Saison 1987/88 der Japaner Hiroshi Wakasugi. Er ist seit 1981 Generalmusikdirektor der Deutschen Oper am Rhein Düsseldorf/Duisburg und seit 1982 auch Dirigent der Staatsoper Dresden.

Neuer Carré-Film: Nach dem „Spion, der aus der Kälte kam" liegt jetzt wieder ein Spielfilm auf der Basis eines Romans von John le Carré vor. Aus der „Libelle" ist jedoch nur ein schwacher Aufguß des Carré-Thrillers über den gnadenlosen Kampf israelischer und palästinensischer Agenten geworden. (S. 15)

ZITAT DES TAGES



» Ich bin gegen artistische Klimmzüge, um sich Profil zu verschaffen. Das bringt nichts ein. Aber ich bin für eine ruhige, sachliche, eindeutige und klare politische Position. «

Martin Bangemann, FDP-Vorsitzender und Bundeswirtschaftsminister, zur Haltung seiner Partei in der Koalition (S. 8)
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

SPORT

Fußball: Die Europapokal-Spiele mit deutscher Beteiligung werden am Mittwoch von der ARD übertragen: Rom–München ab 14.55 Uhr, Köln–Mailand ab 20.10 Uhr.

Ski: Weltmeister Hermann Weinbuch (Berchtesgaden) gewann bei den Holmenkollen-Spielen in Oslo die Nordische Kombination vor Andersen (Norwegen). (S. 13)

AUS ALLER WELT

Rekorderlös: Für 2,3 Millionen Mark hat die teuerste Briefmarke der Welt, der „Baden Fehldruck", auf einer Auktion in Wiesbaden den Besitzer gewechselt. (S. 16)

Haute Couture: Verspielte Linien und romantische Stoffe mit Rüschen und Blumen sind passé. Es dominiert wieder der einfache Schnitt, die X-, Y- oder H-Linie, wie die Mailänder Modemesse zeigt. (S. 16)

Wetter: Trüb, vereinzelt Schnee oder Regen. Bis 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Zum Abschied redet Burns den Deutschen ins Gewissen

US-Botschafter glaubt an die Wiedervereinigung / Kritische Wirtschaftsanalyse

THOMAS KIELINGER, Bonn

Er habe „ein intuitiv sicheres Gefühl, daß die Wiedervereinigung kommen wird", denn die Teilung Deutschlands sei ein „unnatürlicher Zustand, der nicht bis in alle Ewigkeit dauern kann." Dies sagte Arthur Burns am Ende seiner Zeit als Botschafter der USA in der Bundesrepublik Deutschland in einem Abschiedsgespräch mit Bonner Korrespondenten.

Gemächlich an seiner berühmten Pfeife ziehend, umrahmt vom anmutig-würdevollen Interieur der Residenz in der Bonner Rolandstrasse 67, gestand der scheidende Botschafter nach vier Jahren am Rhein: „Ich habe mich in Deutschland verliebt; das ist nicht schwer. Die Deutschen sind freundlich, ihre Landschaft berückend." Aber Burns sagte auch: „Ich kann Deutschland nicht mehr als Vorbild hinstellen. Die Amerikaner arbeiten inzwischen härter."

Der Nationalökonom, der sein Gastland nach der Staaatsvisite Ronald Reagans im Mai verlassen wird, hatte schon in den fünfziger Jahren den damaligen Präsidenten Eisenhower in ökonomischen Fragen beraten. Den Status eines erstrangigen internationalen Wirtschaftsexperten – Milton Friedman ging bei ihm in die Schule – hat er nie eingebüßt. Für die nach seiner Einschätzung „fehlende Dynamik" im deutschen Wirtschaftsleben nennt er folgende Gründe:

– Die Arbeitswoche in der Bundesrepublik ist eine der kürzesten in der ganzen Welt.



Der scheidende US-Botschafter Arthur F. Burns FOTO: JUPP DARCHINGER

– Lange Ferien, Kuraufenthalte und Feiertage häufen sich, was sich negativ auf die Arbeitsmoral niederschlägt.

– Die Steuern sind zu hoch, zurückgehend auf die „Explosion der öffentlichen Ausgaben" seit 1970, deren Anteil am Bruttosozialprodukt zwischen 1970 und heute von 37 auf 50 Prozent gestiegen ist.

– Unternehmensgewinne sind zu niedrig. Profite nennt Burns „einen sehr wichtigen Indikator der Gesundheit einer Wirtschaft, weil sie das Unternehmertum, den wirtschaftlichen Energiespender, in den Stand versetzen, zu investieren".

– Die Gewerkschaften sind mächtiger als in den USA. Burns ruft die vielen neuen High-Technology-Zentren in den USA in Erinnerung, in denen es „nicht eine einzige Forschungsstätte gibt, die gewerkschaftlich organisiert" ist.

– Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt „große Rigidität". In der Bundesrepublik gehe bei einer Tariferhöhung der gesamte betroffene Bereich mit seinen Löhnen und Gehältern hoch, unabhängig von sektoralen Unterschieden in der Produktivität. Burns nennt das eine gewisse „Uniformität". Er erinnert an Japan, wo jenseits der Grundlöhne finanzielle Bonusse immer nur nach Ertragslage der Firma ausgeschüttet werden, und weist auf die Verhältnisse in den USA hin, wo in Gegenden verbesserter Absatzmärkte Löhne anziehen, während Löhne in weniger prosperierenden Industriezweigen fallen können.

– Die Europäer – und hier geht der Botschafter über das deutsche Beispiel hinaus – sind „risikoscheuer als die Amerikaner". In Deutschland und Europa sei man nach einem mißglückten Unternehmensversuch „unten durch". „In Amerika bekommt

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Huldigung

ALFRED STARKMANN

Er ist aller Ehren, die ihm gewährt werden können, in höchstem Maße wert. Er *ist* nicht nur, er wird auch in der ganzen Welt anerkannt als der Schöpfer der vollkommensten Musik, mit der ein frommer Genius begnadet werden kann. Er gilt als der in sich ruhende, von seinem Gott inspirierte Komponist schlechthin.

Nicht nur deshalb war es eine richtige Entscheidung des Ersten Deutschen Fernsehens, dem demütigen Großen aus Eisenach, dessen Geburtstag sich am 21. Mai zum 300. Male jährt, am vergangenen Samstag bis in den frühen Morgen hinein Reverenz in Länge eines vollen Arbeitstages zu erbieten. Jenseits des Jubiläums war es ebenfalls richtig und wichtig, das Leben und Schaffen eines überragenden Menschen zu würdigen, der heute noch beglückend die Einheit der Kulturnation zu symbolisieren vermag. Johann Sebastian Bach verkörpert „Deutschtum" im besten Sinn seiner Traditionen, welche die Verfehlungen späterer Jahrhunderte verdunkelt, aber nicht ausgelöscht haben.

Was die Ausführung betrifft, war der lange Fernsehabend „durchkomponiert": Außenaufnahmen populärer Anziehungskraft, wie etwa beim öffentlichen Chorgesang am Berliner Breitscheidplatz, wechselten mit diskreten Einblicken in die Eleganz festlicher Konzertsäle und mit musikhistorischen Reminiszenzen. Es sollten alle auf ihre Kosten kommen – nicht nur die „klassischen Musikologen", sondern auch die jüngsten Nachgeborenen, die über Rock und Jazz eine Ahnung von der fortwirkenden Universalität des Genies spüren.

Es war der agile Moderator August Everding, Generalintendant der bayerischen Staatstheater, der darauf hinweis, daß die ARD eine Kooperation dieser auch im österreichischen TV ausgestrahlten Sendung mit dem „DDR"-Staatsfernsehen angestrebt habe. Der negative Bescheid aus Ost-Berlin überrascht den Kundigen kaum. Es liegt im ideologisierenden Zug der Machthaber jenseits der falschen Grenze durch Deutschland, daß sie die großen Zeugen gemeinsamer Vergangenheit für ihre aktuellen kulturpolitischen Zwecke zu vereinnahmen suchen.

Auf dem Bildschirm blickte am Sonntagmorgen gegen drei Uhr ein Herr in barocker Gewandung mit weißgepuderter Perücke auf die makaber beleuchtete Mauer in Berlin. Er schüttelte den Kopf. Warum? Das darf keiner Interpretation offenbleiben: Er schüttelte den Kopf über die gewaltsame Zersplitterung eines zusammengehörenden Raumes, den er erfüllt hat und immer noch erfüllt.

Katalysator: Kompromiß signalisiert

DW. München

Die Bundesregierung ist offenbar bereit, in den Verhandlungen mit den übrigen Staaten der Europäischen Gemeinschaft über die Einführung des abgasarmen Autos Konzessionen hinsichtlich des Termins und auch der geplanten Steuerbefreiung zu machen. Dies gab jedenfalls Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg in München zu verstehen.

FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann warnte seinerseits Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann davor, bei einem nationalen Alleingang in Sachen Katalysatorauto gegen die Interessen der anderen EG-Länder anzulaufen. Stoltenberg sagte, es wäre ein „großer Erfolg", in der bevorstehenden neuen Verhandlungsrunde der EG-Umweltminister am 20. März auf die deutsche Initiative hin die einheitliche obligatorische Einführung des abgasentgifteten Autos zu erreichen. Um dies zu ermöglichen, „würden wir uns in den Terminen etwas bewegen", erklärte Stoltenberg. Er wollte aber mit Rücksicht auf die Verhandlungen keine genaueren Angaben machen. Der Finanzminister – der Gespräche mit seinen Kollegen aus Österreich und der Schweiz geführt hatte – betonte, die Bundesregierung halte an den beabsichtigten steuerlichen Anreizen für Käufer von Katalysatorautos fest. Die Gesetzgebung dafür solle im April abgeschlossen werden. Allerdings sei die Bundesregierung bereit, ihre Vorstellungen zu modifizieren, entweder aufgrund der Beschlußlage der EG, oder aber eingehend „auf die Argumente unserer wichtigsten Partner".

Seite 2: Zweiweg-Katalysator

Mubarak warb bei Kohl um Unterstützung

DW. Frankfurt

Nach dem Fehlschlag seiner Bemühungen, die USA zu einer Revision ihrer Nahostpolitik zu bewegen, hat Ägyptens Staatspräsident Hosni Mubarak am Wochenende in Europa vor dem Brüsseler EG-Gipfeltreffen am 30. März weiter um Unterstützung für seine Friedensinitiative geworben. Diesem Zweck sollte auch ein Vier-Augen-Gespräch dienen, das Mubarak am Samstag auf dem Flughafen von Frankfurt/Main mit Bundeskanzler Helmut Kohl führte.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen, wie Regierungssprecher Peter Boenisch bekannt gab, Mubaraks Vorschläge, den Weg zu direkten Verhandlungen Israels mit Jordanien und den Palästinensern zu ebnen. Kohl habe die „unveränderte Dringlichkeit" einer Lösung des Nahostproblems unterstrichen und den „mutigen Einsatz" von Mubarak und von König Hussein von Jordanien hervorgehoben, schrittweise die Voraussetzungen für einen „unmittelbaren Dialog zwischen den Konfliktbeteiligten" zu schaffen. Kohl habe Mubarak zugesichert, daß sich die EG-Partner mit der ägyptischen Initiative „sorgfältig befassen" würden.

Mubarak will nach seinen Besuchen in Frankreich, Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland und Italien heute in Amman erneut mit König Hussein zusammentreffen. Dieser rief in einem Interview mit der „New York Times" die US-Regierung auf, am Friedensprozeß in Nahost teilzunehmen, indem sie einem Treffen mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation zustimme.

Seite 2: In Bonn weiß man's besser

Irak erklärt Luftraum Irans zur Kriegszone

DW. Bagdad/Teheran

Irak hat gestern die internationalen Fluglinien offiziell gewarnt, daß der gesamte iranische Luftraum von morgen an (18 Uhr MEZ) zur Kriegszone erklärt wird und Passagierflugzeuge dort von Angriffen irakischer Kampfflugzeuge betroffen werden könnten. Irak sei „keineswegs verantwortlich für Unfälle", die sich nach diesem Zeitpunkt ereignen könnten. Zuvor war in Bahrain verlautet, Irak habe den Fluglinien geraten, schon von heute an (6 Uhr MEZ) den iranischen Luftraum zu meiden.

In einer Botschaft an den Weltsicherheitsrat hat Irak die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen im Golfkrieg angeboten. In einer vom Vizepremier und Außenminister Tarek Aziz unterzeichneten Botschaft wird der Rat aufgefordert, die „erforderlichen Maßnahmen für eine Globalregelung des Konflikts" zu ergreifen. Eine solche Regelung solle außer Feuereinstellung und Abzug der Streitkräfte von den Grenzen auch die Entsendung von UNO-Beobachtern umfassen.

Aziz erneuerte zum dritten Mal innerhalb von sechs Tagen seinen Vorschlag an den UNO-Generalsekretär, „direkte Kontakte" mit den kriegführenden Staaten aufzunehmen und Maßnahmen zur Beendigung des schon zwei Wochen dauernden „Städtekriegs" zu treffen.

Der Sicherheitsrat hatte Iran und Irak bereits aufgerufen, alle Feindseligkeiten zu beenden und das Bombardement von Städten einzustellen. Irakische Flugzeuge bombardierten am Wochenende elf iranische Städte.

Kohl: Unser Land muß kinderfreundlicher werden

Der Kanzler warnt: Paragraph 218 wird oft mißverstanden

idea, Bonn

Der Kampf gegen die Abtreibung ist weniger mit juristischen Mitteln als vielmehr durch eine Veränderung der sozialen Bedingungen und des geistigen Klimas zu gewinnen. Diese Auffassung hat Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Interview mit dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) vertreten. Zu oft werde übersehen, daß der reformierte Paragraph 218 Strafgesetzbuch „keine Billigung des Schwangerschaftsabbruchs" bedeute. Die gegenwärtige Gesetzesregelung gehe davon aus, Frauen nicht noch zusätzlich mit Strafe zu bedrohen, die sich in einem schweren seelischen Konflikt für die Abtreibung entschieden. Während sich die sozial-liberale Koalition in den 70er Jahren „voll" auf eine Veränderung des Strafrechts konzentriert, aber nichts zur Verbesserung der sozialen Situation schwangerer Frauen unternommen habe, gehe die jetzige Regierung den umgekehrten Weg und stelle insgesamt zehn Milliarden Mark für eine neue Familienpolitik zur Verfügung. Dies sei die „größte Verbesserung" für die Familien seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Wörtlich sagte der Bundeskanzler: „Wir wollen erreichen, daß keine Frau, keine Familie in eine soziale Notlage gerät, weil ein Kind erwartet wird." Alles müsse getan werden, „um die Bundesrepublik Deutschland zu einem kinderfreundlichen Land zu machen". Dann werde auch die „dramatisch hohe Zahl" der Abtreibungen schnell zurückgehen.

Die „Koalition der Mitte" hat – so der Bundeskanzler – durch ihre Politik der Wahrheit und der Forderung auf Verzicht durch den Bürger für ein „neues geistiges Bewußtsein" im Land gesorgt. Die Politik gegen Angst und Mutlosigkeit habe dazu geführt, daß die Menschen „wieder der Zukunft mit neuer Zuversicht entgegensehen". Wörtlich führte der Bundeskanzler aus: „Unsere Mitbürger haben verstanden, daß unsere Politik vor allem das Ziel verfolgt, ihren Freiheits- und Entscheidungsraum zu sichern und zu vergrößern. Das setzt voraus, daß der Staat seine Tätigkeit wo immer möglich begrenzt. Der einzelne gewinnt so mehr Freiheit und Verantwortung für sich und für die, die auf ihn angewiesen sind." Die Regierungskoalition stelle dem „amtlich geforderten Egoismus" der 70er Jahre das Leitbild verantworteter Freiheit entgegen, „die menschliche Bindung und geistige Orientierung ermöglicht". Deshalb sei auch die Familienpolitik das Kernstück der Regierungsarbeit. Kohl: „Mit dieser Politik schaffen wir die Voraussetzung, um die Entfremdung der Menschen in einer anonymen Gesellschaft überwinden zu helfen." Die Früchte seien schon zu erkennen: „Die Loyalität der Bürger gegenüber dem Staat ist gewachsen, weil der Staat insgesamt wieder zustimmungsfähiger geworden ist." Dies gelte, wie Umfragen zeigten, auch endlich wieder für junge Menschen.

Mit Nachdruck wandte sich der Bundeskanzler gegen das „Gerede" von der neuen Armut. In Europa gebe es kein Land, das mehr für Sozialleistungen ausgebe als die Bundesrepublik Deutschland.

Der DFB spielt an Berlin vorbei

DW. Frankfurt

Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) glaubt, nach wie vor Einfluß auf die Spielorte der Europameisterschafts-Endrunde 1988 in der Bundesrepublik Deutschland zu haben und variieren zu können. Berlin will er allerdings weiterhin ausklammern.

Obwohl die EM-Vergabe durch die Exekutive der Europäischen Fußball-Union (UEFA) auf der Grundlage eines Spielplans erfolgte, in dem nur sieben Städte aufgeführt sind (München, Frankfurt, Hannover, Köln, Düsseldorf, Stuttgart und Gelsenkirchen), meinte DFB-Pressechef Rainer Holzschuh am Sonnabend: „Wir werden auch mit den Vertretern jener Städte noch einmal reden, die bisher nicht berücksichtigt sind. Theoretisch ist denkbar, daß unter bestimmten Voraussetzungen auch dorthin Spiele vergeben werden."

Neue Hoffnung, doch noch in den Genuß von EM-Spielen zu kommen, dürfen damit, im Gegensatz zu Berlin, die Städte Hamburg, Dortmund und Bochum hegen. Der DFB bedaure nach wie vor, daß Berlin als Austragungsort des Eröffnungsspiels keine Berücksichtigung gefunden habe.

Zwei Tage nach der endgültigen Vergabe der EM spekuliert der DFB-Vorstand offensichtlich darauf, daß sich die politischen Wogen um den Austragungsort Berlin glätten werden. In einer Sitzung einigten sich Vorstand und Landesverbände in Frankfurt, fortan die sportlichen und organisatorischen Gesichtspunkte der Meisterschaft in den Vordergrund zu stellen.

Der DFB hoffe, „daß es trotz der in den vergangenen Wochen entstandenen Kontroversen möglich sein wird, schon in Kürze die zur Vorbereitung der EM notwendigen sachlichen Gespräche auf den verschiedenen Ebenen einzuleiten", heißt es in einer am Samstag verbreiteten DFB-Erklärung. Es gelte schließlich, in drei Jahren „einen positiven Eindruck auf alle in- und ausländischen Besucher zu hinterlassen".

Unterdessen wiederholte ein Regierungssprecher gestern die Position der Bundesregierung, daß es gefährlich sei, Berlin von der EM auszugrenzen. Er verwies auf die jüngsten Äußerungen von Regierungssprecher Peter Boenisch, nach der die Bundesregierung von den Sportverbänden erwartet, daß sie keinen Zweifel daran lassen, daß Berlin in Übereinstimmung mit dem Vier-Mächte-Abkommen in internationale sportliche Begegnungen einbezogen werde.

Der Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB), Weyer, sieht in der Entscheidung für eine Fußball-EM ohne Berlin keinen Präzedenzfall. Es gebe keinen Zweifel, erklärte er, daß Berlin auch künftig am internationalen Sportverkehr ausgiebig beteiligt werde. Die Entscheidung der UEFA ändere „nichts an der Integration des Westberliner Sports in den DSB und seine Spitzenverbände". Dies werde vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) und den internationalen Fachverbänden anerkannt und praktiziert.

Zu der politischen Kontroverse um den Spielort Berlin erklärte Weyer, alle Beteiligten „sollten jetzt zurückkehren zu realistischer Einschätzung und Standpunktfestigkeit". Der Einfluß von politischer Seite auf die Autonomie des Sports und seine Folgen müßten die Verantwortlichen bald zu einem Gespräch zusammenführen, um Klarheit darüber zu schaffen, „ob die in den vergangenen Jahren aufgestellten Prinzipien der Partnerschaft in Zukunft die Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Sport und Staat bleiben" könnten.

USA garantieren die Sicherheit von Honduras

Moran warnt vor militärischem Eingreifen in Nicaragua

DW. Tegucigalpa

Die Vereinigten Staaten wollen keine Gefährdung der Sicherheit des mittelamerikanischen Landes Honduras zulassen. Dies erklärte US-Vizepräsident George Bush während eines Kurzbesuches in Tegucigalpa.

Die USA würden „mit allen verfügbaren Mitteln gegen die marxistisch-leninistische Regierung in Managua" kämpfen, sagte Bush weiter. Dies habe er dem honduranischen Präsidenten Roberto Suazo Cordova versichert. Der US-Vizepräsident äußerte sich aber nicht zu der Frage, ob seine Regierung mit Hilfe der von den USA geförderten Contras die linksgerichtete Regierung in Managua stürzen wolle. Vor einem Monat hatte US-Präsident Reagan jedoch in einer Ansprache den Kongreß um Unterstützung für die Contras gebeten. Reagan und Außenminister Shultz hatten die Beseitigung des sandinistischen Regimes gefordert, wenn es nicht die Opposition an der Macht beteilige.

Aus honduranischen Regierungskreisen verlautete bereits vor der Ankunft Bushs, man werde die antisandinistischen Guerilleros nur weiter auf honduranischem Territorium dulden, wenn der Kongreß die von Reagan geforderte Finanzhilfe von 14 Millionen Dollar zugunsten der Contras genehmige.

Unterdessen hat die Mittelamerikapolitik der USA in Europa Unstimmigkeiten ausgelöst. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Mertes, hat Washington gemahnt, sich nicht von der Bedrohung des Westens durch die UdSSR ablenken zu lassen. Washington müsse jedoch erwarten können, daß seine europäischen Partner in dessen Mittelamerikapolitik keine Böswilligkeiten unterstellten. Demgegenüber hat der spanische Außenminister Moran mit dem Austritt seines Landes aus der NATO für den Fall gedroht, daß Washington in Managua militärisch eingreifen werde. Eine militärische Intervention der USA würde die neutralistischen Bewegungen in Europa „derart stärken, daß es die weitere NATO-Angehörigkeit einiger Mitglieder, besonders Spaniens, gefährden würde", argumentierte Moran.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

In Bonn weiß man's besser

Von Peter M. Ranke

Vollen Erfolg hat Bundeskanzler Kohl der „Friedensinitiative" des ägyptischen Präsidenten Mubarak gewünscht, als er ihn kurz auf dem Frankfurter Flugplatz sprach. Welcher „Friedensinitiative"? Eben erst hat Mubarak in Washington eine Abfuhr erhalten, doch jetzt findet er Bonner Zustimmung für seine zweifelhaften Vorschläge. Bonn stellt sich in Gegensatz zu Washington, denn man weiß es mal wieder besser und will Wohlwollen gegenüber Kairo demonstrieren.

Zu Recht hatte Washington dem ägyptischen Gast bedeutet, Gespräche mit einer noch zu bestimmenden jordanisch-palästinensischen Delegation seien noch keine „Friedensinitiative", zumal da ihr „gemäßigte" PLO-Vertreter angehören sollen, wie es Mubarak vorschlägt. Direkte Gespräche mit Israel seien wichtiger, heißt es in Washington, und die PLO wolle man in keiner Delegation dabei haben. Jedenfalls, solange sie nicht die Existens Israels in gesicherten Grenzen anerkennt.

Doch davon ist weder bei der PLO noch bei Mubarak die Rede. Und die jordanisch-palästinensische Phantomdelegation soll in den USA (und nun womöglich mit der EG?) gar nicht über Frieden mit Israel verhandeln, sondern über einen israelischen Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten einschließlich Jerusalems, und die Rückkehr der Palästinenser. Das Wort Israel kommt in Husseins Absprachen mit Arafat nicht vor. Dafür soll Israel alle UNO-Resolutionen akzeptieren, also auch die, die Zionismus mit Rassismus gleichsetzt.

„Friedensinitiative"? Mubarak spricht von verpaßten „goldenen Gelegenheiten" und König Hussein von der „letzten Chance". Dieser Panikmache gilt es besonnen entgegenzutreten, wenn man nicht politischen Erpressungen zum Opfer fallen will. Syrer, Schiiten und PLO sind weder zu einem Frieden mit Israel bereit, noch würden sie Hussein oder Mubarak um deren Initiativen willen weniger bekämpfen. Die USA und die EG sollen nur als Ablenkungspartner für Blockaden dienen, weil wirklicher und aufrichtiger Frieden mit Israel kein Ziel der Araber ist. Derjenige, der das mit seinem unfreundlichen Verhältnis zu Israel beweist, ist gerade der Erbe von Camp David: Präsident Mubarak.

Zweiweg-Katalysator

Von Peter Gillies

Das Reizwort „Katalysator" entwickelt sich zu einem Synonym für Konfusion: Die Autokäufer sind verunsichert, den Herstellern und dem Arbeitsmarkt drohen Kurzarbeit, der Wald stirbt weiter. Das verwirrende Bild wird vervollständigt durch die saft- und kraftlosen Europäer – so jedenfalls lautet die derzeit gängigste Betrachtungsweise.

Sie ist korrekturbedürftig. Tatsächlich ist auf deutsches Drängen hin das Ziel, den Autoverkehr in Europa möglichst von schädlichen Abgasen zu entgiften, erstmals in Reichweite gekommen. Der zähe Poker neigt sich – hoffentlich bald – seinem Ende zu, und der Prozeß der Abgasentgiftung ist immerhin eingeleitet. Daß dies dem Wald nützt, hoffen, aber wissen wir nicht.

Gerhard Stoltenberg hat am Wochenende die Lage zutreffend ergänzt: die Deutschen sind kompromißbereit bei den Terminen für die Abgasentgiftung, und sie stellen sich auf Zugeständnisse bei ihren Steuervergünstigungen ein. Dies hätte besonderer Betonung eigentlich nicht bedurft, denn jedermann weiß, daß Europa nicht am deutschen Wesen zu genesen gedenkt. Nur Utopisten gingen davon aus, daß neun Mitglieder der EG ihre eigenen kurzfristigen Interessen wegen deutscher Waldeslust vergäßen.

Stoltenberg liefert den Kontrapunkt zum Bundesinnenminister, der kürzlich mit einem deutschen Alleingang drohte. Die EG-Partner waren davon nicht beeindruckt, weil sie wissen, daß Kraftmeierei den deutschen Wirtschafts- und Exportinteressen mehr schadet, als sie dem Wald nützen kann. Aber vielleicht muß man neben dem Sessel eines Eurokraten eine Rakete entzünden, bevor dieser eine Reaktion zeigt.

Also eine Doppelstrategie: die Sprüche vom „Alleingang" haben unsere Ernsthaftigkeit im Umweltschutz unterstrichen, Stoltenbergs Ergänzung unsere Kompromißfähigkeit. Beides wird dazu führen, daß in ein seit zehn Jahren verschlafenes Thema Bewegung kommt. Das mag wenig sein, weil das Tempo der Umweltsanierung langsam ist. Aber es ist viel, wenn man die stumpfen Reflexe von Organismen wie dem europäischen kennt und in Rechnung stellt.

Denkzettel für Papandreou

Von Evangelos Antonaros

Griechenlands Möchtegern-Alleinherrscher Andreas Papandreou mußte nur eine Woche nach der sensationellen Kaltstellung von Staatspräsident Konstantin Karamanlis eine herbe Enttäuschung einstecken. Sein Präsidentschaftskandidat Christos Sartzetakis ist im ersten Wahlgang mit 178 Stimmen gescheitert, er hat also zwei Stimmen weniger erhalten, als die Sozialisten erwarteten.

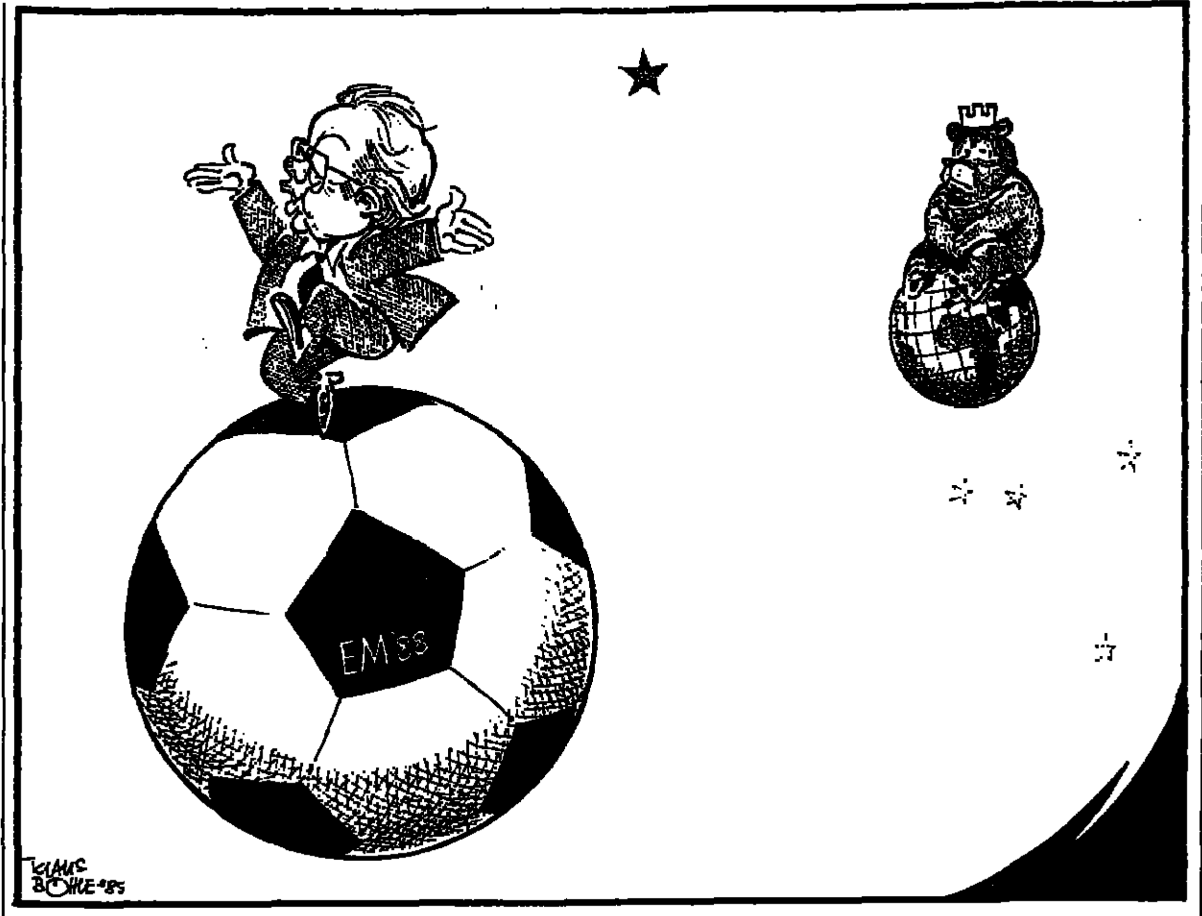
Dieses Ergebnis bedeutet: Zwei Abgeordnete, entweder Angehörige der Sozialistenfraktion oder Unabhängige, haben Papandreou einen Denkzettel gegeben. Möglicherweise wollten sie sagen, was viele Griechen denken: Sie sind damit nicht einverstanden, wie Papandreou in letzter Minute Karamanlis das Vertrauen entzog, um seine Macht zu zementieren.

Das Ergebnis vom Sonntag hat ferner gezeigt, daß erst im letzten Wahlgang am 29. März entschieden wird, ob Sartzetakis zum Staatschef gewählt werden kann. Dann braucht er nämlich nur noch 180 Stimmen. Der Stimme eines am Sonntag abwesenden Pasok-Abgeordneten kann er sicher sein. Ferner darf er mit der Stimme des zur Zeit als Staatschef amtierenden Parlamentspräsidenten Jannis Alevras rechnen.

Ob Alevras, der am Sonntag der Abstimmung fernblieb, im dritten und letzten Wahlgang seine Stimme abgeben darf, ist umstritten: Fast alle führenden Verfassungsrechtler Griechenlands meinen, daß der Parlamentspräsident sein Stimmrecht nicht ausüben darf, solange er an der Staatsspitze steht.

Diese Hürde wollen die Sozialisten mit einem byzantinischen Trick nehmen: Alevras beauftragte letzte Woche das Parlament, darüber zu befinden, ob er stimmberechtigt ist. Angesichts der Mehrheit von Sozialisten und Kommunisten in der Kammer gibt es keinen Zweifel an der Antwort.

Das bedeutet, daß der nächste Staatschef Griechenlands auf zweifelhafte Weise gewählt würde. Von Papandreou darf man nicht erwarten, daß er den Ernst der Lage erkennt und einen Kompromiß ansteuert. Aber für Sartzetakis, der den Ruf eines integren Richters genießt, muß eine Wahl mit so fragwürdigen Methoden peinlich sein. Für ihn ist es nicht zu spät, auf seine Kandidatur zu verzichten.



Der Herr vom anderen Stern KLAUS BÖHLE

Illusionen im Südpazifik

Von Heinz Barth

„Ich kann das Uranium in Ihrem Atem riechen", sagte David Lange, Neuseelands sozialistischer Premier, während einer Podiumsdiskussion mit Oxford-Studenten, bei der er den Grundsatz festzunageln suchte, daß Atomwaffen unmoralisch sind. Der Regierungschef von den Antipoden, im Privatleben methodistischer Laienprediger, gab eine an Klarheit schwer zu übertreffende Auskunft auf die Frage, ob sein Land des nuklearen Schutzes der USA entraten könne.

„Nicht nur das", versicherte er. „Wir lehnen es ausdrücklich ab, mit Kernwaffen verteidigt zu werden." Seine feine Nase für das nukleare Odeur britischer Studenten ist nicht empfindlich genug, um die Bedrohung zu riechen, die sich im Pazifik aus der ständig zunehmenden Expansion der sowjetischen Flottenmacht ergibt. Der Pazifik ist seit langem ein besonders weiträumiges, den strategischen Geruchssinn sozialistischer Politiker überforderndes Feld westlicher Sicherheitspolitik. Daher sollte sich niemand über das schlichte Eingeständnis des neuseeländischen Premiers wundern, er fühle sich in Wellington allemal sicherer als in London oder New York.

Seine Haltung kommt einer Aufkündigung der Solidarität zwischen Neuseeland, Australien und Amerika gleich, die seit 1951 im ANZUS-Pakt verbunden sind. Noch vor drei Jahren, als in Australien die Konservativen regierten, gab es keine nennenswerten Differenzen zwischen den Verbündeten. Caspar Weinberger, der US-Verteidigungsminister, fand damals in Canberra volles Verständnis für seine These, bei den weiten Entfernungen der Region sei es lebenswichtig, die pazifischen Wasserstraßen, über die ein wesentlicher Teil der westlichen Rohstoffversorgung läuft, vor den Sowjets zu schützen, die seit dem Vietnam-Krieg in Cam Ranh Bay und Danang über neue südasiatische Stützpunkte verfügen.

Inzwischen sind 1983 mit Bob Hawke in Australien und 1984 mit David Lange in Neuseeland die Sozialisten an die Macht gekommen. Seither ist es um die Übereinstimmung beider Länder mit dem Washington Ronald Reagans schlecht bestellt. Lange hatte seinen Wahlkampf mit dem Versprechen gewonnen, den Südpazifik zu einer atomwaffenfreien Zone zu machen. Die internen Spannungen, die sich daraus für den ANZUS-Pakt ergeben mußten, waren vorauszusehen. Es kam zum Konflikt, als Lange sich weigerte, einem US-Zerstörer Hafenrechte in Neuseeland einzuräumen, weil die Möglichkeit bestehe, das Kriegsschiff führe Atomwaffen an Bord. Washington, das grundsätzlich geheimhält, welche Fahrzeuge der US-Marine nuklear bewaffnet sind, sah darin einen Bruch des Verteidigungspaktes, der keine einschlägigen Beschränkungen enthält, und sagte die für Ende Februar angesetzten Flottenmanöver ab.

Mehr noch: US-Außenminister Shultz kündigte eine schrittweise Austrocknung der militärischen Zusammenarbeit mit Neuseeland an. Er warf Lange vor, dieser habe „einen Spaziergang weg vom Bündnis" begonnen. Die nachhaltig verärgerten Amerikaner erinnern daran, daß es die US-Navy war, die das verwundbare Neuseeland 1942 gegen die drohende Invasion der Japaner abschirmte. Seither zweifelt niemand mehr, daß die beiden südpazifischen Länder, formal noch Commonwealth-Mitglieder, ganz auf den Schutz der USA angewiesen sind. Auch das Verhältnis Washingtons zu Australien ist überschattet, seit Bob Hawke unter dem Druck des linken Flügels seiner Labour-Partei die Zusage widerrief, die amerikanischen Raketentests logistisch zu unterstützen. Erst nachträglich hatten Außenminister Bill Hayden und andere gemäßigte Mitglieder des Kabinetts von diesem Umfall erfahren.



Was er alles riechen kann: Neuseelands Premier Lange FOTO: DPA

In der Mentalität der beiden pazifischen ANZUS-Partner hat die konservative Grundströmung der Commonwealth-Loyalität Spuren hinterlassen. Die Mißhelligkeiten, zu denen es mit Amerika gekommen ist, produzierten einen Widerstreit der Gefühle, mit denen die Links-Regierungen in Wellington und Canberra rechnen müssen. In Australien, das im Zweiten Weltkrieg unmittelbarer gefährdet war als Neuseeland, reicht die Ablehnung der sozialistischen „Ohne-uns"-Politik von der Opposition bis tief ins Regierungslager. Der plumpe Übereifer, mit dem Moskau von dem antinuklearen Kurs zu profitieren suchte, endete in Neuseeland mit einer diplomatischen Niederlage. David Lange sah sich genötigt, den Sowjet-Botschafter zu rufen, um sich gegen den Trugschluß zu verwahren, er werde sich als Zentralfigur einer Propaganda-Aktion gegen die USA mißbrauchen lassen.

So ist es für Präsident Reagan kein Risiko, auch im Südpazifik auf eine differenzierte Politik der Stärke zu setzen. Bei dem Besuch, den der australische Premier Washington Anfang Februar abstattete, wurde ihm kühl bedeutet, Amerika verfüge über vielfältige Alternativen, seine MX-Raketen ohne australische Hilfe in der Südsee zu testen. Auch sei es nicht interessiert, an der für Juli vorgesehenen ANZUS-Konferenz in Canberra teilzunehmen.

Dennoch sieht Washington einen Unterschied in seiner Einstellung zu den zwei Noch-Verbündeten. Bob Hawke beeilte sich zu versichern, die Allianz sei, was Australiens Zusammenarbeit mit den USA betreffe, weiter „operativ". Das läßt sich von Neuseeland gewiß nicht sagen. Das Weiße Haus bemüht sich, den Schaden zu begrenzen, den die ANZUS-Krise angerichtet hat. Es darf hoffen, daß die drohende Umwandlung des Dreier-Paktes in eine bilaterale Kooperation USA–Australien David Lange zum Einlenken bewegen wird.

IM GESPRÄCH José Sarney

Politiker und Poet

Von Werner Thomas

Er ist ein Mann, der gern im Hintergrund die Fäden spinnt. Das Schicksal hat ihn jetzt in das Rampenlicht gestellt: José Sarney, 54, amtiert seit Freitag als erster Präsident der neuen demokratischen Ära Brasiliens.

Es wird eine kurze Amtszeit sein. Tancredo Neves, 75, der sich wenige Stunden vor seiner geplanten Vereidigung zum Staats- und Regierungschef einer Darmoperation unterziehen mußte, soll spätestens nächste Woche seine Arbeit aufnehmen. Der Übergangspräsident kann sich dann seiner eigentlichen Aufgabe widmen – der des Vizepräsidenten.

Es gab ein dramatisches Gerangel in der Nacht zum Freitag, als Neves plötzlich ins Krankenhaus mußte. Die linke Fraktion der Neves-Partei (Demokratische Bewegung Brasiliens, kurz PMDB) lief Sturm gegen Sarney und wollte Ulysses Guimarães an die Staatsspitze stellen, den Präsidenten der Abgeordnetenkammer. Sarney konnte sich jedoch auf die Verfassung berufen.

José Sarney ist ein kontroverser Politiker. Seine Feinde stehen links und rechts. Die Linken wollen nicht seine steile politische Karriere während der Militärherrschaft (1964 bis 1985) vergessen: ernannter Gouverneur des Heimatstaates Maranhao. Kongreß-Abgeordneter der regierenden sozialdemokratischen Partei (PDS), ihrem Namen zum Trotz eine konservative Bewegung. Dann Senator. Bis Sommer vergangenen Jahres war Sarney schließlich PDS-Präsident. Er koordinierte vor zwölf Monaten noch den Kampf der Militärregierung gegen die Direktwahl des nächsten Präsidenten.

Die rechten PDS-Leute haben dem ehemaligen Parteichef einen Positionswechsel nach dem Positionswechsel nicht vergeben: Nachdem Sarney einmal auf die Direktwahl-Seite überging, unterstützte er den oppositionellen Bewerber Tancredo Neves. Mit seiner tatkräftigen Hilfe triumphierte Neves Mitte Januar im Wahlkollegium gegen den PDS-Rivalen Paulo Maluf. Neves revanchierte sich im Wege der Vorauszahlung: Sarney wurde sein Vizepräsidentschaftskandidat.



Ein Leben voller Wendungen: Interimspräsident Sarney FOTO: DPA

Der gutaussehende Mann mit dem markanten Schnauzbart und den buschigen Augenbrauen, der am Freitag in Anwesenheit von Gästen aus 113 Ländern – unter ihnen US-Vizepräsident George Bush sowie Genscher – zum amtierenden Präsidenten der größten lateinamerikanischen Nation vereidigt wurde, ist nicht nur ein gewiefter Politiker. Er zählt auch zu den prominentesten Poeten und Schriftstellern des Landes und setzt seine Gaben in wortgewaltiger Rhetorik ein. Nur wenige Politiker können packender reden als er.

José Sarney ist oft gefragt worden, welche Tätigkeit ihm größere Genugtuung verschaffe, die Politik oder die Poesie. Die Antwort fiel ihm immer leicht: „Die Poesie natürlich." Dem literarischen Metier will er sich hauptberuflich widmen, wenn die politische Laufbahn endet. Wenn. Dieser Dichter steht auf keiner höhern Warte als auf den Zinnen der Partei.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Fußball-Entscheidung gegen Berlin kommentieren viele Zeitungen:

Neue Zürcher Zeitung

Es fällt auf, daß Bundesregierung und SPD-Opposition nun nach dem definitiven Entscheid über die Durchführung der Fußball-Europameisterschaft merklich gedämpfter reagieren als vor einem Monat bei der provisorischen Vergabe an den DFB. Damals hatten die Politiker noch vernehmlich davon gesprochen, es wäre besser, auf das Turnier in der Bundesrepublik überhaupt zu verzichten, als die Nichtberücksichtigung Berlins zu akzeptieren. Von solchen Tönen ist nun nichts mehr zu hören.

BERLINER MORGENPOST

Der Vorschlag Neubergers, in Berlin zumindest das Eröffnungsspiel der EM zu veranstalten, war eine schwächliche Ablenkungsgebärde, mehr nicht. Nun haben wir also die EM unter Ausschaltung Berlins. Viele deutsche Fans werden jubeln. Neuberger jubelt. Doch Berlin zahlt die Zeche.

Frankfurter Allgemeine

Der Deutsche Fußball-Bund hatte ... nicht im geringsten ernsthaft versucht, den bloß vermuteten Widerstand des Ostblocks gegen West-Berlin als Spielort sich manifestieren zu lassen und ihn danach auf Stärke und Unüberwindlichkeit zu prüfen. Statt dessen wurde schon in der Erwartung östlicher Machtansprüche deutsches Wohlverhalten vorweggenommen. Es war abstoßend. Aber vor allem war es teuer. Die Führung des Ostblocks hat ihr Ziel, eine „selbständige Einheit West-Berlin" als drittes deutsches Teilstück zu etablieren, nicht aufgegeben. Sie ist ihm nun ein Stück nähergekommen ... Diese Gesellschaft hat die Regierung und den Fußballbund-Präsidenten, die sie verdient.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Der selbstgefällig triumphierende DFB-Chef Hermann Neuberger hat ein weiteres Eigentor fabriziert: Die anderen Sportverbände, mit denen Innenminster Zimmermann jetzt verhandeln will, um künftig ähnliche „Berlin-Entscheidungen" zu verhindern, haben es eben diesem DFB-Chef zu verdanken, wenn sie unter Umständen jetzt stärker an die sportpolitische Kandare genommen werden.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

In der Diskussion um die Fußball-Europameisterschaft ist einer Legendenbildung vorzubeugen. Denn schon wird der Bundesregierung wieder unterstellt, sie habe den Sport politisiert, von ihr sei unzumutbarer Druck auf den autonomen deutschen Fußballbund ausgeübt worden. Exakt das Gegenteil ist der Fall. Erst der Ostblock hat, indem er Berlin von vornherein als Austragungsort ablehnte, das politische Moment in die Auseinandersetzung getragen.

Drei alte Politiker, ein General a. D. und das Kokain

Wählen oder nicht wählen: Das ist die Frage in Bolivien / Von Günther Friedländer

In Boliviens Hauptstadt La Paz haben zehntausend Minenarbeiter ihr Hauptquartier aufgeschlagen. Weitere Tausende sammeln sich, um ihnen zu folgen. Bauern drohen mit der Blockade der Stadt. Ankündigungen eines Generalstreiks stiften Unruhe.

Bolivien kann sich über Mangel an Schlagzeilen in der Weltpresse nicht beklagen: Während der letzten fünfzehn Monate wurde Präsident Hernan Siles Zuazo von rebellischen Soldaten entführt und dann befreit – er trat einen Hungerstreik an, den er abbrach, als niemand ihn ernst nahm – das Parlament kündigte die Absicht an, ihn abzusetzen, tat es aber dann doch nicht – Gewerkschaften gingen mehrmals in Generalstreiks und beendeten sie ohne nennenswerte Resultate – Siles versprach seinen Rücktritt und Neuwahlen ein Jahr vor ihrer Fälligkeit, aber niemand weiß, ob sie am 16. Juni stattfinden werden.

Inzwischen stellte das Land Weltrekorde der Inflation (1984: 2150 Prozent) und der Entwertung seiner Währung auf (letzte Abwertung im Februar: 400 Prozent). Es fehlte an den wichtigsten Artikeln des täglichen Bedarfs und an Rohstoffen für die Fabriken, die Wirtschaft brach völlig zusammen – mit einer Ausnahme: dem Rauschgifthandel, in den sich der Präsident schuldig oder schuldlos verwickelt sah und der so üppig blüht, daß dem Senat der USA ein Gesetzesprojekt vorliegt, das die für 1985 vorgesehene Wirtschaftshilfe von 53,5 Millionen Dollar unterbrechen soll, wenn Siles nicht wenigstens zehn Prozent der Kokastrauchpflanzungen vernichten kann.

Das alles, so bizarr es klingt, ist leider nicht übertrieben, und daher ist die Losung „Ordnung, Frieden und Arbeit" so attraktiv, mit der General (a. D.) Hugo Banzer an der Spitze seiner „Nationalistischen Demokratischen Aktion" (ADN) in den Wahlkampf gezogen ist. Denn Ordnung, innerer Frieden und Arbeitsplätze gingen in Bolivien verloren, seit Hernan Siles Zuazo Ende 1982 das Land in die Arme einer Linkskoalition mit Einschluß der Kommunisten trieb. Viele halten Banzer, der 1971 aus einer Revolution als Präsident hervorging und damals Bolivien die Ruhe wiedergab, für den aussichtsreichsten Kandidaten bei den kommenden Wahlen, auch wenn man nicht genau weiß, wen er eigentlich besiegen müssen wird.

Da ist in erster Linie wahrscheinlich Victor Paz Estenssoro, der „große alte Mann" der südamerikanischen Revolution, der 1952 zum ersten Mal nach einer blutigen, von Siles geführten Revolution Boliviens Präsidentschaft antrat, die man ihm 1951 nach einem Wahlsieg gestohlen hatte. Man nennt ihn „El Jefe", den Führer der „Nationalistischen Revolutionären Bewegung" (MNR). Seine Popularität ist hoch; sein Alter (77) auch. Ein anderer Kandidat kann der ebenfalls alternde Gewerkschaftsführer Juan Lechin Orquendo sein. Die Gewerkschaften jedoch sind trotz ihrer Macht zahlenmäßig nur klein, und Lechin ist bei den Massen der Banzer ergebenen Bauern nicht beliebt.

Zu besseren Zeiten standen Siles, Paz und Lechin geeint im MNR. Die Aufsplitterung der Partei erwies sich als tragisch in einem Land, das in seiner ganzen Geschichte an politischer Fliehkraft litt. Das erklärt den Einfluß des Heeres auf das politische Leben, das bei einer Bevölkerung von sechs Millionen nur 27 400 Mann stark ist und nur 1,5 Prozent des Nationalprodukts kostet (Weltdurchschnitt: sechs Prozent). Diesmal aber bleibt das Heer ruhig. Man sollte dessen zufrieden sein und sich in Ruhe auf die Wahlen vorbereiten, aber das ist nicht der Fall.

Die von Lechin geführten linksradikal orientierten Arbeiter brauchen einen Gegner, und sie nennen ihn „die Faschisten". Im wirklichen Leben Boliviens aber gibt es keine faschistische Partei. Deshalb haben Lechin und die Seinen eine Taktik erdacht, Wahlen möglichst zu verhindern. Sie wollen mit den Gewaltandrohungen den isolierten Siles zum Rücktritt zwingen.

Im für Lechin günstigsten Fall könnten die in La Paz auf die kommenden Ereignisse wartenden Minenarbeiter in das Machtvakuum eindringen und ihn zum Präsidenten machen, was in Wahlen kaum gelingen könnte. Wenn aber das Heer im Fall des Rücktritts von Siles Zuazo abermals die Kasernen verläßt, um die Anarchie zu verhindern, wäre das Lechin auch nicht unangenehm: Dann hätte er Recht behalten, daß „die Faschisten" an die Macht drängten, und damit wäre die nächste Etappe des bolivianischen Dramas vorgezeichnet.

Boliviens demokratische Kräfte sollten, so unangenehm ihnen auch der Gedanke erscheinen mag, alle Anstrengungen unternehmen, Siles bis zum 16. Juni an der Regierung zu halten, damit er nicht zum Märtyrer wird und die Wahlen abgehalten werden können. Dann besteht wenigstens eine Chance, Bolivien trotz all seiner Probleme in die Normalität zurückzuführen.

Bei SDI kann Amerika auf deutsche Technik setzen

Elektrische Kanonen, lichtgeschwinde Waffenstrahlen, Raketen-Ferntransporter sind technische Grundlagen des amerikanischen SDI-Programms. Diese drei Ideen wurden vor mehr als 40 Jahren in Deutschland geboren. Aber auch heute haben die Deutschen die Kraft, bei der Strategischen Verteidigungsinitiative der USA dabeizusein.

Von ADALBERT BÄRWOLF

Die geheime Kommandosache in dem grünen Umschlag mit dem gelben Mittelstreifen lag auf dem Teewagen im Zimmer 104 des Kreiskrankenhauses Leonberg bei Stuttgart. Die Mitteilung Nummer 3538 der Deutschen Forschungsanstalt „Ernst Udet" über einen Raketenantrieb für Fernbomber von Eugen Sänger und Irene Bredt war in 71 Ausfertigungen verteilt worden. „Lesen sie selber", sagte der vom Herzinfarkt gezeichnete Forscher. Sänger reichte mir im September 1957 die siebte Ausfertigung aus dem Jahre 1944.

Das Staatsgeheimnis des Jahres 1944 war ein Urwald von Formeln, von Parabeln und Polaren. Es war ein Dickicht magischer Zahlen über Auspuffgeschwindigkteiten, Angriffsweiten, Kühlkanten-Temperaturen, Bahnneigungen oder Winkelgeschwindigkeiten. Es war des Rätsels Lösung einer Aufgabe, für die keine Lösungen vorlagen.

Sänger hatte vor 41 Jahren einen globalen Raketenbomber entworfen, der im sogenannten Sprung-Gleitflug interkontinentale Ziele bei Erdumrundung bekämpfen konnte. Beispiel: Angriff auf Sydney. Angriffsweite 16 500 Kilometer. Bombenladung drei Tonnen. Abwurfpunkt in einer Flughöhe von 49 Kilometer. Geschwindigkeit 6400 Meter in der Sekunde. Landung und Wiedergewinnung der bemannten Rakete 13 060 Sekunden nach dem Start und Überbrückung von 40 000 Kilometer Wegstrecke.

Eugen Sänger hatte 1944 den Vorgänger des revolutionären amerikanischen Weltraumfliegers Space Shuttle entworfen, der antriebslos, nur kraft seiner Bewegungsenergie und des Auftriebs seiner Doppeldeltaflügel nach einhundert Runden um die Erde über Tausende von Kilometern in der Atmosphäre manövrieren und auf jedem Jumbo-Flugplatz landen kann. Das war eine technologische Idee aus Deutschland.

Vor 42 Jahren hatten die Deutschen in einer anderen technologischen Idee erkannt, daß das



Schießpulver seine Grenzen erreicht hatte. In einem geheimen Versuchslaboratorium in Berlin entwickelten deutsche Ingenieure unter Leitung von Joachim Hänsler eine elektromagnetische Kanone.

Sie schossen mit Linearmotoren elektrisch statt durch Gasausdehnung des Pulvers. Die elektrische Kanone hätte ein enormes Potential als Luftabwehrwaffe gehabt. Die Projektile wären schneller gewesen als ein Raumschiff. Auch das war eine technologische Idee aus Deutschland.

Vor 27 Jahren prophezeite Eugen Sänger, immer noch kreativ nach seinem ersten Herzinfarkt: „Um das Trägheitshindernis einer erfolgreichen Luft- und Raum-Verteidigung auszuschalten, bleibt schließlich kein anderer Weg, als die Zerstörungsenergie nicht mehr in Form materieller, also sehr träger Massen vom Erdboden gegen den fliegenden Gegner zu senden, sondern sie in immaterieller Form als reine Energie diesen Weg gehen zu lassen, also in Form reiner Energiestrahlen, die wegen ihrer millionenfach kleineren Trägheit und höheren Geschwindigkeit jedem materiellen Körper ohne Schwierigkeiten zu folgen und ihn zu erreichen vermögen." Auch die Waffenstrahlen waren drei Jahre vor der Erfindung von Laser eine technologische Idee aus Deutschland.

Die drei technologischen Ideen – der Raketen-Ferntransporter, die elektrische Kanone und lichtgeschwinde Waffenstrahlen – sind heute Hauptelemente der strategischen Verteidigungsinitiative Präsident Reagans. Aus der 18 Meter langen Ladeluke des Shuttle werden bei Einhaltung der bestehenden Ost-West-Verträge (ABM-Vertrag) elektromagnetisch beschleunigte Projektile und Waffenstrahlen gegen Orbitale, nicht aber gegen ballistische Ziele abgeschossen werden.

Der Gedanke liegt nahe, *daß die* Amerikaner bei dem Bemühen, die *offensiven Atomwaffen durch eine* völlig neue Technik auf den Schrotthaufen der Waffentechnik zu befördern, ihre Sensoren ausfahren und in Europa nach Geistesblitzen suchen. Sie wissen, daß sie nicht alles allein können, nicht auf alle Fragen alle Antworten haben.

Schließlich hat ein Deutscher Kennedy beschworen, vor den Sowjets eine bemannte Rakete zum Mond zu entsenden, und Wernher von Braun hat Kennedy auch gesagt, daß er diese Rakete bauen könne. Und ein Ungar, der in Göttingen studierte, der besser deutsch als amerikanisch spricht, hat Reagan beschworen, mit der Macht der Technologie die Strahlenwaffe zu bauen, die die Wasserstoffbombe auf der Spitze der interkontinentalen Großrakete zu altem Eisen werden läßt. Edward Teller, der die Wasserstoffbombe an der Universität von Kalifornien baute, hat Reagan davon überzeugt, die strategische Verteidigungsinitiative ergreifen zu müssen.

Nicht nur die Amerikaner suchen in Europa nach kreativen Eruptionen, auch Bundeskanzler Kohl hat von sich aus eine deutsche Beteiligung am SDI-Programm angeboten. Schon *im Januar trafen sich hinter verschlossenen* Türen in einem Hotel am Rhein Industrievertreter mit Experten des Verteidigungsministeriums. Und die kleine deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie fertigt gegenwärtig für die Hardthöhe einen Bericht über die Fragen an: Wo liegen die Probleme, wo die Möglichkeiten, wo die Kosten? Was versäumen wir, wenn wir nicht mitmachen? Und was fällt nach Milliarden-Investitionen als Nebenprodukt ab, falls SDI nicht realisiert werden kann?



Hochdruck-Triebwerke geben dem Space-Shuttle seinen Schub; ihr Konzept stammt aus München.
FOTO: DPA

SDI – das ist galoppierende Grundlagenforschung, das ist technologische Vision, das ist Wettlauf der Phantasie. SDI – das ist Physik, Chemie, Optik, Informatik. Neue Dinge, die andere nicht erkennen, müssen angefaßt werden.

126 Jahre nach Humboldt genießt die deutsche Naturwissenschaft immer noch weltweites Ansehen, wenn auch Göttingen nicht mehr das Mekka der Physik ist. Die deutschen Erfolge sind kulturhistorisch eingebettet. Und das deutsche Phänomen heißt: Effektivität der Forschung. Es ist der Zwang, mit wenigen Köpfen zu arbeiten. Das Dilemma aber ist, daß sich niemand etwas zutraut, nur *nach USA und Japan geblickt wird.* Nach Kernspaltung, Kernfusion und kohärentem Licht ist die Physik noch längst nicht abgeschlossen. So steht die künstliche Beeinflussung der Schwerkraft noch bevor.

Nach Sänger und Gänsler kamen auch in der Nachkriegszeit aus deutschen Köpfen fruchtbare Impulse, ohne die SDI nicht so schwungvoll voranstürmen könnte. So kommt das technologische Konzept für die Hochdrucktriebwerke des Shuttle aus München. Ein deutsches Team um Karl Stöckel bewältigte die Grundarbeiten für die Wasserstoff-Sauerstoff-Triebwerke, die dann in kalifornischen Werkstätten vollendet wurden. Eine technologische Idee aus Deutschland brachte den Amerikanern einen Vorsprung gegenüber der Sowjetunion von zehn Jahren.

Technologie aus Deutschland hat auch dies vor einigen Jahren ermöglicht: Sechs Jahre vor den Amerikanern entwickelten deutsche Ingenieure eine Multispektralkamera mit dem Potential, aus der Kreisbahnhöhe von mehreren hundert Kilometern Objekte auf der Erde von nur fünf Zentimeter Größe dreidimensional zu registrieren.

Die Kamera mit ihrer Sensorenkombination hat keinen Film und arbeitet von vornherein digital. Sie wäre nach Perfektionierung in der Lage, innerhalb von 24 Stunden aus dem Weltraum eine dreidimensionale Karte von Deutschland mit einer Auflösung von fünf Zentimetern anzufertigen. Sie wäre natürlich auch imstande, aus dem Weltraum eine dreidimensionale Geländeaufklärung der Gebiete zu erbringen, in der die mobilen SS 20 kreuzen. Hier wäre ein langfristiger Beitrag zu einem auf Europa ausgedehnten SDI-Programm denkbar.

Ideen, die andere nicht haben oder nicht verwirklichen können, führen zu völlig neuen Wegen. Technologie aus Deutschland könnte beim Wettlauf der Phantasie zur Entmachtung der nuklearen Offensive beim „Sieg der Sterne" durch lichtgeschwinde Energie einen Beitrag erbringen – wenn wir noch einen Eugen Sänger, einen Joachim Hänsler oder einen Karl Stöckel in dem von der Hardthöhe ausgebreiteten Filter finden.

Im Wedding nimmt Apel Abschied von Berlin

Für Hans Apel ist das Zwischenspiel Berlin zu Ende. Als Ehrenmitglied der *SPD-Wedding* verläßt er die Stadt.

Von F. DIEDERICHS

Das Wort „Spitzenkandidat" mag er nicht mehr hören: „Ein ganz schlimmer, lächerlicher Titel" urteilt ein nachdenklicher Hans Apel vor jungen und alten Genossen des Berliner SPD-Bezirks Wedding. Wenige Minuten vorher hat er noch unter vier Augen den Kreisvorstand gebeten, „es kurz zu machen": Ein Verlierer, eigens aus Bonn an die Spree gereist, nimmt Abschied von der Basis. Die sitzt brav aufgereiht vor den Kaffeetassen im schmucklosen Rathaussaal im „roten" Wedding und hat ihn und seine Frau Ingrid zu Ehrenmitgliedern ernannt. Auf Lebenszeit. „Für ehrenvolle Verdienste, Tatkraft und Herz mit Verstand" steht in kunstvoll verzierten Buchstaben auf der überdimensionalen Urkunde, die Hans Apel später nur mit Mühe in den Koffer bekommen wird.

Während der blau gekleidete Parteinachwuchs der „Falken" Geld für Äthiopien sammelt, tritt der Geehrte ohne die Trauermiene der Wahlnacht ans Rednerpult. Eine Welle minutenlangen Beifalls schlägt ihm von den knapp Zweihundert im Saal entgegen. „Fröhlich nach außen, betroffen nach innen" – diese Selbtbeschreibung des Hans Apel gilt auch für jene, die jetzt die Hände rühren und dem verpflichteten Matador versichern, es werde auch „weiterhin eine feste Verbindung zwischen Dir und uns geben".

An diesem Abend im Weddinger Rathaus will die Basis dem gescheiterten Mann aus Hamburg-Barmbek *einen Abschied zelebrieren, der nicht* von dumpfer Resignation geprägt sein soll. Es fällt kein spöttisches Wort, keine üble Nachrede. Ein Küßchen von den Damen hier, ein fester Händedruck von gestandenen Genossen da; dazu Beifall, der von Herzen kommt und Hans Apel sichtlich guttut.

„Die Wahl hat die Partei, nicht Hans Apel verloren", geben ihm die Weddinger Genossen mehrmals mit auf den Weg. Doch damit gibt sich der selbstkritische Hanseat nicht zufrieden: „Mich wird noch viele Wochen umtreiben", versichert er der fröhlich-nachdenklichen Runde, „was ich falsch gemacht habe." Doch eins weiß er jetzt schon, seine Absage an jede Form von Koalition oder Duldung einer anderen Partei habe den Knockout durch die Berliner gefördert. Als er mit „dem Mut, Fehler einzugestehen", die Erkenntnis preisgibt, daß „Berlin keine Importe braucht", nickt ihm die Runde zustimmend zu und applaudiert.

Bei der auferlegten Selbstprüfung vor den Weddinger Genossen, die ihm noch am wenigsten im zurückliegenden Wahlkampf die kalte Schulter zeigten, darf er dann auch klagen, daß er nicht nur bei den Bürgern, auch in der Partei auf verlorenem Posten stand. „Die Solidarität, die Ihr mir im Wedding gezeigt habt, kam in anderen Bezirken zu spät."

Der Abschied geht vielen Genossen unter die Haut, und so klatschen sie noch, als Hans Apel längst die Treppe zum Ausgang hinabstrebt.

In Aachens Trümmern wurden die Gewerkschaften neu geboren

Von EBERHARD NITSCHKE

Für die wenigen noch lebenden Zeitzeugen, die am 18. März 1945 im von den Amerikanern als erste deutsche Stadt genommenen Aachen einen „Freien Deutschen Gewerkschaftsbund" wiederbegründeten, ist unverrückbar dies die vor 40 Jahren stattgefundene Geburtsstunde des DGB – auch wenn erst am 7. Dezember 1945 in Düsseldorf eine Einigung über die Bildung von Industriegewerkschaften zustande kam.

„Wenn wir den Rhein erreicht haben", war die tröstende Zeitangabe der amerikanischen Offiziere, die von den alten Gewerkschaftern der fast menschenleeren zerstörten Kaiserstadt an der Grenze bedrängt wurden, die Gewerkschaftsneugründung zuzulassen. Am 21. Oktober 1944 hatten die eingeschlossenen deutschen Truppen hier kapituliert. Erst fast fünf Monate später wurde eine der sonst unter Militärrecht verbotenen Versammlungen genehmigt. In der Handwerkskammer kamen 83 Männer und Frauen zusammen. Es war ein Sonntag. Die US-Truppenzeitung „Yank" erwähnte in ihrem Bericht, wie ärmlich und zerrissen das Ganze gewirkt habe. Aber in den „Aachener Nachrichten", der „ersten neudeutschen Zeitung", wie sie im Untertitel hieß, erschien ein jubelnder Bericht: „Ein großer Tag für die deutschen Arbeiter – Neugründung der Gewerkschaften".

Von denen, die damals in den ersten Vorstand kamen, lebt noch einer. Peter Spiegelmacher. Der 82jährige erinnert sich: „Was wir vor allem wollten, war eine Einheitsgewerkschaft. Die Amerikaner waren damit auf unserer Seite, aber die Engländer, die dann folgten, sagten, sie würden das keineswgs zulassen. Man würde uns nur Fachgewerkschaften genehmigen." Was dann auch geschah.

Daß die Wiederbegründung eines Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes angesichts des Chaos, das damals herrschte, überhaupt in dieser Ordnung und mit solchem nachklingenden Erfolg vor sich gehen konnte, lag nicht nur zufällig daran, daß die Amerikaner bei der Besetzung entscheidender Posten in der Trümmerstadt auf Gewerkschafter zurückgegriffen hatten. So war der erste Regierungspräsident, den die Besatzungsmacht holte, das Mitglied der Metall-Gewerkschaft Ludwig Lude. Heinrich Hollands von der Drucker-Gewerkschaft war der erste Herausgeber der ersten deutschen Zeitung nach der örtlichen deutschen Kapitulation.

Lude stellte den entscheidenden Kontakt zum US-Kommandanten, Major John P. Bradford, für die Gewerkschafter Jean Allelein und Matthias Wilm her. Die beiden hatten sich getroffen, als sie im tiefen Schnee arbeitend die Wasserversorgung der Stadt im Auftrag der Amerikaner in Ordnung bringen sollten. Und bei einer Begegnung mit Hollands stellte sich heraus, daß der von einer Bekanntmachung des US-Generals Eisenhower wußte, die lautete: „Die deutschen Arbeiter werden sich, sobald die Umstände es gestatten, zu demokratischen Gewerkschaften zusammenschließen dürfen."

Auch wenn die Umstände noch chaotisch waren, wurde nun, wie es bei der Aachener Gründungsversammlung hieß, „die Keimzelle für die zukünftige demokratische Gewerkschaftsorganisation in Deutschland" gebildet. Man durfte nicht wagen, den „ältesten Gewerkschaftsführer", der die Veranstaltung leitete, auch in den Berichten darüber beim Namen zu nennen. Es war Matthias („Matjö") Wilms, an dessen Grab am heutigen Montag in Aachen Kränze niedergelegt werden.

WIE WAR DAS?

„Parteipolitische Tendenzen sind grundsätzlich aus der Gewerkschaft auszuschalten", hatte Wilms der Versammlung in der Handwerkskammer gesagt, „die Gewerkschaft soll eine Wirtschaftsorganisation sein". In den 13 Punkten des ersten Programms hieß es unter anderem, der Kampf gegen den preußischen Militarismus und Faschismus müsse geführt werden, das Streikrecht habe wiederzukommen, eine Regelung der Lohnfragen und der Ferien, der 8-Stunden-Tag und der 1. Mai als Feiertag.

Außerdem forderte die Versammlung „Unterdrückung der Werkschutzvereine und Ämterlosigkeit für ehemalige NSDAP-Mitglieder in der Gewerkschaft. „Wir müssen der Welt zeigen, daß wir die alten Gewerkschafter geblieben sind", hieß es. „Wenn wir auch zur Zeit eine Lokalorganisation darstellen, müssen wir doch den Weg zur Zentralorganisation beschreiten."

„Eine ehemalige Gewerkschafterin und Stadtverordnete" meldete sich dann noch zu Wort, von der man eben nur in dem versammelten Kreis wissen sollte, daß es Frau Anna Braun-Sittard war. Ihr Satz „Nach zwölf Jahren Terror können wir wieder, ohne die Gestapo im Nacken zu haben, unter uns Arbeitern zusammen sein", ist den überlebenden Zeitzeugen von damals noch erinnerlich – er allein hätte genügt, Frau Sittard, die kurz nach Kriegsende starb, unter das Fallbeil des NS-Staates zu bringen.

Beim Kreisverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Aachen hütet man die Originaldokumente von damals wie einen Schatz. Frau Niessen, die als Zwölfjährige am 18. März 1945 an der Hand ihres Vaters Klaus Kreitz, der dann in den Vorstand gewählt wurde, durch das zerstörte Aachen zum stehengebliebenen Haus der Handwerkskammer mitging, ist seit langem Mitarbeiterin beim Kreisverband. In ihrem Schreibtisch liegt der auf unsäglichem grünen Papier geschriebene erste Jahresbericht des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes" von 1945. Bei allem Ernst ist verhaltener Jubel in den Zeilen spürbar: Fast überall, wohin die Alliierten kamen, gründeten sich nach Aachener Vorbild Gewerkschaften gleichen Namens.

Ein Museum erhitzt die Gemüter

Von PETER SCHMALZ

Daß Rudolf Diesel einen Motor entwickelte, der tuckernd einen Siegeslauf um die Welt machte, ist schon deshalb allgemein bekannt, weil der Antriebsapparat den Namen seines Erfinders trägt. Doch eher zum elitären Hintergrundwissen zählt die Kenntnis, daß dieser Geniestreich deutscher Ingenieurkunst in Augsburg aus der Taufe gehoben wurde. Wenn dieser dem bayerischen Staatsstolz keineswegs abträgliche Umstand künftig einer breiteren Öffentlichkeit geläufig sein wird, dann wird das einem Museum zu verdanken sein, daß sich „Haus der Bayerischen" nennt und dessen Auftrag nach dem Willen von Staatssekretär Edmund Stoiber „volkspädagogisch auf die Darstellung der gesamten Bandbreite der Geschichte des bayerischen Staates und Volkes bezogen ist".

Mit der Ausstellung „Aufbruch ins Industriezeitalter", deren erster Teil Ende April in Augsburg zur 2000-Jahr-Feier der Fuggerstadt eröffnet und dabei auch Diesels Großtat gebührend würdigt (der zweite Part unter dem Titel „Leben und arbeiten im Industriezeitalter" folgt wenig später in Nürnberg), will das Haus, das erst seit Oktober 1978 existiert, dem Wunsch der Prinzregentenstraße gerecht werden. „Eine Bewährungsprobe", meint dazu sein Leiter, der Kunsthistoriker Professor Claus Grimm.

Eine Feuertaufe mußte sein Museum aber bereits auf dem politischen Schlachtfeld bestehen. Während der CSU-Abgeordnete Erich Schosser im Landtag im Sinne seiner Fraktion das Haus und seine geplanten Aktivitäten einen „Kristallisationspunkt für die Bürger dieses Landes" lobt, tobte sich die SPD-Opposition verbal aus. „Selbstbeweihräucherungsinstitut" schimpfte einer, von „Omnipotenzphantasien" sprach ein anderer.

Nun könnte ein unkundiger Zuhörer auf die Idee kommen, den Sozialdemokraten sei nicht recht, wenn weißblaue Historie in pädagogisch faßbarer Weise aufbereitet und dem Volk zur Erbauung präsentiert wird, ja, sie sollten selbst dann dagegen sein, wenn nicht wie vor einigen Jahren die Herrschaftsgeschichte der Wittelsbacher, sondern wie nun geplant und mit 8,5 Millionen Mark finanziert auch das einfache Leben der Handwerker und Arbeiter gezeigt wird. Der Eindruck wäre allerdings falsch, denn erstens haben sich die Genossen schon vor Jahren im Landtag für die Industrieausstellung stark gemacht und zweitens geht der Plan, ein „Haus der Bayerischen Geschichte" zu gründen, auf den verstorbenen SPD-Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner zurück, der übrigens so stark vom bayerischen Patriotismus beseelt war, daß er schon 1951 anregte, Schilder mit dem bayerischen Wappen an den Freistaatsgrenzen zu postieren.

Der Zorn der Sozialdemokraten richtet sich vielmehr auf einen siebenseitigen Entwurf der Staatskanzlei für eine Verordnung zu diesem Museum. Schon die Zuständigkeit



Landesbericht Bayern

ist der Opposition ein Dorn im Auge: Unter Berufung auf Artikel 47 der bayerischen Verfassung, wonach der Regierungschef Bayern nach außen repräsentiert, wurde das Geschichts-Haus dem Ministerpräsidenten unmittelbar unterstellt, worauf der adelige SPD-Abgeordnete Volker von Truchseß meinte: „Der Ministerpräsident ist angetreten, sich ein eigenes Museum zuzulegen." Ihn belehrte Kultusminister Professor Hans Maier, hier soll ein Denkmal geschaffen werden, „das das bayerische Volk sich selbst und kommenden Generationen setzt".

Eigentlicher Stein des Anstoßes ist jedoch Paragraph drei der Verordnung, dessen erster Satz auch die bis dahin nicht eingeweihten bayerischen Museumsdirektoren zusammenzucken ließ. In ihm steht zu lesen: „Die staatlichen Museen stellen dem Haus der Bayerischen Geschichte ihre Bestände für Ausstellungen zur Verfügung. Die Anforderungen des Hauses der Bayerischen Geschichte gehen allen anderen Anforderungen vor." Wieder war es der rote Freiherr von Truchseß, der Strauß napoleonische Gelüste unterstellte: Habe der Korse europaweit seine musealen Schätze zusammengestohlen, so wolle der erste Mann in Bayern alle bayerischen Museen seinem Wunsch unterwerfen.

Stoiber nannte diesen Vergleich „beinahe eine Beleidigung" und den internen Entwurf „offen für Veränderungen". Der beanstandete Satz sei nichts als eine „reine Selbstverständlichkeit": Man wolle nur betonen, daß die staatlichen Museen zur Zusammenarbeit verpflichtet sind, und daß Leihwünsche des Hauses der Bayerischen Geschichte vor privaten Leihgesuchen rangieren müssen.

Der Staatssekretär, wegen des Sieben-Seiten-Papiers von einer Münchner Zeitung als Minenhund gescholten, ließ es sich dennoch nicht nehmen, die Verantwortlichen zu nennen, die ihn zu dieser Verordnungsformulierung zwangen: die „eifersüchtig gehütete Sachkompetenz" der Museen, die in der Vergangenheit Koordinationsprobleme gebracht habe, weshalb nun für das Geschichtshaus, das selbst nicht als Sammler auftritt, eine rechtliche Absicherung der Zusammenarbeit notwendig ist. Es sei auch nicht daran gedacht, Altendorfers Alexanderschlacht aus der Alten Pinakothek zu entleihen und die „Schätze unserer weltberühmten Häuser anzutasten", wohl aber auf die Bestände in den Depots zurückzugreifen. Kunstkennern ist es ein offenes Geheimnis, daß dort Schätze nur deshalb verborgen sind, weil für ihre Präsentation kein Raum vorhanden ist. Im Kern, so formulierte Minister Maier, komme es nur darauf an, die Zusammenarbeit mit den Museen einvernehmlich zu regeln.

Mächtigen emotionellen Auftrieb erhielt die Aufregung der Opposition durch die Räumlichkeiten, in denen das bayerische Geschichts-Haus einmal untergebracht werden soll: in dem für 170 Millionen Mark geplanten Neubau der Staatskanzlei beidseits der Kuppel des zerstörten Armeemuseums, in dem das Museum 3000 Quadratmeter erhalten wird und gegen dessen Realisierung die SPD Sturm läuft.

Doch über das Parteiengezänk hinweg denken die Historiker in die Zukunft und bereiten für nächstes Jahr eine Gedenkausstellung zum 40. Jahrestag der Bayerischen Verfassung und für 1988 eine Dokumentation über die Geschichte der Bauern in Bayern vor. „Unser Ziel ist dabei", sagt Haus-Chef Professor Grimm, „nicht Staatsgeschichte von oben, sondern Sozialgeschichte von unten der Bevölkerung näherzubringen." Der SPD müßte es eigentlich recht sein.

Sind Kantinen der Bundeswehr zu billig?

STEFAN HEYDECK, Bonn

Gegen eine neuerliche, umfassende Reform des Kantinenwesens in der Bundeswehr hat sich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ausgesprochen. Das seit 1976 gültige System habe sich im großen und ganzen bewährt, meinte Theo Homölle vom DGB zu entsprechenden Überlegungen des Bundesverteidigungsministeriums. Er verwies darauf, daß nach einer Umfrage des Ministeriums unter 520 Kantinenpächtern 83 Prozent überwiegend zufrieden und nur sechs Prozent überwiegend unzufrieden seien.

Während einer Anhörung auf der Bonner Hardthöhe hätten dagegen Bundestagsabgeordnete unter anderem auf die unbefriedigende Einkommenssituation der Pächter und die zu niedrigen Kantinenpreise hingewiesen. Dabei hätten sich die durchschnittlichen jährlichen Familieneinkommen der Heimbetriebsleiter von 1973 bis 1983 von 41 129 Mark um über 95 Prozent auf 80 253 Mark erhöht. Der Wehrsold eines Gefreiten sei aber in dieser Zeit pro Tag lediglich von sechs auf neun Mark (50 Prozent) heraufgesetzt worden. So hätten bei dem Hearing sogar Kommandeure die Höhe der Kantinenpreise und nicht ausreichende Angebote kritisiert.

Homölle forderte den Parlamentarischen Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Peter-Kurt Würzbach (CDU), auf, im Interesse der Wehrpflichtigen „sehr schnell zu erkennen" zu geben, daß allein der Betreuungsauftrag im Mittelpunkt aller Überlegungen über mögliche Änderungen stehen werde. Nach Ansicht des DGB müssen Korrekturen „zwangsläufig" zu einer grundsätzlichen Diskussion über das Kantinenwesen der Bundeswehr und seinen Betreuungsauftrag führen. Mit einbezogen werden müße dann auch die Frage, inwieweit die Offiziers- und Unteroffiziersheimgesellschaften in das bestehende System integriert werden könnten. Nicht vertretbar seien auch Preisunterschiede zwischen den Mannschaftskantinen und den Casinos der höheren Dienstgrade. Weiter kritisiert der DGB, daß „mindestens 3 500 Soldaten, also mehr als eine Brigade" als Ordonanzen eingesetzt würden. Dies sei „arbeitsmarktpolitischer Unsinn" und auch mit Blick auf den Personalmangel nicht einzusehen.

Neues „Wir-Gefühl" bei FDP an Rhein und Ruhr

Liberale zuversichtlich: Nach 12. Mai wieder im Landtag

WILM HERLYN, Duisburg

Das haben die Liberalen zwischen Rhein und Weser lange nicht mehr erlebt: Reden, unterbrochen durch Beifallsstürme, Jubel, Aufbruchsstimmung, ein Miteinander-schaffen-wir-es-Gefühl. Und ein bißchen Trotz lag in der Stimme des Spitzenkandidaten Achim Rohde für die Landtagswahl auf diesem Parteitag am Wochenende in der Duisburger Mercatorhalle, wenn er zigmal wiederholte: „Wir packen es!"

Duisburg geriet zur nahtlosen Fortsetzung des Parteitages in Gütersloh im Dezember, als Rohde auf den Schild gehoben wurde, um die FDP wieder in den Landtag nach fünfjähriger Absenz zu führen. Schon damals gab er die Parole aus: „Wir haben die Chance, die Regierung Rau abzulösen – wenn die CDU uns dabei hilft, ist sie uns willkommen." Die Ergebnisse des Saarlandes und von Berlin gaben dazu deutlichen Aufwind, machten selbstbewußt und Mut.

Es scheint als habe die nordrhein-westfälische FDP ihre tiefe Krise überwunden, die ausgelöst wurde durch die Niederlage von 1980, als 1700 Stimmen zum Einzug in den Landtag fehlten. Sie litt von allen Landesverbänden am stärksten unter der Wende, mehr als 5000 Mitglieder gaben ihr Parteibuch zurück. Sie verkraftete kaum noch die Querelen an der Spitze – nach dem sozialliberalen Burkhard Hirsch kam der Genscher-Getreue Jürgen W. Möllemann. In beiden Teilen des Landes verspürte die Partei gar keine Lust mehr, die Europa- und Kommunalwahlen des vergangenen Jahres zu durchstehen. Die Mitglieder bekannten sich nicht mehr öffentlich zu den blau-gelben Fahnen. Aber in den vergangenen sechs Monaten lösten neue unverbrauchte Männer und Frauen in vielen Orts- und Kreisverbänden die alte Garde ab.

„Ärmel hochkrempeln"

Sie bestimmen jetzt das Bild der Liberalen, Männer und Frauen, die ihre ersten Erfolgserlebnisse im Beruf hatten und nicht auf Parteimeriten angewiesen sind, Männer und Frauen, die spontan reagierten, als der Bundesvorsitzende Martin Bangemann ihnen in Duisburg zurief: „Laßt uns die Jacke ausziehen, die Ärmel hochkrempeln und anpacken – damit alle auch sehen, daß wir mehr sind und können als unsere Gegner das uns zutrauen." Da erhoben sich viele, legten symbolisch die Jacken ab, krempelten die Arme hoch, wedelten begeistert mit dem selbstbewußten Aufkleber: „Sagt ja!". Schulterschluß bei den Liberalen – ein seit Jahren nicht mehr gekanntes Wir-Gefühl.

Das Selbstbewußtsein ist schon so erstarkt, daß auch mahnende Worte an den Koalitionspartner gerichtet werden: „Wir erwarten von der CDU, daß sie unsere liberalen Wähler nicht mit falschen Argumenten wegzieht," rief Bangemann in Richtung Bernhard Worms und Kurt Biedenkopf. Und viele Delegierten murrten, der Union fehle es noch an Motivation und Begeisterung. „Wir aber setzen nicht auf Platz, sondern auf Sieg," ermunterte Rohde.

„Weniger Staat"

Ihn nannte Möllemann den „intellektuellen Motor" – und Bangemann griff zum Vergleich in die Comic-Welt: „Der Obelix – das ist der große Worms, der hat ja noch so einen kleinen Professor als Idefix dabei und unser Achim Rohde ist der Asterix, der agile und aktive." Zu den anderen Parteien – SPD oder Grüne – könne er nur sagen: „Die spinnen." Und schloß in den Vergleich auch noch Leo Brawand als „Mirakulix" ein, den ehemaligen Chefredakteur des Managermagazins, der landauf und landab nach Berliner Vorbild der liberalen Bürgerinitiative, Freundeskreise für die FDP in Nordrhein-Westfalen gründet.

Doch all die eingängigen Slogans wie „Leistung muß sich wieder lohnen" oder „Weniger Staat – weniger Steuern" vermögen doch eines nicht zu überdecken: die neue Eigenständigkeit, von der Martin Bangemann so gerne spricht, ist noch lange nicht erreicht. Wie in Berlin und im Saarland wird auch in Nordrhein-Westfalen am 12. Mai die FDP voraussichtlich nicht um ihrer selbst allein gewählt, sondern um den größeren Partner, die CDU, zu stärken. Nach den Wahlen wird die FDP darum, so ist es das Ziel der Führungsmannschaft, vor allem ein neues Profil suchen und festigen, für eine sichere Basis für die Bundestagswahlen 1987.

Worms: Montan-Mitbestimmung bleibt erhalten

dpa, Solingen

Eine eindeutige Absage hat der Spitzenkandidat der nordrhein-westfälischen CDU, Bernhard Worms, Plänen der FDP erteilt, die Montanttbestimmung abzuschaffen. Vor den Rheinischen Sozialausschüssen (CDA) richtete Worms am Samstag den Appell an Wirtschaft, Unternehmer und Betriebsräte, die vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen „tatsächlich zu Neueinstellungen" zu nutzen.

Die Rheinischen Sozialausschüsse sprachen sich für die Ausdehnung der Montan-Mitbestimmung „auf alle Wirtschaftsunternehmen" und für mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz aus. Auch bei der Einführung neuer Technologien sollten Betriebs- und Personalräte volle Mitbestimmung erhalten. Sprecherausschüsse für leitende Angestellte lehnte die CDA ab.

Raucher-Krankheiten selbst bezahlen?

dpa, Hamburg

Der frühere Bundeswirtschaftminister Otto Graf Lambsdorff hat sich dafür ausgesprochen, Patienten, die an „selbstverschuldeten Krankheiten" leiden, stärker als bisher für die Folgen dieser Krankheiten aufkommen zu lassen. In der „Bild am Sonntag" nannte der FDP-Politiker dabei Alkohol-, Drogen- und Nikotinmißbrauch sowie Übergewicht wegen falscher Ernährung.

Sagladin bei SPD zu ‚Abrüstungsgespräch'

dpa, Bonn

Eine Arbeitsgruppe aus SPD-Bundestagsabgeordneten und führenden Vertretern der KPdSU will bis zum Herbst einen gemeinsamen Vorschlag vorlegen, wie der Rüstungswettlauf beendet und die ersparten Gelder zur Bekämpfung des Hungers und zur Weiterentwicklung der Dritten Welt verwendet werden können. Dabei war am Wochenende in Bonn der stellvertretende Leiter der internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU, Vadim Sagladin, mit den SPD-Politikern Vogel und Bahr zusammengetroffen.

Bonn klagt über Aussiedler-Rückgang

dpa, Gießen

Die Bundesregierung hat den Rückgang der Aussiedlerzahlen aus Polen und der Sowjetunion geklagt. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Waffenschmidt (CDU), sagte am Samstag, diese Restriktion sei auf längere Sicht nicht hinnehmbar. Nach Angaben des Politikers sind 1984 nur noch 3130 Deutsche im behördlichen Verfahren aus Polen gekommen, mit einer Besuchs- oder Touristengenehmigung dagegen 14 325. Inszwischen warteten 80 000 Angehörige in Polen auf ihre Ausreise. Die Sowjetunion habe 1984 nur noch 913 Deutschen die Ausreise gestattet (1982: 2071).

Die FDP beharrt auf einem dritten Senator

Diepgen warnt vor „überflüssigen Muskelspielen"

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die Berliner Liberalen und Christdemokraten wollen das erneuerte Senatsbündnis bis zum Beginn der Osterferien an der Spree (23. März), dem CDU-Bundesparteitag Mitte der Woche und eines FDP-Landesparteitages am 20./21. März unter Dach und Fach bringen. Am Wochenende tagten die jeweils fünf Unterhändler bis in die Nachtstunden. Man sei in Sachfragen gut vorangekommen, hieß es gestern nachmittag. Die FDP beharrt auf einem dritten Senator, auf den sie sich den schon 1983 zugesagten Bürgermeister-Posten nicht anrechnen lassen will. Der linke FDP-Abgeordnete Wolfgang Fabig ließ den „Versuchsballon" steigen, Hildegard Hamm-Brücher als Kultursenatorin nach Berlin zu holen.

Zum Auftakt der Bündnisverhandlungen hatte der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen in der „Berliner Morgenpost" beide Partner vor dem aufkeimenden Austausch von Sticheleien und Mißgünstigkeiten gewarnt. Es dürfe weder „Streit noch überflüssige Diskussionen" geben. Wie FDP-Chef Walter Rasch, der seine Parteifreunde beschwor, den „Erfolg nicht zu zerreden", sprach Diepgen von „überflüssigen Muskelspielen" in der Öffentlichkeit. In der Koalition dürfe niemand die „simple Tatsache außer acht lassen, daß es nicht auf ‚hätte' und ‚könnte' ankommt, sondern auf die konkrete Mandatszahl von CDU und FDP zusammen".

Diepgen spielte damit offenbar auf den regen Unmut an der CDU-Basis an, mit einem Erststimmenanteil von 50,6 Prozent – der in jedem anderen Bundesland ohne den speziellen Berliner Zweitstimmenzettel zur absoluten Mehrheit gereicht hätte – zwar ein Traumergebnis erzielt zu haben, aber dennoch auf den guten Willen der FDP angewiesen zu sein.

Anwärter Rexrodt

Diepgen bekräftigte in dem „Morgenpost"-Gespräch nochmals seine bekannte Grundhaltung: So wenig wie möglich an dem Erfolgs-Senat ändern, der „besten deutschen Landesregierung". Dabei müsse es bleiben: „Das heißt, wir brauchen ein Höchstmaß an Kontinuität."

Dies will die Union wahren, indem sie den Liberalen zunächst das Finanzressort anbot, das durch den bevorstehenden Wechsel von Amtsinhaber Gerhard Kunz in die Wirtschaft frei wird. Neben Kultur und Umwelt hält die FDP dieses politische Feld im Auge und hätte mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Dr. Günter Rexrodt auch einen passenden Anwärter. Rexrodt formulierte als „Vize" von Wirtschaftssenator Elmar Pieroth entscheidend das neue Qualitäts-Profil der Stadt.

Weil die FDP an der auch von Diepgen und der Bonner FDP-Spitze außerordentlich geschätzten Persönlichkeit von Hermann Oxfort als Bürgermeister kaum vorbeikommt und auch Senator Horst Vetter als tatkräftiger Initiator der Berliner FDP-Wende 1982/83 seine Meriten besitzt, will die Mitte-Links-Gruppe in der FDP zumindest den dritten Ressortchef für sich reklamieren.

Kommt Hamm-Brücher?

Nur so war auch der Vorschlag des alten und neuen FDP-Abgeordneten Fabig im FDP-Landesausschuß zu verstehen, mit Hildegard Hamm-Brücher als Kultursenatorin ein liberales Zeichen zu setzen. Mit der Bonner Politikerin sind in diesem Zusammenhang auch schon Vorgespräche geführt worden. Doch besitzt die Nominierung der erbittertsten und intellektuell engagiertesten Gegnerin der Bonner Wende angesichts der Berliner FDP-Mehrheiten so gut wie keine Chance.

Das eigentliche Kandidaten-„Nadelöhr" stellt jedoch die zwölfköpfige, ungewöhnlich buntscheckig-individualistische und mit einem Linkstrend versehene FDP-Fraktion dar. Denn nach der Berliner Verfassung werden sämtliche 12 oder 13 Senatoren in geheimer Wahl benannt. Sie brauchen mehr Ja- als Nein-Stimmen. Im Januar 1981 waren gleich vier Namensvorschläge von Dietrich Stobbe (SPD) an dieser scharfen Klippe hängengeblieben. Auch Senator Pieroth erhielt im Sommer 1981 im ersten Anlauf nicht die notwendige Mehrheit, was von Weizsäcker jedoch in einem neuen Wahlgang umgehend korrigieren ließ.

Aus der CDU-Fraktion liegen zwar keine Wortmeldungen, wohl aber begründete Anwartschaften auf einen Senatsposten vor. So wollen die „Reformer" – für CDU-Verhältnisse links von der Mitte und auf 15 bis 20 Vertreter in der Fraktion angewachsen – den kulturpolitischen Sprecher der Fraktion, Dr. Uwe Lehmann-Brauns, im Kulturressort sehen, falls Amtsinhaber Volker Hassemer wieder in sein eigentliches Fachgebiet Stadtentwicklung und Umweltschutz zurückkehrte. Aber auch Senatssprecher und Ex-Kulturstaatssekretär Winfried Fest, Bruder des Hitler-Biographen Joachim Fest, macht sich bei einer solchen Konstellation berechtigte Hoffnungen.

Lummer will mehr Geschichtsbewußtsein

dpa, Berlin

Ein stärkeres Bekenntnis der Deutschen zu ihrer Geschichte hält Berlins Innensenator Heinrich Lummer für wünschenswert. Lummer schloß sich am Sonnabend einer Äußerung des scheidenden amerikanischen Botschafters in der Bundesrepublik, Arthur Burns, an, der gemeint hatte, die Deutschen sollten mehr geschichtlichen Stolz und Patriotismus an den Tag legen. Unter Hinweis auf die offensive „National-Ideologie" der „DDR" warnte Lummer vor einem Alleinvertretungsanspruch für die positiven Seiten der deutschen Geschichte durch Ost-Berlin.

Grüne ziehen Aussage zu Sexualität zurück

WILM HERLYN, Dortmund

Die nordrhein-westfälischen Grünen haben beschlossen, den Programmteil zur strafrechtlichen Freigabe der Päderastie, zur Homosexualität unter Jugendlichen und Kindern sowie zur Sexualität mit Abhängigen vorläufig auszusetzen. Diese von den Fundamentalisten durchgesetzte „Liberalisierung der Sexualität" hatte in der vergangenen Woche zu erheblichen Irritationen an der Grünen Basis geführt. Geschäftsführer Martin Pannen sagte gestern der WELT, der Hauptausschuß – das höchste Beschlußgremium zwischen den Parteitagen – sei sich aber einig darin, den Kinderschutz zu erhalten und zu stärken.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Des Betruges angeklagt, trat Donovan zurück

Der Arbeitsminister spricht von politischer „Hexenjagd"

FRITZ WIRTH, Washington

Die „Affäre Donovan" ist für die Reagan-Administration beendet, sie ist jetzt nur noch ein Problem für den Hauptbeteiligten selbst. Nur 15 Minuten nachdem ein Gerichtshof in New York beschlossen hatte, daß die im Oktober vorigen Jahres gegen John Donovan erhobene Anklage aufrechterhalten bleibt und zu einem Prozeß führen wird, erklärte er seinen Rücktritt als Arbeitsminister; Präsident Reagan nahm den Rücktritt „mit Bedauern" an.

Donovan ist des Betrugs und des Diebstahls angeklagt. Die Vorgänge, die zur Anklage führten, haben mit der Amtsführung Donovans als Arbeitsminister nichts zu tun. Sie gehen auf das Jahr 1978 zurück, als er Vizepräsident der Baufirma Schiavone war. Ihm wird, zusammen mit neun weiteren Angeklagten, vorgeworfen, beim Bau eines Straßentunnels in New York versucht zu haben, die Straßenbaubehörde der Stadt um 7,4 Millionen Dollar zu betrügen.

Diese Vorwürfe hat Donovan stets bestritten. Nach seinem Rücktritt beteuerte er erneut seine Unschuld. Er sprach von einer „Hexenjagd" gegen ihn. Die Vorwürfe gegen ihn seien völlig unbegründet und politisch motiviert.

Donovan ist der erste Kabinettsminister in der amerikanischen Geschichte, gegen den während seiner Amtszeit Anklage erhoben wurde. In früheren Affären, wie beispielsweise beim Watergate-Skandal, wurde Anklage erhoben, nachdem die Beschuldidgten ihr Amt bereits verlassen hatten.

Beurlaubt schon 1984

Schon am 1. Oktober 1984, als zum ersten Mal Anklage gegen ihn erhoben wurde, hatte Donovan einen unbezahlten Urlaub angetreten. Der Mann hinter dieser Anklage ist der Staatsanwalt des New Yorker Distrikts Bronx, Mario Merola. Donovan hat wiederholt erklärt, Merola, ein Demokrat, führe eine politisch motivierte Kampagne gegen ihn, um seine eigene Karriere zu fördern. Im Oktober hatte Donovan erklärt: „Merola mag heute durch den Mißbrauch seines Amtes eine Schlacht gegen mich gewonnen haben, doch ich garantiere, daß er nicht den Krieg gewinnen wird. Ich erwarte, so schnell wie möglich mein Amt wieder aufzunehmen, sobald diese Ungerechtigkeit aus der Welt geräumt ist."

Obwohl diese Affäre seinerzeit auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes für den Präsidenten höchst unerwünscht war und leicht negative Folgen hätte haben können, hat Reagan stets zu Donovan gestanden und widersetzte sich trotz wiederholten Drucks seiner Berater dem Ansinnen, sich von ihm zu trennen. Sein Verhalten bestätigt die bemerkenswerte Loyalität, mit der Reagan zu seinen Mitarbeitern steht.

Das geht auch aus dem Abschiedsschreiben Reagans an den Minister hervor, in dem es heißt: „Nancy und ich wissen um die Opfer, die Sie als Arbeitsminister im Dienste Ihres Landes gebracht haben, und um die Schwierigkeiten, die Sie und ihre Familie durchstehen mußten. Ich möchte Sie wissen lassen, daß Sie und ihre Frau Cathy in den kommenden Tagen in unsere Gedanken und Gebete mit eingeschlossen sind."

Lob für Reagan

In seinem Rücktrittsschreiben hatte Donovan erwähnt, daß er mit einer „Mischung aus Stolz und Bedauern" sein Amt verlasse. Es sei für ihn die größte Ehre seines Lebens gewesen, „dem besten Präsidenten zu dienen, den dieses Land je gewählt hat".

Die vierjährige Amtszeit Donovans war von Anfang an von Beschuldigungen überschattet, die zum Teil aus der New Yorker Unterwelt kamen. Sie wurden vom amerikanischen Justizministerium und von einem eigens eingesetzten Sonderstaatsanwalt untersucht und stets als grundlos befunden, bis es dann doch im letzten Herbst zur Anklage kam. Obwohl Donovan ein permanent gespanntes Verhältnis zu einigen großen Gewerkschaften hatte, galt er als ein fähiger und robuster Minister, der allerdings Schwierigkeiten hatte, den Fußangeln des politischen Geschäfts aus dem Wege zu gehen.

John Donovan stammt aus einer armen katholischen Familie, die politisch eng den Demokraten verbunden war. Seine ersten Kontakte mit der Baufirma Schiavone gehen auf das Jahr 1959 zurück. Der Selfmademan Donovan machte sie zu einer der größten Baufirmen New Yorks. Politisch schwenkte er 1976 zu den Republikanern über, wurde im Wahlkampf 1980 einer ihrer großzügigsten und fähigsten Geldbeschaffer.

Als Favoriten für seine Nachfolge als Arbeitsminister werden Edward Rollins, der gegenwärtige politische Direktor im Weißen Haus, und Drew Lewis, der ehemalige Verkehrsminister im Kabinett Reagans, genannt.

Sagen die Ärzte über Neves die ganze Wahrheit?

tho. Brasilia

Brasiliens gewählter Präsident Tancredo Neves soll noch in dieser Woche sein Amt übernehmen. Die Ärzte in Brasilia sind mit der Genesung ihres Patienten, der in der Nacht vor der Amtseinführungszeremonie wegen einer Darmentzündung operiert werden mußte, zufrieden und zuversichtlich, daß er „in den nächsten Tagen" entlassen und vereidigt werden könne.

Viele Brasilianer fragen sich, ob die Ärzte über die Krankheit des 75jährigen die volle Wahrheit sagen. Wie später bekannt wurde, litt Neves bereits seit Tagen unter Fieber und wußte, daß ein chirurgischer Eingriff notwendig werden würde. Im Gegensatz zur Praxis des bisherigen Präsidenten Figueiredo veröffentlichte Neves bisher keine Erklärung und ließ sich auch nicht fotografieren.

Statt des plötzlich erkrankten Präsidenten wurde nun Vize-Präsident José Sarney (54) zum neuen Präsidenten vereidigt.

Für Israel weiterhin keine US-Zusatzhilfe

rtr, Washington

Die amerikanische Regierung hat ein Ersuchen Israels an den Kongreß nach zusätzlicher Wirtschaftshilfe für 1985 und regulärer Hilfe für 1986 bis zur Verwirklichung durchgreifender Wirtschaftsreformen abgelehnt. Vor dem Auswärtigen Ausschuß des Senats erklärte Außenminister Shultz, die US-Regierung habe in der Vergangenheit zu schnell nachgegeben. Ohne Fortschritte in der Wirtschaftspolitik könne es keine zusätzlichen Finanzmittel geben.

Shultz legte sich zwar auf Kriterien über die Art der Wirtschaftsreformen nicht fest, erwähnte jedoch ein Gesetz zur Überwachung der Haushaltsausgaben und eine größere Unabhängigkeit der Zentralbank vom Finanzministerium. Die israelische Regierung hat 1985 bereits 1,2 Milliarden Dollar erhalten und um weitere 800 000 Millionen Dollar nachgefragt. Für 1986 erwartet Israel 1,8 Millarden Dollar von den USA.

Shamir will Kanadas Juden „heimholen"

AP, Montreal

Der israelische Außenminister Yitzhak Shamir hat am Samstag in Kanada für verstärkte Einwanderung nach Israel geworben. „Es ist die moralische Pflicht des jüdischen Volkes heimzukehren", erklärte Shamir in Montreal. Gleichzeitig forderte er wirtschaftliche Unterstützung Israels durch die Juden in Übersee mit der Begründung, wenn keine neuen Arbeitsplätze für Neuankömmlinge und entlassene Soldaten geschaffen würden, könne Israel mit der Absorbierung von Zuwanderern nicht fortfahren wie in der Vergangenheit.

Marcos belächelt Rücktrittsrufe

CHRISTEL PILZ, Manila

Ferdinand Marcos, Präsident der philippinischen Inselnation seit 20 Jahren, ist so unglaubwürdig geworden, daß die Öffentlichkeit das Gegenteil dessen glaubt, was er sagt. Als „bloße Taktik" tun politische Beobachter seine Erklärung ab, er werde seine Amtszeit bis 1987 durchstehen und dann erneut für das Präsidentenamt kandidieren. Marcos, 67 Jahre alt, ist schwerkrank, auch wenn er sich weigert, seine Krankheit beim Namen zu nennen und dem Volk die Wahrheit zu sagen. Gut informierte Quellen sagen, er habe ein unheilbares Nierenleiden.

Marcos ignoriert gutmeinende Ratschläge und belächelt militante Rücktrittsrufe. Er will nicht wahrhaben, daß die Zeiten vorbei sind, da er und seine Politikergattin Imelda das populäre und unbestrittene Präsidentenpaar seines Volkes waren. Das Volk hat sich abgewandt.

Im Untergrund gärt Rebellion. Linksradikale Aktivistengruppen ebenso wie die gemäßigte Opposition fordern ein Ende der von Amerika gestützten „Marcos Diktatur", ein Ende der Korruption und der Ausbeutung der Massen durch eine kleine Schicht von Privilegierten.

Die sogenannte „alternative" Anti-Marcos-Presse berichtet täglich über Gewaltmißbrauch der Militärs, über Korruptionsfälle, über Streiks und Protestbewegungen im ganzen Land. Die Wirtschaft ist in eine umfassende Krise abgesackt. Sie wächst nicht mehr, sie schrumpft. Unabhängige Wirtschaftsinstitute gaben für 1984 ein Minuswachstum von sechs Prozent an. Hunderte von Geschäftsunternehmen haben in den letzten zwei Jahren schließen müssen, Hunderttausende haben ihren Arbeitsplatz verloren.

Die Zuckerwirtschaft, einst neben der Kokoswirtschaft der größte nationale Devisenbringer, ist ruiniert. Millionen von Zuckerpflanzern fragen, wie sie sich und ihre Familien ernähren können. Sie schieben die Schuld auf die undurchsichtige Geschäftspolitik von Roberto Benedicto, dem Marcos das Monopol zum Ankauf und zur Vermarktung der gesamten Zuckerproduktion übertragen hatte. Daß seine Zuckergesellschaft „Nasutra" jetzt aufgelöst und durch ein Konsortium privater und

PHILIPPINEN

staatlicher Zuckerraffinerien ersetzt wurde, wird generell begrüßt.

Aber der Zuckerweltmarktpreis liegt im Tief, die Zuckerberge häufen sich. Scharen von Zuckerbauern tun, was Dörfler, Städter, Studenten, Lehrer, Priester, Nonnen, Arbeiter in allen Landesteilen tun. Sie schließen sich denen an, die Hoffnung versprechen, Hoffnung auf soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und wirtschaftliche Besserung – das sind die Kommunisten.

Reisen durch die Provinzen ergeben den Eindruck, daß die verbotene maoistisch orientierte Kommunistische Partei der Philippinen und deren bewaffneter Arm, die Neue Volksarmee (NPA) starken Zulauf haben.

Die Argumente, mit denen die Kommunisten um Anhänger werben, liefert die Regierung selbst. Da sind Gewaltakte undisziplinierter Soldaten, Verwicklungen hochrangiger Militärs in lukrativen Geschäften; da sind die teuren Extravaganzen der First Lady, Gouverneurin von Metromanila, Chefin des von ihr geschaffenen Ministeriums für Wohnungsbau und Vorsitzende zahlreicher Behörden.

Menschen aus dem Lande klagen über Projekte, die halbfertig liegen blieben, weil den zuständigen Abteilungen des Wohnungsbau-Ministeriums die Mittel ausgingen. Lehrer sind entrüstet, denn allmonatlich müssen sie um die Zahlung ihrer ohnehin niedrigen Gehälter kämpfen. Schulen sind zu Zentren kommunistischer Agitation geworden. Andere Staatsbedienstete warten seit zwei Monaten auf ihre Gehälter.

„Die Regierung", sagte ein prominenter philippinischer Geschäftsmann der WELT, „ist schlichtweg bankrott." Doch das wollen weder Marcos noch seine Gattin erkennen. Sie sind umgeben von einer selbstsüchtigen Clique, die selbst die Marcos-Tochter Imee ein „Schlangennest" nennt.

Marcos erklärt, die Ende 1983 mit 26 Milliarden US-Dollar verschuldete zahlungsunfähige Wirtschaft erhole sich dank des Beistandskredits des Internationalen Währungsfonds und des am 19. März unterzeichneten neuen Kreditabkommens von 925 Millionen US-Dollar aus dem Privatbanksektor wieder.

Die Opposition befürchtet, daß Marcos seine Frau für das Präsidentenamt aufbaut. Schon im November 1983 hat er in einem Interview mit der WELT unmißverständlich klar gemacht, daß Imelda seine „politischen Visionen" erfüllen soll, wenn er selbst dazu nicht mehr fähig sein wird. In Manila wird spekuliert, daß Marcos noch in diesem Jahr Präsidentschaftswahlen ausschreibt.

16 Cruise Missiles schon in Belgien

Enge Kooperation mit Washington ermöglichte „Blitzaktion" vor neuem Genfer Dialog

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Weniger als zwölf Stunden nach der Entscheidung der belgischen Regierung, 16 amerikanischen „Tomahawk"-Cruise-Missiles auf belgischem Territorium zu stationieren, sind die Waffen auf dem Stützpunkt Florennes eingetroffen.

Wie in Brüssel verlautete, landete am Freitag kurz nach 18.00 Uhr eine amerikanische „Starlifter"-Transport-Maschine vom Typ C-141 in Florennes mit 16 Atomsprengkörpern an Bord. Rund vier Stunden später traf dort eine C-5 „Galaxy"-Maschine mit 16 Cruise Missiles ein.

Das Unternehmen wurde in informierten Kreisen als „Blitzaktion" bezeichnet, bei der die belgische und amerikanische Regierung eng zusammenarbeiteten. Unmittelbar nach der Kabinettsentscheidung, die in der Nacht zum Freitag fiel, habe Belgien Washington davon unterrichtet, daß die Stationierung entsprechend des Nachrüstungsbeschlusses von 1979 beginnen könne. Die USA hätten sofort den strategischen Lufttransport der Cruise Missiles angeordnet. Die Aktion sei angelaufen, noch ehe in Brüssel das Parlament von der Regierung offiziell unterrichtet worden war.

Allerdings war das Parlament informiert, ehe die Flugzeuge gelandet waren. Einer Zustimmung der Legislative zur Stationierung der Waffen auf belgsichem Boden bedurfte es nach der Verfassung nicht.

Das zwischen Brüssel und Washington verabredete schnelle Handeln hatte nach Darstellung Eingeweihter seinen Grund: Noch vor Beginn der nächsten Runde der Genfer Verhandlungen am Dienstag wollte man der Sowjetunion signalisieren, daß nun auch Belgien seinen Bündnisverpflichtungen nachkomme und es immer weniger Sinn habe, einen Keil zwischen Amerika und Europa treiben zu wollen.

Der belgische Verteidigungsminister Vreven ging nach einer belgischen Fernsehmeldung sogar so weit zu sagen, die eben eingetroffenen Cruise Missiles seien schon gefechtsklar gemacht worden. In unterrichteten Kreisen hieß es dazu, der Minister habe ein wenig übertrieben. An der Herstellung der Feuerbereitschaft werde gearbeitet, was jedoch einige Tage in Anspruch nehmen werde.

Unterkünfte für die amerikanischen Mannschaften und Bunker für die Cruise Missiles waren in Florennes, 50 Kilometer von Brüssel entfernt, vorher fertiggestellt worden.

Nach dem NATO-Beschluß von 1979 sollen 572 Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles stationiert werden, davon 48 Cruise Missiles in Belgien. Rund 100 dieser Mittelstreckenwaffen sind in Großbritannien, Italien und der Bundesrepublik Deutschland bereits einsatzbereit. Die Niederlande wollen bis zum 1. November endgültig entscheiden, ob sie auf ihrem Gebiet US-Marschflugkörper aufstellen. (SAD)

Syrer drohen mit schweren Attacken

PETER M. RANKE, Kairo

Die Lage vor der libanesischen Hauptstadt Beirut spitzt sich zu. Syrische Panzer stehen im Norden an der Madfounbrücke marschbereit, syrische Raketen-Artillerie in den Bergen hat die christlichen Viertel im Visier. In den christlichen Quartieren von Ost-Beirut, Jounieh und Jbeil herrscht besorgte Stimmung, weil man eine gnadenlose Beschießung durch die Syrer wie im Sommer und Herbst 1978 befürchtet. Syriens Verteidigungsminister Mustafa Tlass hat gestern in einem Interview angekündigt, die Armee werde zur Unterstützung von Präsident Gemayel vom Nordlibanon her auf Beirut vorstoßen. Syrien könne es nicht dulden, wenn durch die christlichen „Rebellen" der Miliz „Forces Libanaises" die nationale Einheit gefährdet und Israel begünstigt werde.

Berichte, daß die syrischen Panzer bereits marschieren, haben sich gestern nicht bestätigt. Der Miliz-Posten an der Küstenstraße bei Barbara ist weiter besetzt. Beobachter nehmen an, daß die Syrer zunächst die ihnen treuen Einheiten der libanesischen Armee einsetzen werden. Allerdings hat sich die christliche 8. Brigade in Ost-Beirut auf die Seite der „Rebellen" gestellt.

Milizen-Chef Samir Geagea beherrscht seit dem Wochenende ganz Ost-Beirut und den Küstenstreifen bis Barbara, nachdem ein libanesischer Soldat getötet worden war, als seine Einheit Posten der „Forces Libanaises" entwaffnen wollte. Nur vor dem Bergort Bikfaya, der Heimat der Gemayel-Familie, halten Miliz-Truppen die Stellung. Praktisch handelt es sich um die Leibwache von Amin Gemayel.

Von einem „kollektiven Aufstand" gegen die pro-syrische Politik von Präsident Gemayel hat Samir Geagea im christlichen Rundfunksender gesprochen. Alle Vermittlungsversuche, in die auch hohe Würdenträger der maronitischen Kirche eingriffen, blieben bisher ergebnislos. Der Riß unter den christlichen Parteien und Funktionären ist kaum zu heilen, besonders, nachdem sich Syrien demonstrativ hinter die libanesische Regierung und Präsident Gemayel gestellt hatte.

Gemayel wird jetzt im Präsidenten-Palast von Baabda vom syrischen Geheimdienst-Chef Mohammed Kholi beraten, der auch oft im nahegelegenen Verteidigungsministerium und Oberkommando der libanesischen Armee auftaucht. Der syrische Vizepräsident Khaddam hat von Damaskus aus eine Sondersitzung des libanesischen Kabinetts verlangt, nachdem er mit Ministerpräsident Karame, dem Schiiten-Führer Berri, Drusen-Chef Jumblatt und Minister für die libanesischen Sunniten verhandelt hatte. Kein christlicher Minister war anwesend. Karame ist am Wochenende nach Beirut zurückgekehrt. (SAD)

Bonn des Doppelspiels in der Europa-Politik bezichtigt

Spiegelt Kritik von „Le Monde" Delors' Ansicht wider?

A. GRAF KAGENECK, Paris

Im Vorfeld neuer europäischer Entscheidungen in Brüssel, die von den Stichworten Süderweiterung, EG-Finanzierung und umweltfreundliches Auto umrissen sind, zeigen sich politische und diplomatische Kreise in Paris nicht ganz frei von Sorgen hinsichtlich der Belastbarkeit von Deutschen und Franzosen, von denen jeder Fortschritt im europäischen Einigungswerk abhängig ist.

Seit einigen Wochen wollen diese Kreise Verstimmungen in Frankreich über die deutsche Haltung gegenüber dringend anstehenden Lösungen in Brüssel registriert haben. Ein Hinweis darauf könnte die Verteilung eines Artikels der Zeitung „Le Monde" durch das offizielle Informationsorgan der französischen Botschaft in Bonn (an deutsche Leser) sein, in dem der Brüsseler Korrespondent des Blattes, Philippe Lemaitre, sich äußerst kritisch zur deutschen Europapolitk äußerte.

Lemaitre warf den Deutschen unter dem strafend-fragenden Titel „Ist Deutschland dabei, sich von der Gemeinschaft abzukehren?" vor, in der Europapolitik ein Doppelspiel zu treiben und dabei nur den eigenen Vorteil zu suchen. „Unsere Nachbarn sprechen leichtfertig mit doppelter Zunge," schreibt Lemaitre. „Die politische Führung, an der Spitze der Kanzler, bekennt sich Sonntag für Sonntag zu Europa und verlangt nach einem neuen Durchbruch. Gleichzeitig aber ist die Haltung der deutschen Regierung in Brüssel, wenn es um die Dossiers und die Entscheidungen geht, eine Folge von Verweigerungen, Widersprüchen und Zusammenhanglosigkeiten."

Immer nur tadeln

Der Korrespondent führt die Bereiche auf, bei denen die Deutschen, wie er meint, systematisch Obstruktion betreiben: Bei der Sanierung der EG-Agrarpolitik durch Produktionslimitierung, bei dem Junktim zwischen Budgeterhöhung und Süd-Erweiterung, bei der Hilfe für die Stahlindustrie, bei der Einführung bleifreien Benzins. Hinter dieser Obstruktion wittert der Korrespondent nicht nur Vernunftgründe, über die man sprechen könne und von denen einige auf deutschen Druck von den Partnern inzwischen akzeptiert worden seien (gelinder Hinweis auf deutsches „Dominierungsbestreben"), sondern ein allgemeines Europa-Mißtrauen. Es sei das Gefühl der Deutschen, immer nur tadeln zu müssen, auch eine Abkehr von Europa, die begünstigt werde von den „nationalen neutralilistischen und atlantischen Fusionen der Deutschen". Dies sei um so enttäuschender für die anderen, als man noch in Fontainebleau (Europarat Juni 1984) habe glauben können, die Bedingungen für einen Aufschwung wären nun endlich gegeben.

Inwieweit „Le Monde" als offiziöses Sprachrohr der jeweiligen Pariser Regierungen fungiert, ist eine Frage, die seit Gründung des Blattes 1944 diskutiert wird. In Pariser Regierungskreisen wird der Gedanke, man habe Lemaitre die Feder führen können, entschieden zurückgewiesen.

Mehr Reibungsflächen

Liest man den Artikel indes aufmerksam, so glaubt man Ausführungen des früheren Finanzministers Jacques Delors zur deutschen Politik zu hören. Delors ist heute Präsident der Europäischen Kommission in Brüssel und enger Ratgeber von Präsident Mitterrand.

Daß der Artikel nur einen Tag nach dem französisch-deutschen Gipfel am 28. Februar erschien, auf den Frankreich auf deutsche Wünsche hinsichtlich des umweltfreundlichen Autos und der Süd-Erweiterung ein wenig widerwillig eingegangen war, ist gewiß kein Zufall.

In Paris leugnet man auch nicht, daß es „mehr Reibungsflächen als früher" zwischen beiden Regierungen gebe. Das aber sei ganz normal, da man heute sehr viel mehr Dinge als früher gemeinsam angehe. „Wenn man auf fünf Gebieten zusammenarbeitet, gibt es weniger Schwierigkeiten als wenn man dies auf zwanzig tut," sagte ein Diplomat. Wichtig sei dabei nur, daß die „Dynamik des Einigungswerkes" nicht ins Stocken gerate. Dafür gebe es bisher keinen Hinweis aus Bonn.

Einer der Reibungspunkte ist das französische Bestreben, den Ecu (die europäische Verrechnungseinheit) zu einer regulären Währung innerhalb der Gemeinschaft aufzuwerten und ihr eines Tages die Rolle einer Weltersatzwährung neben Dollar und Yen zuzuteilen. Deutscherseits bestehen hiergegen erhebliche Bedenken. In Paris sagt man: „Wenn der Dollar fällt, wird auch das Europäische Währungssystem in Scherben liegen. Was aber wird dann aus der Mark?"

Die Länderchefs

mal **Manager** mal **Monarch**

Kennen wir unsere Landesväter? Sind sie Politiker „zum Anfassen“ oder Produkt einer sorgfältigen Öffentlichkeitsarbeit? Horst Stein hat diesen Männern beim Regieren zugeschaut, hat die Politiker befragt und mit ihren Wählern gesprochen. Diese Folge seiner WELT-Serie porträtiert Klaus von Dohnanyi, den Ersten Bürgermeister Hamburgs.

Sehr bewegter Lebenslauf

An Klaus von Dohnanyi, Jahrgang 1928, *sind Herkunft* wie Biographie gleich interessant: Der Vater, ein Reichsgerichtsrat, sowie zwei Onkel, Claus und Dietrich Bonhoeffer, gehörten zum Widerstand und wurden umgebracht. Bruder Christoph ist ein bekannter Dirigent, und schon der ungarische Großvater, so heißt es, hatte einen Ruf als Komponist. Als Klaus von Dohnanyi 1968 unter Schiller Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium wurde, war seine berufliche Vita bereits ebenso atypisch wie bunt: Blitzstudium der Jurisprudenz, US-Stipendium, Assistent an einem Max-Planck-Institut, Planungschef bei Ford Köln, Mitgründer von Infratest. Dohnanyi wechselte ins Ministerium für Bildung und Wissenschaft, dem er von 72 bis 74 auch vorstand. 1974 schließlich wurde er Staatsminister im Auswärtigen Amt. Nach einem erfolgreichen Zwischenspiel als Spitzenkandidat und Landesvorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz wurde Dohnanyi im Juni 1981 Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Klaus von Dohnanyi ist verheiratet und hat drei Kinder.

„Hamburg ist nicht der Goldesel der Nation“

Klaus von Dohnanyi hat noch Nonos kühle Exaltationen im Ohr, da zupft ihn vor dem Konzertsaal jemand am Ärmel. Eine Hamburgerin. „Herr Bürgermeister, ich muß Sie unbedingt mal sprechen. Wissen Sie überhaupt, wie es in manchen Bedürfnisanstalten aussieht?“

Die langen Beine weit von sich gestreckt, sitzt Dohnanyi in einem Besuchersessel seines Amtszimmers, siebelt grünen Tee aus einer weißen Deckeltasse – „das habe ich bei den Chinesen gelernt“ – und erzählt eine Reihe ähnlicher Geschichten von solchen Begegnungen der zweiten Art. „Damit Sie sehen, was es mit der Doppelrolle von Bürgermeister und Ministerpräsident auf sich hat.“ Er wirkt amüsiert, als sei er selber noch ein wenig überrascht, daß er sich mit dem banaleren Teil seines Pflichtenkataloges hat arrangieren können.

Lange nämlich trug er an der Bürde eines von ihm selbst genährten Rufes, eine Rarität unter den jüngeren Politikern der Bundesrepublik zu sein, ein Besonderer, ein Senkrechtstarter und Überflieger. Mithin für Perspektivisches zuständig und die große Linie. Dohnanyis Mentor und Förderer Willy Brandt gab viel für derlei Assoziationen her, aber auch der quicke Werdegang. „Er war überall und nirgends“, schrieb ein Journalist, „und zählte lange Zeit zu den politisch Nichtseßhaften.“ In der Freien und Hansestadt Hamburg, wo er 1981 nach dem überraschenden Rücktritt Hans-Ulrich Kloses zum Präses des Senats gewählt wurde, in Hamburg endlich hat auch ihn die Schwerkraft der Dinge erreicht. Der Perlmuttschimmer des jungen Genies glänzt nur noch in der Erinnerung. Klaus von Dohnanyi stellt sich der Wirklichkeit. Sie ist im Angesicht von mehr als 80 000 Arbeitslosen, von drückenden Schulden und einer schweren Strukturkrise der hamburgischen Wirtschaft fordernd genug.

Weil es aber an allen Ecken und Enden brennt, sieht man ihn schier rund um die Uhr im Einsatz; selbst am Samstag erledigt er bis in den Abend hinein Post und geht skrupulös Akten durch. Ausdauer und Systematik haben ihn so zu einem profunden Kenner der Hansestadt gemacht. Was nicht aus den Akten hervorgeht, das holt er sich im Gespräch mit Bankern, Unternehmern und Professoren und: mit dem hamburgischen Jedermann, etwa bei den regelmäßigen Bürgersprechstunden. Nur ein Protokollant aus seinem Stab ist dann zugegen, um Notizen für Rückfragen an die Verwaltung zu machen. Mancher, der an die Kummerpforte klopft, macht einen forschen Diener: „Man muß sich doch auch mal mit seinem Bürgermeister zanken dürfen!“ und setzt voraus, daß das Stadtstaats-Oberhaupt seine Beschwerdebriefe gelesen hat. „Ich frage Sie noch mal, Herr Bürgermeister, wie können Sie einen Platz nach Ernst Thälmann benennen?“ Der Besucher, ein pensionierter Polizeibeamter, erinnert an Thälmanns Rolle beim „Blutsonntag von Altona“, der 102 Menschen das Leben kostete, darunter 17 Polizeibeamten. Das Gespräch wird trotz der gegensätzlichen Auffassungen nicht heftig; vielleicht, weil Dohnanyis Stimme beruhigend wirkt, vielleicht auch, weil er sich bei seiner Begründung auf so unanfechtbare Männer wie Brauer und Weichmann berufen kann. „Thälmann“, sagt er, „stand gewiß auf der falschen Seite, aber er ist nun mal eine Gestalt der hamburgischen Geschichte.“

Arbeitslose kommen und junge Leute, die trotz guter Zeugnisse keinen Job finden, die Eltern von Drogenabhängigen oder solche, die über die Hartherzigkeit der Behörden klagen, Lärmgeplagte und Eiferer – kein Sozialdefekt des Gemeinwesens Hamburg, der hier nicht beispielhaft sichtbar würde. Man glaubt es dem Bürgermeister, wenn er gesteht, daß er gelernt habe, für diese Erfahrung dankbar zu sein. Eine Ombudsstelle des Senats, so erzählt er, soll künftig ermöglichen, daß alle Bedrängten mit ihren Anliegen zu Wort kommen.

Dohnanyi-Kritiker, nicht zuletzt jene vom linken Flügel seiner eigenen Partei, aber auch die Alternativen, mögen derlei für eine geschminkte Idylle halten, kann sein. Zumal sie Sätze von ihm kennen, die sich wie eine Kriegsfanfare anhören: „Wer die Grenzen des finanziell Machbaren nicht anerkennt, der taugt nicht für die Politik.“ Geduldig seine Fähigkeit zum ordnenden Zuhören nutzend, hat der Bürgermeister die vielfach jakobinisch-exzessiven Genossen dennoch pazifiziert und unter das kaudinische Joch der Rationalität gezwungen. Nicht mit dem Seidenzahn einer sonoren Suada trägt Dohnanyi die Gegensätze ab: Im Amt – und wohl auch sonst – agiert dieser Mann als Positivist. Hinsehen macht frei! Oder wenigstens einsichtsvoller. Die Standpauke des Ex-Kanzlers Schmidt wider die wirklichkeitsferne Wirtschaftsfeindlichkeit der hanseatischen SPD erschien ihm insoweit sicher nicht falsch, allenfalls überflüssig. Wenn man ihm früher vorwerfen konnte, Brandt-Argumente im Schmidt-Tonfall vorzutragen, so ist heute eher das Gegenteil richtig: Er serviert Schmidt-Argumente in Brandts Duktus. Freilich stoßen sich Genossen nach wie vor auch daran, daß kaum ein sozialdemokratischer Politiker in der Bundesrepublik das Wort „Elite“ so häufig, um nicht zu sagen: so heftig im Munde führt wie eben dieser Präses, dieser Erste unter Gleichen des Senates. Bei Dohnanyi indes steht das Wort als Synonym für Tüchtigkeit und Kreativität, für jenen Leistungswillen, ohne den kein Gemeinwesen auf Dauer überleben kann. Mit ihnen, mit den „Starken“, müsse die Partei sich verbünden, wenn sie den Schwachen, darin ist er fraglos ein Sozialdemokrat, wirksam helfen wolle. Dohnanyis ethische Maxime heißt „Solidarität“.

Über die Wahl der rechten Methode läßt er mit sich reden und rechten, wie über alles andere, das zur Lösung von Problemen beitragen mag. Vielfach hat ihm dieser Standpunkt sogar den Ruch der Opportunisten eingetragen. Ihn kümmert's nicht. Aber es erklärt, warum er ausgerechnet vor tausend sozialdemokratischen Senioren im Besenbinderhof, der Gewerkschaftszentrale, den Bundesarbeitsminister Blüm in Schutz nimmt. Meine Bemerkung, daß er nicht gerade ein „roter Baron“ sei, irritiert den Bürgermeister denn auch kein bißchen. Die Weltzusammenhänge der ökonomischen Probleme, meint er, erlaubten keine Partei-Antworten, problemorientierte Lösungsversuche müßten objektivierbar sein. Nur das mehr oder minder nachdrückliche Streben nach Gerechtigkeit habe einen weltanschaulichen Bezug. Sagt's und setzt die Musterung eines abgeschabten Lederköfferchens fort. Es ist eines von sechsen, die aufgereiht neben seinem modernen Schreibtisch stehen, jedes für einen anderen Zweck: für den Senat, für die Ministerpräsidentenkonferenz, für die Partei et cetera. Arbeitsmaschinen wie er, mit einem nahezu ohne Rest verplanten und durchprogrammierten Tagesfahrplan, brauchen das.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Zu den objektiven Tatsachen, die also meßbar, wägbar, zählbar *sind*, gehören *für* den Bürgermeister, beispielsweise, die Veränderungen im Sozialgefüge der Hansestadt: etwa der drastische Rückgang des Anteils der industriellen Arbeiterschaft auf ein Fünftel aller Arbeitnehmer. Oder der Wandel in den Ansprüchen, die die nachrückende Generation an die urbanen Qualitäten einer Stadt stellt: Prozesse, die sich, nicht zuletzt, im Wahlverhalten ausdrücken. Dohnanyi gibt das unumwunden zu: „Wenn ich damals nicht so hartnäckig geblieben wäre“, mit ‚damals' meint er das Patt in der Bürgerschaft nach dem ersten Wahldurchgang des Sommers 1982, „dann wäre Leisler Kiep ins Amt gekommen. Und ich bin überzeugt, er säße mindestens zwölf Jahre auf dem Stuhl, auf dem ich jetzt sitze.“

So freimütig sich dieser Mann mitteilt und so bereitwillig er sich entfaltet, wenn ein Gespräch Eigendynamik entwickelt, so unbefangen bleibt er selbst unter den Augen des Beobachters, wenn er den gewohnten Geschäften nachgeht; wenn er den Sachstand, beispielsweise, beim geplanten Umweltregister ermitteln läßt, dem „Hamburger Standard“, der den Bürgern das Gefühl vermitteln soll, daß die Stadt in der Umweltpolitik einen exemplarischen Weg gehe. Wenn er, ganz gouvernemental, Aufträge und Weisungen erteilt. Nicht herrisch zwar und nicht herrscherlich, obwohl er mitunter solcher Allüren verdächtigt wurde, aber bestimmt im Ton und in der Aussage unmißverständlich. Ein Hamburger Erster Bürgermeister, der im Kollegium keine Weisungskompetenz hat, auch wenn er im ehrwürdigen Senatsgehege unter einem prächtigen geschnitzten Baldachin präsidiert – „Wollen Sie mal hineinschauen“, fragte er unbefangen und wies mir das Allerheiligste, ehe noch sämtliche Regierungsmitglieder Platz genommen hatten –, ein solcher Mann also ist ganz und gar auf seine Kompetenz und die persönliche Autorität angewiesen. Dohnanyi weiß beides auf die selbstverständliche Weise einzusetzen. Was liegt diese Woche im Bundesrat an? Wie steht die interne Diskussion um die Elternbeiträge für die Kosten der Kindertagesheime? Ich brauche noch einen Termin, an dem die und die und und die teilnehmen (zum Stichwort Müllabfuhr). Was machen die Vorarbeiten zum Haushalt '86? Die Stabsrunde, an der auch der Zweite Bürgermeister Alfons Pawelczyk teilnimmt, der Chef des Organisations- und Verwaltungsamtes, verständigt sich darauf, daß die einzelnen Ressorts eine Rückmeldung *abzugeben hätte*, „damit nichts schiefläuft und daß dort, wo was hakt, nachgefaßt wird“ (Dohnanyi).

Im Phönixsaal, Brokattapete, rotblau-goldene Kassettendecke, wo die Senatoren – soweit im Lande – und die SPD-Fraktionsspitze bei Suppe und Mettbrötchen zusammentreffen, um die Kabinettssitzung des nächsten Tages vorzubereiten, erscheint der Erste Bürgermeister bestens präpariert. Die Diskussion kreist, unter anderem, um die Ergebnisse der beiden Landtagswahlen. Dohnanyis Zusammenfassung ist knapp und präzise und korrigiert, wie nebenbei, was der – linke – SPD-Landesvorsitzende Ortwin Runde eben geäußert hatte: „Auf die Mitte kann man nicht schielen“, stellt der Bürgermeister klar, „die müssen wir ganz fest ins Auge fassen.“ Runde schweigt. Die Zeit der „Hamburger Verhältnisse“, zu denen das Quasi-Regiment der SPD im Rathaus zählte, sind vorbei.

Auch in diesem Kreis wird sichtbar, was der Bürgermeister späterhin bei einem Essen mit dem Präsidium der Max-Planck-Gesellschaft paraphrasiert: daß die Hansestadt Hamburg unter seiner Führung nachdrücklich entschlossen ist, die Strukturschwäche der Wirtschaft durch die Ansiedlung zukunftsträchtiger Technologien zu überwinden. Die zusätzliche Schaffung oder Förderung hochkarätiger Institute ist dabei, nach Dohnanyis Meinung, mehr als nur schmückendes Beiwerk, etwa um hamburgischen Eitelkeiten zu schmeicheln. Es gehe auch um die dazugehörenden Menschen. In diesen Kontext will er den Ausbau der Medien-Metropole Hamburg gestellt sehen. Wenn nämlich Unternehmer eine Standortentscheidung zu treffen haben, so lautet eine von Dohnanyis Lieblingsthesen, „dann orientieren sie sich nicht allein an Infrastrukturen“ wie Verkehrsanbindung und dergleichen, auch wenn sich das natürlich „rechnen“ müsse. Den letzten Ausschlag bei annähernd vergleichbaren Rahmenkonditionen gäben dann halt Fragen von der Art: Was ist das für eine Stadt, welche Leute wohnen dort, und was hat sie kulturell zu bieten? Das versteht Dohnanyi unter Standort-Politik. Und weil ihm, dem ehemaligen Marktforscher, bewußt ist, daß die Reden und die Artikel über ein Süd-Nord-Gefälle dem Image der Hansestadt auf das höchste abträglich sind, weil sich da nämlich der Mechanismus einer „selffulfilling prophecy“ aufbaut, geht er heftig mit Überlegungen schwanger, wie dem zu begegnen sei. Systematisch, versteht sich.

Im säulengeschmückten Kuppelsaal, in kleinem Kreis, bei einem gepflegten Diner, das Senatsdiener achtungsvoll auftragen, ist der Edelmann mit dem nach Ungarn weisenden Stammbaum und der weltläufigen Biographie vollkommen in seinem Element – wenn die Gesprächspartner stimmen. Wenn er sich beim Flug der Gedanken nicht zügeln muß, wenn er frei im – erstaunlichen – Vorrat an Gelesenem und Gelerntem, an Erfahrenem und Gehörtem herumspielen kann und immer noch Echo findet. Er bleibt mittlerweile auch dann noch, scheint mir, auf der Erde, wohl, weil ihm die Finanzen seines Stadtstaates nicht mehr aus dem Kopfe gehen. Wenn ihm in solchen Momenten ein schönes Projekt vor den Augen schwebt, bricht er schon mal ab, ruft sich, sozusagen, selbst zur Ordnung und sagt: „Wenn wir bloß unsere schönen Steuern behalten könnten.“ Nahezu 1,5 Milliarden zahlte Hamburg im letzten Jahr an das Umland, und 1,8 Milliarden seit 1980 in den Länderfinanzausgleich. Es scheint ihm ein fester Vorsatz, daran etwas zu ändern: „Hamburg ist nicht der Goldesel der Nation.“

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der rechtliche Status

„Der Vorbehalt bleibt“; WELT vom 7. März

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

Herrn Professor Scholz ist zuzustimmen, wenn er den Friedensvertragsvorbehalt für Deutschland in dem Sinn als unteilbar bezeichnet, daß er sich auf die polnisch und sowjetisch verwalteten deutschen Ostgebiete ebenso bezieht wie auf Mitteldeutschland. Nicht akzeptabel ist jedoch seine Differenzierung zwischen diesen beiden Territorien, nach der die vielberedete Offenheit der deutschen Frage lediglich im Fall Mitteldeutschlands bedeutet, nicht beliebig verfahren, die Teilung also nicht anerkennen zu dürfen. Wir dürfen dies in bezug auf die Ostgebiete auch nicht!

Der rechtliche Status der einzelnen Teile Deutschlands richtet sich nicht nach dem Willen der ehemaligen Siegermächte, also auch nicht nach Vertragsverpflichtungen, die diese den Deutschen gegenüber eingegangen sind. Maßgebend sind vielmehr das Grundgesetz und die allgemeinen Regeln des Völkerrechts.

Auszugehen ist vom grundsätzlichen Wiedervereinigungsgebot, das bekanntlich alle deutschen Verfassungsorgane rechtlich bindet. Es verlangt von den Deutschen, die „Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Was Deutschland im Sinne der Verfassung in territorialer Hinsicht ist, gibt das Grundgesetz an zwei Stellen zu erkennen: einmal im Art. 116, wo die Grenzen von 1937 ausdrücklich erwähnt sind; zum anderen in der Präambel, in der vom Willen des deutschen Volkes die Rede ist, „seine nationale und staatliche Einheit zu wahren“. Unsere Verfassung nimmt damit einen trotz faktischer Teilung rechtlich weiterbestehenden deutschen Gesamtstaat an, der territorial nicht amputiert ist – jedenfalls nicht über die Grenzen von 1937 hinaus. Dieser Gesamtstaat ist mangels gesamtstaatlicher Organe und wegen der nach wie vor gegebenen Zuständigkeit der ehemaligen Siegermächte für Deutschland als Ganzes nicht handlungsfähig und vermochte deshalb bis heute keinerlei völkerrechtlich wirksame Gebietsverzichte auszusprechen.

Da die Zuständigkeit der ehemaligen Siegermächte trotz bedingungsloser Kapitulation, die ja nur die Wehrmacht, nicht aber den Staat betraf, nach Kriegsvölkerrecht nicht so weit geht, Gebietsverzichtserklärungen des ehedem besiegten Staates durch eigene Erklärungen zu ersetzen, kann auch in keiner ihrer Handlungen ein Deutschland bindender Gebietsverzicht gesehen werden. Im übrigen ergibt sich aus dem Friedensvertragsvorbehalt des Deutschlandvertrages ausdrücklich, daß die Westmächte jedenfalls keine in diese Richtung zielende Handlung vorgenommen haben.

Der weiterbestehende deutsche Gesamtstaat umfaßt daher trotz der Verträge von Moskau und Warschau auch heute noch die deutschen Ostgebiete. Damit fallen sie genauso unter das Wiedervereinigungsgebot wie Mitteldeutschland, weswegen es auch insoweit keinerlei deutsche Beliebigkeit geben darf. Das freie Deutschland hat daher auch in bezug auf die deutschen Ostgebiete alles zu tun, um „den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten“ sowie „alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln könnte“. Eine Bundesregierung, die dem nicht gerecht wird, indem sie ohne Not der Welt mitteilt, „die Deutschen“ würden „die polnische Westgrenze“ nicht mehr in Frage stellen, weil die „politische Bindungswirkung“ des Warschauer Vertrages „auch von einem wiedervereinigten Deutschland“ nicht ignoriert werden könnte, bewegt sich auf einem Boden, der bedauerlicherweise außerhalb der Schranken unseres Grundgesetzes liegt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. H. Merkel,
Bad Honnef 6

Noch neutral?

„BAG bekräftigt Aussperrungsurteil“; WELT vom 13. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Prozeß der außerparlamentarischen Rechtsetzung im Arbeitsrecht durch das Bundesarbeitsgericht schreitet immer weiter voran.

Das ist nicht nur verfassungspolitisch bedenklich, sondern schadet auch dem aus vielerlei Gründen sowieso schon ramponierten Ansehen der Justiz insgesamt. Das Bundesarbeitsgericht gerät immer mehr in eine Schieflage und beeinträchtigt dadurch seine streitschlichtende Funktion. Das Gericht wird von der einen Seite, den Arbeitgebern, nicht mehr als wirklich neutral empfunden.

Hinzu kommt, daß sich die Rechtsprechung dieses obersten Bundesgerichts immer mehr als ein Bumerang für diejenigen erweist, die sie schützen will, das heißt die Arbeitnehmer, indem sie einstellungshemmende und damit beschäftigungsschädliche Wirkungen hervorbringt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. K. Neundörfer,
Bad Homburg

Paraguay

Kenner der südamerikanischen, insbesondere der paraguayischen Verhältnisse begrüßen die Einladung des paraguayischen Staatspräsidenten Alfredo Stroessner durch Bundeskanzler Helmut Kohl, der damit zugleich einen für Kritiker nachahmenswerten menschlichen Akzent setzte.

Wer um die teilweise anarchistischen Zustände in den dreißiger Jahren weiß – allein im kleinen Distrikt Independencia wurden 41 unaufgeklärte Morde begangen –, versteht die Einstellung der Mehrzahl der Paraguayer zu „ihrem Präsidenten“ und seiner Regierungsform, die ihnen mehr demokratische Freiheiten einräumte als je zuvor; ausgenommen die Kommunisten. Verbittert kontern sie kritische Fragen Außenstehender mit den Worten: „Man soll doch unser Land und unseren ‚Alten' (Alfredo Stroessner) in Ruhe lassen ... wenn diese Leute 1947 die blutige Revoluoon mitgemacht hätten, mit Hunderten von Toten, würden sie uns bestimmt besser verstehen. Seit 30 Jahren haben wir Ruhe und Ordnung in unserem Land und, was es vor 1945 nicht gab, vernünftige Sozialgesetze. Mißstände, die gibt es überall, sicher auch in Ihrem Land.“

Ob der Begriff „Militärdiktatur“ unter Einbeziehung des 16 000-Mann-Heeres bei 3 070 000 Einwohnern auf 406 752 Quadratkilometer Gebietsfläche überhaupt anwendbar ist, wird von Fachleuten ohnehin bezweifelt. Die Tatsache, daß die Paraguayer – gemäß ihrer Mentalität – bisher jede „volksfeindliche“ Regierung absetzten (dagegen half auch kein Spitzelsystem), spricht für diese Regierung, die unter Stroessner das nationale Bildungs- und Sozialwesen aufbaute.

Abgesehen von dem persönlichen sozialen Engagement des Präsidenten – hierfür gibt es zahlreiche Beweise – wurde die Autobiographie Stroessners von dem 1936 emigrierten Berliner Journalisten Hans-Joachim Krüger ins Deutsche übersetzt. Die Untaten Mengeles mit den Namen „Stroessner“ in einem Atemzuge in Verbindung zu bringen, ist verwerflich. „Mengele“ ist die eine, „Stroessner“ die andere Sache.

Man sollte nicht einen Mann, der von seinen Landsleuten schlechthin als „Erneuerer Paraguays“ benannt wird, in Verruf bringen, der, trotz widriger Umstände und teils berechtigter Kritik, mehr für sein kleines Volk geleistet hat als mancher demokratische Staatsmann, auch wenn man dieses nicht gerne hört.

Th. Heinrich,
Bremen

Wort des Tages

» Wenn man die Redlichkeit eines Politikers allzu laut betont, zweifelt man an seinen Fähigkeiten. «

Maurice de Talleyrand; franz. Staatsmann (1754–1838)

Sonntagsheiligung

„Medienpolitik: Bund besteht auf Mitsprache“; WELT vom 1. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrem Artikel berichten Sie von dem kürzlich stattgefundenen CDU/CSU-Medienkongreß, auf dem sich Ministerpräsident Vogel dafür aussprach, künftig auch an Sonn- und Feiertagen Werbung auszustrahlen. Er sagte, dies dürfe kein Tabu sein.

Darin erblicke ich einen weiteren Abbau des Schutzes der Sonn- und Feiertage, der neben dem Grundgesetz auch in Ländergesetzen garantiert ist. Nicht nur Christen müssen energisch gegen eine weitere Aushöhlung dieses Schutzes eintreten. Der Sonntag ist für jeden Menschen von herausragender Bedeutung, besonders in seiner gemeinschaftsstiftenden Funktion. Als Tag der Ruhe und Muße für den überwiegenden Teil unserer Bevölkerung läßt er den Menschen Abstand nehmen von vielfältigen Zwängen und sich hinwenden zum tieferen Sinn seines Tuns. Der Mensch ist eben nicht nur Arbeiter und Konsument, und gerade der Sonntag kann ihm verhelfen, sich seiner Würde immer wieder bewußt zu werden. Der Sonntag ist nicht nur für Christen, sondern für die gesamte Gesellschaft ein zentraler Tag, an dem nicht nur Zwecke, Gewinn, Nutzen und Erfolg im Vordergrund stehen. Die Pläne, auch am Sonntag Hörfunk- und Fernsehwerbung zu gestatten, führen meines Erachtens zu einer weiteren Vermarktung dieses Tages.

Michael Schlagheck,
Geschäftsführer des Diözesanrates der Katholiken im Bistum Essen

Personalien

GEBURTSTAG

Dr. **Felix Alexander Prentzel**, früheres Aufsichtsratsmitglied der Degussa und anderer Großunternehmen sowie Banken, feiert morgen seinen 80. Geburtstag. Der gebürtige Koblenzer promovierte nach Abschluß des Diplomingenieur-Examens zum Dr.jur. und wurde 1931 zum preußischen Bergassessor ernannt. Nach dem Krieg war er, zuletzt als Ministerialdirigent im Bundeswirtschaftsministerium, einer der engsten Mitarbeiter von Professor **Ludwig Erhard**. Anfang 1955 wechselte er in den Degussa-Vorstand über, dessen Vorsitz er 1959 übernahm. Im 68. Lebensjahr gab er dieses Amt 1973 ab, um in den Ruhestand zu treten. Neben allgemeinen Fragen der Wirtschaftspolitik galt sein besonderes Interesse schon seit 1956 der friedlichen Entwicklung und Nutzbarmachung der Kernenergie. Er gehörte zu den Gründern des Deutschen Atomforums.

AUSZEICHNUNGEN

Der mit 80 000 Mark dotierte Paul-Ehrlich- und Ludwig Darmstädter-Preis ist in Frankfurt am Main an drei amerikanische Wissenschaftler verliehen worden. Diese höchste deutsche Auszeichnung für medizinisch-wissenschaftliche Arbeiten und Forschungen wurde Professor **Ruth S. Nussenzweig** von der Universität New York und Dr. **Louis H. Miller** vom Nationalen Institut für Allergie- und Infektionskrankheiten in Bethesda für ihre langjährige Arbeit zur Entwicklung eines Malaria-Impfstoffs zuerkannt. Der aus Frankfurt am Main stammende Professor **Ernest Bueding** von der Johns-Hopkins-Universität in Baltimore erhielt den Preis für die Erforschung der Bilharziose, einer von Würmern übertragenen Infektionskrankheit. Der Preis wurde am vorigen Donnerstag, dem Geburtstag von **Paul Ehrlich** (1854–1915), in der Frankfurter Paulskirche verliehen.

*

Der Forschungsreisende und Autor herausragender Reisewerke, Professor **Heinrich Harrer**, wird mit der Goldenen Medaille der Humboldt-Gesellschaft ausgezeichnet. Heinrich Harrer ist besonders durch seine Tibet-Bücher sowie durch Werke wie „Ich komme aus der Steinzeit“ berühmt geworden. Die Goldene Medaille der Humboldt-Gesellschaft haben vor ihm unter anderem der Komponist **Carl Orff**, der Verhaltensforscher **Konrad Lorenz**, der Historiker **Theodor Schieder**, der Biologe **Adolf Portmann**, der Maler **Hans-Jürgen Kallmann**, der Physiker **Walter Heitler** und der Schriftsteller **Ernst Jünger** erhalten.

*

Mit dem Walter-Kolb-Gedächtnispreis der Stadt Frankfurt am Main wird für das Jahr 1984 der Frankfurter Jurist Dr. **Andreas Schminck** ausgezeichnet. Er erhält den Preis für seine Dissertation „Studien zu mittelbyzantinischen Rechtsbüchern“. Der Walter-Kolb-Gedächtnispreis wurde 1957 im Gedenken an den im Jahr davor verstorbenen Frankfurter Oberbürgermeister Dr. **Walter Kolb** gestiftet. Die Auszeichnung wirde heute im Limpurgsaal des Rathauses Römer Schminck überreicht.

STIFTUNG

Die derzeit bedeutendste Förderungsstiftung für junge Künstler, die Karl-Schmidt-Rottluff-Stiftung, hat zum neunten Mal für dieses Jahr vier Stipendiaten ausgewählt. Es sind der Aktionskünstler und Bildhauer **Bruno Kleber** aus Frankfurt am Main, die Fotokünstlerin **Astrid Klein** aus Köln, der Bildhauer **Norbert Kraus** aus Düsseldorf und der Bildhauer und Installationskünstler **Bernhard Prinz** aus Hamburg. Die Stipendien werden für die Dauer eines Jahres gewährt; sie können danach um ein weiteres Jahr verlängert werden. Mit einem Förderungsvertrag von durchschnittlich 30 000 Mark pro Künstler wird diesem die Ausrichtung einer Ausstellung und die Herausgabe eines Kataloges am Ende der Förderungszeit ermöglicht. Mehr als 1,6 Millionen Mark hat die Stiftung seit der Aufnahme ihrer Arbeit im Jahre 1957 für den künstlerischen Nachwuchs zur Verfügung gestellt.

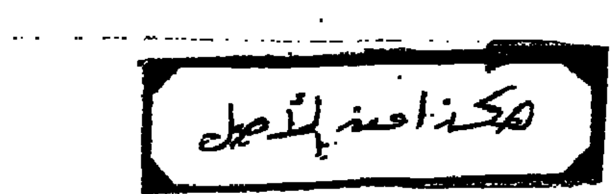
WAHL

Der Generalsekretär der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Dr. **Carl Heinz Schiel**, ist in Stockholm zum Vizepräsidenten der International Foundation for Science (IFS) gewählt worden. Ziel dieser Internationalen Wissenschaftsstiftung ist es, die Forschung in den Entwicklungsländern zu unterstützen, und zwar zunächst auf dem Gebiet der angewandten Biologie. Schiel ist seit 1965 Generalsekretär der DFG.

VERANSTALTUNG

Wilfried Hasselmann, Bevollmächtigter und Minister des Landes Niedersachsen beim Bund, hatte trotz eines Abends voller Veranstaltungen im Regierungsviertel von Bonn und in seiner nächsten Nachbarschaft mit einem „Literarischen Abend“ überraschenderweise ein übervolles Haus. Zu einem „amüsanten Streifzug durch die Jahrhunderte“ lasen zum Thema „Liebe ist besser als Krieg“ die Schauspieler **Herbert Bötticher** und **Doris Gallart** Texte von **Aristophanes** bis **Christian Fürchtegott Gellert** und **Beethoven**. Im wesentlichen kreisten die Lesungen (und Gesänge) um das indische Sprichwort: „Töte einen, und du bist ein Mörder, töte tausend, und du bist ein Held.“

Der Getreidewissenschaftler Professor Dr. **Paul Friedrich Pelshenke** ist im Alter von 80 Jahren verstorben. Pelshenke war von 1942 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1968 der Leiter der Bundesforschungsanstalt für Getreideverarbeitung in Berlin und Detmold. In Unterwüsten im Lipperland geboren, studierte er nach dem Abitur am Leopoldinum in Detmold Landwirtschaft und Naturwissenschaften in Halle und Berlin. Er war mehrere Jahre Assistent von Professor **Roemer** und promovierte 1930. Nach einer einjährigen Tätigkeit in den Vereinigten Staaten von Nordamerika wurde er mit 29 Jahren zum Leiter des Instituts für Bäckerei an der Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung in Berlin berufen. Nach seiner Habilitation 1941 in Halle wurde ihm 1942 die Leitung der damaligen Reichsanstalt und der späteren Bundesforschungsanstalt für Getreideverarbeitung übertragen. Professor Pelshenke, der allerhöchste Ehrungen aus aller Welt erhielt, darunter auch die Thomas Burr Osborne-Medaille, die er als bisher einziger Nichtamerikaner 1965 bekam, war ebenso Mitglied vieler wissenschaftler Akademien auf der Welt. Über 300 Publikationen legen Zeugnis ab von seiner wissenschaftlichen Produktivität. Auf Pelshenkes Initiative geht es zurück, daß im Jahre 1946 die Arbeitsgemeinschaft Getreideforschung e. V. gegründet wurde. Auf seine persönliche Initiative hin entstand im Jahre 1947 auf dem Detmolder Schützenberg ein neues Forschungszentrum für Getreideverarbeitung. Der spätere Ausbau dieser Forschungsstätte in Detmold, der intensive Gedankenaustausch zwischen Forschung und Praxis, lieferten schließlich die Basis für seine ausgedehnte wissenschaftliche Arbeit in den Entwicklungsländern.



Geht Kirchenleitung in die Berufung?

Kritik an mildem Urteil gegen Autoren des „Lutherschwanks"

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der innerkirchliche Streit um den „Lutherschwank" geht aller Voraussicht nach weiter. Nach den unerwartet milden Urteilen, die die Amtszuchtkammer der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche am Freitag nachmittag in dieser Sache gegen fünf Pastoren verkündet hat, wird die Kirchenleitung höchstwahrscheinlich Berufung bei dem Senat für Amtszucht der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands einlegen. Das Disziplinarverfahren gegen die fünf Theologen hat bislang keine Klarheit darüber erbracht, wer den umstrittenen Schwank zum Lutherjahr verfaßt hat.

Die Amtszuchtkammer in Kiel war in ihren Urteilen gegen die beiden Hauptbeschuldigten, die Pastoren Otfried Halver (44) aus Hamburg und Hans-Günther Werner (37) aus Wedel sowie gegen die Theologen Wolfgang Grell (60), Andreas Schultheiß (38) und Ulrich Hentschel (34) weit unter den Anträgen der Kirchenleitung geblieben. Halver und Werner erhielten einen Verweis, die drei übrigen Beschuldigten eine Verwarnung. Die Begründung lautete in allen Fällen auf Verletzung der Amtspflicht. Die Kirchenleitung hatte demgegenüber, wie berichtet, vor der Kammer beantragt, daß Halver und Werner durch Versetzung in den vorzeitigen Ruhe- bzw. Wartestand aus dem Amt entfernt werden sollten. Gegen die drei anderen Pastoren hatte die Kirchenleitung „Amtszuchtmaßnahmen von geringerem Gehalt ohne finanzielle Auswirkungen" beantragt.

Der Vorsitzende der Amtszuchtkammer, der Lübecker Amtsgerichtspräsident Friedrich August Bonde, kam in der Urteilsbegründung zu einer Bewertung des „Lutherschwanks", die bei der Kirchenleitung auf großes Unverständnis gestoßen ist und scharfe Kritik herausgefordert hat. Der Schwank habe, so der Kammervorsitzende, im Ergebnis weder zentrale Punkte des christlichen Glaubens verhöhnt noch würden mit der Veröffentlichung Pflichten verletzt, die sich aus dem Ordinationsgelübde ergeben. Es handele sich auch nicht um eine Religionsbeschimpfung. Jedoch sei die Publizierung des Schwanks geeignet gewesen, das religiöse Empfinden vieler Menschen zu verletzten. Der Inhalt des Stückes sei „sehr wohl diskutierbar".

Bei dem „Schwank zum Lutherjahr", für dessen Veröffentlichung in der alternativen Theologen-Zeitschrift „Gegen den Strom" der vom Dienst suspendierte Pastor Werner die presserechtliche Verantwortung übernommen hatte, handelt es sich um ein in derber Sprache verfaßtes satirisches Spiel um Gott, Jesus, Maria und den Heiligen Geist auf der einen, Luther, seine Frau Anna und Melanchthon auf der anderen Seite. In einer Szene des Schwanks bekommt Luther nach vorehelichem Verkehr mit seiner späteren Frau angesichts der kirchlichen Moralgebote Gewissensbisse und wird daraufhin von Anna voller Wut zur Rede gestellt: „So einer bist du also: Erst mit mir schlafen und dann mit der Bibel kommen. Womöglich wirst du noch behaupten, ich hätte dich verführt oder vergewaltigt."

Die Kirchenleitung sah in dieser und in anderen Szenen, in der Aufführung des Schwanks in kirchlichen Räumen und in der Veröffentlichung unter der Verantwortung des Pastors Werner eine Sache, die „weder formal noch inhaltlich vom christlichen Glauben zu rechtfertigen" gewesen sei. Es handele sich um das „Niveau einer unzumutbaren Geschmacklosigkeit". Ein Pastor dürfe nicht verantwortlich sein für eine Publikation, „die den christlichen Glauben in dieser Weise verhöhnt und als eine theologisch nicht mehr diskussionsfähige Absage an die Ordinationsverpflichtung zu werten ist".

Dementsprechend bedauerte der Vertreter der Kirchenleitung, Kirchenamtspräsident Klaus Blaschke, das Urteil der Amtszuchtkammer „außerordentlich"; er fügte hinzu, die Begründung sei „gar nicht überzeugend". Auf großes Unverständnis ist in der Kirchenleitung auch die in der Urteilsbegründung vorgetragene Feststellung der Amtszuchtkammer gestoßen, die Suspendierung der beiden Pastoren Halver und Werner durch die Kirchenleitung sei „nicht gerechtfertigt"; diese Maßnahme sei „übermäßig". Die Theologen bleiben gleichwohl zunächst vom Dienst suspendiert und dürfen ihr Amt nicht verwalten. Die Kirchenleitung muß darüber neu beraten.

Romanow bleibt ein starker Konkurrent

VON C. GUSTAF STRÖHM

Unter den in unauffälliges Zivil gekleideten Männern, die mit bewegungslosen Gesichtern auf der Tribüne des Lenin-Mausoleums an der Seite des neuen Parteichefs Gorbatschow dem verstorbenen Konstantin Tschernenko dieser Tage die letzte Ehre erwiesen, war einer, dessen Blick besonders undurchdringlich schien: Grigorij Wassiljewitsch Romanow, früher langjähriger Parteichef von Leningrad.

Der 1923 geborene Romanow galt neben dem um nur acht Jahre jüngeren Gorbatschow als möglicher Kandidat und Prätendent auf den Posten des Generalsekretärs der KPdSU. Seit anderthalb Jahren ist er neben seiner Mitgliedschaft im Politbüro zugleich auch ZK-Sekretär. Die Kombination dieser beiden Ämter gilt als Voraussetzung für den Start zur obersten Parteispitze.

Doch schon lange bevor der „Benjamin" Gorbatschow sich, wenn schon nicht zum Liebling der sowjetischen Partei, dann doch zu jenem der westlichen Medien entwickelte, hatte Romanow den Ruf, ein „ganz Harter" im sowjetischen politischen Establishment zu sein. In den USA gibt es einflußreiche Sowjetologen, welche schon seit Jahr und Tag die These vertraten: Würde Romanow das Rennen um die Nachfolge im Kreml gewinnen, wäre dies ein Beweis dafür, daß die Sowjetunion weder eine Reform nach innen noch eine dauerhafte Verbesserung ihrer Beziehungen zum Westen wünsche.

So aufmerksam und wohlwollend die westliche Öffentlichkeit alle Äußerungen Gorbatschows kommentierte, die auch nur ein Quentchen Reform- und Verständigungswillen verrieten, so negativ pflegte man vor allem in der englischsprechenden Presse Romanow zu erwähnen.

Er galt als „Scharfmacher" par exellence – als sowjetischer Funktionär, der weit über das normalerweise übliche Maß hinaus seiner Abneigung gegen den „Kapitalismus" freien Lauf ließ. Er hat aus seiner negativen Einstellung gegen den Westen nie ein Hehl gemacht. Die USA beschuldigte er wiederholt des „staatlichen Terrorismus" und der ständigen „Aggression gegen freiheitsliebende Völker in der ganzen Welt".

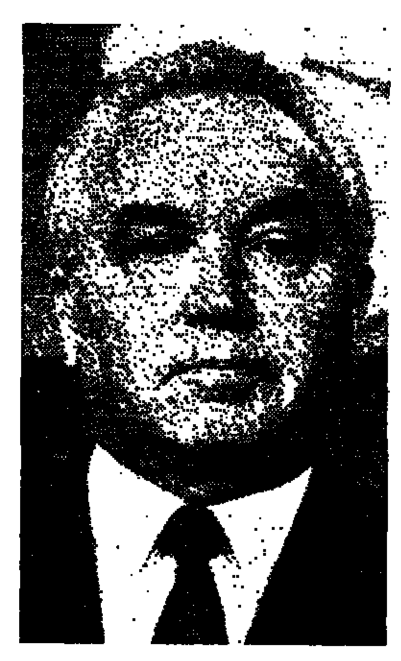
Aus Romanows Reden und Erklärungen der letzten Jahre geht hervor, daß er die Invasion in Afghanistan als Etappe auf dem Wege eines weltweiten Sieges des Kommunismus betrachtet. Anders als bei Gorbatschow war bei ihm von grundlegenden Änderungen, etwa des sowjetischen Wirtschaftssystems, nie die Rede – dafür aber fand sich die stete Betonung einer „präzisen ideologischen Orientierung" und die Forderung nach einer „hohen Stufe der klassenmäßigen Wachsamkeit".

Bevor er von Leningrad in die Moskauer Zentrale übersiedelte, war Romanow während seiner ganzen politischen Karriere – er ist gelernter und diplomierter Schiffbauingenieur – ausschließlich in der Leningrader Parteiorganisation tätig. Ähnlich wie Gorbatschow begann er seine aktive hauptamtliche Parteikarriere erst nach Stalins Tod. Doch im Gegensatz zu Gorbatschow, der aus Stawropol, also einem Gebiet im Süden Rußlands, stammt, ist Romanow auch in seiner politischen Herkunft ein „Leningrader". Leningrad aber ist von allen sowjetischen Großstädten durch seine Randlage im Imperium, durch die Nähe der Ostsee, des Baltikums, der finnischen Grenze und Skandinaviens am meisten westlichen Einflüssen ausgesetzt.

Vielleicht stammt daher Romanows Kampfposition gegenüber allem, was aus dem Westen kommt. Der Mann, der die seit Lenins und Stalins Tagen – von den Kronstädter Matrosen 1921 bis zur „Leningrader Affäre" Stalins – von besonders vielen Abweichungen und Säuberungen heimgesuchte Leningrader Parteiorganisation leitete, mußte vom Gesetz der Stelle her ein „Hundertprozentiger" sein.

Hinzu kommt, daß Romanow – wiederum anders als Gorbatschow – seine politische Begabung jahre- und jahrzehntelang ausschließlich im lokalen Bereich ausleben konnte. Leningrad ist zwar mit 500 000 Parteimitgliedern und einer großen Industrie die zweitwichtigste Stadt der Sowjetunion. Eine gewisse Kontraposition zwischen der Stadt Peters des Großen, dem „Fenster nach Europa", der einstigen Residenz der Zaren und dem binnenländischen Moskau ist fast naturgegeben.

Das alles mag dazu beigetragen haben, wenn es Romanow nicht gelang, etwa zu Breschnew ein enges Verhältnis zu finden. In Leningrad spottete man auch zu Lebzeiten des alternden Generalsekretärs über seine Unfähigkeit und Senilität. Die Leningrader Zeitschrift „Aurora" brachte eine kaum getarnte satirische Geschichte über einen alternden Mann, der seine Aufgaben nicht mehr zu erfüllen vermochte. Wenn das ein Versuch Romanows gewesen sein sollte, ähnlich wie Andropow es getan hatte, den noch amtierenden Parteichef zu diskreditieren, so wurde es ein Bumerang.



Romanow unterlag im Rennen um die Kreml-Nachfolge FOTO: AP

Auffallend war, daß noch in den letzten Jahren der Breschnew-Ära über Romanow seltsame Skandalgeschichten in der weltlichen Presse lanciert wurden: über seinen angeblich verschwenderischen Lebensstil und darüber, daß er bei der Hochzeit seiner Tochter das kaiserliche Tafelservice der Dynastie Romanow aus den Zarenpalästen ausgeborgt hatte, wobei während der Festlichkeiten einige unersetzliche Stücke zu Bruch gegangen sein sollen.

Der Kommunist Romanow als Nachfolger der gleichnamigen Dynastie Romanow (obwohl er außer der Namensgleichheit mit dem russischen Kaiserhaus natürlich nichts zu tun hat) – das wurde in der Sowjetunion zu einer Serie von politischen Witzen verarbeitet. Dabei läßt sich nicht ganz ausschließen, daß die angeblichen Skandalgeschichten und Witze über ihn von interessierter Seite – also von Rivalen im Parteiapparat oder in der Geheimpolizei – bewußt verbreitet wurden.

Heute ist Romanow, auch wenn er die oberste Stufe nicht erklimmen konnte, Vertreter des „militärisch-industriellen Komplexes" innerhalb der Sowjetführung. Als Wirtschaftsfachmann ist er übrigens nicht zu unterschätzen. Unter seiner Führung war das Leningrader Gebiet ökonomisch relativ erfolgreich – und zwar offenbar mit eben jenen zentralistischen Planungsmethoden, die heute von Moskauer Sozialökonomen (Anhängern Gorbatschows?) gerne zur Diskussion gestellt werden.

Romanow ist offensichtlich einflußreiches Mitglied des Verteidigungsrates und innerhalb der obersten Führung Sprecher für die Militärs und die Rüstungsinteressen. Als Marschall Ustinow starb, wurde mancherorts erwartet, daß nun Romanow das Verteidigungsministerium übernehmen würde. Hätte er es getan, wäre er – nach den bisherigen Regeln – aus dem Rennen für die Nachfolge im Kreml ausgeschieden.

Schon aus Furcht vor dem „Bonapartismus" hat sich die sowjetische Partei bisher stets geweigert, militärisch und verteidigungspolitisch allzu exponierte Funktionäre auf die erste Position zu lassen. Daß Romanow nicht Ustinows Schreibtisch erben wollte, daß statt dessen der politisch einflußlose Marschall Sokolow (weder Mitglied noch Kandidat des Politbüros) den Posten übernahm – was einer politischen Abwertung des Verteidigungsressorts gleichkommt –, war ebenso bedeutsam wie das plötzliche Ende der glänzenden Karriere des militärischen Denkers und Planers Marschall Ogarkow.

Aus diesen und vielen anderen Gründen läßt sich schließen, daß Romanow heute und in absehbarer Zukunft der einzige Vertreter militärischer und militärisch-ideologischer Interessen im Politbüro sein könnte, der über überdurchschnittliches Gewicht verfügt. Das verschafft ihm zweifellos Autorität – und eine nicht zu unterschätzende Anhängerschaft.

Da im Kreml viele Überraschungen möglich sind, läßt sich auch nicht ausschließen, daß er eines Tages doch noch erster Mann wird - dann, wenn etwa Gorbatschow politisch scheitern sollte.

Spionage: Prozeß um Falschaussagen

WERNER KAHL, Bonn

Eine fast neun Jahre zurückliegende Verratsaffäre um den sechsköpfigen Agentenring Lutze im Bundesverteidigungsministerium hat jetzt für den früheren Vorgesetzten der „DDR"-Spionin Renate Lutze und mehrere ehemalige Sicherheitsbeamte ein gerichtliches Nachspiel. In einem in der vergangenen Woche vor dem Düsseldorfer Landgericht eröffneten Prozeß wirft die Staatsanwaltschaft dem in den einstweiligen Ruhestand versetzten Ministerialdirektor Herbert Laabs, ehemaliger Leiter der Abteilung „S" (Soziales) auf der Hardthöhe, Falschaussage vor; ein früherer Hauptmann und ein Stabsoberfeldwebel aus der Abteilung wurden wegen Verdachts des Meineides angeklagt.

In dem Verfahren, das vor dem Hintergrund des bisher „schwersten Verratsfalles in der Geschichte der Bundeswehr" (Ex-Generalinspekteur Harald Wust), stattfindet, werden widersprüchliche Aussagen über den Geheimschutz in der Abteilung „S" untersucht. Vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Bundestages war Laabs bereits auf Unstimmigkeiten hingewiesen worden. Ihm wurde auch leichtfertiger Umgang mit Geheimsachen in seiner Abteilung vorgeworfen. Im Prozeß gegen die Spione machte das Oberlandesgericht 1978 Laabs abermals Vorhaltungen wegen einer Aussage. Helmut Schmidt hatte 1969 nach seiner Ernennung zum Verteidigungsminister den damals 39jährigen Funktionär in der SPD-Bundestagsfraktion auf die Hardthöhe geholt. Im Ministerium sprach man von einer „Partei-Bilderbuchkarriere".

Von den enttarnten Agenten verbüßt nur noch der ehemalige Angestellte im Rüstungsreferat, Lothar-Erwin Lutze, eine zwölfjährige Strafe. Seine Frau wurde 1981 zusammen mit Ex-Kanzleramtsspion Günter Guillaume ausgetauscht. Die Verteidigung will Lutze und möglicherweise auch dessen in der „DDR" lebende Frau jetzt als Zeugen vernehmen lassen. „Das könnte belastend, aber auch entlastend sein", sagte der Bonner Anwalt Herdegen der WELT. Eine für Prozeßbeobachter groteske Vorstellung, daß die Ex-Spione als Sachverständige darüber urteilen, wie die Sicherheitsvorschriften in den 70er Jahren im Bundesverteidigungsministerium beachtet wurden.

Tief bewegt und für uns alle noch unfaßbar nehmen wir Abschied von

Josef Möllers

der am 14. März 1985 im 62. Lebensjahr nach kurzer schwerer Krankheit verstorben ist.

Unternehmerischer Weitblick, menschliches Verständnis und persönliches Engagement kennzeichnen seinen Weg als Chef und geschäftsführender Gesellschafter des Unternehmens. Seinen Mitarbeitern war er stets Helfer und guter Ratgeber.

Wir trauern um eine Persönlichkeit, die für uns einen nicht zu ersetzenden Verlust darstellt. In Dankbarkeit für die vielen Jahre gemeinsamer Arbeit werden wir immer seiner gedenken.

Mitarbeiter, Gesellschafter und Beirat
der
Möllers Rheuma Doktor GmbH
Laer – Wuppertal

Die Trauerfeier findet im engsten Familienkreis statt.
Anstelle zugedachter Blumenspenden bitten wir, die Aktion Mensch für Mensch, Konto 700 000, Dresdner Bank, Düsseldorf, Bankleitzahl 300 800 00, zu bedenken.

Tief erschüttert und voller Trauer geben wir den plötzlichen Tod unseres Gesellschafters und Aufsichtsratvorsitzenden Herrn

Kurt Minder

bekannt.

Jahrzehntelang setzte er sich mit der ihm eigenen Schaffenskraft für die Belange unseres Unternehmens ein, das sein Entstehen seiner Initiative verdankt.

Viel zu früh wurde er aus unserer Mitte gerissen. Sein Tod ist für uns ein schmerzlicher Verlust. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

TIG
Technische Industrieprodukte GmbH
Aufsichtsrat, Geschäftsführung
und Mitarbeiter

5000 Köln-Porz, im März 1985

Die Einäscherung fand in aller Stille in Luzern statt.

Burns redet den Deutschen ins Gewissen

● Fortsetzung von Seite 1

man seine zweite oder sogar seine dritte Chance. Europäische Bankiers sind ziemlich zugeknöpft (conservative)".

Doch Arthur Burns, Sohn galizischer Einwanderer nach Amerika, würde das Land, das ihn großgemacht hat, verleugnen, wenn er seiner Zustandsbeschreibung der westdeutschen Wirtschaft nicht eine optimistische Note hinzufügte. Er erkennt an, was sich zu verändern beginnt: Die Trimmversuche am Sozialetat, die geplante Steuerreform, die Vorhaben zur Privatisierung, das Beschäftigungsförderungsgesetz – das alles mache ihn „optimistisch für die Zukunft des Landes". Mit schalkhafter Offenheit fügt Burns hinzu: „Ungeduldig wie ich bin, kommt mir der Wandel bei Ihnen zu langsam vor."

Kontrastierend zu der ernüchternden Analyse der Wirtschaftslage sprach Burns über Themen wie Wiedervereinigung, Patriotismus oder Stabilität des demokratischen Systems in Deutschland mit dem Feuereifer des uneingeschränkten Optimismus. „Ich wünsche die Wiedervereinigung von Herzen", sagt er, „denn Sie haben ein gebrochenes Land, ein geteiltes Volk, und das, so glaube ich, nagt an der deutschen Seele." Patentrezepte habe auch er nicht, dafür aber ein „intuitiv sicheres Gefühl, daß die Wiedervereinigung kommen wird." Jedoch nicht unter Umständen einer deutschen Neutralität. Eine große Mehrheit der Deutschen stehe voll hinter der NATO und den Sicherheitsverpflichtungen im Bündnis.

Deutsche können auf Erfolge stolz sein

Wie bei vielen seiner Auftritte im Verlaufe der letzten vier Jahre beschwor Arthur Burns auch bei dieser Gelegenheit die historische Bedeutsamkeit Deutschlands und die – bei allen Tragödien – „Triumphe und Erfolge, auf die die Deutschen stolz sein können, namentlich die jungen Deutschen." Er weist auf die einmaligen Leistungen der deutschen Musik, Literatur, Architektur hin und setzt hinzu: „Am meisten hat meine Frau und mich die Liebe der Deutschen zur Musik und zu den Schönen Künsten beeindruckt." Aber er erinnert auch an ein historisches Datum wie die Berliner Luftbrücke, als die Bevölkerung der Stadt Angebote der Sowjets, sie mit Lebensmitteln und Energievorräten zu versorgen, ausschlug und statt dessen das Risiko einging, von den Alliierten aus der Luft am Leben erhalten zu werden: „Denn die Berliner wußten, daß sie für die Annahme des sowjetischen Angebots ihre Freiheit hergegeben hätten." Die jungen Deutschen „sollten stolz auf diese Opfer sein, die ihre Eltern und Großeltern nach dem Kriege geleistet haben."

Es ist weithin bekannt, daß der Botschafter sich Sorgen macht, diese und andere Fakten der Geschichte seien den Jugendlichen in der Bundesrepublik nicht mehr bekannt: „Es gibt so viel in der deutschen Geschichte, das Sie mit Stolz erfüllen könnte. Ich hoffe, dies wird von den Lehrern in der Schule, von den Eltern zu Hause, den Geistlichen in der Kirche und den Politikern in ihren Wahlkreisen auch genügend betont, zumal gegenüber den jungen Menschen."

Burns knüpft daran einen leidenschaftlichen Exkurs zum Thema Patriotismus, über dessen Sinn und Bedeutung in der Bundesrepublik „einige Konfusion" herrsche. Mit eindringlicher Stimme intoniert er: „Patriotismus, die Liebe zum eigenen Land, ist ein natürlicher Impuls, ein konstruktiver Impuls; denn er gibt einem Hoffnung für die Zukunft, Hoffnung für einen selber, Hoffnung für die eigene Familie, Hoffnung für die eigene Gemeinschaft, für das eigene Land. Etwas ganz anderes ist der Nationalismus ... Die Nazi-Vergangenheit ist etwas, das niemand wiederholt sehen möchte. Aber das hat nichts mit der Frage nach dem Patriotismus zu tun. Kanzler Kohl muß dafür beglückwünscht werden, daß er wieder vom Vaterland spricht."

Beglückwünschen möchte Arthur Burns auch die deutsche Demokratie; denn sie habe, nach seiner Erfahrung, Tests ihrer Stabilität in jüngster Zeit vollauf bestanden.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen seien in einem „exzellenten" Zustand – einen besseren in der gesamten Nachkriegsära zu finden, „dürfte schwer sein". Viel verdanke die Qualität der Beziehungen dem Freundschaftsverhältnis zwischen Präsident Reagan und Kanzler Kohl. „Beide", so benotet der Professor die Kandidaten, „befinden sich in grundsätzlicher philosophischer Übereinstimmung. Beide sind von Natur aus optimistisch, beide lieben das Geschichtenerzählen, und beide mögen es nicht, in lästige Details verwickelt zu werden."

Größte Hochachtung für Schmidt bekundet

Für den früheren Kanzler, seinen langjährigen Freund, hegt Burns die größte Hochachtung. Freilich, wer für das Reich der Zwischentöne ein Ohr hat, wird bemerken, daß sich in das Burns-Lob für Helmut Schmidt – zwei Großmeister der globalen Wirtschaftsanalyse – zuletzt eine Spur Kritik dazugesellt hat. Der Ältere bedauert die allzu scharfe Tonart, die Schmidt sich gegenüber den Amerikanern angewöhnt hat. Sie kommt ihm überzogen, kontraproduktiv vor.

Wie genau Ausländer deutsche Zeitgenossen beobachten, verrät Burns, als er gefragt wird, was seine unerfreulichste Erfahrung in den vergangenen vier Jahren in Bonn gewesen sei. Er zögert nur kurz, und sagt dann sehr bestimmt: „Ich bin manchmal sehr unglücklich, wenn ich intelligente, wohlerzogene und verantwortliche deutsche Bürger mit einer Spur von Verachtung über die Türken reden höre. Das mag ich überhaupt nicht, und es beunruhigt mich."

Keineswegs diskret läßt er sich zu dem Vorwurf ein, die Amerikaner seien dabei, Europa untreu zu werden und sich mehr und mehr dem asiatischen Raum zuzuwenden. Da liege nun einmal der am schnellsten wachsende Markt mit einer liberalen Ökonomie, meint der Wirtschaftsprofessor; doch die Europäer sollten sich hüten, daraus die falschen Schlußfolgerungen zu ziehen: „Ihr überseht, daß, mögen auch unsere Gelder in Asien liegen, unser Herz – und auch ein beträchtlicher Batzen Geld — in Europa ist. Unser Interesse am Fernen Osten wächst, aber unser Interesse an Europa, vor allem an der Sicherheit Europas, ist kein Jota weniger geworden." Und überhaupt: Warum klagen über die amerikanische Hinwendung zum pazifischen Bekkkcken? „Folgt uns doch und macht diesen Raum auch zu Eurem Anliegen", lädt Burns die Europäer ein.

So sehr liegt ihm die Sicherheitspartnerschaft zwischen Europa und Amerika am Herzen, daß er einen anderen seiner Freunde, Senator Sam Nunn, offen für dessen Plan kritisiert, die Europäer mit dem Wink amerikanischer Truppenreduzierung zu größeren Verteidigungsanstrengungen anzustacheln. „Damit droht Nunn doch den Europäern", klagt Arthur Burns, und er mißachte die Maxime, daß man „niemals eines anderen Stolz verletzen" soll. „Dieses Vorgehen ist absolut verkehrt. Dabei teile ich das Ziel meines Freundes Sam Nunn: die Europäer dazu zu bewegen, mehr für die gemeinsame Verteidigung zu tun."

Erfrischt wie nach einer geistigen Sauna, blickt Burns, offenbar in Erwartung einer letzten Frage, in die Runde. Die Frage fällt, vorhersehbar: Ob der 81jährige scheidende US-Botschafter seinem Nachfolger, dem 38jährigen Richard Burt, seines Zeichens Europa-Direktor im State Department, zutraue, den Job in Bonn – besser: die Schuhe seines Vorgängers – auszufüllen? Wie Arthur Burns ist auch Richard Burt kein Karriere-Beamter, sondern von des Präsidenten Gnaden, ganz im Stil der absolutistischen Monarchie, in die neue Position gehoben worden. Der große alte Mann ist auf die Frage nach Burt offensichtlich präpariert. Jedenfalls kommt die Antwort wie geübt: „Mein Nachfolger, Richard Burt, ist ein brillianter junger Mann, und ich bin sicher, daß er sich gut schlagen wird."

*

Arthur Frank Burns wurde am 27. April 1904 im galizischen Stanislau im damaligen Österreich-Ungarn geboren. Die jüdische Familie wanderte um 1910 in die USA ein. Von 1945 bis 1953 war Burns Forschungsdirektor und von 1957 bis 1967 Präsident des Nationalen Büros für Wirtschaftsforschung (NBER), seither Aufsichtsratsvorsitzender. Am 1. Februar 1970 wurde er Präsident des Federal Reserve Board, der amerikanischen Notenbank. Sein Amt als US-Botschafter in Bonn trat er Ende Juni 1981 an.

Karpow kritisiert US-Haltung in Genf

Sowjets begannen mit Stationierung von SS-25-Raketen

DW. Moskau/Washington

Der sowjetische Delegationsleiter bei den amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen in Genf, Viktor Karpow, hat den Verdacht geäußert, daß die USA von den Verhandlungsgrundlagen abrücken wollen, die am 7. und 8. Januar von den Außenministern George Shultz und Andrej Gromyko vereinbart wurden. In einem Moskauer Fernsehinterview sagte Karpow, offizielle Äußerungen aus Washington könnten auf den Wunsch schließen lassen, „die Themen und Ziele zu ändern, die am 7. und 8. Januar formuliert wurden". Shultz und Gromyko hatten sich darauf verständigt, daß bei den Verhandlungen ein enger Zusammenhang zwischen Weltraumwaffen, Mittelstreckenwaffen und strategischen Waffen bestehe. Auch die sowjetische Parteizeitung „Prawda" zweifelte gestern den Willen der USA an, in Genf zu einem Abkommen zu gelangen.

Karpow meinte, es sei der Eindruck entstanden, daß die USA nicht über die Entmilitarisierung des Weltalls und über das Verbot einer Stationierung von Kernwaffen im Weltraum verhandeln, sondern nur Lektionen über die angeblichen Vorteile des Projekts eines „Krieges der Sterne" halten wollen. Moskau werde jedoch darauf drängen, daß die von Shultz und Gromyko getroffene Vereinbarung „in ihrer Gesamtheit als Grundlage einer ernsthaften Diskussion über Weltraum- und Atomwaffen" dient.

Außenminister Shultz hat sich bei einem Empfang in Washington für ein „konstruktives Verhältnis" zur Sowjetunion ausgesprochen: Beide Staaten hätten sich trotz einer eindrucksvollen Zahl grundlegender Unterschiede in ihren Wertvorstellungen und Sicherheitsinteressen zur Verbesserung ihrer Beziehungen verpflichtet. Die Weltmächte seien es allen Völkern schuldig, „die Hoffnung auf Frieden Wirklichkeit werden zu lassen.

Nach Berichten der „Washington Post" hat die Sowjetunion offenbar mit der Aufstellung mobiler Interkontinentalraketen des Typs SS-25 begonnen. Nach Erkenntnissen des US-Geheimdienstes seien diese Raketen auf zwei Stützpunkten stationiert worden, wo insgesamt 48 Betonbunker vorbereitet wurden.

Regierungskreise in Washington, so die Zeitung, seien der Auffassung, die Aufstellung der ersten SS-25 mit einem nuklearen Sprengkopf sei ein Verstoß gegen das SALT-II-Abkommens, das vom US-Senat nicht ratifiziert wurde und Ende des Jahres ausläuft. Die Dislozierung der SS-25 sowie die für Ende 1986 geplante Stationierung auf Schienen montierter mobiler SS-24 mit zehn Sprengköpfen seien destabilisierend und könnten ein neues nukleares Wettrüsten auslösen. Andere Regierungskreise Washingtons hätten der Zeitung zufolge jedoch die Meinung vertreten, mobile Raketen bildeten ein weniger bedrohliches Waffenarsenal und ihre Stationierung verrate die Absicht der Sowjets, die in SALT-II vorgesehenen Rüstungsbegrenzungen zu respektieren.

Abstimmung für Athens Sozialisten enttäuschend

Griechenland bleibt weiter ohne neues Staatsoberhaupt

E. ANTONAROS, Athen

Das griechische Parlament hat gestern in seiner ersten Abstimmung erwartungsgemäß keinen neuen Staatspräsidenten als Nachfolger des am vergangenen Wochenende vorzeitig zurückgetretenen Konstantin Karamanlis wählen können. Aber das Abstimmungsergebnis ist für Griechenlands Sozialisten weniger gut ausgefallen, als sie noch am Vorabend dieses wichtigen Wahlganges angenommen hatten.

Der von Regierungschef Andreas Papandreou nominierte Oberrichter Christos Sartzetakis erhielt insgesamt nur 178 Stimmen. In den ersten beiden Wahlgängen – die nächste Abstimmung findet am 23. März statt – wird zur Wahl eines Kandidaten zum Staatschef eine Zweidrittel-Mehrheit, also mindestens 200 Stimmen, benötigt. Obwohl während der Abstimmung anwesend, haben 111 Abgeordnete der liberalkonservativen Oppositionspartei „Neue Demokratie" und zwei Unabhängige keine Stimme abgegeben. Drei Stimmzettel waren weiß und drei weitere ungültig, weil sie die gleichlautende Eintragung „Nieder mit dem Totalitarismus" hatten.

Ursprünglich hatte die regierende Pasok-Partei damit gerechnet, daß Sartzetakis mindestens 180 Stimmen erhalten würde. Unmittelbar nach Bekanntgabe des relativ enttäuschenden Abstimmungsergebnisses begann die Suche nach den zwei Dissidenten: Sie sollen sich entweder unter den 165 Pasok-Abgeordneten – von ihnen waren 163 anwesend – oder den insgesamt fünf Unabhängigen befinden, die Sartzetakis ihre Unterstützung zugesagt hatten. Dagegen gilt als sicher, daß die 13 Kommunisten geschlossen für den Kandidaten der Sozialisten gestimmt haben.

Sartzetakis hat recht gute Chancen, beim dritten und letzten Wahlgang am 29. März gewählt zu werden, weil dann nur eine Dreifünftel-Mehrheit, also 180 Stimmen, gebraucht wird: Er darf nämlich mit der Stimme des sich zur Zeit in Südamerika befindenden Staatsministers im Außenministerium, Karolos Papulias, rechnen. Ebenfalls gehen politische Beobachter in Athen davon aus, daß das Parlament heute entscheiden wird, daß der zur Zeit als interimistischer Staatschef amtierende Parlamentspräsident Jannis Alevras, der zu Papandreous engsten Mitarbeitern zählt, stimmberechtigt ist. Sozialisten und Kommunisten verfügen über eine bequeme Mehrheit im Parlament.

Alevras hatte vergangene Woche beschlossen, das Parlament mit der Beantwortung dieser Frage zu beauftragen, nachdem die meisten Verfassungsexperten die Ansicht vertreten hatten, daß sein Stimmrecht wegen der Wahrnehmung der Amtsgeschäfte als Staatsoberhaupt ruht. Sollte Sartzetakis, wie es jetzt wahrscheinlich erscheint, mit Alevras Stimme gewählt werden, so hat die Opposition bereits zu erkennen gegeben, daß sie diese Wahl mit einer Verfassungsklage anfechten will.

Seite 2: Denkzettel für Papandreou

Bangemann warnt vor „artistischen Klimmzügen"

In der Partnerschaft mit der Union Stimmenanteil erhöhen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Nach den für die FDP erfreulichen Wahlen in Berlin und im Saarland hat ihr neuer Vorsitzender Bangemann in einem Gespräch mit dem Deutschlandfunk die künftige Rolle seiner Partei im Wechselspiel zwischen Kooperation und Konkurrenz zur Union analysiert. Dabei kommt er zu dem Ergebnis: „Ich glaube, daß eine vernünftige, faire Partnerschaft mit der CDU uns eine Chance gibt, unseren Wähleranteil zu vergrößern, übrigens nicht auf Kosten der CDU, sondern auf Kosten der SPD."

Mit dieser Aussage wandte sich Bangemann gegen die häufig zu hörende Darstellung, die FDP habe am vergangenen Wahlsonntag ihre Erfolge allein oder vornehmlich der Bereitschaft von angeblich typischen Unionswählern zu verdanken, die mit ihrer Unterstützung der FDP zur Konsolidierung der christlich-liberalen Koalition hätten beitragen wollen. Der FDP-Vorsitzende unterstrich dies mit den Worten: „Deswegen glaube ich nicht, daß das eine zweite Wahl gewesen ist, die FDP zu wählen, oder eine Wahl, die man eben gerade so vorgenommen hat, um eine Koalition zu unterstützen, sondern in der Akzentverschiebung zwischen CDU und FDP dokumentiert sich auch ein Stück politischer Präferenz." Solche Wähler hätten der FDP ihre Stimme unter anderem wegen ihrer Wirtschaftspolitik oder wegen der „klaren Positionen" in der Deutschland- und Entspannungspolitik gegeben.

Damit habe seine Partei noch keine neuen Stammwähler gewonnen, meinte Bangemann weiter. Doch die Chancen dazu sind seiner Analyse zufolge gestiegen. Bangemann hält es für sehr wahrscheinlich, daß sich das Wählerreservoir seiner Partei in der heutigen Situation zu je einem Drittel aus „überzeugten liberalen Stammwählern, aus Wählern, die die Partei in einer bestimmten Funktion, also in einer Koalition wollen, und aus Wählern, die die FDP wegen bestimmter Sachaussagen wählen". Jedes dieser Drittel veranschlagt er mit rund drei Prozent, zusammen also rund neun Prozent. Als die Aufgabe der FDP sieht ihr neuer Vorsitzender nun, den Anteil der Stammwähler aus dem der „Funktionswähler" und dem Anteil, der die Partei einer bestimmten Sachaussage wegen gewählt hat, zu steigern. Dabei hält er es für möglich, daß der Anteil der „Funktionswähler" und der „Wähler um der FDP-Sachaussage willen" nicht kleiner werden muß, wenn die Voraussetzung einer „vernünftigen und fairen Partnerschaft" mit der Union der FDP die Chance gebe, dies „auf Kosten der SPD" zu tun.

Auf diese Weise die Stammwählerschaft zu vergrößern, heißt nach Bangemanns Worten jedoch nicht, sich in einen Konflikt mit dem Koalitionspartner einzulassen und einer „Profilierungssucht" nachzugeben. Denn Profil schaffe sich die Partei nicht mit „artistischen Klimmzügen".

Reagan besucht Kanada zum Shamrock-Gipfel

wth. Washington

Präsident Reagan ist gestern zum ersten Staatsbesuch seiner neuen Amtszeit in Kanada eingetroffen. Beide Seiten haben die zweitägige Visite vorab bereits als einen „Markstein in der Geschichte beider Länder" bezeichnet. Der Besuch soll ein neues Kapitel in den Beziehungen beider Länder eröffnen, die in der Ära Trudeau zahlreichen Belastungen und Irritationen ausgesetzt waren.

„Wir gehen aus einem sehr einfachen Grunde nach Kanada", hatte Ronald Reagan am Vorabend seines Besuches in einer Radio-Botschaft erklärt: „Kein Land in der Welt ist wichtiger für die Vereinigten Staaten als Kanada."

Weil „St. Patrick's Day" am Sonntag war und weil er selbst wie auch der kanadische Premierminister Brian Mulroney irischer Abstammung sind, hatte Reagan dieses Treffen zum „Shamrock-Gipfel" erklärt. Beide Seiten sind entschlossen, diese Begegnung zu einem kanadisch-amerikanischen Freundschaftstreffen zu machen und ihn auch nicht durch das gegenwärtig dringendste und emotionalste Problem zwischen beiden Ländern, dem des „sauren Regens", belasten zu lassen.

Die kanadische Regierung steht unter dem Druck der Umweltschützer, die behaupten, daß dieses Problem zumindest zur Hälfte von den Industriegebieten des amerikanischen mittleren Westen verursacht wird. Die amerikanische Regierung akzeptiert diesen Vorwurf nicht und weist darauf hin, daß die USA mehr für den Umweltschutz getan hätten als jedes andere Land der Welt.

Es wird erwartet, daß Reagan und Mulroney ein Abkommen unterzeichnen werden, in dem die amerikanische Regierung zusichert, ein Forschungsprogramm zur Untersuchung der Ursachen des sauren Regens einzuleiten. Das bleibt zwar hinter den Erwartungen der kanadischen Umweltschützer zurück, die Aktionen statt Forschung erwarteten, dürfte jedoch ausreichen, das dringendste Problem zwischen beiden Ländern zu entschärfen. Außerdem soll bei diesem Besuch ein Verteidigungsabkommen zur Modernisierung des Radar-Warnsystems zwischen Alaska und Grönland in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar unterzeichnet werden.

Präsident Reagan hatte vorab bereits die Entschlossenheit der Regierung Mulroney gewürdigt, den NATO-Beitrag Kanadas zu erhöhen, und Kanada als ein Gründungsmitglied der NATO mit einer stolzen militärischen Vergangenheit gepriesen. Der Besuch soll der Beginn einer neuen Partnerschaft zwischen beiden Ländern sein. Ronald Reagan ist deshalb mit einer großen Mannschaft in Quebec erschienen, der unter anderem Außenminister Shultz, Verteidigungsminister Weinberger und General-Staatsanwalt Edwin Meese angehören.

Die Überwindung des gespannten Verhältnisses unter Premierminister Trudeau, der die Reagan-Administration durch seine Abrüstungskampagnen und seine Kritik an der Invasion Grenadas irritierte, spiegelt sich im übrigen auch in den jüngsten kanadischen Meinungsumfragen wider, in denen 57 Prozent der Kanadier die stärkere politische und wirtschaftliche Annäherung ihres Landes an die USA begrüßen. Beide Länder sind heute mit einem Handelsvolumen von 110 Milliarden Dollar die größten Handelspartner in der Welt.

„Kein Linksruck nach Sieg Lafontaines"

AP, Frankfurt

Der Wahlsieg Lafontaines im Saarland habe die programmatische Debatte in der SPD nicht verändert. Die Gewichte zwischen Links und Rechts hätten sich in der Partei nicht verschoben, sagte SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz in einem Interview des Bayerischen Rundfunks. Rezepte für die bevorstehende Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen seien aus der Wahl im Saarland nicht abzuleiten. Lafontaines Politik gegenüber den Grünen lasse sich beispielsweise nicht direkt auf das bevölkerungsreichste Bundesland übertragen.

Glotz wandte sich gegen die Forderung aus den Reihen der Jungsozialisten, Lafontaine soll der nächste Vorsitzende der SPD werden. Man könne davon ausgehen, daß Brandt bei der nächsten Wahl im Herbst 1986 wieder kandidieren würde. Als Kanzlerkandidaten stünden sowohl der Fraktionsvorsitzende Vogel als auch Ministerpräsident Rau zur Verfügung. Es sei aber nicht auszuschließen, daß noch ein Dritter dazukomme. Wer dies sein könnte, ließ Glotz jedoch offen.

Das SPD-Präsidiumsmitglied Eppler sieht seine Position in der SPD „nicht mehr irgendwo am linken Rand der Partei". In einem Gespräch mit dem in Bremen erscheinenden „Kurier am Sonntag" sagte Eppler weiter, daß Kräfteverhältnis in der SPD habe sich soweit verschoben, daß „viele von den Gedanken, die ich vor über zehn Jahren in die Diskussion gebracht habe, soweit Allgemeingut der Partei geworden sind, daß sie auch bei Vogel und Rau gut aufgehoben sind".

Nadelstiche

Py. – Behinderungen im freien Handel werden meist nicht an die große Glocke gehängt, dennoch werden sie erkannt, spätestens, wenn die Betroffenen Alarm schlagen. So auch in dem jüngsten Fall, in dem eine Regierung über Rundschreiben eine Politik der Nadelstiche in Gang setzt.

Es handelt sich um die Verwaltung in Rom, die den Re-Import von italienischen Personenwagen mit administrativen Maßnahmen lahmzulegen versucht. Da werden zusätzlich Daten verlangt, die bereits in den EG-verbindlich anerkannten Kfz-Briefen sind. Über eine Frist von 40 Arbeitstagen und Gebühren, die für den Aufwand lachhaft sind, soll ein kleiner legal arbeitender Geschäftszweig ausgetrocknet werden. Sozusagen im Handstreich, denn weder die Bundesregierung, noch eine andere Regierung, weder die EG noch die Autohersteller waren von dem römischen Schritt unterrichtet. Unter Partnern hätte man sich zumindest vorher konsultieren, beraten, abstimmen müssen.

Nun kann man darüber nachdenken, wer zu dieser Maßnahme geraten hat. Außer den zusätzlichen mickrigen Gebühreneinnahmen hätte Italien nichts davon, es sei denn, Ärger verbreitet zu haben. War sie ein Torpedo gegen Bonner Katalysatorpläne? Dafür ist der gewünschte Papierkram ungeeignet.

Bleibt die römische Autolobby, allen voran Fiat. Wer schon mit solchen Problemen nicht allein fertig wird und den Staat zu ungesetzlichen Maßnahmen anleitet, dem ist vielleicht auch in europaweiten Problemen noch Schlimmeres zuzutrauen.

Prost

fu (London) – In der Vorstandsetage von Großbritanniens größtem Kaufhausimperium, House of Fraser, herrschte Siegesstimmung. Denn nach der Entscheidung von Industrie- und Handelsminister Norman Tebbit, das Angebot der reichen ägyptischen Familie Al-Fayed zur Übernahme der Kaufhauskette mitsamt dem dazugehörigen Londoner Nobelkaufhaus Harrods für 2,24 Milliarden Mark nicht an die Monopol-Kommission zu überweisen, dürften sich die Direktoren zu Recht gegenseitig zuprosten: Der jahrelange Belagerungszustand durch den ehrgeizigen Chef des Mischkonzerns Lonrho, „Tiny" Roland war mit einem Mal gegenstandslos geworden. An ein härteres Übernahmegefecht als das, welches sich Rowland und der House of Fraser-Board geliefert haben, wird sich die Londoner City schwerlich erinnern können. Um so schneller sollte es jetzt vergessen werden. Die Ägypter bringen das notwendige Geld und den erforderlichen Goodwill mit, die Kaufhauskette und insbesondere Harrods in eine noch erfolgreichere Zukunft expandieren zu lassen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Viertägiges „Konklave" der Außenminister

Schlußphase der Verhandlungen über Süderweiterung hat begonnen

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Verhandlungen über den EG-Beitritt Spaniens und Portugals sind gestern in ihre Schlußphase getreten. Vier Tage haben sich die Außenminister Zeit genommen, um ein Kompromißpaket für die zahlreichen ausstehenden Übergangsregelungen im Bereich der Fischerei, der Landwirtschaft, der Finanzen und des Sozialrechts zu knüpfen. Entscheidungen lassen sich nicht länger aufschieben, da der Termin der Süd-Erweiterung (1. Januar 1986) sonst nicht mehr einzuhalten wäre.

Über die Erfolgschancen der Brüsseler Konferenz wagen die Beteiligten nur zögernd Prognosen. Einerseits sind die offenen Probleme in den letzten Monaten so eingehend diskutiert worden, daß ein weiteres Hinauszögern der Entscheidungen niemandem Vorteile bringen würde. Andererseits ist der Handlungsspielraum der meisten Regierungen äußerst begrenzt. Die Positionen der EG und der Kandidatenländer weichen zum Teil noch so weit voneinander ab, daß eine Einigung von allen Seiten erhebliche Kompromißanstrengungen voraussetzt.

Das „Konklave" der EG-Außenminister wird sich voraussichtlich wieder überwiegend nach dem in der Gemeinschaft üblich gewordenen „Beichtstuhlverfahren" vollziehen. Dabei versuchen die Präsidentschaft und die Kommission jeweils in Einzelgesprächen die Kompromißbereitschaft der Regierungen auszuloten und aufgrund dieser Informationen ein globales Einigungspapier zu konzipieren.

Als hinderlich erweist sich bei den Beitrittsgesprächen, daß einmal gefundene Gemeinschaftspositionen später nur schwer wieder zu modifizieren sind. Die Kandidatenländer gewinnen dadurch leicht den Eindruck, nicht wirklich verhandeln zu können. Als sicher gilt in Brüssel, daß sich die spanische Regierung die Chance nicht entgehen lassen wird, die Regierungschefs noch einmal persönlich mit der Beitrittsproblematik zu konfrontieren. So dürfte der Ministerpräsident Philipe Gonzalez vor dem nächsten EG-Gipfel (29./30. März) nochmals bei seinen europäischen Kollegen vorstellig werden, um sie in der einen oder anderen Frage zu bitten, über ihren Schatten zu springen. Die Frage ist, wie viele Einzelprobleme den EG-Gipfel als „Berufungsinstanz" zugeschoben werden können. Eine zu lange Liste würde die Regierungschefs ohne Zweifel schon technisch überfordern.

Ohnehin ist damit zu rechnen, daß Griechenland für seine endgültige Zustimmung zu dem Beitrittspaket weiterhin von einer befriedigenden Dotierung der geplanten „integrierten Mittelmeerprogramme" abhängig machen wird. Ministerpräsident Andreas Papandreou hatte sich bereits im Dezember beim Dubliner EG-Gipfel mit diesem Junktim innenpolitische Lorbeeren geholt. Die Athener Wünsche gehen weit über das hinaus, was die EG-Partner zu konzipieren bereit sind. Bonn wiederum hält an seiner Weigerung fest, die EG-Einnahmen vor der Ratifizierung der Beitrittsverträge aufzustocken.

Bei den eigentlichen Erweiterungsverhandlungen erweisen sich vor allem die Fischereifragen noch immer als eine besonders schwere Hürde. Die interessierten EG-Ländern (Frankreich, Irland, Großbritannien, Dänemark und die Bundesrepublik) haben bisher noch kein Angebot für den schrittweisen Zugang spanischer Trawler zu den Gemeinschaftsgewässern formulieren können, das Madrid wenigstens als Verhandlungsgrundlage akzeptiert hätte.

Die EG will die Spanier solange von ihren mühsam untereinander aufgeteilten Fanggründen fernhalten, bis deren Flotte (gegenwärtig 800 000 Tonnen) erheblich geschrumpft ist. Madrid soll auch nicht an der 1992 geplanten Überprüfung der Fischereiregeln der EG beteiligt werden, was den Spaniern das Gefühl gibt, diskriminiert zu werden.

Auch bei einigen Handelsregelungen im Agrarbereich muß die EG noch nachgeben, um die neuen Mitglieder nicht schlechter zu stellen als Drittländer. Bei Wein fordert Frankreich eine Sonderabgabe, die eine Überschwemmung seines Marktes verhindern soll.

SUBVENTIONEN

Stoltenberg wendet sich gegen eine lineare Kürzung

HEINZ HECK, Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat sich mit Nachdruck gegen die früher von der Union favorisierte „Rasenmäher-Methode" beim Subventionsabbau ausgesprochen. In einem Interview mit der „Steuergewerkschaft" (März-Ausgabe) erklärte er: „Eine lineare Kürzung aller Steuervergünstigungen um einen bestimmten Prozentsatz begegnet sachlichen, rechtlichen und technischen Schwierigkeiten."

So würde die lineare Kürzung einer persönlich wirkenden Steuervergünstigung grundsätzlich die Ermittlung des bisherigen persönlichen Steuervorteils erfordern. In vielen Fällen müßten darüber hinaus bisher nicht bedeutsame Besteuerungsgrundlagen ermittelt werden. Ein Beispiel: Bei den persönlichen und sachlichen Steuerbefreiungen müßten die steuerfreien Einnahmen oder das steuerbefreite Vermögen ermittelt werden, um diese Bemessungsgrundlage etwa mit zehn Prozent besteuern zu können. Stoltenbergs Fazit: „Vielfach wäre die Ermittlung des individuellen Steuervorteils nur mit allergrößtem Verwaltungsaufwand möglich".

Unter Hinweis auf den 9. Subventionsbericht erinnerte er daran, daß von 1981 bis 1984 20 Steuervergünstigungen „abgebaut" worden seien. Die Schwerpunkte der geltenden Steuervergünstigungen lägen bei regionalen Strukturmaßnahmen zugunsten Berlins und des Zonenrandgebiets mit rund neun Mrd., im Wohnungs- und Städtebau mit rund 9,4 Mrd. (darin allein Mindereinnahmen durch Paragraph 7b Einkommensteuergesetz von 5,5 Mrd.) und bei der Umsatzsteuerbefreiung ärztlicher Leistungen mit 3,4 Mrd. Mark.

Stoltenberg ließ Bedenken gegen Subventionskürzungen anklingen, als er hinzufügte: „Diese Angaben verdeutlichen, daß der Abbau von Steuervergünstigungen unmittelbar auch vor allem arbeitsmarkt- und sozialpolitische Fragen aufwirft."

Er habe sich dagegen bisher für den gezielten Abbau von Steuervergünstigungen eingesetzt. Seine entsprechenden Vorschläge, die er zusammen mit dem Entwurf der Steuerreformgesetzes vorgelegt habe (jährliches Volumen rund 3 Mrd. Mark), hätten „noch keine Zustimmung gefunden. Ich werde aber darauf wieder zurückkommen."

Auf das sogenannte Gaddum-Modell (der damalige rheinland-pfälzische Finanzminister Johann Wilhelm Gaddum hatte 1978 eine Reform bei gleichzeitigem Abbau aller Steuervergünstigungen vorgeschlagen) angesprochen, betonte Stoltenberg, es enthalte „erwägenswerte Grundgedanken". Aber das Land habe bisher nicht einmal einen Gesetzesantrag im Bundesrat eingebracht. Der Minister befürchtet auch in vielen Punkten „erhebliche Verwaltungserschwernis", etwa durch den Anstieg des Zahl der Steuerfälle, „wer im Verhältnis zu den damit erzielbaren Steuermehreinnahmen nicht angemessen wäre".

Bewegung an der Ruhr

Von HANS BAUMANN

Spätestens seit den Dauerflauten bei Kohle und Stahl weiß man in Nordrhein- Westfalen, daß ein Ausweg aus den Monokulturen der Gründerjahre gefunden werden muß. Erst im Januar entwickelten die Revierkammern eine gemeinsame Initiative: Die „Technologie-Straße Ruhr" ist das Stichwort für eine gemeinsame Aktion, die die vorhandene Wirtschaft quer durch das Revier enger aneinander binden soll, die aus dem nebeneinander des größten Hochschulballungsraumes und der monolithischen Großwirtschaft ein fruchtbares Miteinander in überregionalen Industrie- oder Technologieparks machen soll.

Zugegeben, das klingt recht gut, doch wer das Revier seit Jahrzehnten beobachtet, wird schnell zu dem Vorurteil verleitet: Nun noch ein Programm. Aber es scheint sich doch etwas zu bewegen. Die Wirtschaftsjunioren der Kammer für Essen, Müllheim und Oberhausen starten am 21. März eine Aktion, die sich „Existenzgründungsinitiative" nennt. Junge Menschen, die sich selbständig machen wollen, sollen hier von Profis an die Hand genommen und durch den Dschungel der Paragraphen, Behörden und Finanzierungsmöglichkeiten geführt werden. Aber auch wenn die Existenz gegründet ist, soll die Beratung durch die Fachleute aller Sparten nicht aufhören. Ziel ist, auch später auftauchende Problem gemeinsam zu lösen.

Die jungen Unternehmer, deren Beispiel sicher andere Kammerbereiche folgen werden, nehmen die nicht leicht Bürde auf sich, weil sie mit Rat und Tat vor Ort auch im Bereich des Unternehmertums eine Wende herbeiführen wollen. Schließlich hat sich der Anteil der Selbständigen zwischen *1960* und *1980* um *27* Prozent verringert – gemessen an der Zahl der Erwwerbstätigen insgesamt. Die Zeit der Verteufelung der Unternehmer soll endgültig zu Ende gehen. Und wie groß das Interesse junger Bürger ist, den Schritt in die Selbständigkeit zu tun, zeigt die Tatsache, daß allein 1984 36 202 neue Firmen in die Handelsregister eingetragen wurden. Diese große Zahl hat jedoch einen Haken: Nur zwei von drei neu gegründeten Unternehmen überstehen die ersten vier Jahre.

Und genau hier wollen die jungen Unternehmer mit ihrer Arbeit beginnen, sie wollen dem Pleitegeier das Beuteschlagen erschweren. Zunächst wird die Idee des Interressenten geprüft, dann erforscht, ob er ein tragfähiges unternehmerisches Konzept hat, das zur Not gemeinsam erarbeitet werden kann. Von größter Bedeutung aber ist die Finanzausstattung des Starters. Es ist erwiesen, daß 57 Prozent der neu gegründeten Betriebe mit einem Kapital von weniger als 30 000 Mark beginnen – eine viel zu kurze Decke, wenn einmal vom Markt der Wind heftig weht.

Die jungen Unternehmer wollen bei ihren Beratungen nicht nur das Dickicht roden, das die Finanzhilfen umrankt, von der Eigenkapitalhilfe des Bundes über ERP-Darlehen für Existenzgründungen, Ergänzungsprogramm der Lastenausgleichsbank, Bürgschaften von Kreditgarantiegemeinschaften, Förderprogrammen der Bundesländer, Mittelstandsdarlehen, Mittelstands-Sonderprogramm, Praxisdarlehen, Förderung durch die Deutsche Gesellschaft für Wagniskapital bis zu Mitteln aus Venture Capital-Finanzierungen. Sie haben auch Modelle entwikkckelt, nach denen der Starter schneller zu angemessenen Eigenmitteln kommt.

Bonn hat bereits grünes Licht zu einer Anregung der Kammer gegeben, ein Ansparmodell einzuführen. Danach wird ein Gründungssparvertrag abgeschlossen. Bei der Inanspruchnahme dieser Mittel für eine Existenzgründung gewährt der Bund einen nicht rückzahlbaren Ansparzuschuß von 20 Prozent der Sparleistung. Ferner soll die Eigenkapitalbildung steuerbegünstigt werden. In den ersten fünf Jahren nach der Gründung sollen nach dem Vorschlag nicht entnommene Gewinne steuerfrei zur Eigenkapitalbildung herangezogen werden.

Es bewegt sich etwas an der Ruhr, im Land der verkrusteten Strukturen. Und daß es gerade die jungen Unternehmer sind, die ihre künftigen Mitunternehmer an die Hand nehmen wollen, wozu sicherlich auch gehört, Flausen auszureden, stimmt besonders hoffnungsfroh. Denn sie sprechen die Sprache der jungen Starter. Sie sind daher besonders geeignet, die oft tiefen Zweifel mancher potentieller junger Unternehmer auszuräumen und ihnen den unabdingbaren Mut zu machen.

AUF EIN WORT

» Die Politik, nach der für die unteren Lohngruppen jahrelang durch Sockelbeträge überproportionale Lohnsteigerungen ausgehandelt worden sind, ist zu Lasten dieser Arbeitnehmer gegangen. «

Martin Bangemann, Bundeswirtschaftsminister (FDP).
FOTO: SVEN SIMON

Optimismus im Handwerk

dpa/VWD, München

Vor dem Hintergrund der in einigen Handwerkszweigen schwierigen Konjunkturlage nahm die 37. Internationale Handwerksmesse in München einen guten Verlauf. Nach der Abschlußbilanz der Ausstellungsleitung schlossen 82 Prozent der Aussteller mit einem „positiven Ergebnis" ihre Stände. 425 000 Besucher – fast jeder zweite ein Handwerker – kamen in neun Tagen, das Angebot der 2 533 Aussteller aus 39 Ländern zu begutachten. Das Interesse für das Investitions- und Konsumgüterangebot hat sich nach Angaben der Messeleitung vor allem zum Schluß der Messe „deutlich" gesteigert. Die Aussteller von Kfz-Werkzeugen und -Werkstatteinrichtungen seien besonders zufrieden, aber auch die Sparten Bau und Ausbau sowie Elektrowerkzeuge.

US-AKTIENMÄRKTE

Zum Wochenende gab es einen kräftigen Kursrutsch

DW/dpa/VWD, New York

Die Euphorie, die an der Wall Street in den ersten Wochen dieses Jahres vorherrschte, ist abgeklungen. Mehr noch, am New Yorker Aktienmarkt überwog in der abgelaufenen Woche der Pessimismus. So empfahl eines der führenden Brokerhäuser, Prudential-Bache, seinen Kunden, mehr Vorsicht walten zu lassen, denn 1985 könnten die Unternehmensgewinne durch den Dollar-Höhenflug dahinschmelzen. Auch Goldman Sachs sieht zur Zeit die Börsenkurse eher nach unten abgleiten.

In der vergangenen Woche neigten die Börsenkurse denn auch insgesamt zur Schwäche. Am Freitag kam es in den letzten 30 Sitzungsminuten noch zu einem regelrechten Kursrutsch. Der Dow-Jones-Index gab in der halben Stunde um 13 Punkte auf 1247,35 nach und unterschritt die als Widerstandslinie bezeichnete Marke von 1260 Punkten beträchtlich. Im Wochenverlauf erreichte der Rückgang 22,31 Punkte. Der umfassende Nyse-Index verlor insgesamt 1,36 Punkte (auf 102,46). Der Kursverfall zum Börsenschluß wird mit einem Verkaufsprogramm eines institutionellen Anlegers begründet. Zudem führten Spekulationen über das Ausbleiben erwarteter Rüstungsaufträge bei den Luft- und Raumfahrtunternehmen zu hohen Einbußen.

Die Mehrheit der Broker an der Wall Street bleibt aber dennoch überzeugt davon, daß die US-Aktienmärkte sich langfristig nach oben bewegen werden. Dafür sprächen die niedrige Inflationsrate, die Chancen für ein Wirtschaftswachstums um etwa vier Prozent im ersten Quartal und das ungebrochene Vertrauen der Konsumenten.

KONJUNKTUR

Billige Einfuhren bremsen die US-Industrieproduktion

H.-A. SIEBERT, Washington

Was sich schon durch den Rückgang der Zahl der Beschäftigten um 82 000 im verarbeitenden Gewerbe abzeichnete, hat sich bestätigt. Im Februar sank die Industrieproduktion in den USA um 0,5 Prozent. Nach unten revidiert hat die Bundeszentralbank außerdem die Zuwächse im Januar und Dezember, und zwar von *0,4 auf 0,3 und 0,6 auf 0,1* Prozent. Der Winter allein kann nicht schuld sein; denn auch der Vergleich mit dem Vorjahresmonat zeigt eine deutliche Verlangsamung des Ausstoßes: Der Index erhöhte sich nur um 2,9 auf 164,7 (1967 = 100) Prozent, während das Plus in der gleichen Zeitspanne 1983/84 noch 15,8 Prozent ausmachte.

Daraus sind zwei Schlüsse zu ziehen: Einmal bremsen die Einfuhren (1984: plus 25 Prozent) die industrielle Erzeugung stärker als gedacht, was die Gefahr, daß der Kongreß von sich aus Sonderzölle beschließt, enorm vergrößert. Der um etwa 40 Prozent überbewertete Dollar subventioniert in diesem Umfang die US-Importe; Boden verloren haben besonders die Bereiche Maschinen, Werkzeugmaschinen, Bekleidung, Schuhe und Chemikalien. Zum anderen konzentriert sich das kräftige Wachstum noch mehr auf den Dienstleistungssektor, auf den bereits zwei Drittel des Bruttosozialprodukts entfallen.

Eine weitere Abflachung ist zunächst jedoch nicht in Sicht. Darauf deuten die um 1,4 Prozent erhöhten Einzelhandelsumsätze hin. Stark bleibt die Rüstungsindustrie, die seit Jahresfrist 13,5 Prozent zulegte, während Gebrauchsgüter um 1,6 Prozent zurückfielen. Bei Konsum- und Kapitalgütern machte die Zunahme 2,9 und 9,8 Prozent aus. Weiterverarbeitung und Versorgungsgesellschaften melden plus drei und 5,2 Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Erleichterungen für Ostexporte angeregt

Washington (VWD) – Das US-Handelsministerium hat Vorschläge unterbreitet, die den bisher blockierten Export zahlreicher Waren aus den USA in die Staaten des Ostblocks möglich machen könnten. Ein Sprecher des Ministeriums erklärte, selbst Erzeugnisse der Spitzentechnologie wie bestimmte Computer könnten danach für die Ausfuhr freigegeben werden, wenn US-Produzenten nachweisen können, daß entsprechende Waren für die UdSSR und ihre Bündnispartner in anderen Industrienationen in ähnlicher Qualität und Menge erhältlich sind. Weiter wurden Erzeugnisse genannt wie seismographische und meteorologische Instrumente oder Ausrüstungen für Ölbohrungen und Bauarbeiten.

Beschleunigtes Wachstum

Brüssel (AP) – Die Wirtschaft in den zehn Ländern der Europäischen Gemeinschaft ist im vergangenen Jahr inflationsbereinigt um insgesamt 2,4 Prozent und damit um zwei Prozentpunkte mehr als erwartet gewachsen. Dies geht aus einem Bericht der EG-Kommission hervor. 1983 hatte der Anstieg des Bruttosozialproduktes lediglich ein und im Jahr davor 0,5 Prozent betragen. Für 1985 wird in dem Bericht mit einer gleichbleibenden Wachstumsrate von 2,4 Prozent gerechnet. In den USA war die Wirtschaft 1984 um 6,8 Prozent, in Japan um 5,6 Prozent gewachsen.

Kaum Preisauftrieb

Washington (Sbt.) – In den USA sind die Herstellerpreise im Februar, wie zuletzt im Oktober, um 0,1 Prozent gesunken. Gegenüber dem Vorjahresmonat nahmen sie nur um 0,7 Prozent zu, was eine Fortsetzung der seit 1981 relativ hohen Preisstabilität verspricht. Höhere Preise für Zitrusfrüchte und Frischgemüse wurden durch sinkende Fleischpreise ausgeglichen. Energie verbilligte sich zum drittenmal hintereinander, diesmal um 2,5 Prozent. Benzin kostet jetzt rund zehn Prozent weniger als vor einem Jahr. Dagegen verteuerten sich Autos und Kapitalgüter um ein und 0,5 Prozent.

Ölrechnung in Ecu?

Brüssel (VWD) – Die Europäische Gemeinschaft sollte nach Ansicht der EG-Kommission ihre Rohölimporte nicht mehr ausschließlich in Dollar, sondern teilweise in Ecu zahlen. Der luxemburgische EG-Kommissar Nic Mosar hat dies in einer Energie-Tagung des EG-Ministerrats mit Unterstützung Frankreichs, Italiens und Belgiens angeregt. Nach weiteren Angaben eines Kommissionssprechers hat Brüssel eine solche Umstellung bereits mit einer Reihe arabischer Golfländer erörtert. Das zu 100 Prozent auf die Einfuhr von Rohöl angewiesene Japan habe bei der Opec bereits offiziell um die Möglichkeit ersucht, seine Ölrechnung in der eigenen Valuta begleichen zu können.

„DDR" liefert Schiffe

Leipzig/Berlin (dpa/VWD) – Die Werften der „DDR" werden in den nächsten zwei Jahren 53 Schiffe in die UdSSR liefern. Das wurde auf der Leipziger Frühjahrsmesse vereinbart. Wie die „DDR"-Nachrichtenagentur ADN dazu weiter berichtete, handelt es sich im einzelnen um 30 Gefriertrawler, zwei Kühlschiffe, sechs Binnenfahrgastschiffe, zwölf Containerschiffe und drei Eimerketten-Schwimmbagger.

Weg der Kurse

	15.3.85	8.3.85
Boeing	62	63,875
Chrysler	35	33
Citicorp	41,50	41,375
Coca-Cola	63,50	66,125
Exxon	48,875	48,25
Ford Motors	43,125	44,25
IBM	128	129,75
PanAm	4,50	4,375
US Steel	26,25	26,75
Woolworth	40,375	39,875

ROHSTOFFABKOMMEN

Kakaokonferenz in Genf wurde ohne Ergebnis vertagt

IRENE ZÜCKER, Genf

Ergebnislos wurde die dritte Verhandlungsrunde über den Abschluß eines 4. Internationalen Kakao-Abkommens am Samstag in Genf vertagt. Mit der baldigen Einberufung einer neuen Verhandlungsrunde ist jedoch kaum zu rechnen, weil auch die EG darauf besteht, daß für ein weiteres Treffen Erfolgschancen unerläßliche Voraussetzung sind. Ob das gegenwärtige, Ende September 1985 auslaufende Abkommen für ein Jahr verlängert wird, entscheidet der Kakao-Rat im Juli in London.

Die rund 70 Länderdelegationen, waren nach vierwöchiger Kompromißsuche an Meinungsverschiedenheiten über zwei Schlüsselelemente, Preisniveau und Preisanpassungssystem, gescheitert. Nach Angaben des Konferenzpräsidenten Montes wollen die Produzenten-Länder einen mittleren Preis (Referenzpreis) von 120 US-Cent je Pound (454 Gramm), mit einem oberen und einem unteren Interventionspreis von 135 beziehungsweise 105 Cent sowie einem Höchst- und Mindestpreis von 140 und 100 Cent festsetzen. Die Konsumentenstaaten hingegen bestehen auf einem Referenzpreis von 105, mit einem oberen und unteren Interventionspunkt von 120, beziehungsweise 90 Cent. Nach dem von den Erzeugerländern vorgeschlagenen Preisanpassungssystem der Erzeugerländer wäre die Anpassungsmarge geringer als nach den Vorstellungen der Verbraucher.

Das Grundproblem eines neuen Kakaoabkommens lautet: Will man eine nach wirtschaftlichen Wünschen der Abnehmerstaaten ausgelegte Vereinbarung, oder ein aus politischer Rücksichtnahme geschlossenes Abkommen, das neben dem Markt liegt.

ARBEITSRECHT / Eine Umfrage der Industrie- und Handelskammer Koblenz

Sozialgesetze behindern Einstellungen

HANNA GIESKES, Bonn

„Durch Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist es uns nicht möglich, weitere Fachkräfte und Lehrlinge einzustellen." Während in Bonn das Beschäftigungsförderungsgesetz beraten wird, das die Voraussetzung für eine Belebung des Arbeitsmarktes schaffen soll, bestätigt eine Umfrage der Industrie- und Handelskammer zu Koblenz den gesetzlichen Handlungsbedarf. Fazit der Koblenzer Experten aus den Antworten der Mittelständler: „Sozialgesetze behindern Personaleinstellung."

Vor allem das Lohnfortzahlungsgesetz, aber auch das Schwerbehindertengesetz und das Kündigungsschutzgesetz haben laut Untersuchung einen negativen Einfluß auf die Entscheidung gehabt, ob mehr Personal eingestellt werden sollte: 70 Prozent aller Nennungen entfielen darauf. Das Mutterschutzgesetz wurde von 14 Prozent der befragten Unternehmen als Hemmnis bei der Einstellung junger Frauen genannt.

Das Lohnfortzahlungsgesetz beeinflußt, wie die Kammer weiter berichtet, bei mehr als 23 Prozent der Befragten die Entscheidung zur Erweiterung des Betriebes. In noch stärkerem Maße fördert es Rationalisierungsinvestitionen, denn 31 Prozent der Befragten haben „kostspielige Rationalisierungen vorgenommen, um den Belastungen aus diesem Gesetz zu entgehen". Wiederum in erster Linie durch das Lohnfortzahlungsgesetz beeinflußt war für 27 Prozent der Betriebe die Entscheidung, Unternehmensaktivitäten zu verlagern.

Die Kammerexperten vermuten, daß dieses Gesetz deshalb so häufig genannt wurde, weil in Betrieben bis zu 20 Mitarbeitern die Möglichkeit besteht, die Ausgleichskassen für die Entgeltfortzahlung in Anspruch zu nehmen; nach dem neuen Beschäftigungsförderungsgesetz sollen es demnächst 30 Mitarbeiter sein. Unabhängig von dieser Ausnahmeregelung fürchten viele Arbeitgeber den Mißbrauch, heißt es weiter.

Als Einstellungshindernis wurde außerdem das Betriebsverfassungsgesetz genannt: Wenn wegen der wachsenden Zahl von Mitarbeitern eine Erweiterung des Betriebsrats anstehe, verzichte man lieber auf die neuen Kollegen, weil die Tätigkeit des Betriebsrats Ausfallzeiten im Betrieb erfordere. Die Neueinstellung von Lehrlingen scheitere vielfach am Jugendarbeitsschutzgesetz.

Sozialgesetze richteten sich heute meist gegen diejenigen, zu deren Schutz sie erlassen wurden, folgern die Verfasser der Studie. Vor allem das Zusammentreffen mehrerer Vorschriften und häufige Änderungen hätten bei vielen Unternehmen hohe Belastungen verursacht, „denen sie nur durch Ausweichstrategien entgehen konnten".

PEUGEOT

Montagewerk in China

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Automobilgesellschaft Peugeot wird in der Volksrepublik China ihren Pkw-Typ 504 in der Kombi- und Kleinlastwagenversion ab 1990 mit jährlich 15 000 Einheiten produzieren. Ein entsprechendes Abkommen wurde jetzt nach sechsjährigen Verhandlungen in Peking unterzeichnet. Peugeot folgt damit dem Volkswagenwerk, das im September 1984 einen Vertrag über die Produktion von 20 000 Santana-Wagen pro Jahr sowie über den Bau eines Motorenwerks abgeschlossen hatte.

Der Peugeot-Vertrag ist zwar von geringerem Umfang. Jedoch erklärte Konzernpräsident Calvet, daß es sich hier nur um den Beginn einer langfristigen Kooperation handele, deren Ausmaß noch überraschen würde. Die chinesischen Partner, so meint die Pariser Peugeot-Verwaltung, seien an Verhandlungen über eine Erweiterung der Produktion bis auf 50 000 Fahrzeuge interessiert.

Zunächst einmal wird unter der Bezeichnung „Guangzhou-Peugeot Automobil Company Ltd." eine gemeinsame Gesellschaft gegründet, an deren Kapital von 240 Mill. Franc sich einerseits Peugeot mit 22 Prozent und die Banque Nationale de Paris (BNP) mit vier Prozent beteiligen, während andererseits der chinesische Autohersteller Guangzhou 46 Prozent und die chinesische internationale Treuhand- und Investmentgesellschaft CITIV 28 Prozent übernehmen.

In einer ersten Etappe wird diese Gesellschaft die künftigen Produktionsstätten von Huangpu in der Provinz Kantun, in der gegenwärtig Autobusse gebaut werden, für 360 Mill. Franc für die Montage der französischen Wagen umrüsten. Ab Oktober 1987 sollen dann 1000 Fahrzeuge pro Jahr montiert werden, und zwar mit einem chinesischen Arbeitsanteil von 30 Prozent.

Bei der eigentlichen Gemeinschaftsproduktion unter Peugeot-Lizenz (ab 1990) soll sich dieser Anteil auf 85 Prozent erhöhen. Peugeot hat sich dabei aber das Recht vorbehalten, ein Drittel der Produktion, also bis zu 5000 Wagen in andere asiatische Staaten zu exportieren. Bis zu Montagebeginn wird Peugeot 1000 fertige Wagen liefern. Auch die Konzerngesellschaften Citroën und Talbot versprechen sich von dem Kooperationsabkommen Exportchancen.

SHERATON / Neueröffnung eines 1000-Zimmer-Hotels in Peking – Weitere 50 Betriebe in diesem Jahr geplant

Erstaunliches Wachstumstempo vorgelegt

GERD BRÜGGEMANN, London

Die internationalen Hotelgesellschaften legen schon seit Jahren ein erstaunliches Wachstumstempo vor. Kaum eine Woche vergeht, ohne daß irgendwo auf der Welt ein neues Hotel der gehobenen Klasse eröffnet wird, das den Namen einer der führenden Hotelunternehmen trägt. Zur Spitzengruppe dieser Unternehmen gehört auch die Sheraton Corporation in Boston, eine Tochtergesellschaft des ITT-Konzerns.

Zum Jahresende 1984 verfügte Sheraton über 473 Hotels mit knapp 130 000 Zimmern in 53 Ländern. Das waren 39 Häuser mehr als zwölf Monate zuvor. Inzwischen sind weitere Hotels hinzugekommen, darunter eines in Oslo und, was Sheraton als besonderen Erfolg feiert, in China. Nach Unterzeichnung eines Managementvertrages wird das 1000-Zimmer-Hotel „The Great Wall" in Peking vom 18. März an den Namen Sheraton tragen.

Der Umsatz der Hotelgruppe erhöhte sich 1984 um elf Prozent auf drei Mrd. Dollar. 87 000 Beschäftigte bemühten sich um 21 Millionen Gäste. Zwischen 45 und 50 weitere Hotels sollen in diesem Jahr die internationale Sheraton-Gruppe vergrößern. Insgesamt befinden sich 102 Hotels im Bau oder im Endstadium der Planung. Sie werden das Sheraton-Hotelnetz auf 66 Länder ausdehnen.

In Europa verfügt Sheraton gegenwärtig über 25 Hotels. Sie werden von der Sheraton Management Corporation in Denham bei London geführt. Verantwortlich für die Hotels ist Karl-Heinz Hatzfeld, ein Deutscher aus dem Siegerland, der, mit kurzen Unterbrechungen, seit 1959 für Sheraton tätig ist. Hatzfeld berichtet, daß die europäischen Hotels im vergangenen Jahr sehr gut gelaufen seien. Bei einer durchschnittlichen Belegung von 80 Prozent erhöhten sie ihren Umsatz um 151 auf 165 Mill. Dollar und erzielten ein Bruttobetriebsergebnis von 32 Prozent. Die Expansion in Europa findet zur Zeit freilich eher in Randbereichen statt, so in Skandinavien, wo neben den vier vorhandenen Hotels vier weitere im Bau und in der Planung sind. Weitere Sheraton-Häuser entstehen gegenwärtig in Zypern und Portugal.

In der Bundesrepublik verfügt Sheraton über drei Hotels, neben dem Münchener Haus über ein Hotel in Essen und am Frankfurter Flughafen. Vor allem das Frankfurter Hotel platzt, obwohl gerade erst beträchtlich vergrößert, aus allen Nähten, so daß schon wieder eine Erweiterung überlegt wird. Hatzfeld macht keinen Hehl daraus, daß Sheraton gern noch mehr Hotels in Deutschland hätte. Es gab auch Pläne für Hamburg, Heidelberg und Stuttgart. Sie hätten sich aber nicht realisieren lassen. Das liege zu einem erheblichen Teil an der deutschen Steuergesetzgebung, die durch die starke Einschränkung von Verlustzuweisungen den Bau von Hotelobjekten, die dann von Sheraton gemanagt werden könnten, schwierig machten.

Hatzfeld hält deswegen den Kauf vorhandener Hotels für sinnvoller. Sie könnten ihre alten, eingeführten Namen behalten und erhielten nur, sozusagen in der Unterzeile, den Zusatz Sheraton. Auf diese Weise könnten sie vorteilhaft in das weltweite System einer internationalen Hotelgesellschaft integriert werden. In Kopenhagen habe man so etwas zum ersten Mal mit dem Plaza Hotel realisieren können. In der Bundesrepublik hat Hatzfeld dabei das Münchener Conti Hotel im Auge. Verhandlungen darüber sind aber noch nicht geführt worden. Weiteres Interesse besteht an den Städten Stuttgart, Hamburg und Düsseldorf.

Zum besonderen Kummer von Hatzfeld weist die Landkarte von Europa der Sheraton einen schmerzlichen weißen Fleck auf. In Frankreich gibt es bisher kein einziges Sheraton-Hotel. In Paris hat es, so erzählt Hatzfeld, mehrfach Gespräche über die Übernahme eines Hotels gegeben. Sie hätten sich aber immer an den Preisforderungen zerschlagen. Dennoch halte man die Augen offen. Inzwischen gibt es bei Sheraton Pläne, wenn es denn in Paris so schwierig sei, Frankreich von der Provinz her zu erobern. Hatzfeld sagt zur Politik des Unternehmens aber auch: „Wir wollen nicht um jeden Preis irgendwo vertreten sein, sondern nur dort, wo wir ein Hotel auch mit Aussicht auf wirtschaftlichen Erfolg betreiben können."

OECD / Lob und Tadel für deutsche Entwicklungshilfe

Reale Steigerung angemahnt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Entwicklungshilfe-Ausschuß der OECD (DAC) hat in seinem Deutschlandexamen die Bundesregierung zur „prompten Rückkehr" der realen Steigerung ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe aufgefordert. Er hält dies angesichts des deutschen Wirtschaftswachstums für durchaus möglich und mit den Bemühungen Bonns um die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen für vereinbar.

Von den beiden Prüferländern – diesmal Schweden und Australien – wurde zwar anerkannt, daß die Bundesrepublik zuletzt 1983 ihre öffentliche Hilfe um sechs Prozent auf 3,1 Mrd. DM gesteigert hatte. Das war mit 0,49 (0,47) Prozent des Bruttosozialprodukts – die bis dahin höchste deutsche Rate – im Vergleich zu einem auf 0,36 (0,38) Prozent zurückgegangenen DAC-Durchschnitt. Inflations- und wechselkursbereinigt ergab sich eine reale Steigerung um drei Prozent auf 3,2 Mrd. Dollar.

Seitdem aber nimmt die öffentliche Entwicklungshilfe der Bundesrepublik nach vorläufigen Erhebungen des Ausschusses nicht mehr zu. Obwohl sie von der Bundesregierung als prioritär bezeichnet worden sei, wurde sie im laufenden Budget nur um nominal 3,5 Prozent erhöht, beanstandet das DAC. Dies bedeute wahrscheinlich einen realen Rückgang (auf Dollarbasis). Dabei scheint eine weitere Dollarhausse unterstellt zu sein.

Gemessen an dem zunehmenden Entwicklungshilfebedarf hält der Ausschuß die Perspektiven der deutschen öffentlichen Hilfe in jedem Fall für „beunruhigend". Dies um so mehr, als Bonn die Hilfeleistungen zu besonders günstigen Konditionen eingeschränkt hat. Wenigstens aber bescheinigt das DAG Bonn die indirekte Beteiligung am Afrikafonds der Weltbank von zunächst 100 Mill. DM.

Positiv bewertet hat das DAC, daß die Bundesrepublik den ärmsten Entwicklungsländern einen besonders hohen Teil ihrer Hilfe zur Verfügung stellt, nämlich zwei Drittel oder 0,13 Prozent des Bruttosozialprodukts – gegenüber nur 0,08 Prozent im DAC-Durchschnitt. Gelobt wird außerdem die hohe Qualität der deutschen Entwicklungsprogramme, insbesondere bei der technischen Hilfe.

Dagegen kritisiert das DAC, daß die deutschen Behörden neuerdings immer mehr dazu übergingen, die öffentliche Hilfe von Aufträgen der Entwicklungsländer abhängig zu machen.

USA / 71 Sparkassen in Ohio mit privater Einlagensicherung für drei Tage geschlossen

Den Ansturm besorgter Kunden gestoppt

H.-A. SIEBERT, Washington

„Keine Aufregung" heißt die Parole, die hohe Beamte des US-Notenbanksystems ausgegeben haben, nachdem der Gouverneur des Bundesstaates Ohio, Richard Celeste, 71 Spar- und Finanzierungsgesellschaften für mindestens drei Tage geschlossen hat, um einen „Run" auf die Einlagen zu stoppen. Verfehlt ist auch der Vergleich mit der Krise Anfang 1933, als das amerikanische Bankwesen durch einen gesetzgeberischen Kraftakt der Roosevelt-Administration konsolidiert wurde.

Betroffen sind nur die Institute mit Staatscharter, die ihre Einlagen bei einem privaten Unternehmen, dem Ohio Deposit Guaranty Fund, versichert haben. Ihre zusammengefaßte Bilanzsumme beträgt rund vier Mrd. Dollar. Geöffnet blieben die beim Bund über das Federal Home Loan Board versicherten Ohio-Sparkassen, deren Aktiva etwa 40 Mrd. Dollar ausmachen. Es steht fest, daß Washington eingreift, wenn die Panik anhält. Ausgelöst wurde sie, als die Home State Savings Bank in Cincinnati 150 Mill. Dollar durch faule Wertpapiergeschäfte mit der EMS Government Securities Inc. in Florida verlor. Diese Firma ging Anfang März in Konkurs.

Die Kunden der privat versicherten Sparkassen fürchteten um ihr Geld, als sie erfuhren, daß die Home-State-Verluste die Fonds-Mittel in Höhe von nur 130 Mill. Dollar aufzehren würden. Tausende von Sparern kampierten die Nacht über vor den Geschäftsstellen, denen dann rasch das Bargeld ausging. Übers Wochenende weigerten sich viele Geschäfte, Schecks anzunehmen. Die 70 gesunden „Savings and Loan Associations" zahlten die Zeche. Home State kann nur durch Aufkauf überleben; interessiert zeigt sich Amerikas größte Bankholdinggesellschaft, die Citicorp in New York.

Um das Vertrauen wiederherzustellen, hat die Landesregierung in Columbus für die betroffenen Sparkassen einen neuen Versicherungsfonds geschaffen; nicht daraus bedienen darf sich Home State. Überdies können die Institute der Bundesversicherung beitreten, die Einlagen bis zu 100 000 Dollar deckt. Nur sechs US-Bundesstaaten erlauben Sparkassen die billigere private Depositenversicherung.

In den USA sind 3368 Spar- und Finanzierungsgesellschaften lizenziert, davon sind in Washington 2917 versichert. Da diese Institute größer sind, schützt der Bund 98 Prozent aller Sparkassen-Einlagen. Die Rücklagen der Federal Savings and Loan Insurance Corp. machen sechs Mrd. Dollar aus. Das Federal Home Loan Board als Aufsichtsbehörde kann mit 250 Mill. Dollar einspringen. Ein Sprecher: „Die Bürger Ohios haben nur die Nerven verloren."

Die Depositenversicherung beendete im März 1933 die Bankenkrise. Dieses Instrument kann sehr flexibel angewendet werden – so wie es Washington wünscht. Von den 14 700 US-Geschäftsbanken ist nur eine Handvoll nicht bei der Federal Deposit Insurance Corp. versichert. Ihr Rettungsfonds enthält 17 Mrd. Dollar.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Willi Becker, Kaufmann; **Detmold:** Anneliese Carell geb. Carell, Kauffrau, Lemgo; **Essen:** ROLLADEN-FEETH Fabrikation u. Handel GmbH; ROLLLADEN-FEETH Fabrikation u. Handel GmbH & Co. KG; **Göppingen:** Fabi Industrie-Elektronik GmbH, Uhingen; **Hamburg:** Arthur Meyer, Reinbek; **Hannover:** Nachl. d. Helmut Bode; Tele Consult Verwaltungsges. mbH; Manfred Hufgard GmbH; **Hof:** Färberei u. Bleicherei GmbH, Helmbrechts; **Karlsruhe:** Freba – Freie Bauges. mbH; **Köln:** HOV – Handelsges. f. Bauelemente mbH; **Lippstadt:** Nachl. d. Kurt Löffler, Lippstadt-Herringhausen; **Mainz:** Dr. Wolfgang Paul Frank Mosler, Mainz-Hechtsheim; **Münster:** DATICO Baubetreuungsges. mbH u. Co. Service KG, Warendorf; **Soest:** Albers GmbH, Warstein; Josef Albers GmbH & Co. KG, Warstein; **Waldshut:** Birlauf GmbH, Lörrach.

Anschlußkonkurs eröffnet: Aschaffenburg: A. Neher Maschinenfabrik, Stahl- u. Apparatebau GmbH.

Vergleich eröffnet: Leer: Egbert Ammermann, Weener.

Vergleich beantragt: Aschaffenburg: A. Neher Maschinenfabrik, Stahl- u. Apparatebau GmbH; **Köln:** dudas - elektro - maschinen - vertriebsges. mbH, Pulheim-Brauweiler; dudas - elektro - maschinen - vertriebsges. mbH & Co. KG, Pulheim-Brauweiler; Alfred H. Greuter, Siegburg.

RENTENMARKT / Acht Prozent für Langläufer

Kein weiterer Zinsanstieg

Der Anstieg der Kapitalmarktzinsen ist von einem leichten Rückgang abgelöst worden, obwohl die Zinsen am amerikanischen „Leitmarkt" weiter anzogen. Die inzwischen erreichte Achtprozentmarke der Renditen für Langläufer hat offensichtlich einige Anleger mobilisiert. Eine Rolle spielt dabei wohl auch, daß die heftigen Schwankungen des Dollarkurses die Währungsrisiken von US-Anlagen bewußt gemacht haben, für die der Zinsvorteil amerikanischer Anleihen nicht mehr unbedingt als ausreichendes Äquivalent empfunden wird. So bleibt mehr Kapital im Lande. cd.

Emissionen	15.3. 85	8.3. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,43	7,50	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,43	7,47	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,51	7,36	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	7,33	7,35	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,57	7,56	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,35	7,31	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,89	7,89	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	7,55	7,53	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	7,70	7,76	7,20	8,08	8,45

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

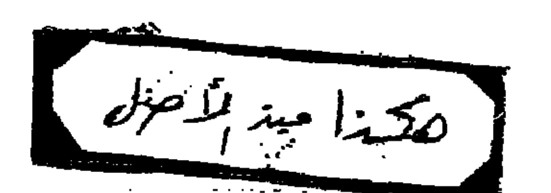
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



SENNHEISER / Großauftrag der Bundespost

Erfolg mit Infrarot-Technik

DOMINIK SCHMIDT, Bissendorf

Ehrgeizige Pläne verfolgt die Sennheiser electronic KG, Bissendorf, im laufenden Geschäftsjahr 1985. Firmenchef Jörg Sennheiser und E. F. Warnke, zuständig für den kaufmännischen Bereich, rechnen mit einem deutlichen Umsatzschub um 8,5 Prozent auf 77 Mill. DM. Das Familienunternehmen, das zu den führenden Herstellern von Kopfhörern und Mikrofonen gehört, hatte bereits 1984 mit einem Zuwachs von 6 Prozent auf 71 Mill. DM die Umsatzeinbußen des Vorjahres wieder wettgemacht.

Die Zuversicht des Unternehmens gründet sich unter anderem auf die Hereinnahme eines Auftrags der Bundespost über die Lieferung von Fernsprech-Kapseln im Wert von 6 Mill. DM. Nach Angaben von Sennheiser ist dies der bisher größte Einzelauftrag. Die Umsatzentwicklung wurde durch Preiserhöhungen von durchschnittlich 2,8 Prozent beeinflußt.

Große Hoffnungen setzt Sennheiser auf die Entwicklung eines kabellosen Kopfhörers für Stereo-Fernsehgeräte, der unmittelbar vor der Markteinführung steht. Damit habe das Unternehmen erneut eine Marktnische gefunden. Immerhin seien, allerdings auf Mono-Basis, bereits 300 000 Infrarot-Kopfhörer verkauft worden.

Nach den Worten von Warnke hat Sennheiser 1984 weltweit rund 700 000 Kopfhörer abgesetzt, 20 000 mehr als im Vorjahr. Bei Nicht-Berücksichtigung der „Walkman"-Verkäufe (über 2 Mill. Stück) repräsentiere Sennheiser in der Bundesrepublik wertmäßig einen Marktanteil bei Kopfhörern von 40 Prozent. Bezogen auf den Umsatz entfallen 37 Prozent auf diesen Produktbereich, rund 30 Prozent auf Mikrofone, 23 Prozent auf die Drahtlos-Technik (einschließlich Industriegeschäft) und 10 Prozent auf Zubehör.

Die Umstellung der Produktion auf neue Elektronik-Techniken und die Einrichtung von CNC-Bearbeitungszentren führte zu einer Aufstockung der Investitionen auf 4,9 (3,9) Mill. DM; für 1985 sind 5,1 Mill. DM vorgesehen. Mit 950 Beschäftigten blieb die Mitarbeiterzahl praktisch unverändert. Als „für Sennheiser-Verhältnisse unbefriedigend" bezeichnete Jörg Sennheiser die Ertragssitution. Ähnlich wie 1983 sei ein „siebenstelliger Jahresüberschuß" erwirtschaftet worden. Für 1985 rechne er mit einem verbesserten Ergebnis.

KRAFTFAHRZEUG-PARALLELMARKT / Rom verlangt Hersteller- und Ursprungszeugnisse für Re-Importe

Automobilhandel sieht seine Existenz bedroht

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die italienische Regierung hat einige hundert Importeure von europäischen Neu- und Gebrauchtfahrzeugen gegen sich aufgebracht. Seit der römische Verkehrsminister Claudio Signorile per Circolare Nr. 22 vom 15. Februar dieses Jahres zusätzlich zu den bereits notwendigen Fahrzeugdokumenten ein besonderes, vom Fahrzeughersteller auszustellendes Ursprungszeugnis verlangt, ist der Pkw-Export nach Italien zum Erliegen gekommen.

Das forsche Vorgehen des römischen Ministers trifft nach Auffassung von Virgilio Avato, Sprecher des Europäischen Verbandes für den freien Handel mit Fahrzeugen (Sitz Brüssel), Fahrzeuge, die in Italien über den „Parallelmarkt" verkauft werden. Dieser Handel, der genauso Importe von Neuwagen aus anderen EG-Ländern in die Bundesrepublik umfaßt, ist nach Artikel 30 der EG-Verträge (Verbot mengenmäßiger Handelsbeschränkungen) völlig legal. Er ist durch die EG überhaupt erst möglich geworden.

Den Autoherstellern ist ein Dorn im Auge, daß die Wagen aufgrund der unterschiedlichen Mehrwertsteuergesetzgebung zum Teil erheblich unter Listenpreis angeboten werden. Außerdem können Wechselkursunterschiede weitere Einsparungen bringen. Abgesehen davon arbeiten die Hersteller in den einzelnen EG-Ländern mit unterschiedlichen Preiskalkulationen.

Wie hoch die Unterschiede sein können, zeigt eine Untersuchung des Europäischen Verbraucherverbands in Brüssel. Danach lagen 1984 die Preise (auf Basis 100 in Belgien) in Deutschland bei 110, in Frankreich bei 114, in Italien bei 121 und in England bei 130 Prozent. Das heißt, in Italien zahlt ein Autokäufer für den gleichen italienischen Wagen 21 Prozent mehr als in Belgien.

Ein Fiat „Uno" kostet in Italien netto 10 500 DM, in der Bundesrepublik 9500 DM, einschließlich Mehrwertsteuer hier 11 500 und in Italien 14 700 DM. Selbst einschließlich Transport, Versicherung, Dokumentenbeschaffung und Zollformalitäten ist der Reimport eines italienischen Wagens (und entsprechend auch anderer Marken in der EG) ein gutes Geschäft.

Insgesamt mag das europäische Geschäftsvolumen des „grauen" bzw. „parallelen" Marktes mit vielleicht ein bis zwei Prozent nicht umwerfend sein. Dennoch: Hersteller, Händler und die mit den Garantieverpflichtungen belasteten Vertragswerkstätten ärgert das. Die eigenen Vertragshändler verkaufen gern Wagen an die „freien" Importeure, haben jedoch erhebliche Konventionalstrafen zu erwarten, wenn Geschäfte über den „Parallelkanal" publik werden. Und die EDV macht's heute möglich.

Angeblich werden jedes Jahr 70 000 bis 80 000 Pkw im Gesamtwert von zwei Mrd. DM nach Italien ausgeführt. Durch das Rundschreiben des Ministers, so protestierten am Wochenende über 300 der 500 Importeure in Düsseldorf, würden 15 000 Arbeitsplätze gefährdet, allein 5000 bis 6000 in der Bundesrepublik. Zu den zwei Mrd. DM kommen weitere 350 Mill. DM für den Transport, zehn Mill. DM fließen in die Kassen der nationalen Zulassungsstellen und der TÜVs für Beglaubigungen, Datenblätter und Abnahmen. Die Importeure bezeichnen die von Rom verlangten Daten als „Schikane", da diese in den obligatorischen deutschen Kfz-Briefen bereits enthalten sind. Diese seien ihrerseits von der EG anerkannt. Außerdem: Der Käufer in Italien soll das Ursprungszeugnis anfordern, und der Hersteller soll es innerhalb von 40 Arbeitstagen ausstellen. Angesichts der schleppenden Zulassungs- und Abnahmeverfahren in Italien rechnet Avato mit bis zu fünf Monaten Wartezeit für den Käufer. „Dadurch wird unsere Lage aussichtslos. Wir rechnen mit einer Kette von Konkursen mit verheerenden Folgen."

Die rund 500 „Freien" setzen auf Bonn und die EG: Auswärtiges Amt, Verkehrs- und Wirtschaftsministerium zeigten sich nicht nur vom Vorgehen Roms überrascht, sie sehen auch den Handel gestört und haben in einer Note an die Regierung in Rom ihre Bedenken gegen diesen Schritt schriftlich und mündlich vorgebracht. Der deutsch-italienische Wirtschaftsausschuß ist ebenso eingeschaltet wie die EG-Kommission.

L'OREAL

Weiter auf Wachstumskurs

WERNER NEITZEL, Karlsruhe

Die L'Oreal Deutschland Haarkosmetik und Parfümerien GmbH, Karlsruhe, Tochter des gleichnamigen französischen Kosmetik-Konzerns, steuert nach wie vor einen beeindruckenden Wachstumskurs. „Wir haben allen Grund, mit realistischem Optimismus in die Zukunft zu sehen", sagte Geschäftsführer Bernhard Straub anläßlich der Einweihung einer neuen Versandzentrale in Karlsruhe, in die rund 20 Mill. DM investiert wurden. Für 1985 habe man sich beim Umsatz einen Zuwachs von 10 Prozent zum Ziel gesetzt. In 1984 war die angepeilte Umsatzmarke von 300 Mill. DM knapp „um 2 bis 3 Millionen" verfehlt worden, nachdem im vorangegangenen Jahr 274 Mill. DM (plus 10,1 Prozent) umgesetzt worden waren.

Durch die Überanhme der US-Firma Avon Cosmetics durch L'Oreal ergab sich – so Straub – für den L'Oreal-Konzern (konsolidierter Umsatz 1984: 16 Mrd. Franc) die Notwendigkeit zu organisatorischen Umstrukturierungen. In diesem Zusammenhang wurde die Sparte der Duftwässer der Karlsruher Tochter mit einem Umatzvolumen von 10 bis 15 Mill. DM zum 1. Januar dieses Jahres herausgelöst und in der neu gegründeten Prestige und Collection GmbH, Bonn, verselbständigt.

Das Unternehmen, das sich einer starken Verankerung im Friseurhandwerk erfreut, will an seiner Politik einer ausgeprägten Fachhandelsorientierung festhalten. Nach dem kräftigen Investitionsschub des vergangenen Jahres, in dem ein Aufwand von 22 Mill. DM veranschlagt und realisiert worden war, plant die Karlsruher Firma für 1985 einen Rahmen von 10 bis 12 Mill. DM ein. Der Schwerpunkt soll dabei bei der weiteren Modernisierung und Automatisierung der Produktion liegen. Auf dem Programm des Unternehmens stehen rund 1250 Artikel. Die Versandzentrale hat nicht weniger als 4,1 Mill. Pakete pro Jahr zu versenden. Insgesamt beschäftigt die Karlsruher L'Oreal-Tochter in etwa unverändert 1200 Mitarbeiter. Der ganze Konzern zählt rund 25 000 Beschäftigte.

Ford dementiert Stillegungspläne

dpa/VWD, Köln/Solingen

Die Ford-Werke AG, Köln, hat angebliche Pläne, die Produktion in der Bundesrepublik einzuschränken und 16 000 Arbeitsplätze aufzugeben, „ganz klar" dementiert. Vorstandsmitglied Volker Leichsering versicherte, es gebe im Vorstand keine Pläne, „irgendein Werk zu schließen". Leichsering erläuterte, vor dem Hintergrund der Situation in der europäischen Automobilindustrie seien Betriebsversammlungen in der letzten Zeit „unruhiger" verlaufen. Aber nicht nur Unternehmens-Sprecher, auch Betriebsrat und Vertreter der IG Metall hätten die Belegschaft gewarnt: „Laßt Euch nicht verwirren."

Nach einem Bericht der „Westdeutschen Zeitung" sollte von 1988 an die Kölner Produktion des Kleinwagens „Fiesta" ganz nach Spanien (Valencia) verlagert werden.

LINDENER GILDE / Trennung von Pepsi-Cola-Konzessionär – Wieder 13 Prozent

Bierausstoß und Umsatz sind gesunken

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die mehrheitlich bei der Brauergilde Hannover AG liegende Lindener Gilde-Bräu AG (LGB), Hannover, größte Brauerei in Niedersachsen, hat im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) einen deutlichen Rückgang des Bierabsatzes um 6 Prozent hinnehmen müssen. Wie es in dem jetzt vorgelegten Geschäftsbericht heißt, hielt der günstige Trend beim Ausstoß höherwertiger Biere zwar an; die negative Entwicklung bei Exportbier konnte aber nicht ausgeglichen werden. Zahlen zur Ausstoßentwicklung will der Vorstand nicht nennen. Die Angaben erlauben aber den Schluß, daß die 1,3-Mill.-hl-Grenze (i. V. 1,37) unterschritten wurde.

Der im Vergleich zum Bierausstoß noch kräftigere Umsatzrückgang der LGB um rund 10 Prozent auf 141 (157) Mill. DM erklärt sich nach Angaben des Vorstands durch die Neuordnung des Geschäfts mit alkoholfreien Getränken. Im Berichtsjahr hat die LGB ihre Anteile an dem Pepsi-Cola-Konzessionär Markengetränke Union Niedersachen-GmbH, Elze, verkauft.

Der daraus resultierende Veräußerungsgewinn und andere außerordentliche Erträge ließen den Jahresüberschuß der Brauerei auf 6,1 (2,6) Mill. DM steigen. Vorstandschef Gerhard Nienaber weist darauf hin, daß diese Mittel als versteuerte Nettobeträge in voller Höhe der freien Rücklage zufließen. Das sind zunächst 3 (0,5) Mill. DM.

Der HV am 25. April schlägt die Verwaltung die Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 13 Prozent auf 16 Mill. DM Grundkapitals vor. Weitere 0,7 Mill. DM werden zusätzlich in die freie Rücklage gestellt und 0,32 Mill. DM als Körperschaftsteuer-Aufwand für diese Maßnahme den Rückstellungen zugewiesen.

Im Berichtsjahr investierte die LGB 11,9 (17,1) Mill. DM in Sachanlagen. Die Abschreibungen erreichten 16,4 (15,7) Mill. DM und standen Ende September noch mit 63,8 (68,6) Mill. DM zu Buche. An der Brauerei Wülfel AG, Hannover, und an der Hofbrauhaus Wolters AG, Braunschweig, hält die LBG eine Schachtelbeteiligung.

Die Muttergesellschaft Brauergilde AG weist im Konzern Umsatzerlöse von 160 (172) Mill. DM aus. Wie schon im Vorjahr steht der Bilanzgewinn mit 1,57 Mill. DM zu Buche. Auf das Grundkapital von 9,51 Mill. DM erhalten die Aktionäre wieder eine Dividende von 17 Prozent. Die Brauergilde-HV findet am 23. April statt.

KROMBACHER / Hohe Investitionen vorgesehen

Wieder im oberen Preisband

HANS BAUMANN, Krombach

Nach langjähriger Planung und zähen Genehmigungsverfahren soll bald der erste Spatenstich für ein Logistik-Terminal bei der Krombacher Privatbrauerei GmbH & Co. in Krombach am Fuße des Rothaargebirges ausgeführt werden. 50 Mill. DM soll diese Station für Abfüllung und Spedition auf einem Nachbargrundstück im Tal kosten.

In der Brauerei am Hang des Kaiserberges, die gerade einen neuen Lagerkeller erhalten hat, wird nach dem Terminal ein neues Sudhaus errichtet, das moderneren Anforderungen, vor allem bei der Einsparung von Energie, entspricht. Kosten nach heutigen Preisen: rund 15 Mill. DM. Kapazität: 1,5 bis 1,7 Mill. Hektoliter im Jahr. Fertigstellung: spätestens 1990.

Die Krombacher haben nach Auskunft von Friedrich Schadeberg, geschäftsführender Gesellschafter, einen erheblichen Investitionsstau, weil sich der Baubeginn des Logistik-Terminals so lange hinausgezögert hat. 1984 wurden wie im Vorjahr lediglich 5 Mill. DM investiert. In den Markt dagegen gingen 18 (17) Mill. DM.

Diese Investitionen beginnen sich auszuzahlen. Der Ausstoß ist 1984 um 2 Prozent auf 1,2 Mill. Hektoliter gestiegen, der Umsatz nach einer Preiserhöhung beim Flaschenbier von 155 auf 160 Mill. DM. Der Trend für 1985 läßt sich an den ersten vier Monaten des neuen Brauwirtschaftsjahres ablesen: Der Ausstoß erhöhte sich um 4 Prozent, der Umsatz noch etwas stärker. Der Faßbieranteil bei Krombacher betrug 1984 33 Prozent, „stark steigend", kommentiert Geschäftsführer Günter Heyden, seit vier Jahren im Hause und bald auch für die Arbeitsbereiche Finanzen und Verwaltung verantwortlich, wenn sich Friedrich Schadeberg „in Kürze" aus dem Tagesgeschäft zurückzieht und Vorsitzer des Gesellschafterausschusses wird.

Insgesamt liefert das Haus rund 80 Prozent seiner Produktion in das Ruhrgebiet. Dabei hat es sich mit großer Mühe wieder in das obere Preisband zurückbewegt. Der Versand erfolgt fast ausschließlich über den Getränkefachgroßhandel. 40 Prozent des Ausstoßes gehen in die Gastronomie, wobei die Drittel-Liter-Flasche eine immer görßere Rolle spielt. Der Export stagniert bei knapp 3 Prozent.

Beschäftigt werden zur Zeit 400 Mitarbeiter, vor vier Jahren waren es noch 480. Die Produktivität mit rund 3000 Hektoliter kann sich als gut in der Branche sehen lassen.

Die Krombacher beliefern mit ihrem Pils rund 7000 Gaststätten. Sie kooperieren mit der Brauerei Rhenania, deren Altbier sie mitvertreiben. Die Kooperation umfaßt rund 60 000 Hektoliter. Mengenrabatte gewährt das Haus nicht. Die GmbH & Co. KG hat vor kurzem aus Gesellschaftsmitteln ihr haftendes Kapital von 18 auf 30 Mill. DM erhöht.

ABD Securities: An Terrain gewonnen

cd. Frankfurt

Im Zuge von Überlegungen, sich verstärkt in das internationale Investment-Banking in London einzuschalten, könnte auch die ABD Securities Corporation New York, eine gemeinsame Investmentbanktochter der Dresdner Bank und der Hypobank, eine Rolle spielen, deutete Wolfgang Röller, Vorstandssprecher der Dresdner Bank und Aufsichtsratsvorsitzender der ABD an. Die Gesellschaft hat 1984, wie Präsident Theodor Schmidt-Scheuber berichtet, im Vermögensverwaltungsgeschäft (über eine Mrd. Dollar) weiter an Terrain gewonnen.

Besonders erfolgreich sei die auf die Anlage amerikanischer Pensionsfondsgelder an außeramerikanischen Börsen spezialisierte Tochter ABD International Management Corp. gewesen, die mit einem von rund 200 auf fast 500 Mill. Dollar gestiegenen Vermögen, das für 14 Kunden verwaltet wird, zur Spitzenklasse der in den USA tätigen internationalen „Money Manager" aufgerückt sei. Anlageschwerpunkte der ABDI sind Japan (45 Prozent), Großbritannien (14 Prozent), Bundesrepublik (knapp 10 Prozent) sowie Italien und Spanien. In verschiedenen Zweigen lief das Geschäft nicht so gut wie im Rekordjahr 1983, so daß der Gewinn nach Steuern von 3,8 auf 2,37 Mill. Dollar zurückging.



BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Karl-Ludwig Wagner: Erfolgreich führen statt verwalten. Franz Rehm Verlag, München 1984, 232 S., 44 DM.

Strategiebücher und Organisationshandbücher für Unternehmer, deren geistiges Rüstzeug den heutigen Anforderungen scheinbar immer aufs neue angepaßt werden muß, nehmen überhand. Erfreulich übersichtlich und ohne Versuch, eine ganze Unternehmensphilosophie zu vermitteln, ist das vorliegende Buch, das mit einer Fundgrube an Tips und Vorschlägen den Unternehmer wieder so in den Sattel rücken will, daß er in Zukunft wieder erfolgreich führen kann.

Kurt Bauknecht/P. Forstmoser/C. A. Zehnder (Hrsg.): Rechtsinformatik. Schulthess Polygraphischer Verlag, Zürich 1984, 147 S., 35 Franken.

Neunzehn Beiträge von Wissenschaftlern und Praktikern des In- und Auslands geben eine Bestandsaufnahme realisierter oder in der Projektierung weit fortgeschrittener Datenbanken in Europa, die den Juristen die Suche nach einschlägiger Literatur und nach Entscheidungen erleichtern sollen.

Öko-Institut (Hrsg.): Arbeiten im Einklang mit der Natur. Dreisam-Verlag, Freiburg 1985, 363 S., 32 DM.

Der Sammelband beschreibt Elemente eines ökologischen Wirtschaftens. Weder die Theorie der Bedürfnisse noch der Arbeitsbegriff der heutigen Wirtschaft passen in eine rein ökologisch orientierte Gesellschaft. Die Autoren versuchen, eine neue Wirtschaftsweise zu konzipieren, die nicht auf einer Maximierung des Bruttosozialprodukts aufbaut, sondern ein Leben und Arbeiten im Einklang mit der Natur verlangt.

Bunte: Entscheidungssammlung zum AGB-Gesetz (AGBE) Band IV, Entscheidungen 1983. Verlag Recht und Wirtschaft, Heidelberg 1984, 794 S., 269 DM.

Das AGB-Gesetz gewinnt laufend an Bedeutung. Die Fülle der gerichtlichen Entscheidungen macht es notwendig, daß Bunte seine Entscheidungssammlung als Ergänzung zur Kommentarliteratur jährlich vorlegt. Der Jahrgang 1983 enthält 188 Entscheidungen, die durch ein übersichtliches Sachregister und – erstmals – durch ein Fundstellenregister zuverlässig und schnell aufgefunden werden.

Philipp Herder-Dorneich u. a.: Arbeitszeitverkürzung – Pauschal oder individuell? Verlag Bonn aktuell, Stuttgart 1984, 93 S., 24,80 DM.

Unter Arbeitsmarktexperten besteht weitgehend Einigung darüber, daß eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die hohe Zahl der Arbeitslosen allein nicht beseitigen kann. Ein besonders aktuelles und kontrovers diskutiertes Thema in diesem Zusammenhang ist die Arbeitszeitverkürzung. Konträr stehen sich dabei die Vorstellungen von einer pauschalen Arbeitszeitverkürzung (35-Stunden-Woche) und einer individuellen, flexiblen Lösung gegenüber. Die vorliegende Schrift versucht, einen vermittelnden Weg zwischen beiden Extremen aufzuzeigen. Chancen und Risiken unterschiedlicher Wege zur Arbeitszeitverkürzung werden aufgezeigt und Lösungsmöglichkeiten, die ein hohes Maß an Flexibilität mit Wirtschaftlichkeit verbinden, angeboten.

Reichert/Dannecker/Kühr: Handbuch des Vereins- und Verbandsrechts, 3. Auflage. Luchterhand Verlag Neuwied 1984, 1016 S., 198 DM.

Nach sieben Jahren erscheint das Handbuch des Vereins- und Verbandsrechts in 3. Auflage. Insbesondere das private Vereinsrecht wurde neu bearbeitet, Rechtsprechung und Schrifttum vollständig eingearbeitet. Weiterführende Hinweise zeigen die künftige Rechtsentwicklung auf. Der Praktiker wird es begrüßen, daß zahlreiche verbandsrechtliche und schiedsrichterliche Erfahrungen aus der Praxis in das Handbuch eingeflossen sind. Neu aufgenommen wurde die Sonderproblematik politischer Parteien, der Koalitionen und Religionsgemeinschaften.

ERGEBNISSE

Bielefeld – Frankfurt	2:2	(1:0)
Bremen – Düsseldorf	2:1	(2:0)
Uerdingen – Mannheim	2:2	(1:0)
München – Stuttgart	3:2	(0:1)
Dortmund – Köln	2:0	(0:0)
Leverkusen – Bochum	1:1	(1:1)
Karlsruhe – M'gladbach	0:1	(0:0)
K'lautern – Hamburg	ausgefallen	
Braunschweig – Schalke	4:2	(0:0)

DIE SPIELE

Bielefeld – Frankfurt 2:2 (1:0)

Bielefeld: Kneib – Wohlers – Schnier, Hupe – Büscher, Rautiainen, Foda, Kühlhorn, Dronia – Reich, Schröder (14. Ozaki/69. Pater). – **Frankfurt:** Pahl (48. Gundelach) – Fruck – Körbel, Kraaz – Sievers, Berthold, Svensson, Falkenmayer, Trieb (45. Boy) – Krämer, Müller. – **Schiedsrichter:** Wiesel (Ottbergen). – **Tore:** 1:0 Kühlhorn (23.), 1:1 Sievers (55.), 1:2 Müller (80.), 2:2 Kneib (89., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 13 000. – **Gelbe Karte:** Dronia (3).

Bremen – Düsseldorf 2:1 (2:0)

Bremen: Burdenski – Pezzey – Schaaf, Kutzop – Sidka, Möhlmann, Okudera, Otten – Reinders (63. Neubarth), Völler, Meier (40. Hermann). – **Düsseldorf:** Greiner – Zewe – Kaiser, Löhr, Kuczinski – Weikl, Dusend, Bommer, Edvaldsson – Thiele, Holmquist. – **Schiedsrichter:** Scheuerer (München). – **Tore:** 1:0 Okudera (2.), 2:0 Pezzey (32.), 2:1 Thiele (60.). – **Zuschauer:** 15 200. – **Gelbe Karten:** Thiele (3), Dusend (2).

Uerdingen – Mannheim 2:2 (1:0)

Uerdingen: Vollack – Herget – Wöhrlin, van de Loo – W. Funkel, Klinger (86. Feilzer), Thomas, F. Funkel, Raschid – Schäfer, Gudmundsson. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Dickgießer, Tsionanis – Knapp (69. Bührer), Kohler, Scholz (69. Walter), Heck, Schlindwein, Schön – Klotz. – **Schiedsrichter:** Matheis (Rodalben-Neuhof). – **Tore:** 1:0 Schäfer (3.), 1:1 Sebert (61.), 2:1 Herget (66.), 2:2 Bührer (71.). – **Zuschauer:** 11 000. – **Gelbe Karten:** Thomas (3), Scholz, Kohler (3).

München – Stuttgart 3:2 (0:1)

München: Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Eder – Matthäus, Lerby, Dürnberger (46. Kögl), Pflügler, Willmer – Mathy, Rummenigge (82. Beierlorzer). – **Stuttgart:** Roleder – Niedermayer – K.-H. Förster, B. Förster – Schäfer, Allgöwer, Ohlicher, Kempe (74. Maurer), Müller – Klinsmann, Reichert. – **Schiedsrichter:** Tritschler (Freiburg). – **Tore:** 0:1 Ohlicher (41.), 0:2 Allgöwer (46.), 1:2 Lerby (53.), 2:2 Mathy (73.), 3:2 Matthäus (75., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 44 000. – **Gelbe Karten:** Dremmler (4), Schäfer (4/1). – **Rote Karte:** Ohlicher.

Dortmund – Köln 2:0 (0:0)

Dortmund: Immel – Zorc – Rüßmann, Kutowski – Storck, Bittcher, Loose, Raducanu, Anderbrügge (78. Schüler) – Simmes, Egli. – **Köln:** Schumacher – Steiner – Prestin, Strack – Hönerbach, Lehnhoff (59. Dickel), Hartwig, Engels, Geils – Bein, Allofs. – **Schiedsrichter:** Horeis (Buchholz). – **Tore:** 1:0 Zorc (60., Foulelfmeter), 2:0 Raducanu (78.). – Zuschauer: 20 000. – **Gelbe Karten:** Simmes, Strack (4/1), Prestin (2).

Leverkusen – Bochum 1:1 (1:1)

Leverkusen: Vollborn – Bast – Gelsdorf, Wojtowicz, Winklhofer, Röber (78. Hörster), Schlegel (46. Schreier), Götz, Giske – Waas, Tscha. – **Bochum:** Zumdick – Knüwe – Saborowski (72. Zugcic), Kree – Lameck, Bönighausen (81. Schreier), Woelk, Benatelli, Schulz – Kuntz, Fischer. – **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tore:** 0:1 Fischer (4.), 1:1 Tscha (32.). – **Zuschauer:** 7000. – **Gelbe Karten:** Wojtowicz (3), Kuntz (2).

Karlsruhe – M'gladbach 0:1 (0:0)

Karlsruhe: Kargus – Theiss – Zahn, Boysen – Harforth, Keim, Groß, Bekker (80. Dittus), Roth (77. Löw) – Günther, Bühler. – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Ringels, Borowka – Krauss, Herlovsen, Hochstätter (75. Dreßen), Rahn, Frontzeck – Hecking (46. Criens), Lienen. – **Schiedsrichter:** Roth (Salzgitter). – **Tor:** 0:1 Borowka (73.). – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karten:** Becker (2), Sude (3).

Braunschweig – Schalke 4:2 (0:0)

Braunschweig: Franke – Pahl – Bruns, Gorski – Ellmerich, Tripbacher, Posipal (46. Plagge), Hintermaier, Lux – Worm, Sackewitz (70. Kindermann). – **Schalke:** Junghans – Dietz – Kleppinger, Kruse (71. Skibbe) – Opitz (16. Eilenfeldt), Dierßen, Hartmann, Thon, Jakobs – Schatzschneider, Täuber. – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 1:0 Worm (52.), 2:0 Hintermaier (59.), 2:1 Thon (82.), 3:1 Lux (87.), 3:2 Tauber (88., Foulelfmeter), 4:2 Lux (90.). – **Zuschauer:** 15 817. – **Gelbe Karten:** Hintermaier (4), Täuber (4).

VORSCHAU

Dienstag, 19. März, 20 Uhr:
Nachholspiel:

M'gladbach – Hamburg	(1:1)

Freitag, 22. März, 20 Uhr:
24. Spieltag:

Bochum – Karlsruhe	(0:0)

Samstag, 23. März, 15.30 Uhr

Frankfurt – Bremen	(1:3)
Schalke – Bielefeld	(0:2)
Hamburg – Braunschweig	(1:1
M'gladbach – K'lautern	(1:2)
Stuttgart – Köln	(2:2)
Mannheim – München	(0:3)
Düsseldorf – Uerdingen	(2:2)
Leverkusen – Dortmund	(1:1)

(In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde).

*

Für das Halbfinale um den deutschen Vereinspokal an Ostern (6. – 8. April) zog der frühere Hamburger Nationalspieler Holger Hieronymus die folgenden Paarungen: Sieger aus Bayer 04 Leverkusen/Bayern München – Borussia Mönchengladbach und 1. FC Saarbrücken – Bayer 05 Uerdingen. Das Nachholspiel im Viertelfinale zwischen Leverkusen und dem Pokal-Verteidiger Bayern München findet am 26. März statt.

Das Endspiel wird am Pfingstsonntag (26. Mai) im Berliner Olympiastadion ausgetragen.

FUSSBALL-BUNDESLIGA / Borussia Dortmund schöpft nach Heimsieg wieder Hoffnung. Kölner Talfahrt hielt an

Erich Ribbeck nicht zu beneiden: Verletzte, aber der Wille ist da

Von HEINZ STUMM

An den krummen Beinen des kleinen Dribbelkünstlers **Pierre Littbarski** (24) hängt gewissermaßen das Schicksal des 1. FC Köln. Ohne Littbarski, das mußte auch der letzte Optimist bei den Kölnern feststellen, geht nichts mehr in diesem Verein, der von vielen nach einer 12:0-Punkte-Serie schon als neuer Meister der Bundesliga genannt wurde. Selbst Trainer **Hannes Löhr** (42), berauscht von einer guten Leistung seiner Mannschaft in der ersten Halbzeit des Mailänder UEFA-Pokalspiels, ließ sich aufs Glatteis locken. „Diese Mannschaft hat Zukunft. Da wächst was heran", meinte der Trainer. Wie es aussieht, hat sich Löhr geirrt. Was wächst da heran? Das muß ironisch nach dem deprimierenden 0:2 beim Tabellenletzten Borussia Dortmund gefragt werden, dem (vorläufigen) Abschluß einer beschämenden Minuspunktekette, die mit dem 1:2 in Uerdingen begann, anschließend das 0:1 in Mailand, das 0:2 zu Hause gegen den FC Bayern, dann das 0:1 in Bielefeld und jetzt das 0:2 im Westfalenstadion brachte. „Der Karneval ist doch vorbei", lästerte der arbeitslose Trainer **Siggi Held** (43) angesichts einer erschreckend schwachen Vorstellung des 1. FC Köln, der sonst immer in der närrischen Zeit aus den Fußballstiefeln kippte. In Dortmund behielt nur Torhüter **Toni Schumacher** (31) Ruhe und Übersicht. Er war nach dem relativ erfreulichen Spiel in Mailand auch als einziger der Ansicht, daß mit dem 0:1 das Halbfinale verspielt worden sei.

Wenige Tage vor dem schicksalsträchtigen Rückspiel gegen den Klub von **Karl-Heinz Rummenigge** (28), bei dem gleich wieder Kölner Arroganz transparent wurde (FC-Präsident **Peter Weiand**, 63, weigert sich, sich wie der FC Bayern München beim Europapokalspiel gegen AS Rom mit 200 000 Mark Fernsehhonorar zufrieden zu geben), will keiner so recht raus mit der Sprache, wird Kritik zurückgehalten, um die Mannschaft nicht noch mehr zu verunsichern.

„Nachher kann man vielleicht Bilanz ziehen", sagt Pierre Littbarski, der, wie schon in Bielefeld, auch diesmal in Dortmund mit Schwiegervater Siegfried Simon aus Berlin auf der Tribüne saß und sich geradezu schwarz ärgerte über das Versteckspiel seiner Kollegen.

Journalisten von der Sorte, wie sie **Uli Hoeneß** (33) mag, Optimisten also, machen ihn ohnehin für die Malaise seines Klubs verantwortlich. „Littis Platzverweis in Uerdingen kostete den FC die Meisterschaftschance", schrieben einige in völliger Verkennung der Realitäten. „Um die Meisterschaft spielten wir nie", sagt Schumacher.

Anstatt Littbarski, der auch am Samstag in Stuttgart noch die Strafbank drücken muß und nur am Mittwoch gegen Mailand mitkicken darf, den Schwarzen Peter zuzuschieben, sollten die enttäuschten Kritiker bei der Ursachenforschung für den Sturz der Kölner Geißböcke vom Bundesligagipfel lieber die Einkaufspolitik beklagen. Spätestens seit Dortmund ist wohl dem letzten Jubler aufgegangen, daß mit **Jimmy Hartwig** (31), mit **Uwe Bein** (25) und **Karl-Heinz Geils** (29) keine Verstärkungen, sondern nur teure Mitläufer gekauft worden sind. Stärker ist die Mannschaft nicht geworden, eher nervenschwächer. Flatternde Nerven bejammert auch Hannes Löhr.

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

*

Daß sein Kollege **Erich Ribbeck** (47) viel schlechter dran ist, übersieht er gerne, wenn er von den fehlenden Alternativen spricht. Ribbeck hatte, um so bewundernswerter sind Wille und Moral seiner Siegertruppe, mit **Werner Dreßel** (26), **Lothar Huber** (32), **Frank Pagelsdorf** (26), **Michael Lusch** (20) und Torjäger **Jürgen Wegmann** (20) – er erlitt im Abschlußtraining bei einem Zusammenprall mit seinem Kollegen **Daniel Simmes** (18) einen Wadenbeinbruch – gleich sechs Stammspieler zu ersetzen und auf der Bank nur noch einen Profi: den Ex-Karlsruher **Wolfgang Schüler** (26). Ansonsten hatte er gegen Köln nur noch die Wahl zwischen dem Jugendspieler **Rolf Tauber** (18) und dem Amateur **Michael Griesbach** (21). Für Torhüter **Eike Immel** (24) saß noch **Rolf Meier** (28) auf der Bank.

Ein Spieler, der am Samstag beim 2:0 gegen Köln (es hätte auch ein 6:2 für den Abstiegskandidaten werden können, wenn die Torhüter auf beiden Seiten nicht Retter in höchster Not gewesen wären), zu den Säulen der Siegermannschaft gehörte, wird auf jeden Fall am Saisonende die Schuhe ausziehen. **Rolf Rüßmann** (34) beendet seine glanzvolle Karriere und will, wenn es klappt, im Geschäft bleiben. In Bochum, so heißt es, hat er gute Aussichten, in absehbarer Zeit Manager zu werden. Jedenfalls ließ Vize-Präsident **Heinz Brämer** (60) wissen, daß er sich Rüßmann als Nachfolger für Geschäftsführer **Otto Stratemeyer** (63) vorstellen könne. Stratemeyer geht nächstes Jahr in Pension. Rüßmanns Freund in Köln, der frühere Nationalspieler **Gerd Strack** (30), schaut sich inzwischen nach einem neuen Verein um. Obwohl er nach drei Monaten wieder einmal 90 Minuten lang durchspielen durfte und in Dortmund zu den wenigen zählte, die auf Kölner Seite nicht enttäuschten, wollen ihn FC-Schatzmeister und Chefeinkäufer **Karl-Heinz Thielen** (44) und Trainer Löhr nicht mehr haben. „Ich gehöre zu den fünf, die man verkaufen will. Aber es wäre unverschämt, wenn man an der Million festhalten würde", spielt Strack auf die für seine Begriffe viel zu hohe von Köln in den Raum gestellte Ablösesumme an. Ob er am Mittwoch gegen Mailand spielt, weiß er noch nicht. „Es kann durchaus sein, daß ich wieder rausfliege. Kummer bin ich ja inzwischen gewohnt", bemerkte er völlig emotionslos.

*

In Bielefeld feierte Torhüter **Wolfgang Kneib** (32) eine Bundesligapremiere. Zum erstenmal trat und verwandelte er einen Elfmeter und rettete so in letzter Minute einen wichtigen Punkt im Abstiegskampf gegen Eintracht Frankfurt. Und das kam so: „Eigentlich", so Kneib, „sollte der **Siggi Reich** schießen. Aber der war ja gefoult worden. Und so kam als nächster **Michael Foda** in Frage. Doch der traute sich nicht, und so ging ich nach vorn und knallte den Ball rein."

P. S.: **Foda** ist erst 19 und hat eben noch nicht so starke Nerven wie der **Mannschaftskapitän**, der auch als **Verhandlungsführer** im Streit mit dem Bielefelder Vorstand eine Rolle spielt. „Am Dienstag hoffen wir auf eine Einigung", sagte er gestern am Telefon.

Durch Solidarität gelang es den Bielefelder Profis, Vorstand und Management von der Idee abzubringen, die Spieler auf den neuen Mustervertrag des Fußballbundes zu verpflichten, der Prämien nicht mehr vorsieht. Kneib: „Da hätte einer dann mit einem guten Grundgehalt samstags spazieren gehen und die anderen sich für kleines Geld abstrampeln können. So etwas darf nicht passieren." Neben Kneib gehören der Verhandlungsdelegation die Spieler **Uli Büscher** (26), **Detlef Schnier** (22), **Wolfgang Pohl** (33) und als Jugendvertreter **Andreas Ellguth** (20) an.

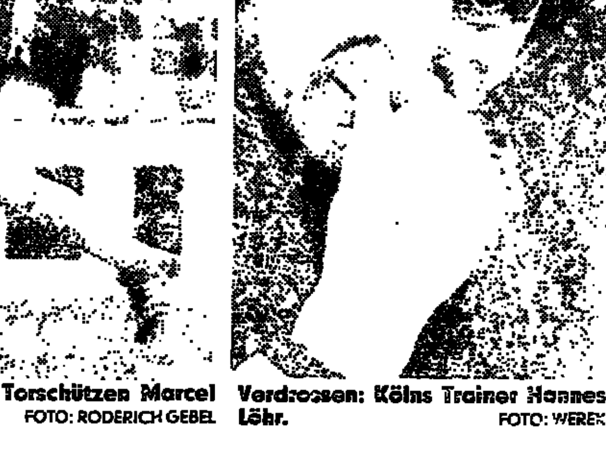
Kneib gewann am Samstag den Eindruck, daß die **Frankfurter** seiner Mannschaft mehr abgefordert habe als drei Tage vorher die Kölner, die, wie der Torhüter meint, ziemlich schlapp wirkten und offensichtlich die Samstag-Mittwoch-Samstag-Spiele körperlich nicht verkraften.

*

Immer dann, wenn die ersten Krokusse ihre Köpfe aus dem Rasen stecken, dreht sich das Trainerkarussell besonders heftig. Mit **Jupp Heynckes** (38), der in den nächsten Tagen wahrscheinlich einen Zwei-Jahres-Vertrag in Mönchengladbach unterzeichnet, verlängert nach **Ernst Happel** (59) ein weiterer Coach beim alten Verein. Wohin die Reise bei **Willibert Kremer** (44) geht, bleibt fürs erste offen. Im Gegensatz zu früher, so sagte der in Köln ansässige Düsseldorfer Trainer, mache er sich diesmal jedoch nicht verrückt. In Stuttgart wird er unter den möglichen Nachfolgern von **Helmut Benthaus** (49) genannt, der zum FC Basel zurückkehrt. Stuttgarts Präsident **Gerhard Mayer-Vorfelder** (51) scheint geneigt, sich für den zur Zeit bei Benfica Lissabon tätigen früheren Bayern-Trainer **Pal Csernai** (52) zu entscheiden. Der Ungar gerbte mal das Leder bei den Stuttgarter Kickers und rettete die Degerlocher durch ein Tor vor dem Abstieg. „An diesem Namen darf man nicht vorbeigehen", signalisierte Mayer-Vorfelder positive Einstellung zu Csernai.



Borussia Dortmund im Einsatz: Jubel um einen besonderen Treffer und Jubel um den Torschützen Marcel Raducanu. FOTO: RODERICH GEBEL



Verdrossen: Kölns Trainer Hannes Löhr. FOTO: WEREK

Beckenbauer: „Spieler können sich anmachen"

HEINZ STUMM, Saarbrücken

In Saarbrücken, wo er bei einer Textilfabrik einen Dreijahresvertrag als Repräsentant unterschrieb, hatte Franz Beckenbauer Zeit und Muße für ein Interview. Dabei machte er deutlich, daß er als DFB-Teamchef mehr arbeite als früher zu Profi-Zeiten, daß er mit den Medien zufrieden und daß das freundschaftliche Verhältnis zu Karl-Heinz Rummenigge für ihn kein Handicap sei.

WELT: Arbeiten Sie heute mehr oder weniger als früher?

Beckenbauer: Ich arbeite mehr, wenn ich auch körperlich nicht mehr so gefordert bin wie als Spieler. Doch es macht mir Spaß, und dann beschwere ich mich auch nicht.

WELT: Uli Hoeneß hat sich über die deutschen Zeitungen beschwert, er plädiert für eine positive Berichterstattung wie in Italien. Möchten Sie eine andere Presse?

Beckenbauer: Nein, im Grunde bin ich mit der deutschen Presse ganz zufrieden.

WELT: Sie sind also nicht der Meinung, daß sich Zuschauer über die Medien zurück in die Stadien holen lassen.

Beckenbauer: Nein, das kann nur durch Leistung und vielleicht ein bißchen mehr Service in den Stadien geschehen.

WELT: Ihr Vorgänger Jupp Derwall versuchte, die Spieler an der langen Leine zu führen. Bei Sepp Herberger und Helmut Schön waren Disziplin und Unterordnung gefragt. Wie sieht Ihr Rezept aus?

Beckenbauer: Ich versuche, alles menschlich zu regeln. Natürlich passe ich auf, daß nichts einreißt. Denn ohne Disziplin, das müssen die Spieler wissen, gibt es im Fußball keine großen Erfolge.

WELT: Die Nationalspieler Schumacher und Matthäus gingen beim Bayern-Spiel in Köln und auch später noch verbal aufeinander los. Der Kölner Torwart forderte einen Kollegen sogar auf, Matthäus niederzumachen. Hat Sie das geschockt?

Beckenbauer: Warum? Wir haben schon genug brave Spieler. Ich habe gar nichts dagegen, wenn sich Spieler auf dem Platz ein bißchen anmachen. Was meinen Sie, wie ich den Roth früher auf den Overath scharf gemacht habe. Nachher war dann alles wieder vergessen.

WELT: Scharf haben Sie indirekt ja auch den Littbarski gemacht, als sie ihm mangelndes Durchsetzungsvermögen attestierten. Gemeint ist der Platzverweis in Uerdingen.

Beckenbauer: Der war nicht gerechtfertigt und für mich Beweis, daß unsere Schiedsrichter nach internationalem Maßstabe zu kleinlich und mit wenig Fingerspitzengefühl pfeifen.

WELT: Sie bleiben also bei Ihrer Kritik, auch nachdem Schiedsrichter-Obmann Malka Ihre Vorwürfe gegen seine Schiedsrichter zurückgewiesen hat?

Beckenbauer: Selbstverständlich bleibe ich dabei. Ich habe schließlich zwanzig Jahre Erfahrung und reise im Ausland herum.

WELT: Italien will die Grenzen öffnen, in Zukunft sogar drei Ausländer pro Klub zulassen. Stört Sie das?

Beckenbauer: Wenn noch mehr Deutsche nach Italien gehen, erschwert das meine Arbeit schon deshalb, weil in Italien sonntags gespielt wird und die Spieler dann immer erst einen Tag später zur Nationalmannschaft stoßen.

WELT: Vor dem Portugal-Spiel haben Sie gesagt, Rummenigge spielt in Italien besser denn je. Rummenigge hat im „Playboy" gesagt, er sei mit Ihnen befreundet. Belastet das nicht die Zusammenarbeit?

Beckenbauer: Nein, denn ich trenne das Private streng vom Beruflichen. Bei mir zählt immer nur die Leistung.

WELT: Hat es Stunden gegeben, wo Sie die Brocken am liebsten hingeworfen hätten?

Beckenbauer: Das nicht, aber Zweifel am Erfolg meiner Arbeit gab es schon.

WELT: Wann waren die Zweifel am stärksten?

Beckenbauer: Vor dem Schweden-Spiel in Köln.

WELT: Und wann waren sie weg?

Beckenbauer: Nach dem Portugal-Spiel. Dort waren nur noch Schumacher, Littbarski, Völler und Briegel aus der EM-Mannschaft dabei, und dennoch hat es prima geklappt.

WELT: Helmut Schön meinte immer, daß es besser sei, wenn sich Fußball-Profis früh binden. Es stabilisiere die Form und fördere letztlich die Karriere. Sehen Sie das auch so?

Beckenbauer: Der Form ist das sicherlich dienlich. Aber ob es auch fürs Leben gut ist, jung zu heiraten ...

WELT: Sind Sie ein religiöser Mensch?

Beckenbauer: Religiös wäre zu viel gesagt. Ich bin gottgläubig.

WELT: Sind Sie ein politischer Mensch?

Beckenbauer: Politisch interessiert ja. Engagiert nicht.

WELT: Wie möchten Sie sterben?

Beckenbauer: Bewußt und ganz für mich allein. Aber vielleicht denke ich im Alter anders darüber.

Als vierter Torwart verwandelte Kneib einen Elfmeter

							Heim		Auswärts	
1. München	23	14	5	4	52:32	33:13	32:17	19:5	20:15	14:8
2. Bremen	22	11	8	3	62:36	30:14	44:16	21:3	18:20	9:11
3. M'gladbach	21	10	6	5	51:35	26:16	27:14	13:5	24:21	13:11
4. Uerdingen	22	11	4	7	44:32	26:18	28:16	20:4	16:16	6:14
5. Köln	22	11	2	9	44:40	24:20	24:19	14:8	20:21	10:12
6. Mannheim	22	9	6	7	34:37	24:20	19:14	13:9	15:23	11:11
7. Bochum	22	7	9	6	33:30	23:21	13:12	10:12	20:18	13:9
8. Stuttgart	23	10	3	10	59:39	23:23	36:14	17:7	23:25	6:16
9. Frankfurt	23	8	7	8	47:48	23:23	27:14	17:5	20:34	6:18
10. Hamburg	20	7	8	5	34:31	22:18	24:10	16:4	10:21	6:14
11. Schalke	22	8	6	8	43:46	22:22	29:19	17:7	14:27	5:15
12. K'lautern	21	6	9	6	27:32	21:21	18:12	14:6	9:20	7:15
13. Leverkusen	23	6	8	9	36:39	20:26	22:15	15:7	14:24	5:19
14. Düsseldorf	22	6	6	10	37:42	18:26	22:17	14:8	15:25	4:18
15. Bielefeld	23	3	11	9	26:44	17:29	20:24	11:13	6:20	6:16
16. Braunschweig	22	7	2	13	30:49	16:28	21:12	14:8	9:37	2:20
17. Dortmund	21	6	2	13	26:45	14:28	18:14	11:9	8:31	3:19
18. Karlsruhe	22	3	8	11	29:57	14:30	14:17	9:11	15:40	5:19

● Vier Tage vor Frühlingsbeginn gab es in der Bundesliga den 20. Spielausfall. Regen- und Schneefälle machten den Betzenberg in Kaiserslautern (gegen Hamburg) unbespielbar. – Kein Spieltag ohne Platzverweis: Nach Littbarski (Köln) und Jacobs (Hamburg) setzte Herrmann Ohlicher diese Serie fort. Der 35 Jahre alte Stuttgarter beleidigte Schiedsrichter Tritschler mit den Worten: „Größtes Schwein". – Drei Spieler erhielten die gelbe Karte und sind damit automatisch für das nächste Spiel gesperrt: Dremmler (München), Hintermaier (Braunschweig) und Täuber (Schalke 04).

● Nur 141 017 Zuschauer sahen die acht Begegnungen des 23. Spieltages. Die meisten Besucher kamen zum Spiel Bayern – Stuttgart: 44 000. Nur 7000 wollten Leverkusen – Bochum sehen. – 27 Treffer fielen, darunter der 700. der Saison durch Hintermaier (Braunschweig). Klaus Täuber (15 Treffer) und Karl Allgöwer (14) schafften in der Torschützenliste den Anschluß an das diesmal erfolglose Führungsduo Völler (17) und Klaus Allofs (15). – Wolfgang Kneib ist der vierte Bundesliga-Torwart, der einen Elfmeter verwandelte. Kneib traf zwei Minuten vor dem Ende zum 2:2-Endstand gegen Frankfurt.

MÜNCHEN / Nach Rückstand noch ein Sieg

Manager Hoeneß: „Erfolg über Rom hat unser Team ungeheuerlich beflügelt"

BERND WEBER, München

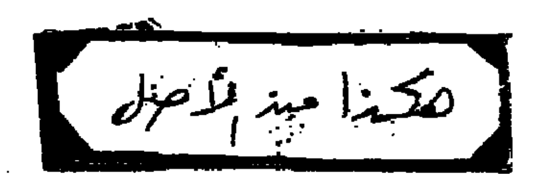
Bayern Münchens Präsident Willi O. Hoffmann geht's derzeit nicht besonders gut. Bauherren-Modelle haben den „Champagner-Willi" ins Schlingern und in die Negativ-Schlagzeilen gebracht. Am Samstag hat der sonst immer so urfröhliche Ur-Bayer mit ziemlich ernster Miene zumindest indirekt seinen Rücktritt für den Fall angekündigt, daß es ihm nicht gelingen sollte, sich wieder zu sanieren. Spätestens bis zur Sitzung des Bayern-Verwaltungsbeirates am 2. April, so der Präsident, wolle er seine Probleme im Griff haben. Wenn nicht, wisse er, was dann zu tun sei. Hoffmann in Not, für seinen Verein gilt das Gegenteil. Durch den 3:2-Sieg über den VfB Stuttgart haben die Münchner ihre Tabellenführung gefestigt. Parallel zur sportlichen Entwicklung verläuft die finanzielle: 44 000 Zuschauer waren am Samstag im Olympiastadion und schraubten den Heimspiel-Schnitt auf 32 000 – die Bayern sind in jeder Beziehung Spitze. Ihr Manager Uli Hoeneß sagte zur WELT: „Es ist inzwischen mehr als nur ein Traum, daß wir ein ganz kurzes Saisonende erleben werden. Zumindest die Moral und das Selbstbewußtsein dazu sind bei allen vorhanden."

Dem kann wohl niemand ernsthaft widersprechen, denn innerhalb von elf Tagen haben die Münchner entscheidende Weichen gestellt. Hoeneß: „Unser 2:0-Sieg über den AS Rom im Europapokalspiel war das Schlüsselerlebnis. Dieser Erfolg hat die Mannschaft ungeheuerlich beflügelt. Das anschließende 2:0 beim 1. FC Köln war Ausdruck des Vertrauens in die eigene Stärke, und dieses Ergebnis wiederum hat es möglich gemacht, ein 0:2-Rückstand gegen die Stuttgarter in ein Happy-End umzuwandeln. Nächsten Mittwoch findet erneut eine Nagelprobe statt. Scheiden wir gegen Rom nicht aus, werden unsere Spieler sowohl physisch als auch psychisch kaum Mühe haben, die Dreifachbelastung Europacup, DFB-Pokalwettbewerb und Meisterschaft durchzustehen."

Von Moral sprachen sie alle nach dem Triumph über Stuttgart. Tatsächlich war es imponierend, wie die Münchner zuerst das Handicap wegsteckten, ohne ihre verletzten oder erkrankten Stammspieler Norbert Nachtweih, Roland Wohlfahrt und Dieter Hoeneß (der aber in Rom ganz sicher wieder mitmachen kann) gegen den VfB antreten zu müssen. Und noch bewundernswerter war, daß die Gastgeber auch nicht den Glauben an sich selbst verloren, als ihnen die Stuttgarter Hermann Ohlicher, vier Minuten vor der Pause, und Karl Allgöwer, nur 60 Sekunden nach dem Seitenwechsel, die vermeintlichen K.-o.-Schläge versetzten. „Wir haben zurückgefightet und den Zuschauern ein tolles Spektakel geboten", erklärte der überglückliche Manager Hoeneß später. Und er nahm die günstige Gelegenheit auch gleich zum Anlaß, Medienschelte zu betreiben. Es läge ihm zwar fern, sämtliche Journalisten in einen Topf zu werfen, meinte Hoeneß, aber er habe zuletzt doch feststellen müssen, daß bei vielen eher die Bereitschaft gegeben sei „draufzuhauen als konstruktive Kritik zu üben." Nicht zuletzt deshalb hätten viele Klubs Zuschauernöte. Nach Roß und Reiter befragt, fügte Hoeneß an: „Ein paar Leute vom ZDF tun sich derzeit besonders hervor. Ich würde gerne mal wieder ins Sportstudio eingeladen werden, um dort Tacheles zu reden."

Derweil der Manager solchen Dampf abließ, verbreitete Bayern-Torwart Jean-Marie Pfaff mal wieder totale Heiterkeit. Der Sieg gegen Stuttgart, verkündete der Belgier augenzwinkernd, sei in erster Linie auf seine Beharrlichkeit zurückzuführen. Wie das? Pfaff: „Ganz einfach. In der ersten Halbzeit habe ich noch mein blaues Trikot getragen – und das hat uns noch nie Glück gebracht. Das gelbe, mein Talisman, war irgendwie verschwunden. Ich habe schon während der ersten Spielminuten unseren Betreuern signalisiert, sie sollten um Himmels willen die ganze Kabine auf den Kopf stellen und meinen gelben Sweater je ausfindig machen. Schließlich fanden sie das Ding in einer Plastiktüte. Ich habe mich in der Pause sofort umgezogen, das hat den Sieg gebracht."

Die Stuttgarter hatten für solchen Humor überhaupt nichts übrig. Zum einen fuchste sie die Niederlage (die die Hoffnung auf einen UEFA-Cup-Platz fast illusorisch erscheinen läßt), zum anderen schmerzte der Platzverweis, den der Freiburger Schiedsrichter Tritschler gegen den VfB-Routinier Ohlicher aussprach. Wie wohl diese Rote Karte gegen den 35jährigen absolut berechtigt war. Ohlicher hatte dem Unparteiischen nach einer strittigen Entscheidung zugerufen, und so ist es auch im Spielbericht vermerkt: „Du bist das größte Schwein." Nach dem Abpfiff wurde diese Geschichte kolportiert: Tritschler sei auf den Mittelfeldspieler zugegangen und habe ihn gefragt: „Haben Sie mich gemeint?" Auf Ohlichers klares „Ja" sei dann der Platzverweis erfolgt. Gestern allerdings stellte der Sünder richtig: „Diese Zusatzbefragung hat nicht stattgefunden, dagegen ist mein Zitat richtig wiedergegeben." Ob er es bereue, wollten Stuttgarter Journalisten wissen. Dazu Ohlicher: „Ich habe mich, wie ich glaube, berechtigt, einige Male über den Schiedsrichter geärgert. Ich bin Manns genug, um die Folgen zu tragen, ohne den unaufrichtig großen Büßer zu mimen." Stuttgarts am Saisonende ausscheidender Trainer, Helmut Benthaus hatte das 2:3 gestern offensichtlich schon abgehakt. Er befaßte sich mehr mit seiner Zukunft und gab bekannt, daß sein bereits als sicher vermeldetes Engagement beim FC Basel noch längst nicht beschlossene Sache sei. Er habe auch ein sehr gutes Angebot aus Spanien vorliegen. Den Namen Real Madrid wollte Benthaus weder bestätigen noch dementieren. Als sein Nachfolger in Stuttgart werden ernsthaft diese sechs gehandelt: der Dortmunder Erich Ribbeck, Pal Csernai (zur Zeit Benfica Lissabon), der Saarbrücker Uwe Klimaschefski, Ottmar Hitzfeld (vom Schweizer Erstligisten FC Aarau), der Düsseldorfer Willibert Kremer – und der Mannheimer Klaus Schlappner.



2. Liga

Hentrich als 22. Spieler in Aachen vom Platz

sid/dpa, **Hamburg**

Das Lokalderby zwischen den beiden Berliner Vereinen Hertha BSC und Blau-Weiß 90, das mit einem 2:0-Erfolg des früheren Bundesligaklubs endete, sowie das Ende der Aachener Mißerfolgsserie waren die herausragenden Ereignisse in der Zweiten Fußball-Bundesliga, nachdem das Spitzenspiel zwischen dem 1. FC Saarbrücken und dem 1. FC Nürnberg wegen Unbespielbarkeit des Platzes abgesagt worden war.

Mit zwei Punkten Vorsprung bleibt Hessen Kassel weiterhin Tabellenführer. Der 2:1-Auswärtserfolg beim Letzten, dem FC St. Pauli, war jedoch bis zur letzten Minute gefährdet. Die 2:0-Führung der Kasseler kam besonders kurz vor dem Ende noch einmal in Gefahr, als die Hamburger in der 85. Minute durch Studer auf 1:2 verkürzen konnten. Die Tore für den Tabellenführer erzielten Cestonaro und der sieben Minuten zuvor eingewechselte Knauf, der mit einem Freistoß Erfolg hatte.

Begünstigt durch die Spielabsage in Saarbrücken und den Punktverlust von Hannover 96 beim 3:3 in Offenbach schob sich Alemannia Aachen wieder auf einen Aufstiegsplatz vor. Nach einer Negativserie von 1:5 Punkten war der 3:1-Sieg über den FC Homburg dringend notwendig, um den Anschluß an Tabellenführer Hessen Kassel zu halten. Der 20jährige Günter Habig, Sohn des früheren Nationalspielers Ernst-Günter Habig, rechtfertigte dabei mit zwei Toren das Vertrauen, das Trainer Fuchs in ihn gesetzt hatte.

Aachen rutschte damit auf Platz zwei vor. Doch zahlreiche Spielabsagen und fällige Nachholspiele verzerren das Tabellenbild noch für eine Weile. Veränderungen in der Tabelle haben deshalb nur bedingte Aussagekraft.

Auffällig ist allerdings, daß sich der Kreis der Abstiegskandidaten vergrößert und der Kampf um den Klassenerhalt verschärft hat. Zehn Mannschaften sind an diesem Existenzkampf beteiligt. Trotz dieser Spannung am Tabellenende ist die Zuschauerresonanz äußerst gering. Nur 300 Besucher kamen ins Kölner Südstadion, wo die Fortuna beim 0:0 gegen den SC Freiburg ihre Negativserie fortsetzte. Teilerfolge im Kampf gegen den Abstieg erzielten jedoch die Stuttgarter Kickkers mit einem 2:1-Sieg über den MSV Duisburg sowie der VfR Bürstadt (2:1 über SSV Ulm) und der SV Darmstadt durch einen 3:1-Erfolg bei Rot-Weiß Oberhausen.

Obwohl Oberhausen mit Manfred Burgsmüller den mit Abstand torgefährlichsten Stürmer der Zweiten Liga unterhält, rutschte der Klub wieder in die untere Tabellenhälfte: Burgsmüller schoß bisher genau die Hälfte aller Oberhausener Tore und brachte es in 25 Spielen auf 21 Treffer. Damit führt er in der Torschützenliste deutlich vor dem Duisburger Pascal Notthoff (14 Tore) und dem Stuttgarter Dieter Dannenberg (13), die ihre Bilanz am Samstag um je einen Treffer erhöhten.

Bereits am Freitag wurde der 22. Platzverweis dieser Saison in der Zweiten Liga ausgesprochen. Betroffen war der 21jährige Andreas Hentrich, der erst im November von Bayer Uerdingen zum FC Homburg gewechselt war. Er sah beim Gastspiel auf dem Aachener Tivoli nach wiederholtem Foulspiel die rote Karte. Weil ihn eine mehrwöchige Sperre erwartet, sind folgende drei Spieler für den kommenden Spieltag gesperrt, weil sie zum vierten Mal die gelbe Karte sahen: Armin Löffler (Freiburg), Ronald Ossen (Darmstadt) und Wolfgang Trapp (Solingen).

DIE ERGEBNISSE

Offenbach – Hannover	3:3	(2:1)
Aachen – Homburg	3:1	(1:0)
Wattenscheid – Solingen	0:1	(0:1)
Stuttgart – Duisburg	2:1	(0:0)
Oberhausen – Darmstadt	1:3	(0:1)
Bürstadt – Ulm	2:0	(1:0)
Köln – Freiburg	0:0	:
Saarbrücken – Nürnberg	ausgefallen	
St. Pauli – Kassel	1:2	(0:1)
BW Berlin – Hertha BSC	0:2	(0:1)

DIE TABELLE

1.Kassel	24	14	5	5	49:34	33:15
2.Aachen	24	12	7	5	42:29	31:17
3.Hannover	25	11	9	5	47:39	31:19
4.Nürnberg	24	13	3	8	41:33	29:19
5.Saarbrücken	22	12	4	6	48:28	28:16
6.Solingen	24	12	3	9	43:42	27:21
7.Wattenscheid	23	11	4	8	39:37	26:20
8.Hertha BSC	22	9	7	6	34:29	25:19
9.Offenbach	25	9	6	10	31:36	24:26
10.BW Berlin	24	8	7	9	42:41	23:25
11.Oberhausen	25	8	7	10	42:46	23:27
12.Duisburg	24	8	6	10	41:42	22:26
13.Freiburg	24	7	8	9	27:29	22:26
14.Darmstadt	25	8	6	11	33:41	22:28
15.Köln	25	8	5	12	33:47	21:29
16.Bürstadt	24	9	2	13	37:39	20:28
17.Homburg	23	8	3	12	34:37	19:27
18.Stuttgart	24	7	5	12	29:36	19:29
19.Ulm	25	5	8	12	36:51	18:32
20.St. Pauli	24	6	5	13	34:47	17:31

DIE VORSCHAU

Freitag, 22. März, 20 Uhr: Nürnberg – Offenbach; Samstag, 23. März, 15.30 Uhr: Hertha BSC – St. Pauli, Freiburg – Stuttgart, Köln – Bürstadt, Hannover – BW Berlin, Homburg – Wattenscheid, Kassel – Oberhausen; Sonntag, 24. März, 15 Uhr: Darmstadt – Aachen, Solingen – Ulm, Duisburg – Saarbrücken

SKIFLIEGEN / Im Training sprang der Finne Matti Nykänen mit 191 Metern Weltrekord, dann wurde er auch Weltmeister

Gesicht wie ein Schulbube, aber er sagt: „Ich habe keine Angst"

O. BROCKMANN, **Planica/Wien**

Der Mensch als Ikarus. Für Sekunden wurde der Traum vom Fliegen wieder Wirklichkeit, realisiert von jenen wagemutigen Skifliegern, die in Planica die große Schanze als Sprungbrett für ihre großen Flüge nutzten. Einer dieser mutigen Männer, die zwischen Himmel und Erde schwebten, prägte die Weltmeisterschaft: der Finne Matti Nykänen, der mit 191 m einen neuen Weltrekord aufstellte und als Weltmeister der gesamten Konkurrenz um Längen davonflog.

Düpiert hat er seine Gegner bereits im ersten Training, endgültig schokkiert hatte er sie dann am Samstagmorgen, und beim Finale am Sonntag hatte er offenbar keine allzu große Mühe mehr, mit großen Weiten zu imponieren. Denn nur die Weite, der Rekord, schien Matti Nykänen noch zu fordern – längst nicht mehr die Konkurrenz.

„*Der Sieg ist mir leichter gefallen, als erwartet*", soll Matti Nykänen, ein 23jähriger Soldat aus Mittelfinnland, gesagt haben. Was er in den letzten drei Tagen wirklich äußerte, weiß nämlich niemand so genau. Der Finne spricht nur in seiner Muttersprache. Gesprächsfetzen wurden deshalb in Planica unter den Journalisten über 100 Ecken übersetzt. Nykänen – das Sprungwunder mit dem Gesicht eines Schulbuben – fürchtet obendrein das Mikrophon. Pech für Rundfunk- und Fernsehreporter.

Schlecht für alle, die das Geheimnis und die Person dieses überragenden Athleten aufschlüsseln wollen. Nykänen blieb auch in der Masse von 80 000 Zuschauern unantastbar. Durch nichts und niemanden ließ er sich ablenken. Eine Isolation mitten im Geschehen, die Österreichs Springer Hubert Neuper als Erfolgsgarantie ansieht: „Er konzentriert sich ausschließlich auf den Sprung, auf den technischen Ablauf. Jedem anderen Springer kreisen hingegen mindestens hundert Gedanken durch den Kopf."

Nykänen aber scheint nur an eines zu denken, an den perfekten Flug: Diesen demonstrierte er in Planica gleich mehrmals. In unvergleichlicher Ruhe lag der Finne knapp über seinen Ski, die er ein klein wenig rechts von seinem Körper drehte. Die Luftfahrt des Matti Nykänen schien kein Ende nehmen zu wollen. Sie mutete an wie ein kurzer Traum. Erst wenn Nykänen elegant landete, in Planica mehrmals hinter dem kritischen Punkt von 185 m, holte der Jubel des Publikums den Beobachter in die Wirklichkeit zurück.

Eine der wenigen verbürgten Aussagen des Weltrekordlers und Weltmeisters erklären aber dennoch etwas über seine überragende Stellung: „*Ich habe keine Angst.*" Andere Athleten, so auch der Österreicher Andreas Felder, wohl der künftige Weltcup-Sieger, sehen es anders: „Ich habe vor jedem Sprung große Angst."

Doch ein Kampf gegen Angstschwellen und Hemmungen, der Wunsch und der Ehrgeiz, große Weiten zu durchfliegen, treiben die Athleten auf die Spitze der Sprungschanzen. Natürlich reizt auch der Rekord, zumal die Traumgrenze von 200 Meter immer näher rückt. „Alles wartet darauf – wie auf einen Seiltanz ohne Netz im Zirkus", formulierte der frühere österreichische Olympiasieger Toni Innauer. Der einstige Weltrekordler betonte, „daß es sich beim Skifliegen um eine Mischform von Sport und Zirkus handelt. Darüber müssen sich die Sportler im klaren sein."

Denn Veranstaltungen, in denen kaum mehr Begreifbares in den Mittelpunkt rückt, leben von der Sensation. „Beim Skifliegen ist eben alles extremer, alles geht an die Grenzen. Vom Anlauf über den Absprung bis zur Landung, vom Tempo bis zum Druck, der bei der Landung entsteht", sagte Innauer. Nykänen raste bei seinem Weltrekordflug von 191 m mit 116 km/h auf den Schanzentisch zu. Bei Geschwindigkeiten von 110 km/h werde der Skispringer vom Menschen zum Gerät, meinte Innauer. „Er schießt wie eine Kugel über den Tisch, und wenn er einen Fehler macht, dann kann er kaum korrigieren." Deshalb plädierte auch Professor Baldur Preiml, der schon legendäre Trainer des früheren Stars Toni Innauer dafür, die Bremse zu ziehen. Der Sensationslust dürfe nicht freier Lauf gelassen werden. „Wenn die Schanzen dementsprechend gebaut sind, dann steht man auch Sprünge über 200 Meter. Aber wem nützt denn so etwas?"



Auch im Erfolg stets nachdenklich: Der finnische Skiflug-Weltmeister Matti Nykänen. FOTO: EPA

Die Zuschauermassen in Planica gaben dem Veranstalter ohnehin recht. 80 000 Besucher bedeuteten einen Zuschauer-Rekord fürs Skifliegen. Nach dem Trainingsauftakt mit drei Weltrekorden wurden noch mehr Zuschauer nach Planica gelockt, wo 1939 Sepp Bradl als Erster über 100 Meter gesegelt war. 56 Jahre später kreisten die Diskussionen um eine neue Traumgrenze – 200 Meter.

Matti Nykänen, schon vor dieser Weltmeisterschaft mit 185 m Weltrekordler, rückte dieser Grenze wieder etwas näher. Das Überwinden ist wohl nur noch die Frage einer kurzen Zeitspanne. Es wird ein Sprung zu Schlagzeilen, Popularität, Ruhm und materiellem Gewinn sein. Je eher diese Zahl erreicht wird, um so schneller setzen die Springer dem umstrittenen Rekordtreiben wohl ein Ende. Die Sucht nach Bestleistungen wird es weiter geben, doch die diskutierte Weite ist dann einer der letzten Träume, den sich Sportler erfüllt haben.

Alles, was darüber hinausgeht, sprengt den Rahmen der menschlichen Möglichkeiten, für Schanzenbauer und Skiflieger gleichermaßen. So faszinierend dieser Sport ist, man sollte bedenken: Gemäß der Überlieferung stürzte Ikarus ab, als er sich im Freudenrausch des Fliegens der Sonne näherte und der Wachs an seinen Flügeln schmolz. Dem Mensch sind eben Grenzen gesetzt.

SKI NORDISCH / Deutscher Erfolg in Oslo

Weinbuch: „Auf diesen Tag habe ich hingearbeitet"

HANS ALT, **Oslo**

Die Weltcupsieger in der Nordischen Kombination kommen aus Norwegen, die Weltmeister aus der Bundesrepublik Deutschland. Der Weltmeister in der „Krone des Skilaufs", wie die Nordische Kombination genannt wird, Hermann Weinbuch aus Berchtesgaden, unterstrich mit seinem Kombinationssieg beim Holmenkollen-Skifestival, daß sein Triumph von Seefeld kein Zufall war.

Nach dem zweiten Platz im Kombinationsspringen, das zum erstenmal auf dem großen Holmenkollen-Bakken und nicht auf der veralteten Anlage am Midstuen ausgetragen wurde, war er am Schlußtag beim 15-km-Langlauf nochmals der Triumphator. „Auf diesen Tag habe ich hingearbeitet", sagte der Weltmeister, „ich wollte die drei wichtigsten Prüfungen dieses Winters erfolgreich beenden." Er meinte damit die Wettbewerbe in Schonach (Schwarzwaldpokal), die Weltmeisterschaften in Seefeld und die Nordische Kombination am Holmenkollen. Was der Berchtesgadener schaffte, hatten vor ihm nur Olympiasieger Georg Thoma aus Hinterzarten (1963–1965) und Franz Keller (Nesselwang), der 1967 am Holmenkollen den begehrten Königspokal gewann, erreicht.

Auf dem Holmenkollen-Bakken sprang Hermann Weinbuch so gut *wie noch nie in diesem Jahr.* Mit Weiten von 101 m und 104 m und 210,4 Punkten belegte er hinter Heiko Hunger („DDR"), der mit 110,5 sogar den Schanzen-Rekord der Spezialspringer um einen Meter übertraf, den zweiten Platz. Um für den Wettkampf am Holmenkollen fit zu sein, hatte der Weltmeister sogar noch abgenommen, denn die leichten Springer fliegen auf einer großen Schanze weiter als die Schwergewichte. „Vier Kilo habe ich in den letzten Wochen abtrainiert", erzählte Weinbuch in Oslo, der gemeinsam mit seinem Freund Hubert Schwarz (Oberaudorf) direkt von der staatlichen Langlauflehrer-Prüfung nach Norwegen gereist war.

Norweger und Deutsche haben in diesem Winter die Kombinationswettbewerbe bestimmt. Im Weltcup gewann der Norweger Geir Andersen die Prüfungen in Planica, St. Moritz, Leningrad und Lahti, während Hermann Weinbuch in Schonach, Seefeld und nun am Holmenkollen erfolgreich war.

In den vor allem für die Skandinavier wichtigen Einzelrennen im Langlauf dominierten die Norwegerinnen und die Schweden. Die 27 Jahre alte Anette Böe (Norwegen), die Doppelweltmeisterin von Seefeld, gewann den 20-km-Langlauf der Damen und holte sich auch den Langlaufweltcup. Die stets aufgedreht wirkende, 1,65 m große und 52 kg schwere Norwegerin blieb auch am Holmenkollen ihrem Motto, „man muß immer lachen können" treu. Als ihr der 81jährige norwegische König Olav, der wieder alle Veranstaltungen am Holmenkollen von Anfang bis zum Ende mit bewundernswerter Ausdauer verfolgte, zum Sieg und zum Gewinn des Weltcups gratulierte, strahlte sie über das ganze Gesicht.

Noch eine freute sich in Oslo wie eine Schneekönigin: die deutsche Langlaufmeisterin Karin Jäger (Hirschau). Sie belegte als beste Mitteleuropäerin im 20-km-Langlauf den ausgezeichneten 12. Platz. „Endlich ist es wieder einmal gut gegangen", sagte sie. In dieser Woche wird sich entscheiden, ob sie weiterhin Leistungssport betreibt oder nicht. In ihrer Heimat Willingen wurde ihr eine Anstellung in der Verwaltung angeboten. „Nur wenn ich auch Beruf und Training verbinden kann", sagte sie am Holmenkollen, „werde ich weitermachen. Sonst ziehe ich wohl den Beruf vor."

BASKETBALL

Agon-Damen Meister

dpa, **Düsseldorf**

Die Basketball-Damen von Agon 08 Düsseldorf haben das erste von zwei verbliebenen Saison-Zielen erreicht. Mit einem 95:68 (50:30)-Sieg bei der SG München gewannen sie ihre siebte deutsche Meisterschaft. Die Entscheidung fiel damit bereits im zweiten von drei möglichen Play-off-Finalspielen nach dem Düsseldorfer 100:82-Heimerfolg eine Woche zuvor. Den Münchnerinnen blieb zum fünften Male nur die Vize-Meisterschaft.

Das überragende Düsseldorfer Damenteam stellte mit diesem sechsten Titelgewinn in Folge nach dem ersten Erfolg von 1975 den Rekord des Heidelberger TV 46 ein, der von 1955 bis 1960 und 1963 ebenfalls siebenmal die Meisterschale an den Neckar entführt hatte.

Nun wollen die Schützlinge des amerikanischen Trainers Toni DiLeo und des ehemaligen Bundestrainers Klaus Greulich im Pokalfinale am 30. März gegen den TSV 04 Leverkusen zum fünften Male nach 1980, 1981, 1983 und 1984 das begehrte Double schaffen.

Obwohl die amerikanische Olympiasiegerin Denise Curry als stärkste Ausländerin den Verein verlassen wird, sieht Abteilungsleiter und Mäzen Josef Franken optimistich in die nächste Saison: „Wir werden auch dann eine Mannschaft haben, die im Europacup eine gute Rolle spielen kann." So werde die Holländerin Anita Blange voraussichtlich weiter für Düsseldorf spielen, sagte Franken. Keine gute Nachricht für die nationale Konkurrenz – seit 108 Punktspielen sind die Düsseldorferinnen ohne Niederlage. Auch international war das Team erfolgreich: 1983 scheiterte es erst im Europa-Pokal-Finale gegen AC Vicenza. In diesem Jahr gab es gegen dieselbe Mannschaft eine Niederlage nur eine Runde früher.

SKI ALPIN / Weltmeister Wasmaier Siebter

Zurbriggen: „Girardelli ist nicht mehr einholbar"

sid, **Panorama/Waterville Valley**

Die Ski-Weltcuprennen in Übersee werden zum Triumphzug der Spätzünder. In Panorama (Kanada) gewann der Schweizer Peter Müller die letzte Weltcup-Abfahrt der Saison. Tamara McKinney (USA) hieß die Siegerin des Spezialslaloms in Waterville Valley (US-Bundesstaat New Hampshire). Beste deutsche Plazierung: siebenter Platz von Riesenslalom-Weltmeister Markus Wasmaier. Maria Epple-Beck, im ersten Lauf ebenfalls Siebente, verlor durch einen Sturz ihre Chancen.

„Jetzt, da alles vorbei ist, bin ich in der Form meines Lebens", meinte Peter Müller nach seinem zehnten Weltcup-Sieg seit 1979 und dem fünften Triumph in Amerika, das alljährlich Schauplatz des Saisonfinals ist.

Müller lag im Ziel der 3514 m langen Piste immerhin 71 Hundertstel Sekunden *vor* Helmut Höflehner. Der Österreicher hatte schon zuvor als Sieger im Abfahrts-Weltcup festgestanden. Platz vier brachte Weltmeister Pirmin Zurbriggen aus der Schweiz nur die Erkenntnis: „Der Kampf um den Gesamt-Weltcup ist zugunsten von Marc Girardelli entschieden."

Der für Luxemburg startende Österreicher punktete als Sechster ebenfalls und weist vor den drei letzten Saisonrennen 43 Punkte Vorsprung auf. Zurbriggen müßte den Riesenslalom in Panorama und die beiden letzten Slaloms am Mittwoch in Park City (Utah) und Samstag in Heavenly Valley (Kalifornien) gewinnen, um Girardelli noch abzufangen.

Auf Rang sieben landete Markus Wasmaier. Der Weltmeister aus Schliersee liegt in der Schlußwertung des Abfahrts-Weltcups mit 17 Punkten nur knapp hinter Franz Klammer. Österreichs großes Ski-Idol, in Panorama nicht mehr am Start, fand sich zum Abschluß der Laufbahn mit 27 Punkten auf Rang 16 wieder. „Die schlechten Ergebnisse erleichtern mir den Rücktritt", meinte er.

Während Herbert Renoth (Berchtesgaden) als 26. noch einen Platz vor dem amerikanischen Olympiasieger Bill Johnson lag, büßte Sepp Wildgruber (Oberaudorf) nach den Plätzen zwei und drei in den beiden letzten Rennen alle Chancen durch einen Sturz ein.

Ähnlich erging es in Waterville Valley den deutschen Mädchen im Slalom. Fünf, darunter Regine Mösenlechner (Inzell) und Traudl Hächer (Schleching), scheiterten bereits im ersten Durchgang, den Maria Epple-Beck als Siebente beendete. Dann fiel auch sie aus.

Das Rennen wurde zum Triumph der Tamara McKinney, die das Kunststück fertigbrachte, beide Läufe in 46,55 Sekunden zu beenden. Die Amerikanerin gewann vor Maria Rosa Quario aus Italien und der Österreicherin Anni Kronbichler. Vierte wurde Brigitte Örtli (Schweiz). Die Amerikanerin feierte den 16. Triumph ihrer Laufbahn und den sechsten Weltcup-Sieg in Amerika.

Im Kampf um den Gesamt-Weltcup hätte Brigitte Örtli (217 Punkte) nur ein Sieg helfen können, den fast schon uneinholbaren Vorsprung der Teamkameradin Michela Figini (259) entscheidend zu verringern. Die Überraschung des Rennens war Camilla Nilsson. Die Schwedin landete nach Bestzeit im zweiten Durchgang auf Rang sechs.

Tamara McKinney, die vor zwei Jahren durch den großen Endspurt in Amerika noch den Gesamt-Weltcup errang, hat nun die große Chance, in den beiden letzten Rennen wie im Vorjahr die Slalom-Trophäe zu gewinnen. Sie führt mit 82 Punkten vor Erika Hess (Schweiz/73) und Perrine Pelen (Frankreich/71).

RADSPORT / Überraschung beim klassischen Straßenrennen Mailand–San Remo: Keiner von den Stars konnte gewinnen

36 Jahre alter Kuiper hielt Jugend in Schach

M. GROHLEDER, **San Remo**

Zu denen, die als Favoriten hoch gewettet wurden, gehörte der Sieger nicht. Der Ire Sean Kelly hatte zuvor tagelang auf den letzten Kilometern des klassischen Eintagsrennens Mailand–San Remo trainiert. Doch es half nichts. Der italienische Stunden-Weltrekordler Francesco Moser hatte unter Ausschluß jeglicher Öffentlichkeit in den Bergen geübt. Doch auch das nutzte ihm nichts.

Sein Landsmann Giuseppe Saronni hatte mitsamt seinem Team zuvor das Vorbereitungsrennen Tirenno-Adriatico abgebrochen, um bei Mailand–San Remo mit ganzer Kraft zur Sache zu gehen. Es war vergeblich. Der Belgier Erik Vanderaerden sollte von der Erfahrung seines großen holländischen Teamchefs Peter Post und der Unterstützung seines überaus starken Teams profitieren. Auch das reichte nicht aus. Sieger des 76. klassischen Eintagesrennens Mailand–San Remo über 294 Kilometer wurde ein Mann, der nicht sich, sondern einen Teamkollegen dafür ausersehen hatte: der bereits 36 Jahre alte holländische Ex-Weltmeister Hennie Kuiper.

Kuiper hatte seinem Teamchef, dem früheren Merckx-Gehilfen Roger Sweerts, versprochen: „Aus meinem 22jährigen Landsmann Teun van Vliet mache ich etwas. Der junge Mann ist ebenso talentiert wie diszipliniert – da lohnt sich die Aufgabe. Ich werde versuchen, aus Teun den Überraschungssieger von Mailand–San Remo zu machen." Als 40 Kilometer vor dem Ziel der Italiener Silvano Ricco auf und davon fuhr, als sich der Belgier Patric Versluys an dessen Hinterrad heftete, trat auch Kuiper kräftig in die Pedalen. Teun van Vliet jagte ebenfalls hinterher, denn „ich konnte doch meinen Chef nicht allein lassen". Am letzten steilen Berg, dem gefürchteten Poggio, schien alles gelaufen zu sein für Hollands neues, großes Talent Teun van Vliet, der vor dem Italiener im Stile eines Meisters hinauffuhr. Kuiper verließen die Kräfte, nur mühsam keuchte er die steilen Serpentinen hinauf. Doch auf der Abfahrt holte er die beiden in halsbrecherischer Fahrt wieder ein, und kurz vor der Via Roma in San Remo, dort, wo der Spurt ausgetragen wird, winkte van Vliet seinen Kapitän vorbei. Im Ziel erklärte er, warum er das getan hatte: „Ich war fix und fertig. Und ich hatte unterwegs schon gemerkt, daß ich gegen Ricco keine reelle Chance hatte. Da wollte ich die Verantwortung nicht auf mich nehmen. Ich war froh, als Hennie wieder auftauchte."

Und Hennie Kuiper, der schon alles gewonnen hat, was wichtig im großen internationalen Radsport ist, richtet es wieder einmal für seine Mannschaft. Gegen ihn, der sich jetzt eher als eine Art Spielertrainer der Mannschaft, als verlängerter Arm des Teamchefs und nicht mehr in erster Linie als möglicher großer Sieger großer Rennen sieht, hatten seine künftigen Nachfolger nichts mehr auszurichten.

„Weißt du", sagte Kuiper im Ziel, „die Sache ist doch so: Natürlich fahre ich in erster Linie mit, um den jungen Leuten in meiner Mannschaft auf die Sprünge zu helfen. Doch ich wäre kein großer Rennfahrer, wenn ich nicht mit der festen Überzeugung an der Startlinie stehen würde, daß auch ich immer noch gewinnen könnte. Hätte ich diese Überzeugung nicht mehr, würde ich sofort vom Fahrrad steigen und Schluß machen. Radfahren ist mein Beruf, und solange ich diesen ausübe, werde ich das mit allerletzter Konsequenz tun."

So hat er es schon immer gehalten, schon als Amateur, als er 1972 bei den Olympischen Spielen in München die Goldmedaille auf der Straße gewann. Oder 1975, als er Weltmeister der Straßen-Profis wurde. Oder 1983, als er für viele völlig überraschend überlegen den schweren französischen Klassiker Paris–Roubaix gewann. Kuiper hat nur einmal ein großes Rennen vorzeitig aufgegeben, das war vor zwei Jahren bei der Tour de France, als ihn die Nachricht ereilte, sein Vater liege nach einem schweren Autounfall im Sterben. Aber auch da kündigte er nicht an, irgendwann in absehbarer Zeit zurückzutreten.

Und immer dann, wenn er von Kollegen nach deren Siegen hört, wie sie bereits ihren Abschied planen, dann schimpft er: „Beamtenmentalität".

Kuiper war es auch, der sich stets für jüngere Fahrer einsetzte, um ihnen den Weg in diesem schwierigen Geschäft zu ebnen. So auch für seinen Landsmann Adri van der Poel, der inzwischen zu den Besten der Branche gehört. Doch als van der Poel gleich zweimal – ob durch eigene Schuld oder nicht – in eine Doping-Affäre verwickelt wurde, zog sich Hennie Kuiper von ihm zurück. Und er wechselte auch die Mannschaft, um dort nun Teun van Vliet, den Überraschungszweiten von Mailand–San Remo, auf eine große Karriere vorzubereiten.

NACHRICHTEN

Gefängnisstrafen

Mailand (sid) – Ein Mailänder Gericht hat zwei Fans des italienischen Erstliga-Klubs Inter Mailand zu Haftstrafen von siebeneinhalb und achteinhalb Jahren verurteilt. Die beiden hatten 1983 beim UEFA-Pokalspiel Inter Mailand gegen Austria Wien einen Anhänger Wiens bei Messerstechereien lebensgefährlich verletzt.

Beinbruch

Tripolis (sid) – Algeriens Fußball-Star Lakhdar Belloumi, der bei der Weltmeisterschaft 1982 in Spanien den Siegtreffer zum 2:1 im Spiel gegen Deutschland erzielt hatte, erlitt bei einem Afrika-Cup-Spiel einen Beinbruch.

Bordeaux protestiert

Paris (sid) – Girondins Bordeaux, Tabellenführer der ersten französischen Fußball-Liga, hat wegen fehlender Informationen des UdSSR-Klubs Dnjepr Dnjepropetrowsk vor dem ursprünglich am 20. März geplanten Rückspiel im Europapokal der Landesmeister Protest bei der Europäischen Fußball-Union (UEFA) eingelegt. Bis zum 15. März hätten die Sowjets noch kein Datum und keinen Spielort angegeben.

Bombendrohung

London (sid) – Der englische Fußball-Erstliga-Klub Tottenham Hotspurs hat ein für August geplantes Freundschaftsspiel beim nordirischen Verein Portadown wegen einer Bombendrohung abgesagt. Die Irisch-Republikanische Freiheits-Armee hatte ein Attentat angedroht.

Berlin bewirbt sich

Berlin (dpa) – Der Berliner Hokkey-Verband bewirbt sich für 1987 um die Ausrichtung der Champion's Trophy, dem alljährlichen Turnier der weltbesten Hockey-Mannschaften. Die letzte Champions Trophy war 1984 in Karatschi ohne deutsche Beteiligung ausgespielt worden.

Götz will zurücktreten

Augsburg (sid) – Peter Götz, Volleyball-Trainer des Damen-Bundesligaklubs TG Viktoria Augsburg, hat zum Saisonende seinen Rücktritt erklärt. Götz reagierte damit auf Äußerungen von Bundestrainer Andrzej Niemczyk, der Götz einen „miesen Trainer" genannt hatte, und auf die Tatsache, daß der Bundestrainer dafür vom Deutschen Volley-Verband bislang nicht gerügt worden ist.

Sieg für Bott

Venedig (sid) – Der Karlsruher Markus Bott gewann beim Italia-Box-Turnier in Mestre bei Venedig das Finale der Halbschwergewichts-Klasse. Er besiegte den Italiener Antonio Manfredini mit 4:1.

Sieg mit Radschinsky

Berlin (dpa) – Mit Olympiasieger Karl-Heinz Radschinsky, seit drei Tagen nach einem Geständnis in der Anabolika-Affäre wieder frei, gewann der KSV Langen den Gewichtheber-Bundesliga-Kampf bei SuS Dortmund-Derne mit 865,8 Kilogramm.

Kempa nach Zürich

Zürich (sid) – Bernhard Kempa, ehemaliger deutscher Handball-Nationalspieler, wird Trainer des abstiegsbedrohten Schweizer Handball-Erstliga-Klubs Grasshoppers Zürich. Der 64jährige wird die Mannschaft in vier von sechs Spielen der Abstiegsrunde betreuen.

Schach: Dritter Bewerber

Buenos Aires (dpa) – Nach Graz und London bemüht sich Buenos Aires um die Austragung des Finales um die Schach-Weltmeisterschaft zwischen Titelverteidiger Karpow und Kasparow (beide UdSSR).

Kein Grand Prix in Rom

Rom (dpa) – Die Organisatoren des für den 13. Oktober geplanten Formel-1-Grand-Prix in Rom haben auf die Ausrichtung dieses drittletzten Weltmeisterschafts-Laufes verzichtet.

Silber für Judodamen

Landskrona (sid) – Zwei Silbermedaillen gewannen die Kämpferinnen des Deutschen Judo-Bundes bei den Europameisterschaften der Damen in Landskrona (Schweden). Titelverteidigerin Barbara Claßen (Grenzach-Wyhlen) unterlag im Finale der Klasse bis 72 Kilogramm der Belgierin Ingrid Berghmans, die Rüsselsheimerin Gabi Ritschel mußte in ihrem Finalkampf gegen die Polin Olechnowicz wegen Verletzung aufgeben.

Hannover gibt nach

Hannover (dpa) – Fußball-Zweitliga-Klub Hannover 96 hat den Protest gegen die Wertung des 0:1 verlorenen Viertelfinal-Spiels im DFB-Pokal am 16. Februar beim 1. FC Saarbrücken zurückgezogen. Damit ist die Verhandlung vor dem Sportgericht des DFB hinfällig.

Pfauenruf überlegen

Neuss (kgö) – Das Orsini-Rennen (17 000 Mark, 10 000 Mark dem Sieger, 1650 m) auf der Galopprennbahn in Neuss gewann mit zwei Längen Vorsprung der dreijährige Hengst Pfauenruf mit Jockey Cavin Woodburn. Die Plätze zwei und drei belegten Almeria und der Favorit Rox.

BOXEN / Der Amerikaner Larry Holmes verteidigte seinen Weltmeistertitel zum 19. Mal erfolgreich

Mit seinen 35 Jahren ist er eigentlich längst müde, aber das viele Geld lockt ihn in den Ring

sid/dpa, **Las Vegas**

Larry Holmes bleibt Box-Weltmeister aller Klassen. 15 Monate nachdem er seinen Weltmeister-Titel freiwillig zurückgegeben hatte, ist der amerikanische Schwergewichtsboxer immer noch in den Siegerlisten zu finden. In Las Vegas bezwang er jetzt seinen Landsmann David Bey durch technischen K. o. in der 10. Runde. Damit beendete der 35 Jahre alte Holmes auch seinen 47. Profi-Kampf siegreich und verteidigte zum 19. Mal erfolgreich seinen Weltmeister-Titel, den er erstmals am 9. Juni 1978 durch einen Sieg über Ken Norton errungen hatte.

Mehrfach hat Larry Holmes zwischenzeitlich seinen Rücktritt angekündigt, die Konsequenz daraus aber hat er noch nicht vollzogen. Bereits 1982 wollte er seinen letzten Kampf bestreiten: Fünfmal ist er seitdem jedoch wieder in den Ring gestiegen – und jedem Kampf folgte eine neuerliche Rücktritts-Erklärung. Den nächsten Rücktritt hat er für den 9. Juni angekündigt. Auf den Tag genau sieben Jahre nach seinem ersten Titelgewinn will sich Larry Holmes aus dem Geschäft zurückziehen.

„Ich bin zu weich für dieses Spiel. Ich komme nie wieder zurück, denn ich bin müde," hatte er bereits vor zwei Jahren resignierend erklärt und auf die Gefahren seines Sports verwiesen: In seinem Alter sei selbst gegen schwächere Boxer das gesundheitliche Risiko zu groß. Eine Einsicht ohne Folgen. Holmes Bedenken schwanden angesichts der Gagen, die Veranstalter immer noch für seine Auftritte bieten.

Möglicherweise erliegt er jetzt erneut den verlockenden finanziellen Comeback-Angeboten, die ihm in den letzten Jahren mindestens zwei Millionen Dollar pro Kampf garantierten. Insgesamt soll er in den elf Jahren seiner Laufbahn als Berufsboxer rund 20 Millionen Dollar verdient haben. „Ich kämpfe nur noch wegen des Geldes." hatte er bereits vor Monaten seinen überraschenden Wechsel zu dem obskuren Weltverband IBF (International Boxing Federation) begründet.

Lukrative Kampf-Gagen könnten ihn auch in Zukunft zur Fortsetzung seiner Karriere bewegen, obwohl Larry Holmes inzwischen 35 Jahre alt ist: „Ich habe alles gewonnen, große Triumphe gefeiert und bin jetzt müde. Doch für einen Kampf gegen Michael Spinks oder Gerry Cooney würde ich die Handschuhe vielleicht noch einmal anziehen."

Siege wie der jüngste Erfolg gegen den sieben Jahre jüngeren David Bey stärken außerdem das Vertrauen in die eigenen, noch immer überdurchschnittlichen Fähigkeiten. Daß Larry Holmes nichts von seiner ehemals gefürchteten Schlagkraft verloren hat, erlebte Bey schon in der vierten Runde, als er durch eine Gerade am linken Auge getroffen wurde. In der sechsten Runde mußte Bey erstmals zu Boden, in der achten Runde wurde er erneut zweimal angezählt. Der Gong rettete ihn zunächst vor dem Abbruch, doch in der zehnten Runde hatte er dem Weltmeister nichts mehr entgegenzusetzen.

Zwar hatte Bey selbst einen vorzeitigen Abbruch prophezeit („Seine Zeit ist um, jetzt bin ich an der Reihe"), doch wurde er durch gezielte Kopftreffer seines Gegners aus allen Träumen gerissen. Der philippinische Ringrichter Carlos Padilla bewahrte ihn durch die Abbruchentscheidung möglicherweise vor ernsthaften Folgen. Die Rechtfertigung für die Richtigkeit der Ringrichter-Entscheidung lieferte Herausforderer Bey nach dem Kampf selbst: „Ich bin doch nur einmal niedergeschlagen worden, nicht wahr? Zweimal? Oh, ist das nicht furchtbar."



Auch David Bey (links) hatte gegen Schwergewichts-Weltmeister Larry Holmes keine Chance. FOTO: AP

Die Niederlage wurde ihm allerdings mit 500 000 Dollar versüßt, während Sieger Holmes sein Konto erneut um zwei Millionen Dollar aufstockte. Wenn er sich nach siebenjähriger pausenloser Titelverteidigung nun tatsächlich auf seine diversen Besitzungen in Easton im US-Bundesstaat Pennsylvania zurückziehen würde, wäre er der zweite Schwergewichts-Weltmeister in der Geschichte des Profi-Boxens, der ungeschlagen abtritt.

Bislang hat das nur einer geschafft: Der legendäre Rocky Marciano, der bislang letzte weiße amerikanische Schwergewichts-Weltmeister. Bevor Marciano 1969 im Alter von 46 Jahren bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam, war er in 49 Kämpfen ungeschlagen.

Georg Kreisler – Vom tristen Problem-Kabarett will er nichts mehr wissen

Die alten Hits sind am beliebtesten

Alte Lieder rosten nicht" – davon kann er eins singen, der Georg Kreisler. Seine gehören nämlich dazu, und das Publikum findet sie immer noch und immer wieder gut. 150 Abende lang hat er gerade seine Erfolge von einst – einige sind schon älter als ein Vierteljahrhundert – vor Zuhörern vorgetragen, für die mit der wienerwalzerseligen Horror-Ballade „Gehn ma Tauben vergiften im Park" der Gipfel des schwarzen Humors erreicht ist.

Zu diesem Song hat Kreisler ein recht zwiespältiges Verhältnis. Er macht kein Hehl aus der Tatsache, daß er ihn inzwischen nicht mehr singen mag; andererseits verdankt er dem „Taubenvergiften" einen Großteil seiner Popularität.

Auf schwarzem Humor allein läßt sich allerdings keine dauerhafte Existenz aufbauen. Und Kreisler konnte mehr aufweisen als ein paar flott gereimte Verse, die er mit eingängiger Musik versah. Immerhin hat er ein klassisches Musikstudium hinter sich gebracht – wenn auch mit Hindernissen. Als nämlich die Nazis kamen, verließ Kreisler das Wiener Konservatorium und emigrierte nach Amerika, wo er an der University of Southern California in Los Angeles weiterstudierte mit dem Ziel, Dirigent zu werden.

Doch zwei Dinge kamen zwischen ihn und das Dirigentenpult: der Geldmangel und die Filmindustrie. Der erste zwang ihn, für letztere zu arbeiten, und so komponierte er die Musik zu Kino- und Fernsehfilmen. In New York versuchte er sich nach dem Krieg – mittlerweile war er amerikanischer Staatsbürger geworden – erstmals mit bösartigen Liedern, doch mit diesem „sick humour" konnte er beim Publikum keinen Blumentopf gewinnen.

Das änderte sich erst 1955 in Wien. Eigentlich wollte er seiner alten Heimat nur einen Besuch abstatten, aber dann ist er doch geblieben. Als er hier begann, deutsch zu schreiben, und ein paar seiner Lieder vortrug, war das Echo so positiv, daß er beschloß, von nun an als Kabarettist seinen Lebensunterhalt zu bestreiten.

Seit mittlerweile dreißig Jahren tut er dies nun schon. Dabei ist Kreisler nicht beim „Taubenvergiften" und ähnlichen Freizeitvergnügen stehengeblieben; er hat im Lauf seiner Karriere immer wieder politisch Stellung bezogen, ohne daß dabei die Politik die Hauptrolle spielt.

„Das Kabarett ist tot", verkündete

Georg Kreisler – ARD, 22.00 Uhr

er vor einigen Jahren mit Grabesstimme. Was ihn jedoch nicht daran gehindert hat, weiter in diesem Metier zu arbeiten. Ist das nicht inkonsequent? Kreisler wehrt ab. „Den Satz muß man aus seiner Zeit heraus verstehen. Es ist schon seltsam: Wenn ein Wissenschaftler eine Theorie aufstellt und sie ein Jahr später wieder umstößt, findet niemand etwas dabei. Man sagt, der hat eben neue Erkenntnisse gewonnen. Einen Autor dagegen versucht man immer festzunageln auf das, was er vor zehn, zwanzig Jahren geschrieben oder gesagt hat."

„Wobei ich nicht sagen will, daß das Kabarett *nicht* tot ist", räumt er dann ein. „Es ist insofern tot, als es nichts verändert. Damals haben wir alle gesagt, es hat keinen Sinn, Lieder zu machen. Man muß die Sachen, die man anprangert, selbst in die Hand nehmen. Kabarett, meinten wir damals, ist dann gut, wenn am Schluß des Programms der Kabarettist zusammen mit dem Publikum aufs Rathaus marschiert."

Aber nicht nur das Kabarett, auch das Publikum hat sich verändert. Es sei, so Kreisler, „wahnsinnig abgeflacht". Und man könne es ihm nicht einmal verargen. Schließlich wollten die Leute, wenn sie abends ausgehen, keine Lieder über Hungersnot und Ungerechtigkeiten, Umweltverschmutzung und Kriegsgefahr hören. Darüber könne man sich tagsüber in allen möglichen Zeitungen informieren. „Die Leute sind bedrückt aus dem Theater gegangen", hat Kreisler nach einer Tournee beobachtet, für die er ein derartiges „Probleme-Programm" zusammengestellt hätte. Das hält er nicht für ein Erfolgserlebnis.

Daß Kreisler mit seinen „Nostalgie-Programmen" am besten ankommt, wurmt ihn ein bißchen. „Ich bin kein Vergangenheitsblicker", charakterisiert er sich. In dieser Rolle sieht ihn sein Publikum allerdings am liebsten. Welche Konsequenzen zieht er nun daraus? „Ich wünsch' mir, weniger Kabarett zu machen und mehr Theater. Ich glaube, das Publikum geht heutzutage offener ins Theater als ins Kabarett, und es möchte nicht allzu hart behandelt werden. Aber Unterhaltungskabarett ist auch nicht unbedingt das richtige. Ich möchte mich mehr mit Stücken befassen, und zwar in unterhaltsamer Weise." Deshalb will Kreisler sich künftig aufs Schreiben konzentrieren, darauf ist er mehr „programmiert" als aufs Auftreten. „Ich sitze lieber an meinem Schreibtisch als auf der Bühne." Nur Gift für die Tauben – das mag er nicht mehr verstreuen.

RAINER NOLDEN



Spekulationen in den unterschiedlichsten Richtungen hat die Entscheidung des Verwaltungsrats des Zweiten Deutschen Fernsehens ausgelöst, auf Vorschlag von Intendant Dieter Stolte die laufenden Verträge mit Chefredakteur **Reinhard Appel** (bis 1986 gewählt) und Programmdirektor **Alois Schardt** (bis 1987) zunächst nur um zwei bzw. ein Jahr bis zu einem gemeinsamen Stichtag im Jahre 1988 zu verlängern. Normalerweise werden die Direktorenverträge auf fünf Jahre abgeschlossen.

Die Zusammenlegung des Vertragsendes für beide könnte darauf hindeuten, daß danach alles neu geregelt wird, zum Beispiel durch einen Tausch der beiden Ämter unter den beiden großen Parteien.

Dies würde vor allem der SPD entgegenkommen, die mit „ihrem" Chefredakteur Appel nicht glücklich ist, aber auch dem Intendanten, der sich dann seinen alten Herzenswunsch erfüllen könnte, seinen Freund, den der SPD angehörenden und vor kurzem beim ZDF ausgeschiedenen Peter Gerlach, zum neuen Programmdirektor zu berufen.

Die Union, auf deren Vorschlag diese Position zur Zeit von Alois Schardt gehalten wird, müßte sich dann nach einem Chefredakteur umsehen, der ihr zugerechnet werden könnte, damit die entsprechenden Interessen auch weiterhin gewahrt bleiben. Ihr bisheriges Zögern, einem Tausch zuzustimmen, soll damit zusammenhängen, daß, verwunderlich genug, noch immer keiner gefunden wurde – obwohl Edmund Gruber, der in Hamburg umstrittene ARD-Tagesschau-Chef, seit langem „auf der Matte stehen" soll. Nea.

FUSSBALL / Kampf angesagt: Englischen Rowdies droht künftig lebenslängliche Gefängnisstrafe

Mit eiserner Hand greift Margaret Thatcher ein

CLAUS GEISSMAR, **London**

Seit Jahren hat die europäische Fußballgemeinde mit Entsetzen nach England geblickt. Warum gab es ausgerechnet im Mutterland des Fußballs die schlimmsten Fußball-Rowdies? Und warum tat die englische Football Association (FA) so gut wie nichts? Es hat lange gedauert. Aber nun ist es soweit. Und was jetzt stattfinden soll, ist auf wirklich allerhöchster Ebene angesiedelt. Premierministerin Margaret Thatcher hat zusammen mit Innenminister Leon Brittan und Sportminister Neil McFarlane einen Kabinettsausschuß gebildet, der die Radaubrüder nicht nur ins Abseits stellen soll.

Innenminister Brittan spricht davon, daß er sich lebenslängliche Gefängnisstrafen für Fußballfans vorstellen kann, die mit Messern aufs Spielfeld laufen und Polizisten niederstechen.

Was ist passiert im englischen Fußball, daß die mit ganz anderen Sorgen belastete Regierungschefin des Landes gezwungen ist, sich selbst an die Spitze eines „Fußballkriegs-Kabinetts" (Englische Zeitungen) zu stellen? Frau Thatcher kam von den Moskauer Beerdigungsfeierlichkeiten zurück, als ihr nach der Landung in London der erste innenpolitische Bericht übergeben wurde. Es war ein Bericht über den jüngsten englischen Fußballkrieg.

Bei einem Vereinspokal-Spiel zwischen Luton Town und Millwall London war es zu wilden Szenen gekommen. Hunderte von Krawallmachern zogen über das Spielfeld. Polizisten mit scharfen Hunden an der Leine mußten vor den wild gewordenen Zuschauerhorden die Flucht antreten. Eine der Szenen auf dem Fußballrasen von Luton sah schließlich so aus: Poizeisergeant Colin Cook lag, von einem Wurfgeschoß getroffen, wie ein verletzter Spieler im Strafraum. Der große Unterschied zu einem normalen Fußball-Foul: Bei dem Bobby hatte schon die Atmung ausgesetzt. Bobby Phil Evans rettete den Kollegen durch Mund-zu-Mund-Beatmung.

Nach dem Spiel zogen randalierende Jugendliche durch die Ivy Road, die vor dem Stadion liegt. Dennis und Christine Midwinter, die in dieser Straße wohnen, sind jetzt noch fassungslos über das, was dann passierte: Ihnen wurden die Scheiben ihres Häuschens eingeschmissen, die Windschutzscheibe ihres Autos ging zu Bruch. Der Ehemann mußte im Krankenhaus am Kopf eine Platzwunde nähen lassen. Durch die Ivy Road flüchteten ebenfalls einzelne Polizisten, unfähig, den Anwohnern zu helfen.

Die Anarchie von Luton löste eine Kettenreaktion aus. Der Verein von Brentford, der am Samstag in der dritten Division ein Punktspiel gegen Millwall absolvieren sollte, weigerte sich, das Spiel stattfinden zu lassen. Ted Crocker, Generalsekretär der Football Association (FA), machte die erstaunte Entdeckung, daß die Regeln eine solche Weigerung gar nicht zulassen. Aber alle gaben Brentfort recht. Das Spiel hat nicht stattgefunden. Morgen abend soll Millwall in Rotherham antreten. Wird Frau Thatcher die Polizei-Hundertschaften, die sie nicht mehr für den Bergarbeiterstreik braucht, ins Stadion von Rotherham schicken?

FA-Präsident Bert Millichip ist sogar überzeugt, daß die Vorgänge von Luton die UEFA-Entscheidung über die Europameisterschaft 1988 beeinflußt haben. Nach den Vorgängen von Luton, meint Millichip, gab es trotz des „Berlin-Problems" keine Chancen mehr, daß die UEFA dem Deutschen Fußballbund (DFB) die Europameisterschaft wegnehmen würde. Frau Thatcher hat Millichip fünf Tage Zeit gegeben, einen Report vorzulegen. Dann wird sie selber eingreifen.

Niemand zweifelt daran, daß sie es mit eiserner Hand tun wird.

ZAHLEN • • • • • • • ZAHLEN • • • • • • • ZAHLEN

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 18. Spieltag: Rostock – Lok Leipzig 3:1, Brandenburg – Karl-Marx-Stadt 2:0, Erfurt – Dresden 3:3, Magdeburg – Dynamo Berlin 2:2, Riesa – Suhl 3:1, Aue – Frankfurt 1:0, Chemie Leipzig – Jena 0:1. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 30:6, 2. Dresden 27:9, 3. Lok Leipzig 25:11, 4. Aue 21:15. – **Erste englische Division,** 30. Spieltag: West Ham – Manchester United 2:2, Arsenal – Leicester 2:0, Liverpool – Tottenham 0:1, Norwich – Sunderland 1:3, Nottingham – Bromwich 1:2, Queens Park – Ipswich 3:0, Sheffield – Luton 1:1, Southampton – Stoke 0:0, Watford – Chelsea 1:3, Aston – Everton 1:1. – **WM-Qualifikation,** Asien-Gruppe, Untergruppe A: Nepal – Malaysia 0:0. – **Länderspiel,** Schüler in London: England – Deutschland 0:1.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 1. Play-off-Runde: Köln – Charlottenburg 72:75, Gießen – Osnabrück 92:68, Göttingen – Leverkusen 66:71, Hagen – Bamberg 69:80. – **Bundesliga-Qualifikation:** Düsseldorf – Oldenburg 65:76, Hagen – Wolfenbüttel 106:71. – **Bundesliga,** Damen, Play-off-Runde: USC München – Düsseldorf 68:95. – Gruppe Süd: Heidelberg – Bayern München 93:75.

EISHOCKEY

Play-off-Runde, Endspiele, 1. Finalspiel: Rosenheim – Mannheim 4:3. – 1. Spiel um Platz 3: Kaufbeuren – Köln 2:4. – **Bundesliga,** Qualifikation, 12. Spieltag: Frankfurt – Bayreuth 2:5, Bad Tölz – Augsburg 3:5, Füssen – Preußen Berlin 3:5, Essen-West – Krefeld 2:7, Duisburg – Rießersee 2:6.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 18. Spieltag: Dankersen – Düsseldorf 18:15, Gummersbach – Lemgo 24:22, Hüttenberg – Hofweier 20:20, Großwallstadt – Bergkamen 18:16, Wallau-Massenheim – Essen 16:22, MTSV Schwabing – Reinikkendorfer Füchse Berlin 26:22. – **Bundesliga,** Damen, 16. Spieltag, Gruppe Nord: Eilbeck – Kiel 22:19, Leverkusen – Herzhorn 27:12, Engelskirchen – Hannover 20:14, Oldenburg – Minden 26:12. – Gruppe Süd: Sindelfingen – Lützellinden 22:27, Malsch – Würzburg 13:19, Nürnberg – Gießen 26:17, Guts Muths Berlin – Frankfurt 19:21, Auerbach – Humboldt Berlin 25:21.

JUDO

Bundesliga, 2. Wettkampftag, Gruppe Nord: Düsseldorf – Köln 6:11, Wolfsburg – Remscheid 15:4, Bremen – Witten-Annen 5:12. – Gruppe Süd: Wiesbaden – Mannheim 9:7, Abensberg – München 13:2, Großhadern – Rüsselsheim 10:6. – **Europameisterschaften,** Damen in Landskrona, Klasse bis 61 kg: 1. Olechnowicz (Polen), 2. Ritschel (Deutschland); bis 72 kg: 1. Berghmans (Belgien), 2. Claßen (Deutschland).

GEWICHTHEBEN

Bundesliga, vierter Wettkampftag, Gruppe Nord: Berlin – Wuppertal 737,4:761,0 kg, Dortmund-Herne – Langen 582,1:865,8, Wolfsburg – Duisburg-Süd 782,6:591,5. – Gruppe Süd: Donaueschingen – Trier 651,1:643,3, Kindsbach – Mutterstadt 700,6:856,4.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Damen, Nachholspiel: Kaiserberg – Stuttgart 9:3.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Damen: Augsburg – Oythe 3:1, Feuerbach – Langenhorn 3:0, Stuttgart – Rüsselsheim 2:3, Vilsbiburg – Schwerte 3:0. – **Meisterschafts-Endrunde:** Lohhof – Münster 3:0.

WASSERBALL

Bundesliga, 3. Spieltag: Offenbach – Cannstadt 10:10, Spandau – ASC Duisburg 8:2, Hamburg – Düsseldorf 7:9, Hannover-Linden – Hamm 6:10, Würzburg – Esslingen 12:10, Duisburg 98 – Hohenlimburg 15:5.

RADSPORT

Mailand–San Remo: 1. Kuiper 7:36:34 Std., 2. Vliet (beide Holland) 8 Sek. zur., 3. Ricco (Italien) gleiche Zeit, 4. Vanderaerden (Belgien) 11, 5. Mantovani (Italien), 6. Castaing (Frankreich), 7. Kelly (Irland), 8. Cavallaro (Italien), 9. Bauer (Kanada) alle gleiche Zeit, . . . 46. Dietzen (Deutschland).

TENNIS

Turnier in Dallas, Viertelfinale: Lindquist – Schropp (Deutschland) 6:1, 6:3, Sukova (CSSR) – Bunge (Deutschland) 1:6, 6:1, 6:3, Navratilova (USA) – Kohde (Deutschland) 6:4, 6:3.

SKI NORDISCH

Holmenkollen-Skispiele: 20 km Weltcup-Langlauf, Damen: 1. Böe 59:35,3 Min., 2. Nykkelmo 59:58,2, 3. Pettersen 1:00:53,5, Std., 4. Jahren (alle Norwegen) 1:01:31,3, 5. Risby (Schweden) 1:01:31,8, . . . 12. Jäger (Deutschland) 1:02:05,8. – Weltcup-Endstand: 1. Böe 144 Punkte, 2. Nykkelmo 123, 3. Pettersen 113, 4. Aunli (Norwegen) 96, 5. Kratzer (Schweiz) 93, . . . 29. Jäger 25. – **50-km Herren:** 1. Holte 2:17,47,0 Std., 2. Monsen 2:21,21,0, 3. Aaland (alle Norwegen) 2:21,35,0, 4. Baurotz 2:22,48,0, 5. Bellmann (beide „DDR") 2:22,51,0, 6. Mikkelsplass (Norwegen) 2:23,03,0. – **4x10-km-Staffel** Männer, (Weltcup-Rennen): 1. Schweden (Eriksson, Danielsson, Wassberg, Svan) 1:40:24,3 Std., 2. Schweiz (Gruenenfelder, Sandoz, Faehndrich, Guidon) 1:41:17,7, 3. Norwegen (Hole, Mikkelsplass, Ulvang, Aunli) 1:41:47,1. – Weltcup-Endstand Staffeln: 1. Norwegen 182 Punkte, 2. Schweden 156, 3. Schweiz 114, 4. Finnland 108, 5. UdSSR 104, 6. CSSR 92, 7. Italien 78, 8. Deutschland 74.

SKI ALPIN

Letzte Weltcup-Abfahrt, Herren, in Panorama/Kanada: 1. Müller 2:03,12 Min., 2. Mahrer (beide Schweiz) 2:03,83, 3. Höflehner (Österreich) 2:03,86, 4. Zurbriggen (Schweiz) 2:03,90, 5. Weirather (Österreich) 2:03,99, 6. Girardelli (Luxemburg) 2:04,27, 7. Wasmaier 2:04,34, . . . 35. Dürr 2:06,96, . . . 41. Gattermann (alle Deutschland) 2:07,95. – Stand im Gesamt-Weltcup: 1. Girardelli 262, 2. Zurbriggen 219, 3. Wenzel (Liechtenstein) 174, 4. Müller 156, 5. Heinzer 136, 6. Stenmark (Schweden) 135, . . . 15. Wasmaier 92. – Endstand im Abfahrts-Weltcup: 1. Höflehner 110, 2. Müller 105, 3. Alpiger 80, 4. Wirnsberger 80, 5. Zurbriggen 79, . . . 10. Wildgruber 53. . . . 19. Wasmaier 17. – **Weltcup-Slalom,** Damen, in Waterville Valley/USA: 1. McKinney (USA) 1:33,10 Min., 2. Quario (Italien) 1:33,45, 3. Kronbichler (Österreich) 1:34,21, 4. Örtli (Schweiz) 1:34,22, 5. Pelen (Frankreich) 1:34,33, 6. Nilsson (Schweden) 1:34,38. . . . 25. Gerg (Deutschland) 1:38,33. – Stand im Gesamt-Weltcup: 1. Figini 259 Punkte, 2. Örtli 217, 3. Walliser 197, 4. Kiehl 168, 5. Charvatova 167, . . . 11. Epple-Beck 101. . . . 17. Hächer 71, 18. Gerg 70. – Stand im Slalom-Weltcup: 1. McKinney 82, 2. Hess 73, 3. Pelen 71, 4. Guignard 65, . . . 9. Epple-Beck.

SKIFLUG

Weltmeisterschaft in Planica, Gesamtwertung: 1. Nykänen (Finnland) 580,5 Punkte (190/180/186 m), 2. Weissflog („DDR") 530,5 (174/170/168), 3. Ploc (CSSR) 524,0 (169/169/173), 4. Ostwald („DDR") 517,0 (166/159/180), 5. Dluhos (CSSR) 515,0 (170/165/168), 6. Tepes (Jugoslawien) 511,5 (167/164/164), 7. Ylipulli (Finnland) 510,5 (168/161/173), 8. Klauser (Deutschland 166/162/165) und Holland (USA 164/164/169) beide 509,0, 10. Fidjestoel (Norwegen) 409,5 (165/157/170), . . 25. Wegschneider 438,0 (141/138/156), . . . 33. Boll 390,5 (136/132/139), . . 37. Haßlberger (alle Deutschland) 385,0 (117/132/153). – **Tageswertung,** letzter Tag: 1. Nykänen 194,5 (187+186), 2. Ostwald 182,5 (180+155), 3. Ploc 179,5 (142+172), 4. Ylipulli 179,0 (144+173), 5. Holland 174,0 (170+169), 6. Fidjestoel (170+153) und Weissflog (168+166) beide 172,5, 8. Dluhos 171,5 (168+153), 9. Klauser 170,0 (157+165), 10. Tepes 169,5 (143+164). . . 25. Wegscheider 428,0, . . 33. Boll 390,5, . . 37. Haßlberger 385,0.

GALOPP

Rennen in Köln: 1. R.: 1. Hydros (E. Schindler), 2. Cassis, 3. Ti Rex, Toto: 32/14, 26, 19, ZW: 376, DW: 2256, 2. R.: 1. Martinero (R. Harzheim), 2. Elswind, 3. Liebesprinz, Toto: 28/13, 15, 19, ZW: 92, DW: 384, 3. R.: 1. Trupper (A. Schütz), 2. Winnetou, 3. Petit Garcon, Toto: 68/15, 16, 14, ZW: 272, DW: 824, 4. R.: 1. Wolfram (J. Raming), 2. Prince Charmant, 3. Georgie's Star, Toto: 76/34, 22, —, ZW: 384, DW: 1744, 5. R.: 1. Altiala (M. Katzenbauer), 2. Pascal, 3. Naseweis, Toto: 28/14, 22, 50, ZW: 200, DW: 8364, 6. R.: 1. Allcortize (J. Orihuel), 2. Floras, 3. Star Nikata, Toto: 116/21, 16, 26, ZW: 468, DW: 3352, 7. R.: 1. Prestissimo (M. Hofer), 2. Toscalon, 3. Exotin, Toto: 104/22, 21, 15, ZW: 816, DW: 3136, 8. R.: 1. Stornelia (A. Wohler), 2. Leones, 3. Barinella, Toto: 12/11, 12, 19, ZW: 28, DW: 168, 9. R.: 1. Thusmenia (F. Werning), 2. Almgraf, 3. Toldi, Toto: 76/30, 22, 16, ZW: 1404, DW: 3372.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 5, 7, 34, 42, 46, Zusatzzahl: 11. – **Spiel 77:** 4 8 4 3 0 6 0. – **Toto,** Elferwette: 2, 0, 1, 0, 1, 1, 0, 2, 1, 1, 0. (Ohne Gewähr).

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.05 Der eiserne Weg (4)
11.05 Am Anfang die Erde (1)
11.50 Regenbogen
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Montagsgeschichten
17.20 Die kleine Hexe (3)
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Blauen und die Grauen
4. Teil
Nach dem Sieg der Nordstaaten bei Antietam am 22. September 1862 verkündet Präsident Lincoln die Abschaffung der Sklaverei ab 1. Januar des kommenden Jahres. Pressezeichner John Geyser hat auf dem Schlachtfeld Schreckliches gesehen. Jetzt trifft er die Senatorentochter Kathy Reynolds wieder.
Anschl. Ein Platz an der Sonne
Bekanntgabe der Wochengewinner
21.15 Kontraste
Ein Jahr nach der Ausreisewelle. Wo nicht nur der Rubel rollt. Wie die Sowjetunion auf westdeutschen Gold- und Devisenmärkten spekuliert / Der Mann, der Lenin kannte. Porträt des amerikanischen Großindustriellen Armand Hammer
Moderation: Jürgen Engert
22.00 Georg Kreisler
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Macbeth
Amerikanischer Spielfilm (1948)
Regie: Orson Welles
0.25 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Einführung in das Mietrecht
11. Folge: Die Lage ist da
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Boomer, der Streuner
Seine große Chance
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Der Traum eines Boxers
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Sieben Tage und kein Sonntag
Über den Alltag von Kleinbäuerinnen berichtet Ursula Scheicher
20.15 Sherlock Holmes und das Halsband des Todes
Deutsch-franz. Spielfilm (1962)
Regie: Terence Fisher
Anschl. Ratschlag für Kinogänger
21.45 heute-journal
22.05 Die Welt, in der wir wohnen
Am Anfang die Erde (2)
22.50 Der Boxer
Fernsehfilm von Karl Fruchtmann
Nach dem Roman von Jurek Bekker
Mit Norbert Kappen, Rüdiger Kirschstein u. a.
Nachdem der ehemalige KZ-Häftling Aaron seinen Sohn Mark wiedergefunden hat, widmet er ihm seine ganze Liebe. Doch im Laufe der Jahre setzt sich sein Sohn immer mehr von ihm ab, und als ihn auch noch seine Lebensgefährten verlassen, droht Aaron ein Leben in Einsamkeit . . .
1.05 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Das Inferno
15.00 Indian River
Kathy und der Leprechaun
Kathys Pferd ist gestürzt und hat sich den Fuß gebrochen. Dem Tierarzt bleibt keine andere Wahl: Er muß das Tier einschläfern . . .
15.30 Musicbox
16.30 Kum Kum
Ein gebrochenes Herz
17.00 Mondbasis ALPHA 1
Angriff aus dem Weltall
Die Mondbasis Alpha 1 sieht sich plötzlich in schwere Kampfhandlungen mit einem anderen Planeten verwickelt. Der unbekannte Gegner greift mit überlegenen Kräften an und fügt Alpha schweren Schaden zu . . .
18.00 Westlich von Santa Fé
Gesucht: Andy Moon
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Virginia (4)
19.40 Hardcastle & McCormick
Gefährliche Tage in Washington
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
21.00 Galerie Buecher
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Jeden Mittwoch
Amerikanischer Spielfilm (1966)
Mit Jane Fonda, Jason Roberts u. a.
Regie: Robert Ellis Miller
0.05 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
13. Immer der Nase nach
Kompass
Wachstum (1)
19.00 heute
19.30 Sportreport
Mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Bitterer Honig
Englischer Spielfilm (1961)
23.20 Kennwort: Kino
Anschl. 3SAT-Nachrichten

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsshow
Die Sendung kommt heute aus der Stadt Luxemburg
21.45 Landesspiegel
Nachtreporter: Schwertransport
Film von Sigrid Sünkler und Dieter Oeckl
22.15 Johann Sebastian Bach (1)
Vierteilige Fernsehserie
Die Herausforderung
Mit Ulrich Thein u. a.
Regie: Lothar Bellag
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Die Sprechstunde
19.15 Teures Miljöh
Grünplanung in Berlin
20.00 Tagesschau
20.15 Nahaufnahme
Die ersten 100 Tage
Übersiedler aus der DDR
21.00 Das Montagsthema
Bildschirmarbeitsplätze
22.00 Terror
Amerikanischer Spielfilm (1963)
(Original mit Untertiteln)
23.15 Nachrichten

HESSEN

18.30 Catweazle (10)
18.55 Wombles (10)
19.05 Drei – D
20.00 Trends
20.45 Die Sprechstunde
Kinderkrankheiten: Röteln
21.30 Drei aktuell
21.45 Direktion City
Kleine Fische
Berliner Krimi
22.30 Wege zum Menschen
Leben heißt Wachsen

SÜDWEST

18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Candy wird gejagt
20.20 Die Rückkehr der Kornblume
Von Wechselwirkungen in unserer Kulturlandschaft
21.05 Kilmbim
Gäste: Gunther Philipp und Margot Werner
21.50 Die Leute von Coudols
Beobachtungen in einem französischen Bergdorf
22.35 Rückblende
22.50 Jimmy Giuffre 4
23.50 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Geheimnisse des Gehirns
Dokumentarreihe von Dick Gilling
6. Angst
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Der Aufpasser
Charlie, der Löwe von Zypern
Kriminalfilm
23.35 Rundschau

Pankraz, Molière und die heutigen Komödien

Ein junger Drehbuchschreiber, gefragt, woran er arbeite, antwortete: „An einer Komödie über das Waldsterben". „Oh, Sie Unglücksrabe", ächzte Pankraz, „das nimmt Ihnen doch kein Sender ab. Das können Sie nicht einmal beim Theater in Linz an der Donau loswerden. Über das Waldsterben darf man höchstens Tragödien im Stil von John Knittel schreiben."

Aber der Drehbuchschreiber, erst kürzlich aus Ost-Berlin freigekauft, blieb guten Mutes. Hier sei doch der freieste Staat, der je auf deutschem Boden existiert habe, da werde er schon irgendeine geneigte Dramaturgie finden. Die hiesige Diskussion über das Waldsterben trage ja ohne allen Zweifel eminent komische Züge. Er habe jedenfalls schon alle Knallchargen beisammen, allesamt brühwarm aus dem Leben gegriffen.

Da sei erstens, zählte er auf, der halbverrückte Professor, der es schon immer mit den Milben gehabt habe und der nun bei Podiumsdiskussionen über das Waldsterben mit seiner „Milbentheorie" viel Beifall bei den Medien einheimse. Da seien zweitens die Anführer einer Bürgerinitiative, die nur darauf warteten, von der Gegenseite mit einer schönen, fetten Summe zum Schweigen gebracht zu werden. Und da sei schließlich die Hauptfigur, eine Art Eingebildeter Kranker à la Molière, der – den „Öko-Knigge" in der einen Hand und die „Wohngifte" in der anderen – kaum noch zu atmen wage vor lauter Angst, es könne ihm etwas vom sauren Regen zwischen die Kiefer geraten. Die Komödie sei nicht mehr aufzuhalten.

Pankraz beschloß, dem jungen Mann den Star zu stechen. Guter Freund, sagte er, was seinerzeit Molière ohne weiteres wagen durfte, das würde Ihnen heute sehr schnell den Hals brechen. Molière durfte zwar nicht gegen die Herrschenden, also gegen den Hof in Versailles, anstänkern, aber die Moden des Zeitgeistes, Pillenschluckerei und Adelshuberei, religiöses Heuchlertum und Sexualprotzerei, preziöse Weiber und schlechtverheiratete Wichtigtuer – sie standen zur freien Verfügung seines Spotts. Heute jedoch ist es genau umgekehrt.

Heute dürfen Sie voll gegen die „Herrschenden" vom Leder ziehen, ja, das wird sogar von Ihnen erwartet, obwohl das Phänomen der Herrschaft an sich ja gar nicht so komisch ist. Aber versuchen Sie einmal, irgendeines der gerade gängigen Zeitgeist-Tabus komödiantisch anzugehen – Sie werden auf die Nase fallen, selbst wenn Sie ein zweiter Molière wären.

Kann es zum Beispiel etwas Komischeres geben als eine studentische Wohngemeinschaft mit angeblich voller sexueller Freizügigkeit, in die hin und wieder gewisse Heroen der „Szene", auf der Flucht vor dem Zugriff der Polizei, einbrechen, um sich „auszuruhen", gleichzeitig aber auch, um die diversen zur Verfügung stehenden Strickstrumpfkätzchen zu vernaschen? Die Konstellation entspricht ziemlich genau den bürgerlichen Korrelaten bei Feydeau: die diversen eifersüchtigen Bourgeois samt ihren Ehefrauen anonym im „Salon" irgendeiner Freundin (vulgo: Edelpuff), dazwischen der Hai von draußen, der von der Polizei gesuchte Edelschurke, der alles durcheinanderbringt. Man könnte das Ganze also genau wie eine Komödie von Feydeau aufziehen, hochkomisch inklusive Gerenne und Türverwechslungen.

Aber wehe dem Stückeschreiber, der so etwas versuchte! Die linken Dramaturgien würden ihn umgehend auf die Schwarze Liste setzen, und die „Herrschenden" würden dazu Beifall klatschen mit dem salbungsvollen Satze: „Man darf doch die jungen Leute von heute nicht kriminalisieren." So wird der Feydeau unserer modernen Tage unentdeckt bleiben, und das Publikum wird sich weiter den Feydeau von vor hundert Jahren anschauen, glucksend vor Behagen darüber, daß man selber gottlob nicht so sei wie die damals (und natürlich nicht bedenkend, wie liberal „die damals" gewesen sein müssen, daß sie einen Feydeau zuließen).

„Um aber auf Molière zurückzukommen", warf der etwas still gewordene Drehbuchschreiber hier ein, „hat nicht kürzlich Enzensberger Molières ‚Menschenfeind' Zug für Zug ins Partygeschwätz unserer Tage übersetzt, und ist die Aufführung nicht ein großer Erfolg geworden?"

Der „Menschenfeind" ist ja gar keine Komödie, antwortete Pankraz, er ist fast eine Tragödie. Außerdem geht es da um das schwächste Zeitgeist-Tabu, eben um Partygeschwätz. Doch nun versuchen Sie, das gleiche, was Enzensberger mit dem „Menschenfeind" gemacht hat, mit – sagen wir – den „Gelehrten Frauen" zu machen! Setzen Sie für Armande einen Typ wie Alice Schwarzer ein, für den Rest der Preziösen Typen wie Luise Rinser oder Antje Vollmer, für Clitander Fritz J. Raddatz und für Herrn Chrysal Heiner Geißler! Ich verspreche Ihnen, Sie bekämen eine Komödie von geradezu brüllender Komik.

Doch natürlich: Das Ding würde Ihnen in der Schublade verschimmeln. Wer darf sich in dieser Gesellschaft schon über eine so ernste Sache wie die Frauenbeweung lustig machen. Noch vor den Dramaturgen würde Heiner Geißler sein Veto einlegen, aus Sorge, die weiblichen Wähler seiner Partei zu vergraulen. Dabei war Geißlers letzter Fernsehauftritt in Sachen Frauenbewegung, als sieben Emanzipations-Megären inklusive einer leibhaftigen Gräfin über ihn herfielen, selber schon komödienreif. Ein Stückeschreiber könnte die Szene ohne jegliche Änderung in seinen Komödientext einsetzen.

„Wenn ich Ihnen so zuhöre", sagte der Drehbuchschreiber, „dann möchte man meinen, das, was man den Leuten drüben von Regierung wegen verbietet, verbieten sich die hiesigen Idioten von selber. Die brauchen gar keine Regierung mehr zum Verbieten." Pankraz erschrak ein bißchen. So scharf hatte er es nun doch nicht gemeint. Aber etwas war dran an dieser Schlußfolgerung, etwas war zweifellos dran.

Pankraz

Es begann in Bonn-Bad Godesberg – George Roy Hills Action-Film „Die Libelle" nach John le Carré

Die schöne Canaille als Eintagsfliege

Gegen Ende des Films wird ein palästinensisches Ausbildungslager von israelischen Flugzeugen bombardiert; Mauern stürzen, Flammen lodern, Körper wirbeln wie Puppen durch die Luft. Da ist aber, von der Dramaturgie des Streifens her gesehen, schon längst alles vorbei. Man erkennt beim besten Willen keinen Grund, warum hier noch einmal dieses Grauen ausbricht.

Wahrscheinlich hatte der Regisseur das Gefühl, daß die Israelis bis zu diesem Punkt seines Opus viel zu positiv gezeichnet worden waren und daß man nun schnell noch eine Verbeugung vor den palästinensischen „Freiheitskämpfern" machen müsse. Dem Film bekommt so etwas nicht.

Er beginnt, buchgetreu nach John le Carrés Bestseller, im Mai 1981 mit einem Attentat auf die israelische Botschaft in Bonn-Bad Godesberg. Ein hübsches blondes Mädchen, angeblich eine schwedische Freundin der zufällig verreisten Haushaltshilfe in der Residenz, deponiert dort einen Koffer mit Kleidern und Schallplatten von der Mutter des dienstbaren Geistes. Im Koffer ist eine Bombe, die Sekunden nach dem auffällig übereilten Abschied der getarnten Todesbotin explodiert. Die Bewohner des Hauses, darunter der eben aus der Schule heimgekehrte kleine Sohn des Diplomaten, verlieren ihr Leben.

Damit sind Situation und Konflikt gesetzt. Wir haben es im folgenden zu tun mit dem gnadenlosen internationalen Kampf zweier sehr verschiedener Organisationen. Auf der einen Seite agiert das israelische Geheimdienst-Team unter seinem energischen Leiter Kurtz, den Klaus Kinski unter Bemühung all seiner schauspielerischen Register glänzend darstellt – auf der anderen die diffuse palästinensische Killermannschaft unter dem Kommando des mysteriösen Khalil, dessen Gesicht selbst seine engsten Mitarbeiter nicht kennen.

Kurtz bringt Joseph ins Spiel, einen Agenten mit bewährter Ausstrahlung auf Frauen. Joseph gewinnt mit seinem Charme die in Amerika gebürtige und in London arbeitende Schauspielerin Charlie für eine waghalsige Rolle. Charlie ist zwar eine glühende Verfechterin der palästinensischen Revolution, doch die mit allen psychologischen Wassern gewaschenen Leute um Kurtz erkennen, daß sie gerade wegen ihres Engagements in der brennenden Nah-Ost-Frage, das sich bislang in öffentlichen Demonstrationen am Trafalgar Square erschöpft hat, zum aktiven Dienst für Israel umgepolt werden könnte.



Erfolgreich umgepolt: Diane Keaton als „Libelle" in dem neuen John-le-Carré-Film FOTO: WARNER-COLUMBIA

Die „Bekehrung" gelingt, und so schleicht sich die Londoner Schauspielerin – im Auftrag von Kurtz und unter ständiger Lebensgefahr – buchstäblich ins Herz der palästinensischen Organisation ein: Sie trifft Khalil in Freiburg, wo sie mit ihm schläft, während draußen Kurtz und Joseph und deren Gehilfen auf die günstigste Sekunde für ihren Überfall warten.

Soweit in knappen Worten der Kern der „action". Ihr an der Oberfläche zu folgen, fällt keinem Zuschauer schwer, obwohl der abrupte Wechsel der Schauplätze Konzentration erfordert, um im Bild der verwirrenden Geschehnisse zu bleiben. Aber da hat Regisseur George Roy Hill, der Facherfahrung und mehrere „Oscars" besitzt, auf das erprobte Mittel des Untertitels mit Zeit- und Ortsangabe zurückgegriffen. Außerdem hat er ursprüngliche Nebenschauplätze, wie zum Beispiel Berlin, ganz aus dem Drehbuch entfernt. Überhaupt fehlt die Involvierung deutscher Dienststellen und Personen, die in dem politisch und zeitgeschichtlich hochsensiblen Roman von John le Carré eine wichtige Rolle spielen, vollständig.

Das wäre natürlich nicht schlimm – schließlich gehorcht der Film seinen eigenen künstlerischen Gesetzen, und der Vergleich zwischen literarischer Vorlage und Verwirklichung im anderen Medium hinkt seit je –, wenn zum Schluß nur ein wirklich überzeugendes Leinwandprodukt vorläge. Aber davon kann keine Rede sein.

Alles hängt in diesem Film davon ab, wie glaubhaft Charlies Metamorphosen vom Palästinenser-Fan über die Geliebe Josephs bis zur todesmutigen Agentin des israelischen Geheimdienstes verlaufen. Die sympathische Diane Keaton erhält überhaupt keine Chance, den vielschichtigen Charakter ihres Parts zu entwikkeln. Sie wird von London nach Griechenland, wieder zurück nach Fulham und dann nach Beirut gehetzt, damit die Handlung stimmt; sie selbst aber bleibt eindimensional, ein Opfer der Regie.

Deshalb muß sie gegenüber ihrem Partner Joseph so eklatant an Wirkung einbüßen. Yorgo Voyagis ist der Schauspieler des Films, der am besten dem Hintergründigen, Verschlossenen, Zurückhaltenden, aber immer Zielbewußten der Romanfigur gerecht wird. Er redet nicht viel, er zeigt durch knappes Mienenspiel seine tiefe innere Überzeugtheit von dem, was er anstrebt. Er ist beeindruckend der, den er darstellt. Aber das kann den Film nicht retten.

Es ist, nach dem „Spion, der aus der Kälte kam", dem Buch- und Kino-Welterfolg der sechziger Jahre, der zweite Spielfilm auf der Basis eines Romans von John le Carré alias David Cornwell. Dazwischen lagen zwei Fernsehserien über seine Bücher, die um George Smiley im Cambridge Circus, der Zentrale des britischen Geheimdienstes, gruppiert waren. Alec Guinness in der Hauptrolle bleibt unvergeßlich.

In den Mehrteilern konnten sich Charaktere entwickeln, bizarre Ecken und Kanten von Persönlichkeiten formen und auch Aktionen dramaturgisch gerecht in ihrer Bedrohlichkeit aufbereitet werden. Der neue Film ist dagegen nicht mehr als ein vielleicht ehrlicher, aber leider ungemein schwacher Aufguß von Begebenheiten, wie sie im Buch stehen. George Roy Hill hat aus einer politisch relevanten und über die zeitbedingte Aporie hinaus in die Dimension antiker Tragödien zielenden Vorlage einen bloßen Thriller zeitgenössischen Zuschnitts gemacht.

Und noch als solcher enthält er zuviele Schwächen, um mitzureißen. Spannung, das Hauptelement des Genres, stellt sich allenfalls in der Freiburger Affäre ein – alles übrige dient entweder als zum Verständnis zwar notwendige, doch per se kaum faszinierende Exposition oder als sentimental angehauchter Nachklang. Aus der „schönen, falschen Canaille", die der Autor im Motto seines Romans aus Heinrich Heines Gedicht auf „Die Libelle" beschwört, ist eine Eintagsfliege geworden.

ALFRED STARKMANN

Prag: Polnische Kunststipendiaten stellen sich vor

Was Tomáš wohl denkt?

Die sogenannten Kultur- und Informationszentren der „sozialistischen Bruderländer" gehören sozusagen zur Pflichtausstattung einer kommunistischen Hauptstadt. Auch Prag ist davon nicht frei. Aber das Nebeneinander dieser Institutionen wirft zugleich ein bezeichnendes Licht auf die Art, wie sich das gastgebende und das Gastland einschätzen.

So ist im sowjetischen Kultur- und Informationszentrum eine Ausstellung über „Sowjetlitauen" zu sehen. Natürlich eine Präsentation sozialistischer Glückseligkeit, die nichts von der rigorosen Anektion in den 40er Jahren und die anschließende Sowjetisierung des Staates weiß, der mit der Sowjetunion – gesichert durch einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt – in friedlicher Koexistenz lebte.

Anders bei den Polen. Im Kulturzentrum am Wenzelsplatz sind Arbeiten von polnischen Studenten an der Prager Film- und Fotoakademie (FAMU), der Akademie der bildenden Künste (AVU) und der Hochschule für Kunsthandwerk (VSUP) zu sehen. Was sie zustandebringen, hat Format, verspricht künstlerisch viel für die Zukunft, auch wenn die Kunststudenten diese Zukunft und auch schon die Gegenwart nicht sehr rosig sehen. Eva Nemoudry, Absolventin der VSUP, z. B. zeigt die neunteilige Bilderserie „spotkania" („Treffen"). Doch die dargestellten Personen kommen nicht zueinander. Die Gesichter bleiben in neblig unscharfen Konturen, als Konglomerat von Körpern und Köpfen, deren überstarke Nasen die Verfremdung verstärken.

Eindrucksvoll in der Ausstellung des polnischen Nachwuchses in Prag wirken die verschiedenen Fotoarbeiten. Zbigniew Rymsza (FAMU) beispielsweise fing junge Theaterkünstler in emotionsgeladenen Situationen ein. Gespannte Konzentration geht durch bewußtes Einsetzen von Unschärfe einher mit Gesichtsmimik, die Schmerz und Freude zugleich signalisieren könnte. Der expressive Charakter wird dadurch unterstrichen, daß mehrere der Bilder aneinandergefügt und mit der Perforierung eines Films umrahmt wurden.

Schwejksche Hinterlist greift das Porträt eines Jungen in weißem Hemd und schwarzer Jacke auf. Weißliche Flecken und Schlieren wurden um das Gesicht herum in das Foto gewedelt. Der augenzwinkernde Untertitel: „Tatsächlich werde ich nie wissen, was Tomáš wirklich denkt!"

Moderne Stilleben von Halbakten und gerollten weißen Pappen voller ästhetischem Reiz stellt Jolanta Jósefiak (FAMU) aus. Die Pappröhren halten weibliche Beine und Körperteile umschlungen, werfen Schatten – Papier und Mensch verschwimmen zu einer einzigen optischen Form.

Im ausgelegten Gästebuch findet sich manch Zustimmendes von Einheimischen wie ausländischen Touristen vermerkt. Einigen Besuchern geht das alles anscheinend zu weit. Sie halten die Veranstaltung für eine Form der ideologischen Unterwanderung im Sinne des Westens. Deshalb notierte jemand, der sich offenbar für witzig hielt: „Very good indeed, R. Reagan, President."

HERMANN SCHMIDTENDORF

„Folkwang '85" in Essen: Hommage für Kurt Jooss

Vom grünen Tisch runter

Von Konfrontation kann keine Rede sein. „Folkwang": dieser Name meint nicht irgendeine Gegensätzlichkeit von Kunst und Alltagskultur, nicht die Unvereinbarkeit von Alt und Neu. Unter diesem Begriff, den der Millionärssohn und Mäzen Karl Ernst Osthaus Anfang unseres Jahrhunderts seiner Sammlung von Kunstschätzen aus aller Welt gegeben hat, ordnen sich vielmehr die vielfältigsten Phänomene unseres Lebens zu einer Einheit. Musik, Tanz, Theater, Literatur, Bildende Kunst, Filme, Ausstellungen bis hin zu den familiärsten Feste fügen sich in einen ideellen Zusammenhang.

Ganz folgerichtig versteht sich das Festival, das sich dieses Folkwang-Begriffes bedient, nicht als ein Fest der elitären Künste. „Vor Ort" sollen nach der erklärten Absicht des Essener Oberbürgermeisters Peter Reuschenbach bis Ende des Monats „etablierte und alternative Kunst- und Kulturformen, bekannte künstlerische Leistungen und neue Versuche künstlerischen Schaffens, große Namen und namenlose 'Größen' zusammengebracht werden": in Festen, Symposien, Lesungen, Tanzabenden, Musikveranstaltungen, Graffiti-Aktionen in U-Bahnhöfen und Schaufenstern sowie auf Ausstellungen wie „Vermummungsgebot", bei der im Haus Industrieform Masken aus Alltagsleben, Krieg, Sport, Spiel und Kunst gezeigt werden.

Daß sich „Folkwang '85" auf Anregung des Deutschen Berufsverbandes für Tanzpädagogik (der in Essen beheimatet ist und dieser Tage sein zehnjähriges Bestehen feiert) in erster Linie mit dem Leben und Werk von Kurt Jooss beschäftigt, hat seinen guten Grund. Dieser war 1927 nicht nur Mitbegründer der Essener Folkwang-Schule und jahrelang Leiter der Fachabteilung Tanz. Nach dem Krieg viele Jahre über als ein „Moderner" abgetan, plädierte er Zeit seines Lebens für eine Ästhetik, die im „klassischen Ballett das A und im Neuen Tanz das O" einer jeden Bewegungskunst war.

Er suchte nicht krampfhaft nach Neuem, auch wenn er mit Lust und Liebe experimentierte, sondern entwickelte mit dem Folkwang-Tanzstudio von 1928 an eine Körpersprache, die seine Überzeugung so unmittelbar, unverfälscht und ehrlich umsetzte, daß sich ihr niemand entziehen konnte. Der unveränderte Erfolg seines „Grünen Tischs", den er 1932 beim internationalen Wettbewerb zur Choreographie in Paris vorstellte, ist also nicht allein aus seiner formalen Gestalt heraus zu erklären. Sein Ballett ist nichts anders als ein unvermindert aktueller Aufruf zu mehr Menschlichkeit.

Die Ausstellung „Jooss – Leben und Werk", die bis zum 28. April im Museum Folkwang zu sehen ist, dokumentiert seine Bemühungen ganz vorzüglich. Sie verfolgt nicht nur die Lebensspuren in Wort und Bild. Sie gibt auf mannigfaltige Weise zu denken – und gottlob gestattet ein reich bebilderter Katalog von Anna und Hermann Markard, der gleichzeitig im Ballett-Bühnen-Verlag Köln erschienen ist, eine Fortsetzung dieses Denkprozesses. Und sie macht aufmerksam auf eine Zeit des Ausdruckstanzes, der im Opernhaus Essen noch einmal anschaulich wird. Dort sind nämlich in einem Programm, das sich „Ballets Jooss 1932" nennt, die vier Choreographien, darunter natürlich „Der Grüne Tisch", zusammengefaßt, die mehr über den Menschen Kurt Jooss aussagen, als es die lückenhaften Erinnerungen seiner Schüler (von denen sich unter anderem Pina Bausch, Susanne Linke und Günter Pick mit eigenen Arbeiten vorstellen) jemals vermögen.

HARTMUT REGITZ

Bonn: Palitzsch inszeniert Sophokles' „Antigonae"

Stimmen unter der Plane

Die Schlüsselszene in Peter Palitzschs Bonner „Antigonae"-Inszenierung (nach Sophokles/Hölderlin) ist vielleicht diese: Haemon fordert seinen Vater Kreon auf, das Todesurteil für Antigonae, seine Braut, rückgängig zu machen; da antwortet der Vater dem Sohn auf eine höchst einleuchtende Weise – er legt ihm das Königsgewand an, läßt ihn den Kothurn besteigen. Aus der Position der Macht (und damit der Verantwortung) sieht man die Welt in anderer Perspektive. Und Haemon schwankt unsicher auf dem ungewohnten Kothurn umher, halb versucht und halb erschreckt, lehnt schließlich doch die Herrscherkrone ab, die so unmenschliche Konsequenz gebietet.

Palitzsch hat den Bonnern in einer früheren Fabrikhalle des Vororts Beuel eine ungemein schwierige „Antigonae"-Version beschert. Von einem Gemisch aus griechischem Amphitheater, Shakespeare-Bühne und modischer Werkhalle blickt man hinab in ein braunerdiges Viereck (Raum: Herbert Kapplmüller), in dessen bedrückender Enge das Spiel um Staatsräson und Menschlichkeit einen eigenartigen Traumspiel-Charakter bekommt. Darin mischen sich Elemente aus Schaubude, religiösem Ritual und Gefängnishof-Zwängen.

Kreons Entschluß, nur den der getöteten Brüder in Ehren zu begraben, der die Stadt verteidigte, und den, der sie angriff, den Tieren zum Fraß zu überlassen, wird bei Palitzsch zwar keineswegs denunziert. Aber er gerät ebenso ins Dämmerlicht schwankender Gedanken wie Antigonaes Entschluß, trotz drohender Todesstrafe den Bruder zu beerdigen.

Ritual oder Schaubude? Szene aus der Bonner „Antigonae" FOTO: STEFAN ODRY

Es ist eine beklemmend unklare Welt, die Palitzsch den Zuschauern vorführt. Man findet schwer zu ihr Zugang, weil da selten etwas mit sich identisch ist. Die Situationen sind keineswegs durch gedankliche oder emotionelle Motive gedeckt. Kreon (Wolf Aniol) steht unsicher auf wakkelndem Kothurn, wenn er das Todesurteil über Antigonae (Tanja von Oertzen) ausspricht. Er lächelt, wenn Verzweiflung zu erwarten wäre. Ismene (Ulli Maier) umarmt ihre Schwester, wenn man eigentlich Abwehr erwartet. Haemon (Robert Hunger-Bühler) ist noch halb von der Macht berauscht, wenn er sie schon von sich gewiesen hat. Das ist nicht kontrapunktisch gesetzt, die Empfindungen irrlichtern herum, manchmal geraten sie auch in Übereinstimmung mit dem Geschehen. Palitzschs Welt gleicht häufig einem verwackelten Foto.

Bei Sophokles berufen sich Kreon und Antigonae gleichermaßen auf das göttliche Gesetz. Ihre Maßlosigkeit führt in die Tragödie. Palitzsch setzt andere Akzente. Bei ihm ist die Tragödie eher eine Folge von Unsicherheit. Kreon wirkt nackt weniger zweifelhaft, als wenn ihn die Insignien der Macht in eine andere Rolle heben. Göttliches Gesetz, Normen des Staates, sittliche Ordnung, persönliche Empfindungen – das alles befindet sich nicht mehr in Übereinstimmung. Schreie hängen in der Luft, ein Lächeln irrt umher, Verzweiflung sucht einen Träger. Der Chor spricht kaum mehr mit einer Stimme, die Worte überlagern einander. Tiresias, der blinde Seher (Aurelius Donath), hat seine dramaturgische Funktion eingebüßt. Und Eurydike (Margot Rogall), Kreons unschuldig unglückliche Frau, wird zu einem verzerrten Standbild des Glanzes, dem man gleichsam von innen her das Gold weggekratzt hat.

Das Ende vollzieht sich – unsichtbar für den Zuschauer – unter einer grünen Plane, die über die Szene gelegt wird. Die Tragödie dringt nur noch über Stimmen und Laute zu uns herüber. Verhüllt sie ihr Gesicht vor uns, oder bedecken wir unser Auge vor ihrem Anblick? Palitzsch überläßt die Antwort auf viele Fragen dem Publikum.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

KULTURNOTIZEN

Den „Buxtehuder Bullen" für das beste Jugendbuch 1984 erhält der Roman „Donnergrollen – hör mein Schrei'n" von Mildred D. Taylor.

Die Mailänder Scala hat dem tschechischen Regisseur Milos Forman die Regie ihrer Eröffnungsoper der kommenden Spielsaison angeboten.

Fotografie des 20. Jahrhunderts aus der Sammlung Lothar Schirmer, München, zeigt das Kunstgeschichtliche Institut der Universität Marburg bis zum 5. Mai.

Beim Filmkomödien-Festival in Chamrousse ist der englische Film „The Missionary" von Richard Locrine als Sieger hervorgegangen.

Für Malerei hat diesmal die Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen ihren Kunstpreis ausgeschrieben. Er ist mit 10 000, 5000 und 3000 Mark dotiert.

Das Bremer Tanztheater reist im März nach Israel und zeigt die „Callas"-Choreografie von Reinhild Hoffmann in Jerusalem, Tel Aviv und Haifa.

JOURNAL

Oppositioneller Autor hat Kuba verlassen

dpa/UPI, **Miami**

Die kubanische Regierung hat dem oppositionellen Schriftsteller Angel Cuadra, der in Kuba 15 Jahre lang bis 1982 inhaftiert war, die Ausreiseerlaubnis erteilt. Wie eine mit Cuadra befreundete Schriftstellerin in Miami bekanntgab, ist der Autor inzwischen mit seiner Frau in der Bundesrepublik eingetroffen. Für Cuadras Freilassung hatten sich besonders die Hilfsorganisation amnesty international, mexikanische Intellektuelle sowie Autoren und Politiker aus der Bundesrepublik eingesetzt.

Bedeutender Musikpreis für Witold Lutoslawski

dpa/UPI, **Louisville**

Der polnische Komponist Witold Lutoslawski hat den in diesem Jahr erstmals vergebenen, mit 150 000 Dollar dotierten Grawemeyer-Komponistenpreis der Universität von Louisville (Kentucky) erhalten. Er wurde ihm für seine Symphonie Nr. 3 zuerkannt, die 1983 unter Sir Georg Solti ihre Uraufführung erlebte. Mit der Summe will Lutoslawski einen Stipendienfonds für junge Komponisten einrichten.

Mülheimer Theatertage zum zehnten Mal

dpa, **Mülheim**

Die im Lauf des vergangenen Jahres uraufgeführten Werke von sechs deutschsprachigen Dramatikern stehen auf dem Programm der 10. Mülheimer Theatertage „stücke '85" vom 17. bis 31. Mai. Die Auswahlkommission entschied sich für „Der Affenmörder" von Ludwig Fels, „Furcht und Hoffnung der BRD" von Franz Xaver Kroetz, Heiner Müllers „Anatomie Titus Fall of Rome Ein Shakespearekommentar", Klaus Pohls „Das alte Land", Botho Strauß' „Der Park" und Heinz Rudolf Ungers „Zwölfeläuten". Nach der Präsentation der Stücke durch die Uraufführungsbühnen vergeben eine achtköpfige Jury und das Publikum mit der neunten Stimme den Mülheimer Dramatikerpreis (10 000 Mark).

Seit dreißig Jahren gibt es „spiel gut"

DW. **Ulm**

Seit nunmehr dreißig Jahren wird vom Arbeitsausschuß Kinderspiel + Spielzeug die Gütemarke „spiel gut" vergeben. Aus diesem Anlaß findet bis zum 24. März im Künstlerhaus Ulm die Ausstellung „Gutes Spielzeug – Spielzeug + Design" statt. Dafür wurden Beispiele ausgewählt, die in den letzten drei Jahrzehnten als besonders gute Beispiele für ein kindgerechtes Spielzeug ausgewählt wurden.

Retrospektive des Werks von Otto Eglau

DW. **Wiesloch**

Er stammt zwar aus Berlin, aber Sylt hat ihn am meisten gefesselt. So finden sich in den Gemälden und Graphiken von Otto Eglau vor allem Motive von der Küste wieder. Das zeigt die Retrospektive, die der Kunstkreis Südliche Bergstraße dem Maler im Kulturhaus Wiesloch bis zum 24. März ausgerichtet hat. Sie umfaßt mehr als 100 Ölbiler, Aquarelle, Farbradierungen und Zeichnungen aus den letzten vierzig Jahren. Der Katalog kostet 10 Mark.

Schneckenburger leitet Kleinplastik-Triennale

DW. **Fellbach**

Manfred Schneckenburger, der für 1987 die 8. documenta organisieren soll, hat auch die Leitung der 3. Triennale der Kleinplastik im schwäbischen Fellbach übernommen. Sie findet vom 28. Juni bis 10. August 1986 statt. Als „auswärtige Gäste" sollen diesmal Frankreich und die „DDR" eingeladen werden. Künstler aus der Bundesrepublik Deutschland können sich aufgrund der Ausschreibung um Teilnahme bewerben.

Frühe Holzkirchen im nördlichen Europa

DW. **Freiburg i. Br.**

Ein Thema, das gleichermaßen die Architektur- wie die Kunstgeschichte berührt, stellt das Museum für Ur- und Frühgeschichte in der Freiburger Universitätsbibliothek vor. Es handelt sich um „Frühe Holzkirchen im nördlichen Europa", deren Ursprünge bis ins zehnte Jahrhundert zurückreichen. Ihre Geschichte wird mit archäologischen Funden, Bildquellen und Originalbeispielen dokumentiert. Die Ausstellung ist bis zum 8. April zu sehen. Das Handbuch kostet 38 Mark, ein Kurzführer 5 Mark.

Weigmann soll Leiningers Nachfolge antreten

dpa, **Gelsenkirchen**

Mathias Weigmann (44), seit 1983 „koordinierender Operndirektor" unter Opernchef Michael Gielen in Frankfurt, soll mit Beginn der Spielzeit 1986/87 neuer Generalintendant des Gelsenkirchener Musiktheaters im Revier werden.

Ein Stückchen Papier für 2,3 Millionen

dpa, Wiesbaden

Für 2,3 Millionen Mark hat die teuerste Briefmarke der Welt, der „Baden-Fehldruck", ihren Besitzer gewechselt. Das wertvollste Exemplar aus der Kollektion „Altdeutscher Staaten" des 72jährigen New Yorker Multimillionärs John R. Boker jr. kam am Samstag bei einer Versteigerung des Wiesbadener Auktionshauses Heinrich Köhler unter den Hammer.

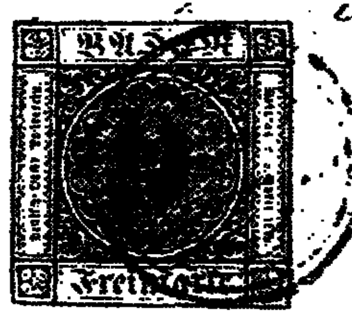
Nach einer kurzen, etwa dreiminütigen „Bieterschlacht" ging der 1851 am Postschalter ausgegebene Fehldruck an einen ausländischen Sammler, der anonym bleib. Damit wurde die deutsche Marke zweieinhalbmal so teuer wie die legendäre „Blaue Mauritius" verkauft.

Bieter und Kommissionäre aus aller Welt drängten sich in dem überfüllten Auktionssaal, als Volker Pachthen, Inhaber des größten deutschen Briefmarken-Auktionshauses, die Versteigerung eröffnete. Die berühmte Raritätensammlung, die John R. Boker jr., der größte Briefmarkensammler der Gegenwart in mehr als 40 Jahren erworben hat, lockte alle bekannten Philatelisten an.

Mit der Losnummer fünf wurde der „Baden-Fehldruck" aufgerufen. Das Klischee der Neun-Kreuzer-Marke befindet sich auf grünem Papier – eigentlich hätte sie rosa-lila sein müssen, denn grün war die Farbe des Sechs-Kreuzer-Wertes. Erst 43 Jahre nach ihrer Ausgabe wurde der Fehldruck entdeckt und zunächst für eine Fälschung gehalten. Doch als noch zwei weitere Exemplare auftauchten, waren sich die Experten über die Echtheit einig.

Der in Wiesbaden versteigerte Fehldruck wurde am 25. August 1851 vom „Hochwohlgeborenen" Freiherrn von Türckheim, dem späteren badischen Gesandten, in Ettenheim zur Post gegeben.

Das Pendant zu dieser Marke befindet sich im Bundespostmuseum, das dritte Exemplar besitzt ein französischer Sammler. Im Jahre 1956 ersteigerte Boker, dessen Vorfahren aus



Hagen in Westfalen stammen, das seltene Stück für rund 84 000 Mark. Seine Kollektion komplettierte er gezielt und systematisch. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs erwarb er viele Marken zu Baisse-Preisen, da die Ächtung des Dritten Reichs auch auf den internationalen Briefmarkenhandel durchschlug.

Für eine amerikanische „blaue Alexandria" im Wert von fünf Cents von 1847 legte 1981 ein Sammler auf einer Versteigerung in Genf 2,2 Millionen Mark auf den Tisch. Im selben Jahr wurde der 120 Jahre alte amerikanische Livingston-Brief mit zwei blauen Marken für zwei Millionen Mark zum Kauf angeboten.



Armani kehrt die Klassik 'raus, Japans Horrorlook ist out

„Milano Collezioni" – oder das Ende von „Amadeus". Noch auf der jüngsten Düsseldorfer Igedo beherrschte Milos Formans Meisterfilm die Phantasie der Spitzenschneider so stark, wie es vor 15 Jahren nur der „Große Gatsby" geschafft hatte. Damals trug man das „viele Weiß" unendlich lässig und leger. „Amadeus" kreierte die verspielte Linie, kreierte romantische Stoffe mit Rüschen und Blumen.

Mailand nun zog sich wieder auf die einfache Linie zurück: Je schlichter der Schnitt, desto heftiger der Beifall. X,Y oder H, heißen die neuen (alten) Linien, die an Eieruhren erinnern. Ihr diesjähriger „Erfinder": Giorgio Armani. Schmal, mit rundbetonter Schulter und tailliert liebten es seine Modelle. Auch der Rock ist schmal, kniekurz, höchstens knöchellang. Die neue Mode ist sachlich und trotzdem weich, weiblich, aber ohne Chichi. Die Frau zeigt wieder – wenn auch dezent – Figur. Japanhüllen sind endgültig out. Die neue Klassik macht wieder Spaß.

Das große Thema: Abendgarderobe. Man wirft sich wieder in Schale, zeigt, was man hat. Je schwieriger die Zeiten, desto phantastischer die Abendkleider, meist in Schwarz. Alle Stoffe – Samt, Organza, Duchesse oder Chiffon – glitzern. Die anderen Farben sind Grau in allen Schattierungen oder sind Holztöne. Neu daneben Kopierblau, Tintenblau, Veilchenblau, Lackrot, Fuchsia, Smaragdgrün, alle Violettöne und Ockergelb.

Armani – er war einmal mehr der große Star. Edel wie immer seine Stoffe, raffiniert einfach der Schnitt und perfekt in den Proportionen. Seine schmalen langen Mäntel, mit kleinem Rundkragen und tiefen Taschen – der 50jährige liebt es, wenn Frauen ihre Hände darin tief vergraben – sind aus edlen Herrenstoffen; immer wadenlang und ob mit oder ohne Gürtel taillenbetont. Es gibt kurze, leicht antaillierte Spenzerjacken mit V-Ausschnitt zu locker schoppenden schmalen Hosen oder kniekurzen Röcken. Der absolute Höhepunkt sind seine Abendkleider aus ungewöhnlichen, von ihm selbst entworfenen glitzernden Stoffen. Der Clou sind lange, engtaillierte Gigi-Kleider mit kragenlosen kurzen Jäckchen. Der Rock ist aus Goldlameé oder Spitze, darunter viele Tüllpetticoats. Die Farben: Schwarz, Beige, Graubeige, Weiß und einige Brauntöne.

Ferré: Auch hier Grau in allen Schattierungen, dazu Lackrot, Weiß und Knalltürkis. Seine engen Röcke sind kniekurz zu geraden Jacken, die zehn Zentimeter über dem Knie enden. Die Mäntel sind kastig geschnitten, haben komfortable Weite und reichen ebenfalls bis zum Knie. Für den Abend gibt es viel schwarzen Samt, mit großen Strickparallelos darüber.

Sensationell war Claude Montanas Grau-Serie für Complice. Er bringt drei, vier verschiedene Materialien in ebensovielen Grauschattierungen: Seidensatinbluse, Nappalederweste, Gabardinehose zu einem Fischgrätmantel mit großem Schalkragen. Viel Beifall fand seine Art, unterschiedliche, diffizile Blautöne miteinander zu mixen. Auch neu war seine Kombination: Langer Pulli und darüber eine taillenkurze Kastenjacke zu wadenlangem Faltenrock.

Beifall auch für den neuen Look der Edelstrickerfamilie Missoni. Hier werden große grafische Muster zu weiten, bequemen Mänteln und Jakken verarbeitet. Die taillierten Kostüme mit den wadenlangen weiten Röcken sind dagegen aus meist floralen Mustern unterschiedlicher Größe in Gobelinfarben. Die capeartigen Mäntel und die Hüte erinnern in der Silhouette an Anna Karenina.

Auch Laura Biagiotti, die „Kaschmirkönigin" „steht" auf einer weniger verspielten Linie. Es gibt in ihrer Lieblingsfarbe Weiß kniekurze, kastig geschnittene, doch weich fallende Kaputzenmäntel, dazu oberschenkellange Jacken.

Die Schuhe bleiben tagsüber flach, erreichen aber abends sechs bis acht Zentimeter. Das Make-up betont Mund und Augen, die Wangen bleiben natürlich blaß; Rouge fehlt.

NIKE SCHENKL

LEUTE HEUTE

Schotten-T(r)ick

Staunen läßt ein neuer Skandal in der britischen High Society: Ein scheidungswilliges junges Grafenpaar hat im Kampf um Unterhaltszahlungen und Sorgerechte Armenrecht beantragt. Die Enscheidung des Gerichts, der Gräfin **Dawn Cassillis** (24) das Armenrecht zu bewilligen, kann noch nachvollzogen werden. Sie besitzt zur Zeit nichts. Doch auch der 27jährige gräfliche Ehemann Cassillis, zukünftiger Erbe eines 100-Millionen-Pfund-Vermögens, glaubt offenbar einen Trick, gefunden zu haben. P.S. Der Graf ist Schotte.

Vom (Blüten)-Kelch, zu dem selbst Elefanten gingen

MARIA GROHME, Frankfurt

Für den sorgfältig nachgebildeten Küstenregenwald mit Gezeitenwechsel im Eingangsbereich des „Tropicariums" im Frankfurter Palmengarten haben Besucher zunächst einmal keinen Blick übrig. Sie fragen jeden nur halbwegs dienstlich Aussehenden nach der „roten Blüte" oder der „großen Blume" und beschreiben mit weitausholenden Gesten, was so schwer auszusprechen ist.

Denn hier, mitten in Frankfurt, blüht ein „Amorphophallus titanum Beccari" (Foto von Kurt Weiner). Seit rund fünfzig Jahren ist es keinem Botanischen Garten auf der ganzen Welt mehr gelungen, den tropischen Titanenwurz fernab seiner Heimat, den Tropenwäldern Indonesiens, Vorderasiens oder Ost- und Westafrikas, zum Blühen zu bringen. Fast könnte man glauben, daß nach der gewaltigen Pause nun auch der Superlativ fällig war: Mit 2,70 Meter Höhe ist die Blüte in künstlichen Biotopen zu nie erreichten Ausmaßen gewachsen.

Inmitten der wuchernden und sattgrünen Vegetation des künstlichen Regenwaldes steht die „rote Blume". Der mehr als schenkeldicke weiße Blütenstempel ragt hinauf in die gläserne Kuppel des Gewächshauses. Weit ausladend gruppieren sich die tief rotbraunen Blütenblätter zu einem Kelch. Sie bilden mit ihren weißen wulstigen Rippen und dem gefaserten Rand einen Kessel von etwa eineinhalb Meter Durchmesser. Da ist eine Beobachtung von Forschungsreisenden leicht nachzuvollziehen: Vor etwa 80 Jahren sahen sie, daß Elefanten die Blüte aufsuchten, um das im Kessel angesammelte Regenwasser zu trinken.

Ende Oktober des vergangenen Jahres kam das „Naturwunder" als Knolle von 56 Kilogramm und 100 Zentimeter Umfang per Luftfracht aus Sumatra nach Frankfurt. Nach drei Monaten zeigte sich in ihrer neuen Umgebung auf dem lavasandhaltigen, geheizten Boden ein erster Trieb. Der wuchs dann in nur eineinhalb Monaten zu der riesigen Blüte heran.

Die Pflanze, die 1878 von dem florentinischen Botaniker Odoardo Beccari auf Sumatra entdeckt wurde, braucht viel Wärme, viel Feuchtigkeit und optimale Bodenverhältnisse, um sich in den Gewächshäusern kälterer Gefilde voll ausbilden zu können. Diese günstigen Voraussetzungen hatte 1881 wohl nur „Kew Gardens" in England vorzuweisen. Dort entwickelte sich zum ersten Mal eine Blüte von 240 Zentimeter Größe. Und schon acht Jahre später entfaltete sie sich erneut, wuchs täglich um siebeneinhalb Zentimeter. 1926 konnte das englische Publikum wieder einmal staunend vor dem Riesen stehen.

1937 und 1939 gelang es dann auch den Botanikern in New York, Hamburg und Wageningen, den Knollen der tropischen Pflanze einen Trieb und eine Blüte zu entlocken.



Die klimatischen Verhältnisse im Frankfurter „Tropicarium", einem sternförmigen Gewächshaus, scheinen optimal zu sein. Das Gewächshaus wurde 1984 eingeweiht und ist sstandteil des Palmengartens, der 1869 als Schau- und Informationsgarten für die Bürger Frankfurts angelegt wurde.

Auf rund 2600 Quadratmetern haben die Botaniker mitten in der Stadt fünf tropische Regionen „nachgebaut": Während draußen noch Schneeregen fällt, wuchert hier drinnen die tropische Vegetation in allen Farben und Formen, die die Natur hervorbringt. Die verschiedenen Temperaturen und Feuchtigkeitsgehalte der Luft regelt ein Computer; er sorgt dafür, daß beispielsweise die Mangroven bei 35 Grad und 90 Prozent Luftfeuchtigkeit immer optimal bei Laune gehalten werden. Eine Pumpe hebt und senkt das Wasser in den zwei Becken in dreistündigem Wechsel und täuscht den hohen Wurzeln der Sumpfpflanzen Ebbe und Flut vor.

Auch im üppigen „Regenwald", wo der rote Titan für wenige Tage seine Blüte entfaltet, hat die Luft immer 90 Prozent Feuchtigkeit, herrschen Temperaturen von 28 Grad. In der drückenden, fast lasziven Schwüle breiten Bananenstauden ihre hellgrünen Blätter aus. Eine neun Meter hohe Palme reckt sich in den gläsernen First, von dem das Kondenswasser tropft. Orchideen blühen vielfarbig und -gestaltig zwischen Siegellackpalmen; Epiphyten verwachsen mit abgestorbenen Plantanen.

Besucher, die eben noch staunend vor der roten Blume standen, haben auf einmal auch Augen für die beinahe paradiesische Pracht ringsum. Und unwillkürlich schleicht sich ein Satz ins Hirn, den Frankfurts großer Sohn, Johann Wolfgang von Goethe 1809 in den „Wahlverwandschaften" niederschrieb: „Es wandelt niemand ungestraft unter Palmen."

WETTER: Kalt

Wetterlage: Ein flaches, aber ausgedehntes Tief über Mitteleuropa zieht südostwärts. Es führt polare Kaltluft nach Deutschland und beeinflußt mit seinem Niederschlagsgebiet noch den Süden Deutschlands.



Vorhersage für Montag:
In den Frühstunden Straßenglätte. Im Norden nach zum Teil zögernder Dunst- und Nebelauflösung wolkig mit gebietsweisen Aufheiterungen und nur noch vereinzelt Schneeschauer. Im Süden meist stark bewölkt und im Osten Bayerns sowie in Osthessen zeitweise Schneefall. Tagestemperaturen um null Grad, sonst plus 2 bis plus 5 Grad C. Nachts Frost zwischen minus 1 und minus 5 Grad.

Weitere Aussichten:
Im Nordosten wieder Schneefall.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	1°	Kairo	28°
Bonn	4°	Kopenh.	-2°
Dresden	4°	Las Palmas	18°
Essen	-1°	London	4°
Frankfurt	2°	Madrid	8°
Hamburg	0°	Mailand	5°
List/Sylt	4°	Mallorca	13°
München	-1°	Moskau	1°
Stuttgart	1°	Nizza	11°
Algier	12°	Oslo	-1°
Amsterdam	3°	Paris	3°
Athen	16°	Prag	0°
Barcelona	12°	Rom	10°
Brüssel	2°	Stockholm	-1°
Budapest	3°	Tel Aviv	26°
Bukarest	3°	Tunis	16°
Helsinki	0°	Wien	4°
Istanbul	14°	Zürich	0°

Sonnenaufgang* am **Dienstag**: 6.28 Uhr, Untergang: 18.33 Uhr; **Mondaufgang**: 6.22 Uhr, Untergang: 18.14 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Kampf den knatternden Zweirädern

UR. Bonn

Den schwarzen Schafen bei den Moped- und Mofafahrern, die die Bürger mit dem ohrenbetäubenden Lärm ihrer Knatterkisten nachts aus dem Schlaf holen, soll es an den Kragen gehen. Sie müssen demnächst damit rechnen, daß ihre Gefährte mit Hilfe eines „mobilen Zweiradprüfstandes", den der TÜV Rheinland in Zusammenarbeit mit dem Berliner Umweltbundesamt entwickelt hat, auf ihre Geräuschentwicklung und die Höchstgeschwindigkeit überprüft werden. Denn jedes zweite Mofa, Moped oder Leichtkraftrad ist nach Untersuchungen des Berliner Amtes „manipuliert". Vom 1. Juni an werden diese Knatterer aus dem Verkehr gezogen. Zusätzlich sollen auch Geräuschgrenzwerte für neue Zweiräder festgelegt werden, die bald EG-einheitlich gelten sollen.

Frühling ist abgesagt

dpa, Hamburg/München

„Der Frühling ist abgesagt", meinte gestern ein Meteorologe. Drei Tage vor Frühlingsanfang schneite es im Süden der Bundesrepublik Deutschland stundenlang. Auch im Norden wird weiter gefroren, eine Änderung ist nicht in Sicht. Die Polizei meldete zahlreiche Unfälle. Bei vier Unfällen auf bayrischen Straßen kamen drei Menschen ums Leben, 29 wurden schwer verletzt. Viele Paßübergänge in Österreich sind nur noch mit Schneeketten zu bezwingen.

„Diskriminierende Kritik"

dpa, Bonn

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) hat die Kritik des Haushaltsausschusses des Bundestags an Autobahnraststätten (WELT v. 15. 3.) zurückgewiesen. Sie sei eine „Diskriminierung von Familienbetrieben, die rund um die Uhr für Reisende im Einsatz" sind. Die überwiegende Zahl aller Raststätten biete den jährlich 100 Millionen Gästen ein positiv bewertetes Speisenangebot. Auch die pauschale Kritik an Sauberkeit und Service sei unhaltbar.

15 Jahre Gefängnis

rtr, Mailand

Ein Mailänder Gericht verurteilte den sizilianischen Finanzmagnaten und ehemaligen Finanzberater des Vatikan, Michele Sindona (64), wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung zu einer 15jährigen Freiheitsstrafe. Der Ende vergangenen Jahres von den Vereinigten Staaten an Italien ausgelieferte Sindona darf außerdem kein öffentliches Amt mehr übernehmen und muß seinen Gläubigern 3,4 Millionen Mark zurückzahlen.

Illegaler Export

dpa, Nairobi

924 Stoßzähne von Elefanten im Wert von mehr als einer Million Mark haben Wildhüter im Nordosten Kenias entdeckt. Wohin der illegale Export des Elfenbeins gehen sollte, ist jedoch noch unklar. Kenia hatte 1977 die Jagd auf Wildtiere und wenig später auch die Ausfuhr von Trophäen sowie die Verarbeitung von Elfenbein zu Schmuck verboten.

Technisches Versagen

dpa, Stade/Bonn

Der Absturz eines Starfighters im Kreis Stade, der am 10. Juli des vergangenen Jahres zwei Bewohnern eines Hauses das Leben kostete, ist auf technisches Versagen zurückzuführen. Das teilte Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner in einem Brief an den Stader Bundestagsabgeordneten Horst Eylmann (CDU) mit. Am Verdichter im Triebwerk wurde eine Beschädigung durch einen metallischen Fremdkörper unbekannter Herkunft festgestellt. Der Pilot konnte sich retten.

Wieder Erdbeben

AFP, Santiago

Ein Erdbeben erschütterte gestern morgen erneut die chilenische Küstenregion, in der erst vor zwei Wochen 150 Menschen durch ein schweres Beben zu Tode kamen. In den Küstenstädten Valparaiso und Vina del Mar, rund 140 Kilometer nordwestlich von Santiago, wurden Erdstöße der Stärke sieben auf der 12stufigen Mercalli-Skala gemessen.

ZU GUTER LETZT

„Viele Akademiker müssen fremdgehen, um sich über Wasser zu halten" – Es stand im „Kölner Stadt-Anzeiger"